

Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten

Christen in Mittel- und Osteuropa

**11. Internationaler
Kongress Renovabis**

**20. bis 22. September 2007
in Freising**

Internationale Kongresse Renovabis
11/2007

11. Internationaler Kongress
Renovabis
2007

Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten

Christen in Mittel- und Osteuropa

Veranstalter und Herausgeber:
Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa

Redaktion: Christof Dahm (verantw.), Thomas Hartl (Mitarbeit), Thomas Schumann (Bildredaktion und Gestaltung)

Fotos: Michaela Čermaková (Seite 139, 141), Natalya Vinogradova (Seite 129, 130, 132), Thomas Pinzka (Seite 30, 150, 182, 185, 187, 197, 203, 205, 211), Daniela Schulz (Seite 13, 25, 127, 133, 147), Thomas Schumann (Seite 8, 10, 12, 19, 28, 68, 70, 81, 89, 104, 105, 125, 137, 152, 153, 159, 161, 182, 193, 200, 215, 229, 238, 239)

© Renovabis – Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken
mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa,
Kardinal-Döpfner-Haus, Domberg 27, D-85354 Freising.

ISBN 978-3-88916-290-8

Zu beziehen bei:

MVG Medienproduktion
und Vertriebsgesellschaft mbH
Postfach 101 545, 52015 Aachen
Telefon (0241) 479 86-200
Telefax (0241) 479 86-745
E-Mail: renovabis@eine-welt-mvg.de

Bestellnummer: 3 518 08

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Die hier abgedruckten Beiträge sind autorisiert. Sie stimmen nicht unbedingt und in jedem Fall mit der Meinung des Veranstalters und der Teilnehmer des Kongresses überein.

Umschlag: Thomas Schumann, Renovabis, Freising
Satz: Vollnhals Fotosatz, Neustadt/Do. - Mühlhausen

INHALT

Vorwort	9
---------------	---

I. ANSPRACHEN UND GRUSSWORTE

<i>P. Dietger Demuth CSsR, Freising:</i> Begrüßung der Kongressteilnehmer	13
--	----

<i>Friedrich Kardinal Wetter, München:</i> Eröffnung des 11. Internationalen Kongresses Renovabis	19
--	----

<i>Dr. Gerhard Albert, Freising:</i> Anliegen und Ziele des Kongresses	25
---	----

Grußworte an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. Internationalen Kongresses	29
---	----

II. REFERATE UND PODIEN

<i>Kommissar Ján Figel', Brüssel:</i> Europäische Werte und Dialog zwischen den Kulturen	71
---	----

<i>Dr. Ingo Friedrich MdEP, Brüssel/Straßburg:</i> Politisches Engagement aus christlichem Impetus	81
---	----

<i>Dr. Gerhard Albert, Freising:</i> Einführung in den zweiten Kongresstag	103
---	-----

Prof. Dr. Stjepan Baloban, Zagreb:
Christliche Antworten auf die Armutproblematik 105

*Kurzreferate zur Situation in Russland, Bosnien-Herzegowina
und Tschechien*

- *Dr. Natalya Vinogradova, Moskau*
- *Dr. Ante Komadina, Mostar*
- *Michaela Čermaková, České Budějovice* 126

Dr. Gerhard Albert, Freising:
Einführung in den dritten Kongresstag 151

Minister Prof. Dr. Michał Seweryński, Warschau:
Christliche Werte im Erziehungsbereich 153

Podiumsgespräch:

Christliche Prägungen im Bildungsbereich

- *Burkhard Haneke, Freising (Moderation)*
- *Prof. Dr. György Fodor, Budapest*
- *Bischof František Lobkowicz, Ostrava*
- *Dr. Claudia Lücking-Michel, Bonn*
- *Minister Prof. Dr. Michał Seweryński, Warschau* 160

III. BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Arbeitskreis 1

Aufbau und Struktur der Caritas in Mittel-, Ost- und Südosteuropa ... 183

Arbeitskreis 2

Caritarsarbeit aus orthodoxem Geist: Das Beispiel Russland 186

Arbeitskreis 3

Welchen Einfluss haben katholische Medien auf die Gesellschaft? ... 190

<i>Arbeitskreis 4</i>	
Medienlandschaft im Umbruch: Das Beispiel Polen	194
<i>Arbeitskreis 5</i>	
Katholische Jugend im Aufbruch?	199
<i>Arbeitskreis 6</i>	
Aspekte der Hochschulentwicklung	202
<i>Arbeitskreis 7</i>	
Schule und Bildungswesen – Neubeginn unter erschwerten Bedingungen	205
<i>Arbeitskreis 8</i>	
Laien-Engagement auf dem Prüfstand	207

IV. ABSCHLUSSSTATEMENT – SCHLUSSWORT

<i>Erzbischof Dr. Henryk Muszyński, Gniezno:</i>	
Europa unter christlichem Horizont. Europa im Rückblick auf eigene christliche Wurzeln und in der Perspektive für die Zukunft	215
<i>P. Dietger Demuth CSsR, Freising:</i>	
Schlusswort	229
Liste der Referenten, Moderatoren und Protokollanten	235



*Spannung vor dem Beginn: Kardinal Friedrich Wetter,
EU-Kommissar Ján Figel', Dr. Ingo Friedrich MdEP und
andere Kongressteilnehmer*

Vorwort

Befindet sich die Europäische Union in einer Krise? Symptome dafür lassen sich jedenfalls nicht leugnen. Markantes Beispiel dafür war die kürzliche Ablehnung des EU-Reformvertrags durch die Mehrheit der irischen Bevölkerung. Ratlosigkeit macht sich breit, ein „Plan B“ existiert nicht. Wie soll es weitergehen mit der Integration? Knapp zwanzig Jahre nach der „Wende“ von 1989/90 ist unklar, welchen Weg die Europäische Union beschreiten soll. Es fehlt offensichtlich an Enthusiasmus und an Mut, notwendige Schritte in die Zukunft zu tun.

Damit stellt sich eigentlich zwangsläufig die Frage, wie es „damals“ überhaupt möglich war, dass der „Eiserne Vorhang“ weitgehend friedlich zerbrach und die Osthälfte des europäischen Kontinents den Weg in die Freiheit fand. Der 11. Internationale Kongress Renovabis 2007 hatte sich das Ziel gesetzt, die Rolle der Christen in diesem Prozess darzustellen. In den Jahren nach 1989/90 haben sich viele Menschen aus christlichem Enthusiasmus an der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung in ihren Heimatländern beteiligt. Dieses Engagement hat sich vielfältig geäußert, etwa in der Gründung oder Erneuerung christlicher Schulen, im Aufbau eines Sozialwesens aus christlichem Geist, im Medienbereich und auch in der Entstehung von Parteien auf christlicher Grundlage. Oft halfen Partner aus Westeuropa bei diesen Prozessen. Im Laufe der Jahre verlief die Entwicklung von Land zu Land recht unterschiedlich, manchmal leider auch so, dass engagierte Christen sich enttäuscht aus der Politik und Gesellschaft wieder zurückgezogen haben. Der Kongress bot einen breiten Überblick über diese vielfältigen Entwicklungen.

Erstmals wurden die Plenarveranstaltungen des Kongresses sowie Teile der Arbeitskreise zweisprachig (deutsch-englisch) durchgeführt. Renovabis wollte mit diesem Angebot den Kongress breiteren Kreisen öffnen. Der vorliegende Dokumentationsband bietet die Möglichkeit, die Überlegungen des Kongresses nachzuvollziehen und damit auch

angesichts der eingangs genannten Probleme, mit denen die Europäische Union derzeit zu kämpfen hat, Stellung zu beziehen. Englischsprachige Originalvorlagen wurden anhand der Redemanuskripte ins Deutsche übertragen.

Allen, die an der Gestaltung des Kongresses und auch an der Gestaltung der Dokumentation mitgewirkt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Freising, im Juni 2008

Christof Dahm, Redaktion

*Kardinal Wetter
im Gespräch mit
dem ehemaligen
Vize-Präsidenten
des Europäischen
Parlaments,
Dr. Ingo Friedrich
MdEP, und der
polnischen
Generalkonsulin
Elżbieta Sobótka*



I. Ansprachen und Grußworte



P. Dietger Demuth CSsR, Freising

Begrüßung der Kongressteilnehmer



Als Hauptgeschäftsführer von Renovabis habe ich die Ehre, Sie ganz herzlich bei unserem 11. Internationalen Kongress zu begrüßen. Ich finde es sehr passend, dass die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa hier in Freising ihre Geschäftsstelle hat, ist es doch ein Ort, der viele Jahrhunderte zurückreichende europäische Beziehungen hat. Gestern vor 1050 Jahren, am 19. September 957, ist der Heilige Lantpert gestorben. Er war der 14. Bischof von Freising in einer Zeit zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen. Er wird als großer Beter verehrt, der Legende nach sei auf das Gebet des Heiligen Lantpert hin so starker Nebel in Freising eingefallen, dass die Feinde den Domberg nicht sehen konnten und so die Domkirche gerettet wurde. In Anbetracht der zahlreichen Kriege, die es in Europa über die Jahrhunderte hin gegeben hat, können wir es gar nicht hoch genug wertschätzen, dass wir heute so friedlich hier zusammensein können. Der Schrein des hl. Lantpert findet sich übrigens in der Krypta des Domes, wo auch der Reliquien-schrein des heiligen Korbinian aufbewahrt wird. Vor einem Jahr hat Papst Benedikt XVI. den Freisinger Domberg als eine seiner alten Studien- und Wirkungsstätten besucht und am Schrein des heiligen Korbinian, der hier als Bistumspatron verehrt wird, gebetet. Morgen abend werden Sie ja die Gelegenheit haben, den Ort, an dem der heutige Papst Benedikt XVI. zum Priester geweiht worden ist, im Rahmen einer Führung näher kennen zu lernen.

Aufgrund der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung, die im rumänischen Sibiu/Hermannstadt stattgefunden hat, haben wir den Termin des Renovabis-Kongresses dieses Jahr etwas nach hinten

verschoben. Da das neue Schuljahr letzte Woche wieder begonnen hat, steht daher nicht wie sonst die Aula des Domgymnasiums auf dem Domberg zur Verfügung. Wir sind der Stadt Freising dankbar, dass wir stattdessen diesen wunderschönen Festsaal der ehemaligen fürstbischöflichen Hochschule für den Kongress nutzen können.

Über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 27 Ländern zählt der diesjährige Kongress, die Hälfte davon aus Mittel- und Osteuropa. Unter der Überschrift „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“ wollen wir uns in den kommenden Tagen um eine Bestandsaufnahme der Entwicklung seit der Wende 1989/90 und daran anknüpfend um Perspektiven für die Zukunft christlichen Engagements im politischen und gesellschaftlichen Bereich bemühen. Mein Stellvertreter, Herr Dr. Albert, wird die Anliegen und Ziele des Kongresses gleich noch etwas näher erläutern.

Repräsentanten der Kirchen, Geistliche, Politiker und Experten, Wissenschaftler, Vertreter der Caritas und zahlreicher anderer Organisationen und Einrichtungen sind unserer Kongresseinladung gefolgt. Ihnen allen spreche ich meinen herzlichen Willkommensgruß aus. Ganz speziell freue ich mich, dass wir für heute Nachmittag Ján Figel' von der Europäischen Kommission und Dr. Ingo Friedrich, Quästor und Präsidiumsmitglied des Europäischen Parlaments, als Referenten gewinnen konnten. Herzlich Willkommen in Freising! Minister Seweryński aus Warschau und Erzbischof Muszyński aus Gnesen werden am Freitagabend zu uns stoßen.

Mein herzliches Grüß Gott gilt ebenso allen anwesenden bzw. angekündigten Vertretern der diplomatischen und konsularischen Korps. Besonders begrüßen möchte ich Frau Generalkonsulin Elżbieta Sobótka vom Polnischen Generalkonsulat, Generalkonsul József Kovács vom Generalkonsulat der Republik Ungarn sowie Konsulin Marica Jukić vom Generalkonsulat der Republik Kroatien.

Als Repräsentanten der Stadt Freising heiße ich mit Dank für die Verbundenheit Herrn Bürgermeister Fritz Forster willkommen.

Ein besonderer Gruß gilt allen Vertretern der katholischen Kirche, darunter auch den Mitgliedern der unierten Kirchen. Als Repräsentant der Deutschen Bischofskonferenz wird Friedrich Kardinal Wetter nachher den Kongress offiziell eröffnen. Herzlich willkommen und vielen Dank im voraus, lieber Herr Kardinal!

Willkommen heiße ich auch Erzbischof Ivan Devčić von der Erzdiözese Rijeka/Kroatien, Erzbischof Zef Gashi von der Erzdiözese Bar/Montenegro, Erzbischof Henryk Muszyński von der Erzdiözese Gnesen/Polen, der morgen anreisen wird, Bischof Anton Justs von der Diözese Jelgava/Lettland, Bischof Szilard Keresztes von der griechisch-katholischen Eparchie Hajdúdorog/Ungarn, Bischof František Lobkowicz von der Diözese Ostrava-Opava/Tschechische Republik, Bischof Christo Proykov von der griechisch-katholischen Eparchie Sofia/Bulgarien, Bischof František Rabek, Militärordinarius in der Slowakei, sowie alle anderen geistlichen Würdenträger.

Ganz besonders freue ich mich, dass der Superior der Missio sui iuris im fernen Turkmenistan, Pater Andrzej Madej, erstmals am Kongress teilnimmt. Der Großerzbischof der Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche, Lubomyr Kardinal Husar, hat Frau Anita Prokopovych als Vertreterin entsandt. Auch ihr gilt mein Willkommensgruß.

Dass unser Kongress das Interesse und die Wertschätzung des Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen findet, wird durch die Anwesenheit von Pater Milan Žust deutlich.

Ein herzliches Grüß Gott gilt den Ansprechpartnern von Renovabis in den deutschen Diözesen und natürlich meinem Vorgänger, Pater Eugen Hillengass.

Sehr gerne begrüße ich auch die vielen Mitglieder von Ordensgemeinschaften, die unter uns sind – sie zählen mit ihrem verdienstvollen Wirken an so vielen Orten in Mittel- und Osteuropa zu den wichtigsten Partnern von Renovabis. Nennen möchte ich besonders Pater Klaus Kniffki, Vorsitzender der Ordensoberenkonferenz der Republik

Moldau, und Schwester Margaret Hutnyk, Provinzoberin der Basilianerinnen und stellvertretende Vorsitzende der Ordensoberinnenkonferenz der Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche aus Lviv. Es freut mich sehr, dass auch Schwester Adrien Pekó, die Vizepräsidentin der UCESM, wieder unter uns ist.

Grüßen möchte ich weiterhin die Vertreter zahlreicher katholischer Organisationen, die mit Renovabis verbunden sind. Stellvertretend genannt seien die Mitarbeiter der Caritas, von Kirche in Not und der Ackermann-Gemeinde. Die weite Reise aus den USA hat Reverend James McCann vom Office to Aid the Catholic Church in Central and Eastern Europe der Amerikanischen Bischofskonferenz auf sich genommen.

Ein ganz herzliches Willkommen gilt allen Angehörigen der Orthodoxen Kirchen, mit denen Renovabis auf vielfältige Weise zusammenarbeitet.

Ich freue mich, dass dieses Jahr auch wieder ein Vertreter der Armenisch-Apostolischen Kirche zu uns gekommen ist.

Unsere Gäste aus den Evangelischen Kirchen heiße ich ebenfalls herzlich willkommen.

Ein besonders herzlicher Willkommensgruß gilt allen Referenten, Mitwirkenden an Podiumsgesprächen und Arbeitskreisen sowie den Moderatoren. Schon jetzt möchte ich mich bei Ihnen bedanken, dass Sie sich zur Übernahme dieser Aufgaben bereit erklärt haben.

Nicht vergessen möchte ich, die Vertreter der Presse und der Medien zu begrüßen, verbunden mit der Hoffnung, dass Sie Eindrücke, Impulse und Ergebnisse aus diesem Kongress in eine breitere Öffentlichkeit hinein vermitteln werden.

Aus nah und fern haben Renovabis Grußbotschaften erreicht, in denen dem Kongress ein guter und erfolgreicher Verlauf gewünscht

wird und die Bemühungen um das Thema der Gesellschaftsgestaltung aus christlichem Impetus gewürdigt werden. Aus zeitlichen Gründen kann ich nicht alle Grußworte im Einzelnen nennen. Erwähnen möchte ich das Grußwort Seiner Heiligkeit Papst Benedikt XVI., das ich auch gleich noch vorlesen werde; genannt seien außerdem die Grüße des Präsidenten des Päpstlichen Rates zur Förderung der Einheit der Christen, Walter Kardinal Kasper, des Apostolischen Nuntius in Deutschland, Erzbischof Erwin Josef Ender, des Präsidenten des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), Péter Kardinal Erdő, des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Karl Kardinal Lehmann, des Vorsitzenden der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz und ehemaligen Aktionsausschussvorsitzenden von Renovabis, Erzbischof Ludwig Schick, des Vorsitzenden des Trägerkreises von Renovabis, Erzbischof Joachim Kardinal Meisner, des derzeitigen Vorsitzenden des Aktionsausschusses von Renovabis, Bischof Gerhard Feige, des neuen Erzbischofs von Warschau, Kazimierz Nycz, des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor Dr. Hans Joachim Meyer, des Patriarchalexarchen von ganz Belarus, also des Vorstehers der Orthodoxen Kirche in Belarus, Metropolit Filaret von Minsk und Sluzk, des Griechisch-orthodoxen Metropoliten Augoustinos von Deutschland und Exarchen von Zentraleuropa, des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, weiterhin das Grußwort des Präsidenten des Europäischen Parlaments, Prof. Dr. Hans-Gert-Pöttering sowie der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Dr. Angela Merkel, und die Grußworte der Ministerpräsidenten mehrerer Bundesländer.

Wir haben einige Grußworte hinten an einer Stellwand aufgehängt, sodass Sie sie dort im Einzelnen lesen können.¹

Vielleicht haben Sie sich beim Hereinkommen etwas über die im Foyer aufgestellten Sofas gewundert und sich gefragt, was es damit auf sich hat. Nun, wir wollten – anknüpfend an den letztjährigen Kongress, der sich mit dem Thema „Familie“ befasst hat – mit der Renovabis-

¹ Eine Auswahl ist im vorliegenden Band abgedruckt.

Pfingstaktion 2007 in der deutschen Öffentlichkeit auf die Bedeutung, aber auch die besondere Gefährdung der Familie aufmerksam machen. Rolf Bauerdick und Achim Pohl haben Familien in mehreren Ländern Mittel- und Osteuropas besucht. Sie haben Bilder und Geschichten mitgebracht, die in den ausgelegten Fotoalben zu finden sind. Mit unserer kleinen Ausstellung, die bereits an mehreren Orten in Deutschland zu sehen war, wollen wir dazu einladen, auf einem Sofa gleichsam wie in einem Wohnzimmer Platz zu nehmen und sich anhand eines Albums von den Lebensbedingungen und Schicksalen von Familien in Mittel- und Osteuropa erzählen zu lassen.

Doch nun wünsche ich uns allen Gottes Segen für ein gutes Gelingen des Kongresses, anregende Gespräche und neue Impulse für die Gestaltung der Gesellschaft in Europa.

Ich verlese nun das Grußwort, das uns Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. anlässlich des 11. Internationalen Kongresses Renovabis hat zukommen lassen.²

² Vgl. dazu unten S. 34.

Friedrich Kardinal Wetter, München

Eröffnung des 11. Internationalen Kongresses Renovabis

Renovabis ist entstanden als Antwort auf den Umbruch der Jahre 1989/90 in Mittel- und Osteuropa. Die Kirche konnte wieder frei atmen. Gerade die christlichen Kräfte haben sich für die Erneuerung des gesellschaftlichen und politischen Lebens eingesetzt. Sie bauten dabei auf den Mut und das Durchhaltevermögen vieler Glaubenszeugen, die in kommunistischer Zeit oft unter schweren Verfolgungen dem Glauben und der Kirche treu geblieben sind. Ich erinnere nur an die schwere Bedrückung der Priester und Gläubigen in der ehemaligen Tschechoslowakei und an die existenziell bedrohte griechisch-katholische Kirche besonders in der Ukraine.

In rascher Folge entstanden Parteien mit programmatischer Orientierung an christlichen Grundwerten und auch katholische Verbände, z. B. Kolping – EU-Kommissar Ján Figel', Gast unseres Kongresses, ist Ehrenpräsident des Kolpingwerkes in der Slowakei – ; es entstanden Schulen, Zeitungen, Rundfunkanstalten und vieles mehr, auch durch engagierte und professionelle Mitwirkung von Christen. Renovabis wurde gegründet, um bei diesem Umbau mitzuhelfen und für die Erneuerung in Mittel- und Osteuropa mitzuwirken.

Der in der neu geschenkten Freiheit entstandenen Euphorie folgten inzwischen Ernüchterung und bisweilen auch Enttäuschung. Die Umgestaltung und Erneuerung vollzog sich nicht so schnell wie erhofft. Die Schäden der kommunistischen Zeit waren zu groß. Alte Strukturen und



Seilschaften zeigten ein zähes Leben. Die Solidarität in gesellschaftlichen Grundfragen und der für ein demokratisch gefügtes und rechtsstaatlich organisiertes humanes Gemeinwesen erforderliche Grundkonsens bekamen Risse.

Trotz aller Ernüchterung ist die Hoffnung noch lebendig geblieben und die Menschen dort rechnen mit unserer Hilfe.

Vor drei Wochen besuchte ich die Diözese Subotica in Serbien, wo eine beachtliche katholische Minderheit lebt. Dort sah ich das im Rohbau fast fertig gestellte Priesterseminar, das auch einmal die theologische Fakultät beherbergen wird. Mit großer Dankbarkeit zeigte man mir dieses Haus, das mit maßgeblicher Hilfe von Renovabis erstellt wurde und im Mai des kommenden Jahres eröffnet werden soll.

Auch wir im Westen müssen uns fragen: Ist die Hoffnung, ja euphorische Erwartung, die auch wir nach der Wende für Mittel- und Osteuropa hatten, nicht ebenfalls geringer geworden oder gar geschwunden? Sind wir in unserem Helfen müde geworden? Die Antwort kann nur lauten: Wir dürfen die vielen, die ihre Hoffnung auf uns setzen und unsere Hilfe brauchen, nicht enttäuschen. Wir müssen ihnen helfen, den Glauben zu entfalten und die Gesellschaft zu gestalten, wie es das Anliegen dieses Kongresses ist.

In der Bergpredigt sagt Jesus: „Ihr seid das Salz der Erde. Ihr seid das Licht der Welt“ (Mt 5,13 f.). Das ist sein Auftrag an uns, unsere Welt in seinem Geist zu gestalten. Darum nimmt die Kirche, wie es das Konzil lehrt, „immer und überall das Recht in Anspruch, in wahrer Freiheit den Glauben zu verkünden, ihre Soziallehre kundzumachen, ihren Auftrag unter den Menschen unbehindert zu erfüllen und auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen“ (GS 76).

Das gilt auch für die Gestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Mittel- und Osteuropa. Renovabis hilft mit, das „Ge-

meinsame Haus Europa“ aufzubauen. Der Kontinent kann jetzt wieder mit beiden Lungenflügeln atmen. Und dieses Europa endet nicht an den Außengrenzen der Europäischen Union. Es umfasst auch die ganze Welt des orthodoxen Ostens und Südostens.

Europa braucht ein gemeinsames Wertefundament – und das sind die christlich-jüdischen Wurzeln. Gerade in der Diskussion um den neuen Vertrag für die EU, der die gescheiterte Verfassung ersetzen soll, müssen Christen sich vehement dafür einsetzen. Mehr denn je müssen sie die offene Auseinandersetzung und den geistigen Wettbewerb mit jenen aufnehmen, die das neue Europa unter Ausschluss seiner bedeutenden christlichen Wirkkräfte und erst recht ohne Mitwirkung der Kirchen gestalten möchten. In Wien sagte Papst Benedikt XVI. vor zwei Wochen vor Vertretern des öffentlichen Lebens: „Europa kann und darf seine christlichen Wurzeln nicht verleugnen. Sie sind ein Ferment unserer Zivilisation auf dem Weg in das dritte Jahrtausend.“ Auch zwanzig Jahre nach der Wende gilt es, die Berge versetzenden Kräfte zu entfalten, die uns durch den Glauben an den dreifaltigen Gott und durch diesen Glauben an die unverletzliche Menschenwürde geschenkt sind.

Wie wichtig die gelebte Beziehung zu Gott ist, zeigen uns die verschiedenen geschichtlichen Entwicklungen von Ost- und Westeuropa. Im Osten herrschte bis zuletzt die programmatisch vorgegebene gottlose Ideologie des Kommunismus, die der Vision einer klassenlosen Gesellschaft dienen sollte. Sie kostete, wie wissenschaftliche Untersuchungen³ belegen, 80 Millionen Tote. Vor allem Osteuropa hatte auch unter dem verbrecherischen Regime des deutschen Nationalsozialismus zu leiden, das gleichfalls Millionen unschuldiger Menschen den Tod brachte. Die Lektion aus diesen das 20. Jahrhundert in Europa prägenden Ideologien kann nur heißen: Wo es keine Verantwortung vor Gott gibt, wo Gott keine Rolle mehr spielt, verliert der Mensch seine Würde und seine Freiheit.

3 Vgl. Stéphane Courtois (u. a.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. München, Zürich 1998 (zuerst 1997 in Frankreich erschienen).

Im Westen breitet sich immer mehr die Ideologie des Säkularismus aus. Sie leitet die Menschen an, so zu leben, als ob es Gott nicht gebe. An die Stelle der Auflehnung gegen Gott tritt die lautlose Ablehnung Gottes. Auch dies hat für das Humanum einschneidende Konsequenzen. Wenn der lebendige Gott dem Blick des Lebens der Menschen entwindet, verblasst und verschwindet letztlich auch das Bild des Menschen, entgleitet das Maß des Menschseins, verlieren sich die Maßstäbe für die unverletzliche Menschenwürde. Der Heilige Vater hat uns diesen Zusammenhang auch in seiner Regensburger Vorlesung deutlich mahnend ins Bewusstsein gestellt.

Die Entwicklung in Ost und West zeigt uns, wie entscheidend der Bezug zu Gott für den Menschen, für die Gestaltung des persönlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens ist. Um des Menschen willen, nicht aus konfessionellen Ambitionen, haben viele und auch ich immer wieder darauf gedrängt, einen Gottesbezug in die Präambel des inzwischen abgesetzten europäischen Verfassungsvertrags aufzunehmen. Dies scheiterte am Widerstand einiger Länder. Der ehemalige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Erwin Teufel – er war Mitglied des Verfassungskonvents – sagte auf dem Renovabis-Kongress 2005 dazu Folgendes:

„Es gab den Versuch, die Formulierung aus der deutschen Verfassung ‚In Verantwortung vor Gott und den Menschen‘ einzubringen. Wir Christdemokraten saßen an einem Wochenende auf einer Klausurtagung in Rom zusammen und haben die polnische Verfassung entdeckt, in der sinngemäß steht ‚Wir achten den Glauben derjenigen, die an Gott als die Quelle alles Guten, Gerechten, Wahren und Schönen glauben, und wir achten diejenigen, die diesen Glauben nicht teilen, aber diese Werte aus anderen Quellen bejahen‘. Das wenigstens sollte jeder unterschreiben können in Europa.“⁴

4 Erwin Teufel: Die Europäische Union am Scheideweg: Wertegemeinschaft oder Freihandelszone? In: Neuer Reichtum – neue Armut. Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa. (9. Internationaler Kongress Renovabis 2005). Freising 2007, S. 71–80, hier S. 79.

Der Papst, Bischofskonferenzen und Bischöfe, Laiengremien und kirchliche Verbände und zahllose Einzelpersonlichkeiten auch aus der ganzen Ökumene waren es, die besonders nachdrücklich für die Einfügung eines Gottesbezuges plädierten. Sie taten dies nicht, um den Menschen anderer Überzeugung in Europa ihren christlichen Gottesglauben aufzunötigen. Sie taten dies um des Menschen willen. So gewiss es unser missionarischer Auftrag ist, nach der Weisung des Herrn allen Menschen das Evangelium zu verkünden, so abseitig wäre es, dies mit Hilfe einer Verfassung durchsetzen zu wollen. Eine Verfassung bindet alle. Das Evangelium aber kann man nur in Freiheit annehmen.

Wir Christen haben in den europäischen Einigungsprozess etwas Entscheidendes einzubringen. Unser christliches Menschenbild ist der erste und grundlegende Beitrag für ein einiges Europa. Gestalten wollen wir es so, dass in Europa jeder Mensch in seiner Würde und in seinen Rechten unantastbar bleibt und sich in Freiheit entfalten kann.

Dieses Menschenbild verdanken wir der Bibel, der jüdisch-christlichen Tradition. Nach ihr ist der Mensch von Gott erschaffen, und zwar als Gottes Abbild, darum auch von seinem Wesen her auf Gott bezogen. In diesem Gottesbezug liegt seine unantastbare Würde, die jeder menschlichen Verfügung entzogen ist. Gott hat den Menschen als Mann und Frau erschaffen, als soziales Wesen, eingebunden in das Netz menschlichen Miteinanders, das bindet und zugleich verbindend trägt. Wie sein Gottesbezug gehört auch seine Sozialität, seine Verwiesenheit auf die anderen, zum Wesen des Menschen.

Auch die Menschenrechte, welche als weltweite Grundordnung das Zusammenleben der Menschen und der Völker regeln, entspringen diesem Menschenbild. In ihrer Allgemeinverbindlichkeit und Unantastbarkeit spiegelt sich die unantastbare Würde des Menschen wider. Sie alle sind Ausdruck und Konkretion dieser Würde. Die Rückbindung an Gott verleiht diesem Menschenbild seine unbedingte Geltung.

Weil wir dieses Menschenbild der Bibel verdanken, spricht man oft vom christlichen Menschenbild. Die nähere Bestimmung „christlich“ ver-

weist jedoch nur auf die Quelle unserer Erkenntnis. Dieses Bild vom Menschen ist allgemein gültig und verbindlich. Sonst könnte es nicht in Art. 1 des Grundgesetzes Grundlage der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, also eines weltanschaulich neutralen Staates sein. Ich bin überzeugt, dass dieses Menschenbild, unabhängig von seiner religiösen Letztbegründung, jedem vernünftigen Menschen einleuchtet und für ihn zustimmungsfähig ist.

Dieses Verständnis vom Menschen ist der erste, grundlegende Beitrag, durch den Christen am Aufbau Europas mitwirken. Dies ist die geistige Grundlage, auf der wir die Gesellschaft mitgestalten, damit die Menschen sich entfalten können und auch die Glaubensfreiheit als Menschenrecht anerkannt und gesichert ist.

Diese Vision kann Wirklichkeit werden mit Gottes Hilfe, der wir uns anvertrauen. Diese Vision hat sich Renovabis zur Aufgabe gestellt. Das Wort „Renovabis“ ist der pfingstlichen Anrufung Gottes entnommen: „Emitte Spiritum tuum ... et renovabis faciem terrae – Sende aus deinem Geist und du wirst das Angesicht der Erde erneuern“.

Gottes Geist, um den wir bitten und auf den wir vertrauen und bauen, gebe uns die Kraft zum Handeln. Es ist die Kraft der Liebe Gottes, die uns anspornt und vorantreibt zum Einsatz für unsere Brüder und Schwestern in Mittel- und Osteuropa. Mit diesem Wort der Ermutigung darf ich den diesjährigen 11. Internationalen Kongress Renovabis „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“ eröffnen.

Anliegen und Ziele des Kongresses

Im Namen der Veranstalter darf ich Sie ebenfalls herzlich begrüßen und Ihnen einige Hinweise zu Anliegen und Zielen des Kongresses sowie zum organisatorischen Ablauf geben – dies jedoch nicht, ohne zuvor Ihnen, sehr verehrter, lieber Herr Kardinal, herzlich für Ihre wegweisenden Worte zu danken. Sie sind Ausdruck Ihrer stets wachen Sorge um die Verantwortung der Christen in Gesellschaft und Staat und um das Gesicht, das



unser Kontinent Europa künftigen Generationen zeigen soll. In diesem Horizont haben Sie stets auch unsere Kongresse und die Arbeit von Renovabis insgesamt begleitet und ermutigt. Dafür gilt Ihnen der tiefempfundene Dank aller, die sich unserem Werk verbunden fühlen.

Schon der erste Renovabis-Kongress, den ebenfalls Sie, Herr Kardinal, vor zehn Jahren hier in Freising eröffneten, stellte sich die Frage nach dem Platz des christlichen Zeugnisses in der Gesellschaft. „Kirche in Osteuropa – herrschen oder dienen?“ war damals die für manche provozierende Fragestellung. Damals ging es eher um die Rolle der Kirchen als Institutionen, die sich nach der Zeit der Verfolgung ihres Platzes in der pluralistischen Gesellschaft zu vergewissern hatten – aber auch bereits um die Kirche als die Gemeinschaft der Gläubigen, die ihre Kräfte in den Dienst am Gemeinwohl stellen wollten.

Dieser Dienst – die *diakonia* – ist der Schlüsselbegriff auch zum Verständnis unseres diesjährigen Kongressthemas. Fast zwei Jahrzehnte nach der großen Wende des Jahres 1989 will sich dieser Kongress der Frage zuwenden, ob und wie dieser Dienst das Gesicht der Länder Mittel- und Osteuropas geprägt hat.

Vergessen wir nicht: Groß waren während und unmittelbar nach dem Sturz der kommunistischen Herrschaft die Hoffnungen, dass nach dem Abtreten der menschenverachtenden Ideologien christliche Werte die neu entstehenden Demokratien gleichsam von selbst inspirieren würden. Viele Christen, die die Wende begleitet und gestaltet hatten, zogen sich in den folgenden Jahren nicht selten enttäuscht aus dem politischen und öffentlichen Leben zurück, als sie erkennen mussten, dass dieser Weg viel schwieriger sein würde als zunächst erwartet. Legitimer Pluralismus von Meinungen und Überzeugungen musste eingeübt werden. Darüber hinaus bemächtigten sich aber auch aggressiv vorgetragener weltanschaulicher Relativismus und Dominanz rein wirtschaftlicher Ziele als neue Leit motive des gesellschaftlichen Diskurses und zeigten sich am Dialog mit christlichen Positionen anscheinend desinteressiert. In verschiedenen Kontexten gebar diese Enttäuschung im Extremfall auch manche Haltungen, die an einen Rückfall in integralistische Vorstellungen denken lassen.

Blieb es bei diesem Rückzug, dieser defensiven Einstellung? Ich glaube, dass unser Kongress ein viel umfassenderes und ermutigenderes Bild vermitteln kann, wie sehr der Dienst der Christen als Glieder der Gesellschaft und als gläubige Menschen das Gesicht unserer Nachbarländer jetzt schon geprägt hat.

Wir wollen am heutigen Eröffnungstag zunächst der Frage nachgehen, wie und wo sich trotz aller Widrigkeiten politisches Engagement aus christlichem Impuls in den postkommunistischen Ländern Stimme und Gehör verschaffen konnte. Werdegang und Werk eines unserer beiden Hauptredner, des EU-Kommissars Ján Figel', sind dafür ein eindrucksvolles Beispiel.

An den beiden folgenden Tagen sollen zwei Schwerpunkte des Dienstes am Menschen im Mittelpunkt stehen, der Dienst an den Armen und Verlierern der Transformation, in denen die christliche Liebe das Antlitz Gottes selbst erblickt, und der Dienst an den kommenden Generationen in Erziehung und Bildung, die die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit fördern und in einem alternden Europa das wertvollste Kapital seiner Zukunft pflegen. Auf beiden Feldern sind ausmutigen Initiativen belastbare Strukturen hervorgegangen, die oft durch Partner von Renovabis getragen werden. Sie sind es auch, die vor allem zu Wort kommen sollen.

Christlicher Dienst an der Gesellschaft lässt sich im Europa von heute nur noch im Horizont der europäischen Integration denken. Konsequenter haben wir uns diese Perspektive zu eigen gemacht. So soll – sicher inspiriert durch die Beiträge unserer Gäste Herrn Kommissar Ján Figel, Dr. Ingo Friedrich als Mitglied des Präsidiums des Europäischen Parlamentes, Herrn Minister Prof. Dr. Michał Seweryński und abschließend Erzbischof Dr. Henryk Muszyński – dieser Kongress ein Beitrag sein, den Dienst am europäischen Gemeinwohl als Ziel für die Zukunft deutlicher fassen zu können. Für Ihrer aller aktive Beteiligung daran darf ich schon jetzt herzlich danken.



**Grußworte an die
Teilnehmerinnen und Teilnehmer
des 11. Internationalen
Kongresses Renovabis**



Grußworte von kirchlichen Würdenträgern

Grußwort des Vorstehers der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland und des Exarchats von Zentraleuropa des Ökumenischen Patriarchats

Nach jahrzehntelanger atheistischer und antitheistischer Politik und Erziehung in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas im 20. Jahrhundert bedarf es nun mühevoller und oft harter Arbeit, diejenigen, die „übrig geblieben sind und ihre Knie nicht gebeugt haben“, zu ermutigen und sie zu unterstützen, christlichem Denken und Handeln zum Durchbruch zu verhelfen. Dieses Bemühen verdient jede Mitarbeit und Stärkung – und ich denke, auch in unserem eigenen europäischen Interesse.

So begrüße ich es sehr, dass Renovabis unverdrossen zur Unterstützung und Hilfe aufruft und mit Rat und Tat denen zur Seite steht, die in diesen Ländern kompetent und einsatzfreudig sind. Es ist ein großes Verdienst, diese Menschen auf Ihren Kongressen zu Wort kommen zu lassen und ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Diesen Bestrebungen wünsche ich den Beistand des allmächtigen und barmherzigen Gottes. Möge Er Ihrer Tagung und allen Teilnehmern mit göttlicher Kraft beistehen und alle diejenigen reich segnen, die sich dieser Arbeit anschließen und widmen.

*Metropolit Augoustinos von Deutschland und
Exarch von Zentraleuropa*

Grußwort des Heiligen Vaters⁵

Der 11. Internationale Kongress der Solidaritätsaktion Renovabis versammelt in diesem Monat Bischöfe, Seelsorger, Experten und interessierte Gläubige, um gemeinsam über das Thema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“ nachzudenken. Der Heilige Vater hat mich beauftragt, allen Teilnehmern seine geistliche Nähe zu versichern und ihnen beste Segensgrüße zu übermitteln. Der nach dem Bild Gottes geschaffene Mensch ist wesentlich auf die Gemeinschaft mit anderen Menschen hingebunden und kann in der Regel nur in der Gesellschaft und mit ihrer Hilfe zur vollen Entfaltung gelangen. Alle Getauften tragen eine Mitverantwortung dafür, ihr gesellschaftliches Umfeld so zu gestalten, dass dieses der irdischen und der ewigen Bestimmung des Menschen förderlich ist. Christen finden in der göttlichen Offenbarung der biblischen Schriften und in der beständigen Lehre der Kirche Orientierung und Ermutigung für diese wichtige Aufgabe, die sich heute mehr denn je als Herausforderung erweist. Das Zeugnis zahlreicher Heiliger, die mit ihrem auf Gott und sein Wort ausgerichteten Leben auch für die politische und soziale Entwicklung ihrer Länder einen wichtigen Beitrag geleistet haben, möge das Engagement vieler Menschen leiten. Auf die Fürsprache der seligen Jungfrau und Gottesmutter Maria erteilt Seine Heiligkeit Papst Benedikt XVI. allen Referenten und Teilnehmern des 11. Internationalen Renovabis-Kongresses von Herzen den Apostolischen Segen.

Tarcisio Kardinal Bertone, Staatssekretär Seiner Heiligkeit

⁵ Das Grußwort wurde von Pater Demuth verlesen; vgl. auch oben S. 18.

Grußwort des Apostolischen Nuntius

Bei der Eröffnung der V. Generalversammlung der Bischofskonferenzen von Lateinamerika und der Karibik am 13. Mai d. J. in Aparecida in Brasilien hat Papst Benedikt XVI. darauf hingewiesen, dass ohne gerechte Strukturen eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft nicht möglich ist. Im Hinblick auf die konkreten Erfahrungen mit dem Marxismus wie auch mit dem Kapitalismus stellte er fest, dass die Versprechen von beiden Seiten, ihr System werde von allein funktionieren, wenn die Strukturen festgelegt seien, und nicht der Sittlichkeit des Individuums bedürfen, sich als falsch erwiesen hätten, wie die Fakten zeigten. Das marxistische System habe dort, wo es zur Herrschaft gelangt sei, nicht nur ein trauriges Erbe ökonomischer und ökologischer Zerstörungen, sondern auch eine schmerzliche geistige Zerstörung hinterlassen. Er fuhr fort: „Dasselbe sehen wir auch im Westen, wo der Abstand zwischen Armen und Reichen beständig wächst und wo durch Drogen, Alkohol und trügerische Vorspiegelungen von Glück eine beunruhigende Zersetzung der persönlichen Werte vor sich geht.“ Deswegen forderte er ein grundlegendes moralisches Einvernehmen der Gesellschaft über die Grundwerte und über die Notwendigkeit, diese Werte mit dem nötigen Verzicht, selbst gegen das persönliche Interesse, zu leben. Nachdrücklich gab er der Überzeugung Ausdruck, dass einer Gesellschaft, in der Gott nicht vorkommt – Gott mit dem menschlichen Antlitz Jesu Christi –, eine Verständigung über diese Werte nicht gelingen wird und dass sie auch nicht die Kraft aufbringt, diese Werte zu leben. Was nun die konkreten gerechten Strukturen betrifft, für die die Kirche keine unmittelbare Kompetenz hat, ließ er keinen Zweifel daran, dass sie im Licht der grundlegenden Werte mit dem ganzen Einsatz der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vernunft von den Experten ausgearbeitet werden müssen.

Was der Papst in diesem Teil seiner Ansprache in Aparecida sagte, hat viel mit dem zu tun, was Gegenstand der Beratungen des 11. Internationalen Kongresses Renovabis 2007 ist, der vom 20. bis zum 22. September in Freising stattfindet und unter dem Thema „Gesellschaft gestalten – Glau-

ben entfalten“ steht, und das im Hinblick auf Mittel- und Osteuropa. Bei diesen Kongressen, die seit 1997 regelmäßig durchgeführt werden, wird die Entwicklung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks jeweils unter einem bestimmten Aspekt von Fachleuten, die vor Ort leben, kritisch beleuchtet. Aus den dabei gewonnenen Erkenntnissen ergeben sich für Renovabis unter Umständen wichtige Hinweise für die Akzentsetzung bei seiner Arbeit, die eine noch gezieltere Hilfe ermöglichen, andererseits wird für die Teilnehmer aus den betroffenen Ländern die Möglichkeit geboten, aus dem Kontakt mit anderen den Blick zu weiten, um Entwicklungen besser abschätzen zu können.

Stand im vorigen Jahr die Familie im Blickpunkt, so lenkt das Thema dieses Jahres die Aufmerksamkeit auf die Entwicklung der Gesellschaft, die naturgemäß in sehr enger Verbindung mit der Politik steht. Neben Grundlagenfragen steht insbesondere Fragen der Caritasarbeit und der Bildung im Zentrum der Vorträge und Arbeitskreise. In diesen Bereichen ist die Kirche von jeher stark engagiert, geht es doch in ihnen um Dienste, in denen den Menschen in je verschiedener Weise etwas von der Liebe Gottes aufleuchten soll.

Ich begleite den Kongress mit meinen besten Wünschen und mit meinem Gebet, dass der Heilige Geist alle Teilnehmer mit seinem Licht und seiner Kraft erfülle.

Erzbischof Dr. Erwin Josef Ender

Grußwort des Bischofs von Magdeburg

Zum elften Mal schon findet der alljährliche Internationale Kongress Renovabis statt. Gern bringe ich meine Freude und Dankbarkeit darüber zum Ausdruck, dass es dieses wichtige Forum des Dialogs zwischen West und Ost gibt.

Auf diesem Kongress soll es nicht nur um eine Bestandsaufnahme gehen, sondern vor allem auch um Perspektiven.

Was können und sollen wir Christen zum weiteren Bau am vereinigten Europa beitragen?

Diese Frage hat zur Zeit wieder an Aktualität gewonnen. Mit nunmehr 27 Mitgliedsstaaten ist die Europäische Union vollständiger geworden. Doch diese Einheit kann sich noch nicht in der institutionellen Form einer von allen Mitgliedern ratifizierten Verfassung widerspiegeln. Trotz aller Bemühungen gibt es auch keinen Konsens darüber, den Gottesbezug oder einen Hinweis auf die jüdisch-christlichen Wurzeln Europas in der Verfassung zu verankern.

Andererseits wird gerade den Kirchen im Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE) Einiges zugetraut. Das stellt uns Christen die Frage, wie wir selbst das politische Potenzial unseres Glaubens sehen und wie wir es konstruktiv überall da einbringen, wo politische Gestaltungsaufgaben anstehen. Ob es um den Schutz des Lebens in all seinen Phasen geht, um das Verhältnis von wissenschaftlicher Forschung und Menschenwürde, um das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Kulturen und Religionen: Überall steht der Geist der Menschlichkeit auf dem Spiel.

Hier haben wir Christen einen unschätzbaren Beitrag zu leisten. Wir verweisen nicht nur auf das christliche Erbe Europas, sondern können und sollen auch seine Gegenwart und Zukunft mitgestalten.

Eine solche Option liegt im Kern unseres Glaubens: in seiner Verschränkung von Gottes- und Nächstenliebe. Die Orientierung an Jesu Zuwendung zu den Armen gehört deshalb genauso dazu wie die Relativierung jeglicher Machtverhältnisse.

Dass das frühe Christentum die damalige heidnische Welt prägen konnte, verdankt es ja nicht dem Schwert, sondern den Taten der Liebe. Die Nächstenliebe wurde zum entscheidenden Kennzeichen einer christlichen Gemeinde, das viele beeindruckt hat, selbst den römischen Kaiser Julian, der im 4. Jahrhundert das „Rad der Geschichte noch einmal zurückdrehen wollte“. Bei seinem Versuch, die alte römische Religion, also das Heidentum, wieder herzustellen, machte er bedeutende Anleihen beim Christentum. Seine Vorstellung war, dass die neuen heidnischen Priester die Kirche gerade in ihrer Liebestätigkeit nachahmen, ja sogar übertreffen sollten.

Die überzeugende Kraft des Christentums liegt also in seiner bedingungslos dem Menschen zugewandten Lebensweise. Auch wenn es Zeiten gab, in denen dieser Grundansatz verlassen und verraten wurde, dürfen und müssen wir ihn auch heute wieder ins Spiel bringen.

Wegweisend kann dabei gerade der Rückbezug auf so große Gestalten wie die heilige Elisabeth sein, deren 800. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. Sie gilt zu Recht als eine „europäische Heilige“. In ihr verdichtet sich eine Botschaft, die viel mehr ist als ein „ethischer Entschluss oder eine große Idee“, nämlich „die Begegnung mit einem Ereignis, mit einer Person, die unserem Leben einen neuen Horizont und damit seine entscheidende Richtung gibt“ (Papst Benedikt XVI., Enzyklika „Deus caritas est“).

Diesen neuen Horizont, diese entscheidende Richtung in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs um Europa einzubringen, ist und bleibt unsere ureigene Aufgabe. Sie ist vielleicht das aktuellste, was überhaupt eingebracht werden kann. Auf jeden Fall ist sie aber das, was unabdingbar ist für eine Zukunft in Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit. „Dazu gibt es bis heute keine Alternative“ – so der Philosoph Jürgen Habermas.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Begegnungen und viele Erfahrungen, die Ihr Leben und Handeln als Einzelne und als Gruppen und Organisationen inspirieren.

Gerhard Feige

Grußwort des Patriarchalexarchen von ganz Belarus

Hochgeehrte Würdenträger aus Kirche und Politik, hochgeschätzte Damen und Herren!

Ich grüße ganz herzlich die ehrwürdige Versammlung des 11. Internationalen Kongresses Renovabis.

„Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“: Ein breites Thema zum Nachdenken ... Wer sind wir, Europäer? Was bedeutet für uns unsere Gesellschaft? Wie sind die Gesellschaft und der Glaube verbunden? Gestalten und Entfalten eigentlich wovon aus? Wo befinden wir uns denn jetzt?

Historisch ist die christliche Kirche mit ihrem Glauben ein Grundbestandteil der europäischen Kultur und der Gesellschaft. Deshalb kann sie auch heute Einfluss auf den Bau des gesamteuropäischen Hauses nehmen.

Ein Maß für den Beitrag der europäischen christlichen Kirchen auf das Leben Europas ist die Stufe ihres Einflusses auf das geistige Entstehen des Menschen. Das Treffen mit der Kultur der europäischen Gesellschaft ist immer das Zusammentreffen mit dem System der christlichen Werte. Die kirchliche Weltanschauung gibt der Geschichte der europäischen Gesellschaft ihren kulturellen Sinn auf.

Trotz der faktischen Zunahme der Säkularisation und der Folgen der „politischen Korrektheit“ setzt sich die innere Entwicklung der europäischen Gesellschaften fort und baut weiter auf dem Fundament des Christentums auf, denn in Wirklichkeit nimmt das christliche Erbe in der europäischen Kultur eine unvergleichlich größere Stelle ein, als es das säkulare Bewusstsein erahnen kann. Dies gilt nicht nur für solche Begriffe wie Persönlichkeit, Freiheit, Verantwortung, Vernunft und Autonomie, sondern auch für solche wie Menschenrechte und Demokratie, Verantwortung und bürgerliches Handeln.

Die Traditionen des christlichen Glaubens, die in den Menschen verwirklicht sind, gewährleisten den europäischen Idealen und Zielen eine Zukunft. Die christlichen Traditionen erhalten die europäische Identität, öffnen neue Perspektiven und Wege, dienen einem gerechten Aufbau der europäischen Gesellschaft und bauen damit die Persönlichkeit in „die geistige Ordnung“ des europäischen Hauses ein.

Gottes Segen für Euren Kongress und den friedlichen Himmel über Europa!

Metropolit Filaret von Minsk und Sluzk

Grußwort des Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Mit ihrem 11. Internationalen Kongress greift die Aktion Renovabis mit dem Thema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“ Herausforderungen und Fragenkreise von dauerhaft aktueller Bedeutung für die Kirchen auf. Das politische und gesellschaftliche Engagement der christlichen Kirchen hat in den Ländern Europas viele und verschiedene Gestaltformen, fußt aber auf gemeinsamen Glaubensüberzeugungen und Werten, die für die Entwicklung in Europa nicht nur in der Vergangenheit prägend waren, sondern für ihre zukunftsfähige Gestaltung unabdingbar bleiben.

Unser christliches Bekenntnis verweist uns zuerst an Gott, den Schöpfer und Vater. Der Mensch als Teil der geschaffenen Welt hat teil an der Güte, mit der Gott das Geschenk des Lebens gibt. Diesem Geschenk Gottes verdankt der Mensch seine Freiheit und von daher gewinnt er seine unantastbare und unveräußerliche Würde. Er bleibt aber angewiesen auf Gottes Gnade, die Gott in seinem Sohn Jesus Christus, in seinem Wirken, seinem Leiden und Tod und seiner Auferstehung als seine vorbehaltlose Liebe zu allen Menschen offenbart. Im Bekenntnis zum vom Sohn verheißenen und vom Vater gesandten Heiligen Geist begründet sich die christliche Hoffnung auf die bleibende Gegenwart Gottes und Gottes ausstehende Zukunft.

Diese grundlegende trinitarische Struktur unseres christlichen Glaubens zielt darauf, deutlich zu machen, dass Gott als der Schöpfer, als der in Jesus Christus sich Offenbarende und als der im Geist Gegenwärtige der eine Gott ist, zu dem wir immer wieder umkehren können, der uns zu dem von ihm selbst allen Menschen geschenkten Leben in Würde und Freiheit einlädt und zugleich an den Nächsten verweist. In der Perspektive des christlichen Glaubens liegt daher ein Engagement, das auf gleiche Freiheit, auf gleiche Gestaltungsmöglichkeiten der Würde zielt. Die Entfaltung des christlichen Glaubens zielt also auf Gerechtigkeit und ein gesellschaftliches Engagement, das erzwungene Ungleichheit,

Zerstörung der Schöpfung und die Härten der Armut wahrnimmt und überwinden hilft.

Bei all diesen Herausforderungen müssen wir uns als Kirchen und als Christinnen und Christen in Europa gemeinsam engagieren. Dies hat in herausragender Weise die Charta Oecumenica 2001 formuliert und wird gerade in diesen Tagen bei der 3. Ökumenischen Versammlung in Sibiu/Hermannstadt bezeugt. Ich bin zuversichtlich, dass der Austausch auf dem Kongress seinen Beitrag dazu leistet, dieses gemeinsame christliche Zeugnis unserer Kirchen zu vergewissern und den gesellschaftlichen Einsatz in einem zusammenwachsenden Europa zu stärken.

Im Namen des Rates der EKD grüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. Internationalen Kongress Renovabis sehr herzlich und wünsche den Beratungen ein gutes Gelingen.

Bischof Dr. Wolfgang Huber

Grußwort des Präsidenten des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen

Hochwürdigster Pater Demuth,

in meinem herzlichen Gruß an Sie möchte ich meine herzlichsten Grüße an alle Teilnehmer am 11. Internationalen Kongress Renovabis einschließen.

Das Interesse an dieser wichtigen Initiative seitens des Päpstlichen Rats zur Förderung der Einheit der Christen und die große Wertschätzung von unserer Seite sind wohlbekannt. Die Anwesenheit eines Mitarbeiters des Einheitsrates beim 11. Kongress, der heute eröffnet wird, soll dies ausdrücklich unterstreichen.

Ich gratuliere besonders für das gewählte Thema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“. In den letzten zwanzig Jahren haben insbesondere der Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 sowie die politischen und sozialen Veränderungen in Osteuropa dem Kontinent ein neues Gesicht gegeben. Mit der Berliner Mauer ist auch die durch die langen Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, durch den *Kalten Krieg* und den *Eisernen Vorhang* verursachte Spaltung zwischen Osten und Westen eingebrochen. Zugleich sind neue Spaltungen aufgetaucht, ein Beweis dafür, dass die in alten Zeiten entstandenen Schismen zwischen Osten und Westen bei weitem weder verschwunden noch überholt sind. Diese in dem kirchlichen Gewebe des neuen Europas festgestellten *neuen* Schwierigkeiten hindern gegenwärtig die Bildung einer Gesellschaft, in der ein einträchtiges Zeugnis der Christen imstande wäre, die politischen und sozialen Änderungen zu festigen, welche, durch Gottes Gnade, Hoffnungen auf Frieden, Einigkeit, Respekt und Brüderlichkeit eröffnet haben. In dieser Hinsicht gibt es noch viel zu tun, damit die Christen „sich der ernststen Pflicht anschließen, Frieden für alle, unterschiedslos, zu gewährleisten, und diesen Frieden von der tödlichen Krankheit der religiösen, kulturellen, historischen und geographischen Diskriminierung (zu) befreien“ (21. Juni 2007, Papst

Benedikt XVI. während der Audienz für die Teilnehmer an der Versammlung der ROACO, der „Vereinigung der Hilfswerke für die Orientalischen Kirchen“).

In diesem langen Modellierungsprozess der *neuen* europäischen Gesellschaft wird uns allmählich bewusst, dass Länder lateinischer Tradition und Länder, die sich in der ostbyzantinischen Christenheit gebildet haben, kulturell zu Europa gehören. Eine den beiden Realitäten gegenüber aufgeschlossene Mentalität zu gestalten, das Verständnis und die Bekanntschaft zwischen verschiedenen christlichen Traditionen zu fördern, das dient dem Wachstum des Glaubens und der Gestaltung einer friedlichen europäischen Gesellschaft.

Die Bereicherung, die aus einer tieferen und gegenseitigen Bekanntschaft erwächst, ermöglicht, die christlichen Wurzeln des Kontinents wirksam zu pflegen. Eine größere Einigkeit in Absicht und Zusammenarbeit zwischen den Christen ist das Gegengift zum geistlichen Vakuum, zum postmodernen Indifferentismus und zu der verbreiteten Flucht in das Konsumdenken. Sie ist das Modell, das der europäischen Gesellschaft anzuempfehlen ist, vorausgesetzt, dass die Christen ihr Bestreben nach Bekehrung und Erneuerung durchtragen können, und dass sie eine auf die Anerkennung des absoluten Wertes des Anderen gerichtete Praxis annehmen, die in einer Sprache der Liebe zum Ausdruck kommt: *Deus Caritas est!*

Zum Abschluss möchte ich bei dieser Gelegenheit auch öffentlich die Hilfe erwähnen, welche Renovabis seit seiner Gründung dem Heiligen Vater und unserem Rat leistet. Projekte und Aktivitäten, welche der Päpstliche Rat für die Förderung der Einheit der Christen durch das „Komitee für die kulturelle Zusammenarbeit“ zugunsten der Orthodoxen Kirchen und der Altorientalischen Kirchen ausführt, werden dadurch erst ermöglicht.

Die Gemeinschaft zwischen den Christen zu erstreben, vor allem im heutigen Europa, wo alte Wunden, auch aus nicht-kirchlichen Gründen, sich mit außergewöhnlicher Heftigkeit wieder öffnen, erfordert die

Mühe der Konfrontierung, die Koordinierung der Bemühungen und uneigennütigen Großmut. Sie erfordert auch ein geduldiges *brüderliches Warten*. Nicht alle können den gleichen Gang gehen, und oft genug wartet der Herr geduldig, dass unser Gang schneller und sicherer wird. Wie könnten wir dann ungeduldig sein?

Ich wünsche herzlich, dass der 11. Internationale Kongress Renovabis klare Orientierung gibt und den Rahmen umschreibt, in dem geistliche und praktische Projekte realisiert werden können, die für die Katholiken und die Christen des Kontinents hilfreich sind. Dadurch wird aufs Neue deutlich, was der Glaube an Christus von jedem von uns erwartet.

Ich begleite alle mit meinem Gebet.

Walter Kardinal Kasper

Grußwort des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Vom 20. bis zum 22. September 2007 führt die von der Deutschen Bischofskonferenz und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken getragene Aktion Renovabis ihren 11. Internationalen Kongress durch. Ich bin überzeugt, dass diese Veranstaltung sich erneut als Forum der Begegnung und Brücke zwischen Ost und West erweisen wird. Da ich leider nicht persönlich anwesend sein kann, grüße ich alle Teilnehmer herzlich und sende zugleich meine besten Segenswünsche für einen erfolgreichen, für alle fruchtbaren Verlauf.

Der diesjährige Kongress widmet sich dem Thema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“. Es ist dies eine doppelte Aufgabe, in deren Bewältigung wir Christen uns in Ost und in West gleichermaßen bewähren müssen. Die Rahmenbedingungen sind aber auch fast zwei Jahrzehnte nach dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch in Mittel- und Osteuropa noch immer höchst unterschiedlich. Dies wirft zum einen die Frage auf, ob überhaupt und in welcher Weise Christen in Mittel- und Osteuropa ihr Glaubenszeugnis in die Gestaltung der Gesellschaft einbringen können. Zum anderen aber müssen wir Christen in den Teilen Europas, die von der kommunistischen Herrschaft verschont geblieben waren, uns fragen, ob wir es tatsächlich leichter haben und ob wir denn erfolgreicher sind, wenn wir unseren christlichen Auftrag verwirklichen wollen, Salz der Erde zu sein.

Wenngleich uns die materiellen Lebensbedingungen noch immer trennen mögen, so wissen wir uns doch vereint in der uns von Jesus Christus gegebenen Sendung, „allen Völkern Sein Heil“ zu verkünden.

Ich wünsche den Organisatoren und den Teilnehmern, dass der 11. Internationale Kongress in Freising in diesem Sinne erneut einen nützlichen und hilfreichen Beitrag leisten wird.

Karl Kardinal Lehmann

Grußwort des Erzbischofs von Köln

Der 11. Internationale Kongress Renovabis steht unter dem Leitgedanken „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“. Vor 18 Jahren sind unsere Völker in Mittel- und Osteuropa von den Fesseln des staatlich verordneten Atheismus befreit worden. An den Folgen dieser 45-jährigen babylonischen Gefangenschaft haben wir heute noch schwer zu tragen. Dabei sind die negativen ökonomischen Folgen gar nicht die schlimmsten, sondern die Verheerungen, die der atheistische Sozialismus in den Köpfen und in den Herzen der Menschen angerichtet hat.

Hier sind wir als Christen aufgefordert, gemäß der Bitte zum Heiligen Geist zu handeln „Heile, was verwundet ist“. Der Mensch als Ebenbild Gottes kann nur in seinen Verletzungen vom Urbild, von Gott selbst her, geheilt werden. Wir beten im Vaterunser „wie im Himmel, so auf Erden“ und nicht „wie auf Erden, so im Himmel“. Das bedeutet: Der Himmel ist das Modell für unser Leben auf Erden. Der Himmel ist normativ für die Gestaltung des Lebens auf Erden. Romano Guardini sagt das unvergessliche Wort „Nur wer Gott kennt, der kennt auch den Menschen“. Es ist darum ein Gebot der Stunde, den Glauben an Christus, den Mensch gewordenen Sohn Gottes, zu entfalten, damit die Gesellschaft der Menschen ein menschliches Profil bekommt. Der österreichische Schriftsteller Franz Grillparzer sagt dasselbe mit den Worten „Humanität ohne Divinität ergibt Bestialität“. Dazu braucht man im mittel- und osteuropäischen Raum keinen Kommentar zu geben, das haben wir alle am eigenen Leib schmerzvoll erfahren müssen.

Das Wort Gottes „wie im Himmel, so auf Erden“ überfordert uns nie, sondern es gibt uns immer das, was es von uns fordert. Und darum sind wir imstande, den mittel- und osteuropäischen Völkern mit der Gnade Gottes ein christliches Profil vermitteln zu dürfen.

Der Renovabis-Kongress 2007 will uns dazu Mut machen. Ich wünsche, dass Sie in diesen Tagen des Kongresses schon etwas von den Früchten des Leitwortes erfahren können: „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“.

Weil an Gottes Segen alles gelegen ist, erbitte ich Ihnen für diese Tage Gottes reichen Segen.

Joachim Kardinal Meisner

Grußwort des Erzbischofs von Warschau

Es tut mir leid, dass ich heute wegen eines Internationalen Kongresses in Budapest nicht in Ihrer Mitte sein kann. Ich bin aber im Geiste in diesen Tagen bei Ihnen.

Die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa „Renovabis“ ist der Kirche in Polen sehr nah. Seit Jahren unterstützen die deutschen Katholiken die Kirchen in diesem Teil der Welt. Ich muss hier betonen, dass ich es so auch persönlich fühle. Ich sage das nicht nur als der Erzbischof von Warschau, sondern auch als der ehemalige Bischof der Diözese Koszalin-Kołobrzeg. Dort, wo die Armut der Leute nach dem Umbruch des kommunistischen Systems in 1989 sehr groß geworden ist, hat die lokale Kirche von „Renovabis“ eine wesentliche Hilfe erhalten. Dafür möchte ich Ihnen in diesem Grußwort sehr herzlich danken.

Unser Blick sollte nicht nur zurück in die Geschichte gehen, er sollte ebenso vorwärts auf die heutigen und morgigen Aufgaben gerichtet sein. Folgend dem Motto für den Kongress „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“ sind wir wegweisend und zukunftsorientiert. Im Blick auf die Frage „Wie können Christen unter den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bei der Bildung der Zivilgesellschaft mitwirken?“ kann ich aus meiner bischöflichen Perspektive der drei Diözesen, wo ich tätig war (Krakau, Koszalin-Kołobrzeg, Warschau) auf drei Gebiete hinweisen: Apostolat der Laien, Medien, Katechetisierung der Erwachsenen. Als Katholiken dürfen wir die Worte von Papst Johannes Paul II. nicht vergessen, dass die heutige Welt Zeugen des Glaubens braucht. Dazu brauchen wir nicht nur unser Tun, sondern vor allem das Gebet und die Gnade Gottes, so wie es der heilige Paulus ausdrückt: „Denn aus Gnade seid ihr durch den Glauben gerettet, nicht aus eigener Kraft – Gott hat es geschenkt –, nicht aufgrund eurer Werke, damit sich nicht jemand rühme. Denn wir sind sein Werk, geschaffen in Christus Jesus

zu guten Werken, die Gott zuvor bereitet hat, dass wir darin wandeln sollen“ (Eph 2,9 f.).

Ich schließe mit diesen Worten, die ein Glückwunsch und zugleich ein Gebet sind. Obwohl ich nicht persönlich bei Ihnen sein kann, wünsche ich Ihnen einen wunderschönen Kongress!

Dr. Kazimierz Nycz

Grußwort des Erzbischofs von Bamberg

„Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“, so lautet das Motto des diesjährigen 11. Internationalen Kongresses von Renovabis. Die „Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa“ will damit vom 20. bis zum 22. September 2007 in Freising auf die Verantwortung der Christen für die Gestaltung einer menschenwürdigen Gesellschaft hinweisen. Der christliche Glaube und Weltverantwortung hängen eng zusammen und sind untrennbar miteinander verbunden. Der christliche Glaube drängt darauf, die Welt mit dem Sauerteig des Evangeliums zu durchdringen, und indem er die Gesellschaft mitgestaltet, entfaltet er sich selbst immer mehr.

In den Jahren seit dem Fall des Eisernen Vorhangs hat es in Mittel- und Osteuropa diesbezüglich viel Engagement und Enthusiasmus, aber auch Enttäuschung und Entmutigung bei den Christen in den Gesellschaften des ehemaligen „Ostblocks“ gegeben. Nach zwei Jahrzehnten ist es wichtig, die zurückliegende Zeit einmal näher zu betrachten, vor allem, um Impulse für das zukünftige erforderliche Wirken der Christen in die Gesellschaften Europas zu gewinnen. Für vieles, was gelungen ist, soll gedankt werden. Manches, was gut funktioniert, ist trotzdem verbesserungsfähig, und anderes, was in den vergangenen Jahren nicht gut gelaufen ist, kann neu geordnet und begonnen werden, um den Glauben und das gesellschaftliche Leben stärker, nutzbringender und nachhaltiger miteinander zu verzahnen.

Eine Vielzahl von Referenten, Diskussionsteilnehmern und Experten werden an den drei Tagen des Kongresses das Thema aus inhaltlicher und strategischer Sicht sowie regional unterschiedlicher Perspektive beleuchten. Die Arbeitskreise, die sich schwerpunktmäßig mit den Bereichen Caritas, Jugend, Medien, Bildung und Laien-Engagement befassen, versprechen eine vertiefende Betrachtung der Thematik. Durch das reichhaltige Programm und die exzellente Besetzung ist garantiert, dass auch der 11. Internationale Kongress Renovabis zu

einer wichtigen Plattform des Gesprächs zwischen Ost und West in Europa werden wird.

Wir feiern in der Erzdiözese Bamberg zurzeit das große Jubiläumsjahr „1000 Jahre Bistum Bamberg“. Die Beziehungen zu Osteuropa haben seit dem heiligen Kaiserpaar Heinrich und Kunigunde, den Gründern der Erzdiözese Bamberg, und dem heiligen Bischof Otto von Bamberg, dem Apostel der Pommern, immer eine große Bedeutung gehabt. Sie sind heute in die Bemühungen um ein vereintes Europa einbezogen. Kardinal Lehmann hat beim „Neujahrsempfang des Erzbischofs 2007“ in seiner Rede unter der Überschrift „Das neue Europa als Herausforderung für die Christen“ gesagt: „Die Christen müssen entschieden die offene Auseinandersetzung und den geistigen Wettbewerb mit jenen aufnehmen, die das neue Europa unter Ausschluss christlicher Wirkkräfte und erst recht der Kirchen gestalten möchten. Der Glaube an den dreifaltigen Gott und an die unverletzliche Menschenwürde hat gerade nach den Ereignissen der ‚Wende‘ allen Grund, wieder mutiger, tiefer und überzeugender Rechenschaft abzulegen von der Hoffnung, die in uns lebt und die uns erfüllt.“ Wir Christen müssen Kleinglauben, Trägheit und Feigheit überwinden und dürfen mit mehr Mut und Freude das Evangelium Christi der Welt verkünden. Wir brauchen keine Angst vor den gegenwärtigen Herausforderungen haben. Denn Christus, der die Welt überwunden hat, ist alle Tage bei uns.

In diesem Sinn grüße ich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. Internationalen Kongresses Renovabis in Freising. Ich wünsche Ihnen Gottes Segen bei der Aufgabe, auch im 21. Jahrhundert den Glauben zu entfalten und dadurch die Gesellschaft zu gestalten.

Dr. Ludwig Schick

Grußworte aus Politik und Gesellschaft

Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des 11. Internationalen Kongresses Renovabis 2007 meine herzlichen Grüße – ein wichtiges Forum des Ost-West-Dialogs, das in diesem Jahr die Entwicklung der Gesellschaften in Mittel- und Osteuropa seit dem historischen Umbruch 1989/90 bilanzieren möchte! Mein Dank gilt sowohl den Trägern dieses Hilfswerks, denjenigen, die vor Ort in zahlreichen Projekten tatkräftig Hilfe geleistet haben, als auch den großzügigen Spendern. Sie alle haben Gutes getan. Gutes, das notwendig ist, um den gesellschaftlichen und religiösen Neuanfang in den Staaten des ehemaligen „Ostblocks“ zu stützen.

„Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“, so lautet der Leitgedanke des diesjährigen Kongresses, der in zahlreichen Referaten, Arbeitskreisen und einem Podiumsgespräch diskutiert wird. Ohne Zweifel: Es ist wichtig, dass sich Christen zu Wort melden und sich in Gesellschaft und Politik engagieren. Für die Politik, für Gesellschaft und Wirtschaft gilt gleichermaßen: Nur mit einem festen Wertefundament, geprägt durch unsere christlich-jüdisch-abendländischen Traditionen, können die Menschen in Mittel- und Osteuropa den Wandel erfolgreich gestalten.

Kirche und Christen haben den Auftrag, die Welt zu gestalten, Zeugnis abzulegen von ihrem Glauben. Eine Kirche, die sich defensiv in die eigenen Räume zurückzieht, würde den Anspruch verlieren, „Sauerteig“ zu sein. Ich werbe dafür, verstärkt christliches Profil im Lebensalltag zu zeigen, selbstbewusst, glaubwürdig und mit viel Herz.

Die Bereitschaft, sich öffentlich zu seinem Glauben zu bekennen, sich aus christlichem Impetus in Politik und Gesellschaft zu engagieren, erfordert Mut. Und dafür bleibt auch in Zukunft die Arbeit von Renovabis, der großen Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa, unverzichtbar.

Dem Internationalen Kongress einen guten Verlauf, den Gästen aus allen Teilen Europas interessante Gespräche und einen schönen Aufenthalt in der Heimat des Papstes!

Dieter Althaus

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz

Zum 11. Internationalen Kongress Renovabis übermittle ich allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern meine herzlichen Grüße.

Der Kongress beschäftigt sich in diesem Jahr mit dem gesellschaftlichen Engagement von Christinnen und Christen in Mittel- und Osteuropa.

„Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Menschen von heute, besonders der Armen und Bedrängten aller Art, sind auch Freude und Hoffnung, Trauer und Angst der Jünger Christi.“ Mit diesem Satz hat das Zweite Vatikanische Konzil im Jahr 1965 seine Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ über die Kirche in der Welt von heute eingeleitet. In diesem Dokument wird jeder Christin und jedem Christen eine eigene Kompetenz in Fragen der Weltgestaltung zugesprochen und zugleich die Forderung zum gesellschaftlichen Engagement im Geiste des Evangeliums erhoben. Christinnen und Christen, die sich aus ihrem Glauben heraus in und für die Gesellschaft engagieren, sind davon überzeugt, dass es keinen lediglich geglaubten Glauben geben kann, sondern dass gesellschaftliches, soziales und politisches Engagement untrennbar mit ihrer Überzeugung verbunden sind.

Die christlichen Kirchen sind die ersten wirklich globalen Organisationen. Bereits seit Jahrhunderten sind sie in den meisten Ländern der Welt präsent, prägen das Leben von vielen Millionen Menschen, wissen um die Lebenssituation der Menschen dort. Nicht zuletzt aus dieser Erfahrung setzen sich die Christinnen und Christen für Solidarität und Gerechtigkeit in allen Teilen der Welt ein. Beeinflusst von diesen Erfahrungen entdecken sie auch neue Perspektiven in ihrem Glauben.

Gleichzeitig danke ich für das, was seit 1993 von Renovabis für ein gemeinsames Europa geleistet wurde. Die Bilanz kann sich wahrlich sehen lassen. Das Engagement von Renovabis ist nach wie vor dringend erforderlich, sei es in der Partnerschaftsarbeit, im Versöhnungsfonds

oder in der Projektarbeit. Wir dürfen die Menschen in Mittel- und Osteuropa nicht alleine lassen. Zeichen der Solidarität, persönliche Begegnungen und gegenseitiger Austausch müssen weiter gefördert werden. In einem „gemeinsamen Haus Europa“ kann dies nur „auf gleicher Augenhöhe“ geschehen. Freiheit und Demokratie dürfen keine anderen Wörter für wirtschaftliche Not, Elend und Orientierungslosigkeit sein. Gerade unser Christentum kann eine Brücke bilden und zwischen Ost und West verbinden. Hilfe zur Selbsthilfe, Partnerschaft und Übernahme von Verantwortung – diese Wege zeigt Renovabis, um aktiv die demokratische Gesellschaft mit zu gestalten.

Ich bin sehr daran interessiert, welche Antworten auf dem 11. Internationalen Kongress Renovabis zu den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen aus der Perspektive der Christinnen und Christen gefunden werden. Ich sehe den Ergebnissen des Kongresses mit Interesse entgegen.

Kurt Beck

Grußwort der Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland

„Europa gelingt gemeinsam“ – dies war nicht nur das Motto der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007, es ist zugleich Leitbild für die Gestaltung der weiteren europäischen Integration. Diese entfaltet ihre Dynamik durch das gemeinsame Engagement von Politik und Gesellschaft. Die Kirchen haben hieran bedeutenden Anteil. Die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung Anfang dieses Monats in Rumänien symbolisiert eindrucksvoll das Wirken der katholischen, orthodoxen und evangelischen Kirchen in Ost- und Westeuropa, ihren Beitrag für Frieden, Gerechtigkeit und für die Bewahrung der Schöpfung.

In den Ländern Mittel- und Osteuropas ebenso wie im Osten Deutschlands mussten Freiheit, Demokratie und Teilhabe mit viel Mut und Leidenschaft erkämpft werden. Gerade lebendige Zivilgesellschaften sind Garanten dafür, dass diese Werte das breite und gemeinsame Fundament Europas bilden und sich das christliche Verständnis vom Menschen entfalten kann, in dessen Mittelpunkt der Mensch mit seiner unantastbaren Würde und seinen unveräußerlichen Rechten steht. Dafür treten Christen umfassend ein – sei es bei der politischen Willensbildung oder in sozialen Diensten.

Renovabis steht in besonderer Weise für den Brückenbau zwischen West und Ost und für die Vision eines gedeihlichen Miteinanders. Die Solidaritätsaktion der deutschen Katholiken mit den Menschen in Mittel- und Osteuropa ist Sinnbild der völkerverbindenden Kraft des christlichen Glaubens.

Ich wünsche allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine erfolgreiche Tagung, ertragreiche Stunden des Beisammenseins und Gottes Segen.

Dr. Angela Merkel

Grußwort des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Liebe Schwestern und Brüder,

herzlich grüße ich Sie im Namen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, der Repräsentanz der katholischen Laien in Deutschland, ihrer Räte, Organisationen und Initiativen. Wir freuen uns, dass Sie erneut zum Renovabis-Kongress in Freising zusammen gekommen sind, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie Sie im Geiste des christlichen Glaubens das gesellschaftliche Leben in Ihren Ländern und in Europa gestalten können.

Seit dem großen Aufbruch im Jahre 1989 haben Sie bereits vieles bewirken können, was den Menschen in Ihren Ländern hilft und dem Glauben Ort und Gestalt gibt. Dabei haben Sie unterschiedliche Erfahrungen gemacht – ermutigende und vorwärtsweisende, aber auch unerwartete und enttäuschende. Jede Erfahrung hilft voran, wenn man sie richtig deutet. Wichtig ist für uns Christen, stets nach dem richtigen Verhältnis von Bewahren und Erneuern zu suchen. Nichts, was in der Geschichte entstanden ist, bleibt unwandelbar. Und nichts, was sich neu nennt, ist nur darum auch gut. Allein die Botschaft Jesu Christi überdauert die Zeiten. Wir aber müssen uns darum sorgen, dass seine Botschaft in der konkreten Zeit durch unser Zeugnis und durch unser Tun lebt und leben kann.

Nach den bitteren Jahrzehnten der Unfreiheit und der Unterdrückung des Glaubens hatten nicht wenige in Mittel- und Osteuropa gemeint, nun könnten und sollten sie in der Geschichte zu jenem Zustand zurückkehren, der vor den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts bestand und der sich in ihrer Erinnerung verklärt hatte. Wer seitdem die Hand mitangelegt hat, um die Dinge zum Guten zu wenden, und wer sich durch Misserfolge nicht beirren ließ, der weiß, dass dies nicht gelingen konnte. Denn in Kirche und Welt war die Geschichte weitergegangen, so wie sie immer weiter gegangen war und auch heute weitergeht.

Deshalb muss jeder Wiederaufbau, wenn er denn erfolgreich sein soll, zugleich ein Neuaufbau sein.

Heute sind wir Partner beim Aufbau eines freiheitlichen Europas. In diesem gemeinsamen Werk sind Ihre Erfahrungen – die vor der großen Wende im Jahre 1989 wie die danach – wertvoll und unverzichtbar. Vor uns liegt das 21. Jahrhundert. Was werden die Menschen aus diesem Jahrhundert machen? Von uns Christen in Ost und West hängt es ab, welchen Weg Europa in diesem Jahrhundert gehen wird.

Ich wünsche Ihnen gute Tage in Freising und uns allen die Kraft des Heiligen Geistes.

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer

Grußwort des Präsidenten des Europäischen Parlaments

Sehr geehrte Damen und Herren,

über die Einladung zum 11. Internationalen Kongress Renovabis 2007 unter dem Leitthema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“ habe ich mich sehr gefreut. Da ich am 20.–22. September leider nicht persönlich nach Freising kommen kann, möchte ich Ihnen meine Grüße gerne auf diesem Wege übermitteln.

Wir durften in diesem Jahr den 50. Jahrestag der Römischen Verträge feiern, mit denen das größte Friedens- und Demokratieprojekt der europäischen Geschichte auf seinen Weg gebracht wurde. 50 Jahre Stabilität, Wohlstand und Fortschritt im freien Teil unseres bis 1989 geteilten Kontinents sind nicht nur ein Grund zur Freude, sondern vor allem auch eine Verpflichtung für unsere Zukunft. Manche von Ihnen können sich möglicherweise noch an die damalige Zeit erinnern. Erst zwölf Jahre war der Krieg vorbei, der Europas Städte verwüstet, viele Millionen Menschenleben gefordert und Millionen vertrieben und entwurzelt hat. Es war die Zeit des Kalten Krieges. Frieden war keine Selbstverständlichkeit.

Es ist der Vision des damaligen deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer, aber auch des französischen Außenministers Robert Schuman und vieler anderer zu verdanken, dass sie die Hoffnung auf einen Neubeginn nach dem Krieg in eine Vision für Europa umgemünzt haben. Eine Vision, die zu einer bemerkenswerten Entwicklung geführt hat. Heute umfasst die Europäische Union 27 Mitgliedsstaaten mit nahezu 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern. Der größte Erfolg ist die Überwindung der Teilung Europas. Wir leben in Frieden und sind versöhnt mit unseren Nachbarn im Westen und im Osten. Wer hätte das vor 50 Jahren gedacht?

Für die junge Generation, unsere Kinder und Enkelkinder, ist die Europäische Union inzwischen selbstverständlich geworden. Für sie ist

es heute oft schwer nachvollziehbar, welchen langen Weg die Vereinigung Europas gehen musste.

Beim Blick in die Zukunft sehe ich ein gemeinsam handelndes Europa. Immer mehr Herausforderungen des 21. Jahrhunderts lassen sich ohne europäische Lösungen nicht mehr bewältigen. Ich nenne beispielsweise die Bekämpfung des Terrorismus und der internationalen Kriminalität, die Stärkung unseres europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells, die Stärkung des Bereichs Bildung, Forschung und Innovation sowie nicht zuletzt die Anstrengungen zum Schutz unseres Klimas. Alleine ist jedes europäische Land zu schwach, nur gemeinsam können wir im Zeitalter der Globalisierung gegenüber anderen Weltregionen bestehen und diese großen Aufgaben angehen.

Wenn wir gemeinsame europäische Lösungen finden wollen, dann müssen wir heute die EU und ihre Institutionen noch besser dafür vorbereiten. Die Verabschiedung der „Berliner Erklärung“ anlässlich des 50. Geburtstags der Römischen Verträge war ein erster Schritt. Die von der früheren EU-Ratspräsidentin, Bundeskanzlerin Angela Merkel, herbeigeführte erfolgreiche Einigung der Staats- und Regierungschefs beim Brüsseler Gipfel in den Morgenstunden des 23. Juni auf Eckpunkte eines neuen Europäischen Vertragswerkes war ein großer Durchbruch.

Wir brauchen den jetzt von der Regierungskonferenz im Detail auszuhandelnden Reformvertrag, um europäische Zuständigkeiten klarer festzulegen, aber auch, um die gemeinsamen Werte aller EU-Staaten vertraglich zu verankern. Unser Ziel muss es sein, dass der neue Vertrag bis zur nächsten Wahl des Europäischen Parlaments im Juni 2009 ratifiziert werden und in Kraft treten kann. Nur so können wir die reibungslose Fortsetzung der bisher so erfolgreichen Geschichte der europäischen Einigung gewährleisten.

Die weitere europäische Integration ist – auch für die wichtige und wertvolle Arbeit von Renovabis – unser gemeinsames Ziel und unsere große Herausforderung. Damit Europa wieder zusammenwachsen

kann, darf die geistige, kulturelle und religiöse Dimension nicht zu kurz kommen. Europa ist mehr als nur eine Wirtschafts- und Währungsunion, es muss sich als Wertegemeinschaft begreifen. Ohne eine Bindung an gemeinsame, nicht zuletzt christliche Werte kann die Einheit nicht erreicht werden. Daran sollten wir gemeinsam arbeiten.

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses vom 20. bis 22. September in Freising wünsche ich eine interessante Veranstaltung mit spannenden Diskussionen sowie interessanten Begegnungen.

Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering

Grußwort des Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen

Hilfe erwächst aus der Fähigkeit des Menschen, über die eigenen Bedürfnisse hinauszublicken. Sie gründet in der Bereitschaft, sich in die Lage anderer Menschen hineinzusetzen. Insofern ist Hilfsbereitschaft ein Wesensmerkmal des Menschen.

Seit nunmehr 14 Jahren hilft Renovabis den Menschen in vielen Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Beinahe zwei Jahrzehnte nach dem Ende kommunistischer Herrschaft sind noch viele Aufgaben zu bewältigen – besonders auch im Blick auf die gesellschaftliche Erneuerung.

Renovabis setzt Schwerpunkte der Hilfe bei der Jugend-, Bildungs- und Familienförderung. Das ist zukunftsfördernd und schafft über die konkrete Hilfe hinaus verlässliche Partnerschaften und Brücken der Verständigung.

Es ist beispielhafte Solidarität, die bei Renovabis in der christlichen Nächstenliebe wurzelt. Das deutet das diesjährige Kongressthema in besonderer Weise an: „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten.“

Ich grüße die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 11. Internationalen Kongress Renovabis 2007 herzlich. Allen Helfern und Spendern danke ich für ihr Engagement, durch das das Leben vieler Menschen heller wird und inneren Halt bekommt.

Dr. Jürgen Rüttgers

Grußwort des niedersächsischen Ministerpräsidenten

Sehr geehrte Teilnehmerinnen und Teilnehmer des 11. Renovabis Kongresses!

Die Solidaritätsaktion Renovabis der deutschen Katholiken unterstützt seit ihrer Gründung im Jahre 1993 die Menschen Mittelost- und Südosteuropas beim Aufbau einer neuen Gesellschaft im christlichen Geist.

In der Zeit nach dem Umbruch in den Jahren 1989/90 war es wichtig, in den Ländern des ehemaligen Ostblocks das christliche Leben nach jahrzehntelanger Unterdrückung und Verbannung aus der Öffentlichkeit wieder zu neuem Leben zu erwecken. Zahlreiche Menschen haben sich aus christlichem Geist an der politischen und gesellschaftlichen Neugestaltung ihrer Heimatländer beteiligt. Sie gründeten oder erneuerten christliche Schulen und andere Bildungseinrichtungen, engagierten sich im Sozialwesen, in den Medien und auch in den politischen Parteien. Oft konnten sie dabei auf die Unterstützung von erfahrenen Partnern aus Westeuropa zurückgreifen. Doch leider blieben dabei auch Enttäuschungen, Rückschläge und Verletzungen nicht aus.

Ich möchte sie ermutigen, dennoch weiterzumachen. Unser Blick muss nach vorne gehen. Das neue 21. Jahrhundert braucht, davon bin ich überzeugt, zur Ausbildung und Weiterentwicklung einer wahrhaft humanen, freien und friedlichen Zivilgesellschaft den Beitrag des christlichen Geistes und das Engagement von uns Christen! Es ist vor allem die christlich fundierte Lehre von der unantastbaren Würde des Menschen als freies und personales Wesen, die unsere Gegenwart mehr denn je braucht. Denn auch in einer globalisierten Welt ist der Mensch mehr als nur sein Markt- und Nutzwert als Konsument und Produzent, der ausschließlich nach Leistungskraft, Dynamik, Mobilität und Flexibilität bewertet wird. Das christliche Menschenbild hält auch heute die Wahrheit hoch, die in dem biblischen Wort Jesu zum Ausdruck kommt: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein.

Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Spendern und Förderern von Renovabis für ihren Einsatz. Sie haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass Europa zusammenwächst, dass alte Gräben zugeschüttet und neue Wege gebaut und begangen wurden. Gehen Sie diese Wege zuversichtlich und vertrauensvoll weiter. Ich wünsche Ihnen, dass Ihre Arbeit aus christlichem Geist weiterhin dem vereinten Europa zu Gute kommt.

Dem 11. Internationalen Kongress Renovabis 2007 wünsche ich einen guten Verlauf und viele fruchtbare Einsichten und Ergebnisse.

Ich grüße Sie herzlich.

Dr. Christian Wulff



*Im intensiven Dialog mit dem Publikum: EU-Kommissar Ján Figel,
Dr. Ingo Friedrich MdEP und Botschafter a. D. Dr. Wilhelm Höynck*

II. Referate und Podien



Europäische Werte und Dialog zwischen den Kulturen¹

Es ist für mich eine große Freude, hier zu sein. Vielleicht kann ich es noch ein wenig persönlicher ausdrücken, denn so bedeutend, wie vielleicht der eine oder andere meint, fühle ich mich gar nicht. Um es gleich zu sagen – und auch deshalb bin ich hier – : Ich erinnere mich noch an viele Ereignisse aus der Zeit des Wandels. Bereits in den neunziger Jahren war ich als Präsident des Kolpingwerkes der Slowakei bei Renovabis in Freising zu Gast und habe damals um Hilfe, Zusammenarbeit und Kooperation in der Phase des Übergangs gebeten. Heute bin ich nun hier als Mitglied der Europäischen Kommission und möchte damit auch ein wenig meinen Dank ausdrücken für all das, was seither erfolgt ist. Das dabei entscheidende Stichwort ist die *Solidarität*.

Einheit in Freiheit oder Einheit ohne Freiheit

Zunächst möchte ich daran erinnern, dass ich als Bürger der Slowakei aus einem Land komme – eigentlich sind es zwei, die die ehemalige Tschechoslowakei bildeten, – das sich vor 50 Jahren in einer gänzlich anderen Situation als heute befand. Die Tschechoslowakei und mit ihr die Slowakei war ein Teil des Ostblocks, der von den sowjetischen „Brüdern“ beherrscht wurde. Unlängst haben wir den 50. Jahrestag der

1 Botschafter a.D. Dr. Wilhelm Höynck übernahm anstelle von Alex Dorow, der kurzfristig verhindert war, die Moderation des Nachmittags und stellte eingangs Kommissar Ján Figel' vor, der innerhalb der Europäischen Kommission für die Bereiche allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend zuständig ist. – Das Referat wurde in englischer Sprache gehalten (Titel „Common Values in Europe“); die Übersetzung orientiert sich an der Vortragsform.

Römischen Verträge begangen, die am 25. März 1957 unterzeichnet wurden und die Grundlage für die heutige Europäische Union bilden. Schritt für Schritt wurde damals im Westen Europas die Freiheit in Verbindung mit der Einheit aufgebaut. Dem stand dann der Start des ersten Weltraumsatelliten „Sputnik“ am 4. Oktober 1957 als Kernbegriff der Überlegenheit des sowjetischen Systems gegenüber – und alle diejenigen, die nicht an diese Ideologie geglaubt haben, wurden ins Gefängnis geworfen, oft sogar liquidiert. Häufig fuhren auch Panzer auf, um Träume von einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ niederzuwalzen: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei, schließlich 1980 in Polen. Diese Jahre markieren für den Ostteil Europas eine Einheit ohne Freiheit. Diese Einheit war inhuman und konnte natürlich nicht funktionieren, weil sie gegen grundlegende Prinzipien der Menschheit verstieß.

Einheit ohne Freiheit: Sie kennen diese Problematik auch aus der deutschen Geschichte. Heute, im Jahr 2007, haben wir uns in Freiheit zu einer europäischen Identität zusammengefunden und sollten uns immer wieder an die Voraussetzungen dafür erinnern, denn Erinnerung und Identität gehören untrennbar zusammen. Diese Erinnerung ist gleichbedeutend mit der Erinnerung an unsere Väter und Mütter, die die Grundlagen für den Umbruch im „annus mirabilis“ 1989/90 gelegt haben. Daran hatte und hat auch Deutschland – und mit ihm Renovabis – einen wichtigen Anteil. Entscheidend war in dem denkwürdigen Jahr die Gewaltlosigkeit des Wandels: Er war nicht militärisch, basierte nicht auf Hass, sondern auf tieferen menschlichen Werten und der Hoffnung auf Freiheit und Rückkehr zur demokratischen Normalität in Europa. Der junge französische Dichter und Philosoph Charles Péguy brachte es auf die Formel „Die Revolution ist entweder moralisch oder sie ist keine“: Entscheidend waren und sind also nicht Politik, Strukturen und Institutionen, sondern die Mentalität, die sich geändert hat und weiter verändern muss. Dieser Botschaft müssen wir uns immer bewusst sein, denn damit bin ich wieder beim eingangs erwähnten Stichwort „Solidarität“ als Voraussetzung für eine dauerhafte Entwicklung der Freiheit. Auch eine der jüngsten Botschaften von Papst Benedikt XVI., der Ihr Landsmann

ist, kommt darauf zu sprechen: Auch in „Deus Caritas est“ geht es um Wohltätigkeit, Liebe und Fürsorge aus dem Geiste der Solidarität.² Als Kinder Gottes sind wir aufgerufen, in unserem täglichen Leben diese Botschaft umzusetzen.

Dazu möchte ich noch einige persönliche Gedanken einfügen. Wie schon erwähnt, war ich in den neunziger Jahren schon einmal bei Renovabis, denke gerne daran zurück und kann als Bürger der Slowakei sagen, dass Renovabis nicht nur in der Slowakei, sondern auch in den anderen 27 Ländern ein bewundernswürdiges Beispiel der gelebten und aktiven Solidarität gibt. Renovabis spielt immer noch eine wesentliche Rolle für die Entwicklung der Kirche und der Gesellschaft in Mittel-, Ost- und Südosteuropa – von der Oder bis zum fernen Wladiwostok. Die Menschen in diesem Raum betrachten Ihre Unterstützung nicht als etwas ganz Selbstverständliches, sie wissen vielmehr, wieviel Arbeit, Leistung und Bemühungen hinter dem Ganzen steht, und wissen auch, dass es Projekte sind, die durch großzügige Spenden zustande kommen.

Die ganze Arbeit von Renovabis ist ein Zeichen von Großherzigkeit, ein Ausdruck von Glaube, Liebe und Hoffnung. Sie helfen uns damit, uns in unserem Glauben, unserer Hoffnung und unserer Liebe zu stärken. Renovabis hat dabei niemals Druck auf die Partner ausgeübt in dem Sinne, dass man versucht, bestimmte Projekte durchzuführen oder andere abzuwehren. Im Gegenteil: Immer wieder wurden echte Initiativen von der Basis her unterstützt und lokale Initiativen vor Ort gestärkt. Die Mitarbeiter von Renovabis waren auch immer bereit, ihre Expertise, ihr Know-how und ihre Erfahrungen einzubringen, gleichzeitig gewährten und beließen sie den Partnern völlige Entscheidungsfreiheit. Kurz gesagt: Hilfe anbieten, aber nicht aufdrängen – dies ist wirklich ein Ausdruck des Mottos „Leben und helfen, damit der Andere lebt!“ Solidarität ist damit mehr als bloße Toleranz.

² Deus Caritas est, 30.

Die Bedeutung der Werte für den Integrationsprozess

Nach diesem Einstieg mit Bemerkungen zu meiner eigenen Person als Mitteleuropäer und Slowake möchte ich mich nun mit dem Thema „Werte in Europa und Dialog unter den Kulturen“ beschäftigen, wobei ich in besonderer Weise als Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Jugend sprechen möchte. Das Thema liegt mir sehr am Herzen, und ich freue mich natürlich, wenn sich Renovabis auf diesem Kongress damit beschäftigt.

Europa kann es sich im Zuge des Integrationsprozesses nicht länger leisten, sich vorrangig über Freihandel und Binnenmarkt zu definieren. Natürlich sind diese Faktoren für die Europäische Union wichtig, schließlich waren sie Erfolgsfaktoren bei der Entwicklung Europas, haben zur Stabilität der Wirtschaft und damit auch der gemeinsamen Währung, des Euros, maßgeblich beigetragen und sichern die Stellung der Union angesichts der globalen Herausforderungen. Gestern haben wir bei der Europäischen Kommission ein Energiepaket geschnürt, das fünf wichtige Vorschläge enthält, um einen funktionierenden europäischen Energiemarkt zu schaffen, der selbstverständlich auch die notwendigen Sicherheits- und Umweltschutzstandards berücksichtigt. Wichtig ist natürlich auch die Freizügigkeit der Dienstleistungen, der Arbeitskräfte und der Güter, ein Prinzip, das vergleichbar ist mit dem Blut in einem Organismus – dieser funktioniert nur, wenn das Blut frei zirkulieren kann.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass diese traditionellen Betätigungsfelder der Union nicht mehr ausreichen, wenn sie sich langfristig weiterentwickeln soll. Nach 50 Jahren Geschichte wird die Europäische Union als die einzige wirklich revolutionäre Entwicklung auf der internationalen Bühne gesehen. Die Konsolidierung der Integration der Völker und Länder Europas bleibt dabei aber ein ebenso wichtiges Ziel wie der wirtschaftliche Bereich. Mit anderen Worten: Jetzt und in der Zukunft muss es mehr um die Menschen als um die Staaten gehen. Ein größeres Augenmerk sollte auf die immateriellen, d.h. die nicht greifbaren Aspekte unseres Integrationsprozesses gerichtet werden, so wie man etwa andere Kulturen und Sprachen besser kennenlernen muss,

um die dort lebenden Menschen besser zu verstehen. Wenn es gelingt, den Menschen stärker in den Mittelpunkt zu stellen, wird es auch gelingen, die Rolle der Bürger in der Gesellschaft der Europäischen Union zu stärken und letzten Endes ein Gefühl der Identität mit der Union zu entwickeln, das das Gefühl der nationalen Identität ergänzen wird.

Gerade in diesem Prozess spielen die Werte und Wertvorstellungen, die uns zusammenhalten und uns als Europäer definieren, eine entscheidende Rolle. Mir geht es darum, das zu umschreiben, was uns in der Familie, in der Gemeinschaft, in Bayern, in Deutschland, in Europa und in der Welt verbindet. Das umfasst Aspekte wie Kultur, Tradition, Kunst, Literatur und den interkulturellen Dialog. Dabei ist es natürlich so, dass die Kultur wirklich alles durchdringt, was der Mensch tagtäglich erlebt; sie bildet ein Kernstück der Identität und umfasst auch die Werte.

An dieser Stelle muss natürlich auch ein ganz wichtiges Thema angesprochen werden: die *Frage nach Gott* im Bewusstsein der Unionsbürger, die im Zusammenhang mit der Diskussion über den Verfassungsvertrag immer wieder gestellt worden ist.³ Ich bin davon überzeugt, dass die Mehrheit der europäischen Bürger an Gott oder an eine entsprechende geistige Kraft glaubt. Dieser Glaube ist ein Eckstein der gemeinsamen Werte in Europa. Das Christentum stellt einen essenziellen Teil unseres kulturellen Erbes und unserer Identität dar und ist eine hervorragende Grundlage für das bessere Verständnis der Individuen innerhalb dieses immer vielfältiger werdenden Europa. Als Beleg verweise ich auf die Umfrageergebnisse des „Eurobarometers“ von 2005, wonach 52 Prozent der Europäer an Gott und 27 Prozent an eine geistige Kraft in ihrem Leben glauben.

3 Nachdem es nicht gelungen war, einen Bezug zu Gott oder einem göttlichen Prinzip im ursprünglichen Verfassungsentwurf zu verankern, einigte man sich im Vertrag von Lissabon vom 17.12.2007 darauf, die besondere Rolle der Kirchen und religiösen Vereinigungen für die europäische Identität hervorzuheben. Vgl. dazu Elmar Brok: Europäische Werte – die Grundlage für die Zukunft Europas. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 9 (2008), H. 2, S. 99–102; zum Hintergrund auch Erwin Teufel: Die Europäische Union am Scheideweg: Wertegemeinschaft oder Freihandelszone? In: Neuer Reichtum – neue Armut? Soziale Umbrüche in Mittel- und Osteuropa. (Internationale Kongresse Renovabis, Bd. 9). Freising 2007, S. 71–80, bes. 78 f.

In weiteren Untersuchungen ergab sich ganz deutlich, welche große Bedeutung die Mehrheit der Europäer der *Kultur* und dem *kulturellen Austausch* beimessen. Erstaunlicherweise zeigte sich das Phänomen, dass betont nationale Einstellungen durchaus mit dem Gefühl für die breitere kulturelle Gemeinschaft in Europa zusammengehen können – die eigene Kultur, die Kultur des Anderen und der Austausch zwischen beiden sind also bei vielen Europäern in einem ständigen Austausch. Ingo Friedrich, der nach mir sprechen wird, ist dafür ein gutes Beispiel: Er fühlt sich in Berlin als Bayer – oder genauer natürlich: Franke –, als Deutscher in Brüssel und als Europäer in New York. Kulturelle Vielfalt und Unterschiedlichkeit wird also von den Europäern als etwas sehr wichtiges, als ein hochgeschätztes Gut erachtet. Eigentlich definieren wir uns sogar über diese Vielfalt, die der europäischen Kultur auch ihre einzigartige Note verleiht.

Kulturelle Vielfalt wird – auch das ist naheliegend – mit anderen positiven Werten assoziiert, z. B. mit Toleranz und offener Gesinnung. Das ist sehr ermutigend, denn Offenheit gegenüber den anderen – anderen Kulturen und anderen Sichtweisen auf die Welt – wird immer wichtiger in einem Europa, das immer vielfältiger wird. Die Testpersonen der erwähnten Studien drückten außerdem ein starkes Interesse an ihren europäischen Nachbarn jenseits der Grenzen aus. Schließlich konnten auch Werte festgestellt werden, die als speziell europäisch gelten, nämlich das historische Erbe, die Achtung unseres Planeten, die Freiheit, die Achtung der Mitmenschen und, einmal mehr, die Solidarität.

Der Wert des *Fortschritts* muss besonders erwähnt werden. Die Umfragen haben gezeigt, dass die Mehrheit der Europäer den Fortschritt als besonders charakteristisch für Europa ansehen, insbesondere wenn es um den menschlichen Fortschritt geht. Meiner Meinung nach sind Fortschritt und Entwicklung andere Namen für *Frieden*. Wenn man beispielsweise das Wort „Fortschritt“ in einem Buch nachschlägt, so handelt es sich oft um Wissenschaft, Technologie und Wirtschaft. Die Bürger der Europäischen Union möchten uns aber wohl daran erinnern, dass Fortschritt nur etwas sein kann, was einem höheren Zweck dient. Ich möchte dazu zwei Beispiele geben:

- Was bedeutet es, wenn wir großes Wirtschaftswachstum haben, dabei jedoch gleichzeitig ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt?
- Welchen Nutzen hat eigentlich der Fortschritt in der Medizin, wenn die damit verbundenen Möglichkeiten für viele finanziell unerschwinglich sind?

Solche und ähnliche Fragen bewegten wohl die Testpersonen der Umfragen, wenn sie meinten, der menschliche Fortschritt sei besonders charakteristisch für Europa. Ganz selbstverständlich ist diese Einstellung einmal mehr ein Beispiel für Solidarität.

Solidarität zwischen den Ländern und zwischen Regionen der Europäischen Union ist – das möchte ich an dieser Stelle hervorheben – auch eines der Hauptziele der Europäischen Union und bestimmt die Politik der Kommission mit. Dazu kann ich konkret berichten, dass die Kommission vor kurzem dem Europäischen Parlament den Budgetentwurf für 2008 vorgelegt hat, worin zum ersten Mal die Ausgaben für die Landwirtschaft nicht der größte Posten sein werden – diese Positionen werden von Kohäsion und Wettbewerbsfähigkeit eingenommen. Damit bin ich wieder bei Renovabis angelangt, dessen Arbeit in dieselbe Richtung geht. Robert Schuman, einer der Gründerväter der Europäischen Union, bezeichnete Humanität und Solidarität als Zement des Hauses Europa, ohne den seiner Meinung nach dieses Haus nicht gebaut werden könne. Wenn wir uns Europa ansehen und versuchen, ihm eine Seele zu geben, dann geht es tatsächlich um Solidarität und um Menschlichkeit. Wer kann das Europa geben? Jeder! Jeder, der von Solidarität und Humanität erfüllt ist. Meiner Meinung nach ist das für die Christen eine ganz klare Botschaft.

Kultur als wesentlicher Integrationsfaktor

Die Kultur spielt also als neutrales Element beim Aufbau der europäischen Identität eine wichtige Rolle. Sie definiert Europa eigentlich besser als beispielsweise Märkte oder Regionen, denn die Werte sind es, die die Kultur entwickeln. Daher sollten wir die Kultur auch ins Zentrum der strategischen Ziele der EU rücken.

Im Mai 2007 hat die Europäische Kommission zum ersten Mal in ihrer Geschichte ein politisches Manifest vorgelegt, eine „Europäische Agenda für Kultur in einer globalisierten Welt“. Dieses Manifest kam genau zum richtigen Zeitpunkt, denn die Menschen erwarten von der Europäischen Union Schutz und Förderung der Kultur angesichts der Globalisierung. Grundlage dieses Dokuments ist die Tatsache, dass Europa als Ganzes und damit natürlich auch die Europäische Union eine Gemeinschaft von Kulturen und Werten bildet, die es zu respektieren und weiterzuentwickeln gilt. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, kann sich ein dauerhaftes Zusammengehörigkeitsgefühl unter den Völkern Europas herausbilden, sodass alle das Gefühl haben, zuhause zu sein, respektiert zu werden und Teil eines größeren Ganzen zu sein, sozusagen ein kleines Stück in dem „Mosaik Europa“. Kultur ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit.

Was können wir nun tun, um diesen Respekt für die kulturelle Verschiedenheit in Europa zu verstärken? Es ist sicherlich nicht etwas, was man einfach anordnen kann, indem man sagt „Ja, das wird gemacht“, wie zum Beispiel die Einführung einer Einkommensteuer. Wir können nur die Rahmenbedingungen schaffen, damit sich die Kultur entwickeln kann und immer stärker bei den Bürgern der Europäischen Union ankommt. Dies geschieht mit einer Politik von unten nach oben, über die *Subsidiarität*, und diese Subsidiarität wiederum ist eigentlich nur ein anderes Wort für *Freiheit*.

Die Veränderungen, die Europa in den letzten Jahren erlebt hat, haben zu immer stärkeren Beziehungen zwischen den verschiedenen Sprachen, Kulturen und Religionen auf unserem Kontinent und anderswo geführt. Der Dialog der Kulturen ist daher ein wesentliches Werkzeug, um die Verbindungen unter den Völkern Europas und mit den Nachbarn jenseits der Grenzen zu verstärken. Aus diesem Grund hat die Kommission beschlossen, für 2008 das „Europäische Jahr des interkulturellen Dialogs“ auszurufen. Hierbei ist wichtig, dass Dialog mehr ist als nur zwei Monologe – vielmehr beruht er auf Respekt, Interesse und ganz entscheidend auf dem Willen zur Verständigung, um Werte, Zusammenarbeit und Synergien zu schaffen.

„Eins“ und „Eins“ ergibt damit mehr als „Zwei“. Es geht hier nicht um eine bloße Mathematik.

Wenn man sich jemand anderem gegenüber öffnet, bedeutet das auch, dass man reicher wird und nicht ärmer. Die Europäische Union ist eigentlich immer dem Grundsatz gefolgt, die besten Rahmenbedingungen für eine Kultur des Dialogs und der Toleranz zu schaffen. Das ist es, was Europa attraktiv macht. Deshalb möchten so viele Länder in der EU repräsentiert sein. Und die wichtige Rolle der religiösen Gemeinden und Gemeinschaften – die sie auch in unseren Gesellschaften spielen – muss dem gerecht werden. Seit den achtziger Jahren pflegen wir Beziehungen zu den religiösen Gemeinschaften in Brüssel, die ihrerseits auch Repräsentanten bei den europäischen Vereinigungen haben. Die Anwesenheit des Präsidenten der Europäischen Kommission und zweier Kommissare bei den Sitzungen der Dritten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Sibiu⁴ hat ein deutliches Zeichen gesetzt. Ich bin auch glücklich darüber, dass der neue Unionsvertrag einen Artikel über den Dialog mit den Religionen enthalten wird. Dieser Dialog wird – das ist meine feste Überzeugung – zur Kooperation führen.

Viele religiöse Organisationen sind im sozialen und wirtschaftlichen Bereich engagiert und tragen dazu bei, bürgerliche und moralische Werte in unsere Gesellschaften hineinzutragen. Oft entwickeln sie ganz von unten Initiativen für europäische Projekte, die dann durch Gemeinschaftsprogramme in den Bereichen Bildung, Kultur, Jugend und Bürgerschaft gefördert werden.

Dieser Kongress, meine Damen und Herren, hat sich der Solidarität verschrieben, die historische, kulturelle und religiöse Unterschiede in Europa überwindet. Es ist sehr wichtig, dies zu bedenken und im kollektiven Gedächtnis der Völker zu bewahren, denn Erinnerung und Identität sind ineinander verzahnt und formen das Gewissen der Menschheit.

⁴ Die Dritte Europäische Ökumenische Versammlung fand vom 4. bis zum 9. September 2007 in Sibiu/Hermannstadt (Rumänien) statt.

Kulturelle Verschiedenheit ist kein europäisches Problem – im Gegenteil, sie steht für den Reichtum und die Einzigartigkeit Europas. Bedauerlicherweise hat Europa tragische Perioden der Auslöschung des „Anderen“ auf der Grundlage von Religion, Klasse oder Rasse erfahren müssen. Was uns heute und morgen verbinden wird, sind nicht ein Punkt auf einer Landkarte oder der Handel, sondern es ist der Respekt für die gemeinsamen Werte, die wir teilen, und dazu gehört in erster Linie die Würde des Menschen.

In diesem Jahr erinnern wir uns an die großartigen Persönlichkeiten, die Europa Wirklichkeit werden ließen: hier in Deutschland besonders an Konrad Adenauer, dann Robert Schuman und Alcide de Gasperi. Warum erinnern wir uns an diese Namen und warum ehren wir diese Menschen? Wegen ihrer Vision, ihrer Arbeit und ihrer Entschlossenheit, die auch für uns immer noch eine starke Quelle der Inspiration bildet. Sie haben sich wie Väter verhalten, nicht wie populistische Politiker. Die Politiker und religiösen Führer von heute sollten ihren Beispielen folgen, denn sie können uns immer noch zeigen, dass es in der politischen Führung nicht darum geht, nur die neuesten Meinungsumfragen im Blick zu haben, sondern vielmehr darum, das erstrebte Ziel zu erreichen, um konkrete Lösungen für die anstehenden Probleme zu finden. Anders gesagt: Es geht darum, den derzeitigen *und* den zukünftigen Generationen zu dienen. Was immer unsere eigene Berufung ist, wir müssen auch unsere Intelligenz, Weisheit und Vorstellungskraft schärfen. Wir müssen auf unserem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe aufbauen und zusammenarbeiten für ein Europa der Menschlichkeit, der Solidarität, des Dialogs und der Hoffnung.

Dr. Ingo Friedrich MdEP,
Brüssel/Straßburg

Politisches Engagement aus christlichem Impetus¹

Man kann in der Tat fragen, warum die Christen besonders aufgerufen sind, sich in der Politik zu engagieren. Las-

sen Sie mich dazu mit einem weltlichen Zitat beginnen: Cicero schreibt in seinem Werk „De re publica“: „Es ist nicht genug, Tugend zu besitzen wie eine Kunst, wenn man sie nicht nutzt“² – und der größte Nutzen sei die Leitung des Staates. Um aus der Bibel zu zitieren: Der Prophet Jeremia sagt: „Suchet der Stadt Bestes.“³ Zudem ermutigt die Konstitution „Gaudium et Spes“ des Zweiten Vatikanums vom Dezember 1965 die Christen ausdrücklich zur Übernahme politischer Verantwortung: „Wer dazu geeignet ist oder sich dazu ausbilden kann, soll sich darauf vorbereiten, den schweren, aber zugleich ehrenvollen Beruf des Politikers auszuüben, und sich diesem Beruf unter Hintansetzung des eigenen Vorteils und materiellen Gewinns widmen. Sittlich integer und klug zugleich, soll er angehen gegen alles Unrecht und jede Unterdrückung,



1 Dr. Wilhelm Höynck stellte Dr. Friedrich kurz vor und wies besonders darauf hin, dass nach dem Kommissar als Vertreter der Exekutive nun ein Vertreter der Legislative das Wort ergreife. Von 1999 bis 2007 war Dr. Friedrich Vizepräsident des Europäischen Parlaments, seither ist er Quästor und Präsidiumsmitglied des Parlaments. Als Mitglied des Konvents, der im Jahr 2000 die Europäische Grundrechtecharta ausgearbeitet hat, steht er der Thematik besonders nahe.

2 De re publica, Buch 1, Kap. 2.

3 Jer 29,7.

gegen Willkürherrschaft und Intoleranz eines Einzelnen oder einer politischen Partei. Redlich und gerecht, voll Liebe und politischen Muts soll er sich dem Wohl aller widmen.“⁴ Man kann es fast nicht besser sagen und nur hoffen, dass es auch so gemeint ist.

Nun muss ich etwas beichten: Ich bin leider, ehrlich gesagt, Protestant. Aber ich habe etwas getan, was mich vielleicht bei Renovabis wieder satisfaktionsfähig macht. Darf ich die Geschichte von der europäischen Flagge erzählen?

Europa hatte 1980 einen „Flaggen-Salat“. Die Kommission hatte eine Flagge, die wie ein Halbmond aussah, das Parlament hatte einen Lorbeerkranz als Flagge, ganz intelligent ein „EP“ für Europäisches Parlament und „PE“ für Parlement Européen darin, und der Europarat hatte eine eigene Flagge. Nun kam ich aus der Wirtschaft dorthin und dachte: Wir brauchen eine einigende Corporate Identity. Und da gefiel mir die existierende Flagge des Europarats am besten. Ich habe also begonnen, für diese Flagge zu kämpfen, und ein Kollege hat immer etwas schmunzelnd diese Bemühungen verfolgt. Weil nämlich z.B. die Holländer gesagt haben: „Typisch deutsch ... Kaum ist er da, will er eine Flagge haben.“ Und er hat immer so ein bisschen gelächelt und nie gesagt, warum. Dann haben wir die Flagge im Jahre 1984 unter großer medialer Anteilnahme offiziell vor dem Parlament hochgezogen – mit Fernsehen, Musik usw. Danach habe ich den Kollegen gefragt, warum er immer so gelächelt hat, wenn ich für diese Flagge gearbeitet habe. Er erwiderte, dass er es mir ja nun sagen könne: „Weil Sie als armer Protestant überhaupt nicht gemerkt haben, dass Sie nun ein Mariensymbol zur Flagge Europas gemacht haben.“

Wenn Sie mittelalterliche Marienstatuen anschauen, haben diese auch zwölf goldene Sterne und wenn Sie die zwölf goldenen Sterne gegen den blauen Himmel legen, haben Sie die Europaflagge. Gemäß einem Beschluss des Europäischen Parlaments wurde die Flagge mit diesem Symbol dann zur einzigen großen europäischen Flagge erhoben. Auch wenn jetzt im Vertrag von Lissabon,⁵ der ja die Entwicklung

4 Gaudium et Spes, 75.

5 Der Vertrag von Lissabon wurde am 13.12.2007 von den Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Staaten unterzeichnet.

Europas nach dem Stillstand der letzten Jahre wieder voranbringen soll, die Funktion der Symbole zurückgestuft wurde, ändert das nichts an ihrer Bedeutung. Die Flagge steht für Europa ebenso wie die Hymne – der Schlusschor aus Beethovens 9. Symphonie – und das Motto, das, nebenbei gesagt, von Schülern entwickelt wurde „in Vielfalt geeint“:

Wir alle kennen die „Zwei-Reiche-Lehre“: Christus selber hat gesagt „Gebt dem Kaiser – also dem Staat –, was des Kaisers ist und Gott, was Gottes ist“⁶. Trotz der Trennung von Kirche und Staat, die wir uns in Europa mühsam seit dem Mittelalter erarbeitet haben, ist der Einfluss christlich geprägter Politiker für die Gestaltung Europas von zentraler Bedeutung. Es geht nicht darum, unter dem Deckmantel christlicher Religion oder eines transzendenten Auftrags eine ganz bestimmte radikale Politik zu rechtfertigen, sondern es geht darum, eine Gesellschaft aufzubauen, die auf dem seit Jahrtausenden bewährten christlichen Menschenbild gründet und den Nichtchristen die ihnen zukommende Freiheit belässt. Zum Kern des christlichen Selbstverständnisses gehört es also, dass zwischen der Welt und dem Glauben kein Graben liegt – Kirche und Staat sollen voneinander getrennt sein, aber zwischen Welt und Glauben darf kein Graben bestehen, vielmehr soll der Glauben seinen Platz auch in dieser Welt haben. Insofern ist Religion keine Privatsache, sondern auch ein Stück weit öffentliches Bekenntnis.

Im Folgenden möchte ich anhand von fünf Thesen aufzeigen, warum, in welchen Bereichen und zu welchen Themen Christen in der Politik eine ganz besondere Orientierung vermitteln können.

1. Der Mensch – Geschöpf Gottes (vgl. Gen 1,27 „Abbild Gottes“)

Oft wird der Mensch als Geschenk Gottes bezeichnet. Die Gottes-ebenbildlichkeit spielt dabei eine wichtige Rolle, denn sie ist die Brücke zur Formulierung im deutschen Grundgesetz „Die Würde des

⁶ Mt 22,21.

Menschen ist unantastbar“: Ich möchte die Gottesebenbildlichkeit nun mit einem anderen Zitat ergänzen, von dem ich meine, dass es genauso darauf hinführt. Es ist das, was mich immer beeindruckt hat, wenn ich gelesen habe „Ich habe Dich bei Deinem Namen gerufen.“⁷ Und diese Einmaligkeit bildet zusammen mit der Gottesebenbildlichkeit den Urgrund für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Selbst der Mensch, der versagt hat, der im Gefängnis ist, auch der Bettler – alle sind in diesem Sinne einmalige Geschöpfe und unterliegen der Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Mit Roman Herzog habe ich im Grundrechtskonvent oft darüber diskutiert, und er sagte – meines Erachtens zutreffend –, dass viele der in der Charta definierten Grundrechte auf die christlichen Werte und damit auf die Bibel zurückgeführt werden können.

Natürlich haben diese Überlegungen konkrete Auswirkungen auf aktuelle Fragen. So werde ich alles dafür tun, dass Experimente mit omnipotenten Stammzellen – also Stammzellen, aus denen ein Mensch werden kann – nicht erlaubt, geschweige denn gefördert werden. Oder denken Sie an die Diskussionen beim Lebensende, wo ganz klar unterschieden werden muss zwischen einer – wie ich es nennen möchte – liebevollen Sterbebegleitung und einer wie auch immer garteten aktiven Sterbehilfe. Ich diskutiere im Moment interessanterweise diese Themen oft mit Gymnasiasten, zuletzt vor wenigen Tagen in Ansbach. Einer der Schüler trat da ziemlich direkt auf; warum auch nicht? Junge Menschen haben ja das Recht, „platt“ zu formulieren, und so meinte er: „Wenn man einmal schon über 50 ist und dann sowieso keine Chance besteht, dass der Betreffende noch lange lebt, dann habe ich nichts dagegen, wenn dann ein Giftbecher hingestellt wird.“ Da musste ich schon deutlich werden und habe gefragt, ob er mich jetzt auch schon dazu zählt, denn ich bin über 50. Dann habe ich ihm einen Fall geschildert, der wirklich so passiert ist: Eine Deutsche ist in die Schweiz gefahren, um sich den Schierlingsbecher geben zu lassen. Sie hat ihn getrunken – und dann hat sich der Todeskampf über eine halbe Stunde hingezogen. Sie hat vor Schmerzen geschrien, sich

⁷ Jes 43,1.

gekrümmt und wollte es wieder rückgängig machen. So hatte es sich der Schüler nun auch wieder nicht vorgestellt.

Hier müssen also klare Grenzen gezogen werden. Dennoch gibt es schwierige Grenzfälle, das will ich nicht bestreiten. So war ich beim Tod meines Vaters dabei, ebenso mein jüngerer Bruder, der als Arzt in den USA lebt. Er hat dauernd die Stationschwester angerufen und sie aufgefordert, dem Sterbenden Opium statt Morphium zu geben, weil das Morphium unmittelbar zum Tode führen würde. Mein Vater war 95 Jahre alt, ich saß an seinem Bett und wusste, dass er größte Schmerzen leidet. Dann sagte die Schwester zu mir: „Sie sind der ältere Bruder. Ihr jüngerer Bruder sagt ‚kein Morphium‘, was sagen Sie?“ Ich sagte ihr, sie solle ihm eine niedrige Dosis geben, um damit die Schmerzen zu verringern. Hoffentlich habe ich dabei nichts Falsches getan, denn ich könnte mir vorstellen, dass er eventuell, wenn man sich ganz nach den Spielregeln meines ärztlichen Bruders verhalten hätte, einen Tag länger gelebt hätte. Aber das kann und muss jeder mit seinem Gewissen und dann auch mit dem Herrgott vereinbaren. Entscheidend bleibt die Einsicht, dass der Mensch ein Geschöpf Gottes ist und dass dies, wenn man es ernst nimmt, ganz konkrete Auswirkungen in der Politik hat.

2. „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“ (Mt 22,39)

Was machen wir als christliche Politiker mit dem Aspekt „Liebe Deinen Nächsten“? Es steht schon in der Bibel „... wie dich selbst“. Also ist es durchaus erlaubt, auch sich selbst etwas Gutes zu gönnen und die Grenzen auszutesten. Auch die soziale Marktwirtschaft, also die Form der Wirtschaftsführung, die mühsam versucht, soziale Sensibilität für Schwächere mit marktwirtschaftlicher Effizienz zu kombinieren, kann mit diesem Satz begründet werden. Ich glaube, dass wir aus der Bibel beides ableiten können und müssen – die Sensibilität für den Schwächeren und die Regeln von Angebot und Nachfrage.

Wenn es um das Recht auf Leben geht, betone ich klar, dass Abtreibung immer ein Stück weit etwas Böses ist, ohne auf Detailfragen ein-

zugehen. Mit Sicherheit ist es aus meiner Sicht eine Sünde, wenn ein Mensch deswegen nicht zur Welt kommt, weil er eine Behinderung hat. Auch da kann ich aus eigener Erfahrung sprechen: Ich habe eine Schwester mit Down-Syndrom; früher sagte man mongoloid dazu. Es war ein Schock für eine Familie wie meine – nur kräftige Buben und dann kommt eine „solche“ Schwester. Heute, nachdem mein Vater gestorben ist, lebt sie bei meiner 90jährigen Mutter und ist ihre größte Freude, da sie nun zusammen mit ihr wohnt. Sie ist deshalb immer fröhlich. Mir ist nachträglich in den Sinn gekommen, dass vielleicht dies der Sinn dieser Prüfung war.

Wenn wir nun auf die soziale Marktwirtschaft zurückkommen, hat dies die Konsequenz, dass immer eine Sensibilität für die Schwächeren vorhanden sein muss, gleichzeitig aber auch der Wunsch und ein Stück weit die Herausforderung, dass derjenige, der fähig ist, seine Begabungen auch einbringen soll. Ich halte es für richtig, wenn wir – mein Vordner hat ja besonders darauf hingewiesen, dass ich aus Bayern komme – in Bayern die besten Autos der Welt bauen, auch wenn das vielleicht ein wenig wie Eigenlob klingt. Das ist wirklich gut, warum sollten es die anderen machen? Die Vernetzung von Sensibilität für die Schwächeren mit dem Wunsch bzw. der Herausforderung, Begabungen und Tugenden, sei es als Professor an der Universität, als Ingenieur in der Wirtschaft oder als Chef eines Unternehmens Spitzenleistungen zu erbringen – das bedeutet für mich soziale Marktwirtschaft. Für christliche Ohren mag dies manchmal ein wenig hart und unsozial klingen, aber für mich beinhaltet soziale Marktwirtschaft eben diese beiden Pole.

3. „Selig, die Frieden stiften“ (Mt 5,9)

Zu diesem Thema können wir Christen wirklich etwas Wesentliches beitragen. Kommissar Figel' hat eben die Gründerväter Europas erwähnt, und aus meiner Sicht war es eben kein Zufall, dass alle gläubige katholische Christen waren, Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman. Ganz selbstverständlich bildete wenige Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs der Friedensaspekt das Urfundament

Europas – „Nie mehr Krieg zwischen den Europäern!“ war eines der meistverbreiteten Schlagworte jener Jahre. Begonnen hat das Ganze dann erst mit den sechs, dann mit neun, danach zwölf, jetzt sind es 27 Mitgliedsstaaten der Union. An einen Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist nicht einmal mehr zu denken, aber auch ein Krieg zwischen Deutschland und Polen ist inzwischen unvorstellbar. Dies ist, man kann es nicht anders sagen, ein Riesenfortschritt: In einem Teil der Welt, die uns Christen ja bekanntlich nicht allein zur Verfügung steht, sondern auch von anderen Kräften mitbeherrscht wird, haben wir wenigstens für 27 Staaten Frieden geschaffen.

Frieden allein reicht natürlich nicht, vielmehr müssen sich Stabilität und gutnachbarliche Beziehungen auch über die Grenzen der Union hinaus ausbreiten. Ich möchte dabei das Wort „exportieren“ vermeiden und denke eher an die Ausstrahlungskraft auf die Nachbarländer und -regionen, etwa in Richtung der Ukraine, Weißrusslands, der Türkei und Nordafrikas. Das geschieht nicht nur aus pragmatischen Gründen, weil z. B. Instabilitäten in unserer Nachbarschaft irgendwann auf die 27 EU-Staaten zurückschlagen würden, sondern auch aus christlicher Nächstenliebe. Die Vision sieht so aus, die heute existierenden wenigen Stabilitätsinseln auf der Erde – Nordamerika, Teile Asiens, Australien und Europa – irgendwann zu vernetzen und aus den Stabilitätsinseln dieser Welt eine Friedensordnung für die ganze Welt zustande zu bringen. Dies scheint vielleicht heute zu visionär, aber wenn man unseren Gründervätern 1950 gesagt hätte, dass im Jahr 2007 Europa so zusammenarbeitet, wie es heute trotz aller Probleme möglich ist, hätten dies viele auch als unerreichbare Vision bezeichnet. Meiner Meinung nach sind die Christen aufgerufen, eine Friedensvision nicht nur für uns in Europa, sondern schrittweise für die ganze Welt zu entwickeln – also eine Zone der Stabilität um Europa herum, aus der hoffentlich irgendwann einmal eine Friedensordnung für die ganze Welt werden kann.

An dieser Stelle möchte ich eine kleine wissenschaftliche Theorie einfügen. Ich habe sie selbst entwickelt, denn manchmal muss man auch etwas für die Wissenschaft tun. Es ist die Theorie vom *Wandern der Souveränität*. Meines Erachtens lässt sich Folgendes in der Geschichte

feststellen: Ganz früher waren Stadtstaaten in der Lage, als Städte ihre Bürger komplett zu versorgen. Größere Stadtstaaten, die weiterreichende Möglichkeiten hatten, etwa Venedig, Florenz und Mailand, bildeten eigene souveräne Gebilde. Später entstanden dann größere Einheiten wie etwa die Königreiche Preußen und Bayern, die jeweils in ihrem Territorium souverän alle Probleme lösen konnten. Im Laufe der wirtschaftlichen und industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts wurden aber die Anforderungen an diese souveränen Gebilde so groß, dass sie sie nicht mehr bewältigen konnten – anders gesagt: Preußen, Bayern und andere Staaten in Deutschland konnten Bereiche wie Eisenbahn, Straßenverkehr und Post nicht mehr allein für sich regeln. Damit wurden Lösungen auf supranationaler Basis erforderlich; die Souveränität für bestimmte Bereiche verlagerte sich also auf übergeordnete Einheiten.

Diese Entwicklung ist die eigentliche Ursache für die Zunahme der internationalen Zusammenarbeit. Viele der neuen Themen und Problemstellungen sind national nicht mehr lösbar. Bereiche wie Mobiltelefonnetze, Internet, Umwelt- und Klimapolitik lassen sich national nicht mehr regulieren. Was nutzt die deutsche Kartellkontrolle, wenn eine Flugzeugfirma im gesamten europäischen Raum operiert? Oder denken Sie an Fragen der Fairness und Ethik in der Wirtschaftsordnung. Dazu ein Beispiel: Eine große deutsche Firma hat einmal sondiert, wie sie legal innerhalb Europas Steuern sparen kann. Da gibt es den Trick, deutsche Fahrzeuge zu vermieten und gleichzeitig den Firmensitz nach Bratislava in die Slowakei zu verlegen, denn dort wird von Firmen nur 19 Prozent Einkommensteuer verlangt – paradiesische Zustände für Unternehmen. Wer heute dort hinreist, stößt überall auf Zeichen des Wirtschaftsbooms.

Um solche Wettbewerbsverzerrungen in den Griff zu bekommen, brauchen wir europäische Regelungen. Auf die Sonderfälle „Schweiz“ und „Lichtenstein“ will ich dabei überhaupt nicht eingehen. Dennoch eine knappe Bemerkung: Ich möchte keinen Schweizer beleidigen, wenn ich sage, dass es dort zwei Kantone gibt, die eine unanständige Politik betreiben. Statt wie in anderen Staaten eine progressive Besteuerung anzuwenden (d.h. der Steuersatz steigt mit der Höhe des Verdienstes, was meiner Meinung nach gerechtfertigt ist), wenden diese zwei Kantone

zum Anlocken von Millionären eine degressive Besteuerung an, d. h. der Steuersatz wird niedriger, je höher der Verdienst ist. Wenn dies alle Länder machen würden, könnten wir unseren „Laden“ bald zusperren.

Soweit zu meiner kleinen, etwas abschweifenden Theorie, die wahrscheinlich auf europäischer Ebene gar nicht endet, sondern einer Welt entgegenwachsen wird, in der wir eine Vielzahl von Spielregeln – sogar auf globaler Ebene – brauchen. Welche Subventionen sind dann beispielsweise erlaubt, was ist möglich im Patent- und im Markenrecht? Ergänzen möchte ich diesen Exkurs durch eine kleine Geschichte aus meinem Wahlkreis in Mittelfranken. Dort, in Herzogenaurach, ist die Firma Adidas ansässig. Kürzlich habe ich ihre Manager nach ihrem größten Problem gefragt. Die Antwort lautete „China“ – denn dort werden millionenfach einheimische Produkte nachgeahmt. Ein Ausfall der Lizenzgebühren ist die Folge. Als dann Aufkäufer nach China geschickt wurden, um diese Nachahmungen zu finden, fanden sie nichts. Nach ihrer Rückkehr teilten sie mit, dass dort die höchsten Preise mit T-Shirts erzielt werden, auf deren linken Seite „Adidas“ und rechts „Puma“ steht.



Ein letzter Aspekt, der zum Bereich „Selig, die Frieden stiften“ gehört, ist die Auseinandersetzung mit dem Islam, denn damit erreicht die Diskussion ganz neue Dimensionen, die es zu bewältigen gilt. Ich sehe aber schon Ansätze, miteinander ins Gespräch zu kommen. So erinnere ich mich etwa an Mustafa Cerić, den Großmufti von Bosnien-Herzegowina, als Vertreter eines Islam, der nach meiner Interpretation mit unseren Vorstellungen voll kompatibel wäre. In Bosnien ist z. B. die Bigamie schon lange verboten; ebenso gibt es Schutzgesetze für den Umgang mit Tieren und andere Gesetze, die unseren Vorstellungen entsprechen. Alles in allem sind das ermutigende Ansätze eines „Europäischen Islams“, der in der Europäischen Union einen angemessenen Platz verdient.

Dennoch bleiben noch große Anstrengungen von allen Seiten notwendig, wenn wir mit Blick auf den Islam friedensstiftend wirken wollen. Ich persönlich bin der Meinung, dass der Beitritt der Türkei zur Union eine Überdehnung Europas bedeuten würde; dennoch sollten wir aber unterhalb der Beitrittschwelle mit der Türkei und den anderen Ländern in der Nachbarschaft engste Kontakte pflegen und ihnen größtmögliche Hilfe zukommen lassen. Dabei gilt es stets, die Entwicklung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit im Blick zu behalten.

4. Unsere – Gottes – Schöpfung bewahren (Gen 1,28)

Diesen Punkt kann ich jetzt sehr kurz behandeln, weil schon vieles dazu gesagt wurde. Wir kennen alle das Bibelwort „Füllet die Erde und machet sie euch untertan“ (Gen 1,28). Wir wissen inzwischen längst, wie dieser Satz richtig zu interpretieren ist: Wir sollen die Schöpfung bewahren, mit ihr ganz behutsam umgehen, alle Signale der Natur ernst nehmen und richtig darauf reagieren. Ich denke hierbei an die Treibhausgase bzw. die enormen Mengen an Benzin und Öl, die wir täglich verbrauchen. Außerdem geht es auch um eine neue Rolle der Landwirtschaft, denn sie wird zunehmend ein Energielieferant werden. Wir merken es bereits jetzt, dass dies das ganze Preissystem umstrukturieren wird. Die Wälder werden eine ganz andere marktwirtschaftliche Wertschöpfung erfahren. Denken Sie auch an die Biomasse – das sind Themen, die uns in den nächsten Jahren intensiv beschäftigen werden.

All dies steht im Zusammenhang mit der biblischen Aufforderung, die Schöpfung zu bewahren und wird viele Fragen aufwerfen bis hin zu Themen wie z. B. thermische Verwertung von Getreidearten. Darf man Hafer wirklich verbrennen? Mich schaudert es schon bei dem Gedanken daran, weil ich noch nach dem Krieg gelernt habe, dass, wenn man ein Butterbrot wegwerfen würde, dies den sofortigen Weg zur Hölle bedeutet. Ein Landwirt könnte nun aber argumentieren, dass er das selbe tut, wenn er dem Ochsen Getreide zum Fressen gegeben hat. Ich überlasse es Ihnen, darüber ein Urteil zu fällen.

5. Einsatz für christliche Werte: Europa braucht das Christentum

In meiner letzten These möchte ich noch etwas zum Einsatz für christliche Werte sagen. Ich war, wie Herr Dr. Höynck richtig bemerkt hat, in der Tat als Wortführer der Christdemokraten bei der Zusammenstellung der Grundrechtecharta dabei und habe beantragt, darin Gott zu erwähnen; als Kompromiss hätte ich mir übrigens auch die noch offenere Formulierung aus der polnischen Verfassung, auf die Kardinal Wetter in seiner Einführung hingewiesen hat, vorstellen können.⁸ Anschließend begann eine hitzige Diskussion. Eines Tages rief mich Bundespräsident Roman Herzog an und sagte mir, er hätte gerade ein hochoffizielles Schreiben aus Frankreich erhalten. Wenn – so hieß es darin – das Wort „geistig-religiös“ in der Grundrechtecharta vorkomme, dann zögen die Franzosen aus. Ich betonte gegenüber dem Bundespräsidenten, dass ich mich als Wortführer der Christdemokraten deren Grundsätzen verpflichtet fühlte; sollte nun nach dem Ignorieren des Wortes „Gott“ für den Wortlaut der Verfassung auch noch das Wort „geistig-religiös“ gestrichen werden, so würde ich mit meinen Christdemokraten ausziehen. Zwei Tage später rief Roman Herzog erneut an und sagte mir, dass sein Sohn, der Französisch studieren würde, herausgefunden hätte, dass das französische Wort „spirituel“ näher am Geistig-Religiösen wäre als das deutsche Wort „spirituell“.

Somit ergab sich am Ende ein europäischer Kompromiss: In der ersten Fassung der Grundrechtecharta stand im Deutschen „geistig-religiös“, also: „... im Bewusstsein ihres geistig-religiösen Erbes gründet sich die Union auf die unteilbaren Werte der Würde des Menschen, der Freiheit und der Solidarität ...“ In der französischen bzw. englischen Fassung fanden sich dort die Worte „spirituel“ bzw. „spiritual“!

8 Der Entwurf des Verfassungskonvents, der letztlich nicht zum Zuge kam, hatte folgende Formulierung: „Die Werte der Europäischen Union umfassen die Wertvorstellungen sowohl derjenigen, die an Gott als Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch derjenigen, die diesen Glauben nicht teilen, sondern diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten.“

Letztendlich ist es damit – so klein sind oft die Fortschritte – mühsam gelungen, in der Grundrechtecharta in allen Sprachen „geistig-religiös“ zu verwenden.

An dieser Stelle erwähne ich auch den großen Europäer Otto von Habsburg, der gesagt hat, „wer nicht weiß, woher er kommt, der weiß auch gar nicht, wohin er geht, weil er gar nicht weiß, wo er ist.“ Wenn Europa sich nicht zu seinen geistig-religiösen christlichen Wurzeln bekennt, dann bin ich zutiefst davon überzeugt, dass es keine Zukunft in dieser klein gewordenen globalisierten Welt haben wird.

Lassen Sie mich abschließend nochmals den Hinweis auf die Identität aufgreifen, die Kommissar Figel' bereits angesprochen hat. Man kann heute eben Bayer *und* Deutscher *und* Europäer sein, vielleicht sogar auch Weltbürger. Natürlich muss man die Globalisierung auch menschenwürdig gestalten. Dies ist eine wesentliche Aufgabe Europas.

An dieser Stelle bitte ich die Gäste aus den neuen Mitgliedsländern aus Mittel- und Osteuropa zu verzeihen, dass ich jetzt so viel aus unserem Land erzählt habe, aber man kann das Ganze auch immer ein Stück weit übertragen.

Schließen möchte ich mit einem für mich sehr überraschenden ganz neuen Aspekt. Vor wenigen Tagen habe ich die neueste Analyse der Bewertung von Wörtern in der deutschen Öffentlichkeit bekommen. Im Vorfeld dieser Analyse wurden Begriffe wie liberal, sozial, christlich, konservativ oder sozialistisch abgefragt. Am Ende der Bewertungsskala stand nun das Wort „konservativ“, an erster Stelle das Wort „sozial“. Und jetzt kommt die eigentliche Sensation: An zweiter Stelle von etwa 30 Begriffen, die die Menschen heute in Deutschland für besonders wichtig und gut erachten, steht das Wort „christlich“. Das hat mich nun völlig überrascht, aber auch sehr erfreut. Sie sehen also: Für Christen bleibt in Europa sehr viel zu tun, aber ich denke, dass auch ein Segen auf diesem Einsatz ruht. In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihr Engagement und Ihr Interesse.

Diskussion mit Kommissar Ján Figel' und Dr. Ingo Friedrich MdEP

Dr. Wilhelm Höynck:

Herr Abgeordneter Dr. Friedrich, ganz herzlichen Dank für Ihren außerordentlich spannenden Vortrag und Ihre Bereitschaft, Ihre umfangreichen politischen, aber auch persönlichen Erfahrungen mit uns zu teilen und sie in Ihren fünf Thesen zusammenzufassen. Meine Damen und Herren, Sie dürfen sich jetzt zu Wort melden – bitte fassen Sie sich dabei kurz und nennen Sie auch Ihren Namen.

Josef Rottenaicher:

Ich bin Biobauer aus der Diözese Passau und beschäftige mich daher auch sehr viel mit ökologischen Fragen. Zunächst einmal eine ganz naive Frage: Kardinal Wetter erinnerte an die Präambel der polnischen Verfassung, deren Formulierung in Richtung auf „Gott“ durchaus konsensfähig gewesen wäre, wie immer wieder betont wird; auch Sie, Herr Dr. Friedrich, haben das ja getan. Warum hat die polnische Seite diese so gute und konsensfähige Formulierung dann nicht stärker und konsequenter eingebracht? Sie hatten auch gesagt, die Frage der Landwirtschaft werde eine der großen Zukunftsfragen sein. Ich nenne dazu nur die Stichworte „Ernährungssouveränität“ und „Konflikte zwischen vollem Teller und vollem Tank“. Sind Sie der Meinung, dass der künftigen Ausgestaltung der Landwirtschaft in Europa und in der Welt nicht noch größere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss?

Dr. Ingo Friedrich MdEP:

Ich beginne mit der zweiten Frage. Wir haben in diesem Bereich eine Revolution erlebt, die uns nur nicht bewusst ist. 1948 waren etwa noch über 50 Prozent unserer Bürger in der Landwirtschaft tätig, 1900 waren es sogar noch über zwei Drittel. Damals waren zwei Bauern notwendig, um einen Städter zu ernähren. Heute sind es im Durchschnitt vier, zum Teil auch nur noch drei Prozent der Erwerbstätigen, die voll ausreichen, um die restlichen 97 Prozent der Bevölkerung gut zu ernähren. Dies liegt unter anderem am besseren Saatgut, an besseren Züchtungen und an vielen Produktivitätsfortschritten. Die Land-

wirtschaft wird natürlich neue Schwerpunkte erhalten, wenn sie als Energielieferant immer mehr Bedeutung bekommt, aber ihre Hauptaufgabe bleibt die Produktion von Nahrungsmitteln. Eigentlich geht es immer um die Problematik „halb voll – halb leer“. Ein Vertreter der Landwirtschaft schaut in die Zeitung und fragt sich, was darin über Landwirtschaft steht – fast nichts. Wenn man aber mit Ärzten oder Apothekern spricht, dann sagen die: „Wenn wir den Einfluss des Bauernverbandes hätten, dann wäre die Welt in Ordnung.“ Ich will damit sagen, dass jeder immer beim anderen den großen Einfluss sieht und bei sich selber den geringen.

Zur Frage des Gottesbezugs: Meines Erachtens müsste die Formulierung der polnischen Verfassung konsensfähig sein. Nur ist es immer noch ein harter Weg, dies durchzusetzen. Die Polen sind jetzt mit ihren Parlamentswahlen beschäftigt, und ich hoffe, dass diese gut ausgehen. Hoffentlich gehen sie dann nach dem 21. Oktober mit neuem Engagement dieses Thema an. Es gibt bestimmt viele Freunde, die eine solche Initiative unterstützen würden. Ob es dann letztlich gelingt, ist in der Politik nie zu 100 Prozent zu garantieren.

Barbara Fiala:

Mein Name ist Barbara Fiala und ich bin Vertreterin der Föderation der katholischen Familienverbände in Europa. Wir beschäftigen uns mit dem Thema „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“ und ich weiß, dass die Europäer zu einem sehr hohen Prozentsatz sagen, dass Familie ihnen sehr wichtig ist. Die Europäische Union selbst hat für Familienpolitik keine Kompetenz, dies weiß ich wohl. Gleichwohl gibt es Initiativen, die Kultur der Familie auch wieder bewusst zu machen und in den politischen Diskurs einzubringen. Wir als Föderation begrüßen die Initiative der Europäischen Allianz für Familien, in der unter anderem auch ein „Family Mainstreaming“ gefordert wird. Meinen Sie, dass Sie in der Europäischen Union in diesem Bereich etwas voranbringen können, um die Kultur und den Wert der Familie zu fördern, damit all das für die Familien zur Wirklichkeit wird, was Sie in Ihrem Vortrag erwähnt haben, nämlich christliche Werte wie Solidarität, Subsidiarität, das Für-einander-Einstehen? Meine Frage lautet also: Sehen Sie eine Chance für ein „Family Mainstreaming“ in Europa?

Ján Figel’:

Das ist eine Frage, die wir uns auf allen Verantwortungsebenen ansehen müssen. Es stimmt natürlich, dass es innerhalb der Europäischen Union keine Kompetenz für die Familienpolitik gibt. Die Union kann dazu beitragen oder nicht beitragen, um eine bessere Situation für die Familien zu gestalten. Daher ist es auch so wichtig zu sagen: Was gut für die Familie ist, ist auch gut für die Gemeinschaft und für den Staat. Wir sind uns alle bewusst, dass die Familie eigentlich die zentrale soziale Einheit ist. Aber wir müssen das auch auf den anderen Ebenen sehen, das heißt lokal, regional, national und europäisch – die Familie ist eines der ganz großen Themen. Wir haben uns auf der europäischen Ebene inzwischen darüber verständigt, dass die demographische Entwicklung und die alternde Bevölkerung zusammenhängende Probleme sind. In einigen Ländern zeigen sich dramatische Entwicklungen ab, in anderen weniger dramatisch, aber wenn wir auf diese Herausforderungen nicht reagieren, dann werden wir in 15 bis 20 Jahren in allen Ländern die gleichen Probleme haben.

Eine familienfreundliche Politik ist eigentlich einer der grundlegenden Ansätze, darauf zu reagieren, aber nicht nur eben sozial, sondern auch wirtschaftlich und natürlich politisch. Ich möchte nun noch einmal sagen, dass es unter der deutschen Präsidentschaft auch einen Anreiz gegeben hat, dass man das konkreter angeht. Wir sind uns nicht nur in der Theorie alle einig, was in der Menschenrechtserklärung zur Rolle und der Bedeutung der Familie gesagt wird, sondern auch darin, dass wir in der Praxis diesen Prinzipien entsprechen wollen. Der deutsche Vorstoß ist so wichtig, weil dieses Land in gewisser Weise Europa im Kleinen mit all seinen Fragen und Problemen widerspiegelt.

Dr. Ingo Friedrich MdEP:

Eine unmittelbare Kompetenz für Familienpolitik gibt es in der Europäischen Union tatsächlich nicht, aber Europa darf sich da natürlich nicht ausblenden. Familie hängt ganz entscheidend mit der Demographie, mit der Kinderfeindlichkeit der Gesellschaft, mit der Unternehmenskultur und damit, wie auf Familien Rücksicht genommen wird, zusammen. Wir können beispielsweise feststellen, dass im öffentlichen Dienst Frauen glücklicherweise oft mehr Berufschancen haben als in der freien Wirtschaft. Hier gibt es also konkrete Möglichkeiten für den

Gesetzgeber, familienfreundliche Maßnahmen durchzusetzen – auch auf der europäischen Ebene, denn in einer „Sozialunion Europa“ muss Europa auch für diese Fragen wenn nicht unmittelbar, dann doch indirekt über die Regelung etwa der Unternehmensverfassungen und -kulturen Verantwortung sehen und empfinden.

Dr. Wilhelm Höynck:

Vielen Dank für Ihre Frage, Frau Fiala, denn sie hat eine wunderbare Brücke zwischen dem Thema unseres diesjährigen Kongresses und dem Kongress im letzten Jahr⁹ gebaut. Was das Thema „Familie und Frauen in der Wirtschaft“ anbelangt, empfehle ich Ihnen, einen Blick auf eine Anzeige in der heutigen „Süddeutschen Zeitung“ über einen Kongress zwanzig deutscher Unternehmensführer zu werfen. Sie ahnen vermutlich, wie viele Frauen unter diesen Unternehmensführern sind – nicht eine einzige! Das hängt natürlich, wie Sie angedeutet haben, unmittelbar zusammen mit der Frage, wie die rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden können, damit Gleichberechtigung nicht nur eine leere Worthülse bleibt.

Prof. Dr. Oleh Turiy:

Ich bin Dozent an der Ukrainischen Katholischen Universität in Lemberg und habe eine Frage an Herrn Dr. Friedrich. Sie haben eine sehr interessante Theorie aufgestellt: Es ging um die Vergrößerung der Verantwortung für staatliche Gebilde. Das klingt sehr gut, stimmt aber nicht immer. Wenn wir den historischen Kontext betrachten, haben wir es nicht immer mit einer direkten Zunahme der Verantwortung zu tun; vielmehr ist häufig ein Schwanken zu beobachten zwischen dem Versuch, die anstehenden Probleme mit übergeordneten Machtmitteln zu lösen, und der Zerstörung der größeren Mächte mit dem Ziel, die anstehenden Probleme auf lokaler Ebene zu lösen. Diese Alternativen kannte schon die Antike, ich erinnere an die Entwicklung der griechischen Stadtstaaten und des Römischen Imperiums – letztlich gingen diese Kulturen unter und es entstanden in

9 Der 10. Internationale Kongress 2006 stand unter dem Titel „Lebensform Familie – Zukunftsfrage für Europa“ und fand vom 31. August bis zum 2. September 2006 in Freising statt. Die dazugehörige Dokumentation ist 2007 erschienen.

der Spätantike und im Mittelalter neue kleinere staatliche Einheiten. In der Neuzeit setzt dann die Entwicklung ein, die Sie geschildert haben. Anfang des 19. Jahrhunderts hat man auch schon gedacht, auf der Basis des Vertrags zwischen den großen Reichen könnten alle Probleme gelöst werden, etwa durch die Dokumente des Wiener Kongresses 1815. Dann aber setzte sich der Nationalismus Mitte des 19. Jahrhundert mit Macht durch, die Nationalstaaten entstanden und alle Krisen und Katastrophen, die daraus folgten. So sehe ich den historischen Ablauf.

Sie stellen nun die heutige Situation in diesen Gesamtkontext: Es gibt demzufolge Sicherheitszonen, und die beste Idee, um mögliche Probleme zu verhindern, ist die, diese Sicherheitszonen sozusagen zu einer globalen Sicherheitsregion zu vereinigen. Und es gibt andere, unruhige Regionen, zu denen Sie auch mein Land, die Ukraine, gezählt haben. Für mich stellt sich nun die Frage, ob das wirklich eine so gute Lösung ist, wenn man nur auf Basis gemeinsamer Stärke gegen das, was als unruhig oder möglicherweise gefährlich angesehen wird, gemeinsam vorgeht, um so etwas wie Ordnung zu schaffen. Meines Erachtens sollten die kleineren und schwächeren Staaten von vorneherein in das Gesamtsystem der „Starken“ eingebunden werden, um von ihnen gegen Angriffe Dritter verteidigt zu werden. Im Moment ist es eher so, dass die Menschen in diesen Ländern das Gefühl haben, von großen Mächten nicht angemessen berücksichtigt zu werden – darin besteht ein grundsätzliches Problem für die heutige und die weitere Entwicklung, auch der Europäischen Union.

Dr. Ingo Friedrich MdEP:

Ihre Frage zu meiner kleinen Theorie müsste eigentlich in einem Seminar diskutiert werden. Deshalb ist es problematisch, in wenigen Sätzen Stellung zu beziehen.

Der Unterschied zwischen den historischen Imperien und dem heutigen Europa besteht in zwei Aspekten. Die früheren Imperien haben ihre Macht nicht freiwillig abgegeben, sondern dies ist in der Regel in ziemlich blutigen Schlachten geschehen. Wir haben aber alles, was auf der europäischen Ebene heute geschieht, durch mehrfaches Votieren der nationalen Parlamente freiwillig als Geschenk bekommen. Der zweite große Unterschied: Im Falle des Sowjetimperiums war die ganze Macht in Moskau konzentriert. Der Unterschied zur Europäischen Union liegt

darin, dass wir heute in Europa manchmal froh sind, wenn nicht zuviel an Neuem auf uns zukommt – wir sind dankbar für alles, was die Deutschen, die Franzosen und alle anderen bei sich zuhause lösen können. Natürlich muss es aber übergeordnete gemeinsame Standards in der EU geben. Man sagt, wenn man die Unterschiede in den Sozialstandards so wie bisher belässt, dann entstehen furchtbare Ungerechtigkeiten; dagegen brauchen wir mehr europäische Gemeinsamkeit. Das heißt also: Es gibt nur *Teilkompetenzen*, *Teilsolidaritäten*, die auf der europäischen Ebene offenbar nirgendwo sonst mehr wahrgenommen werden. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den klassischen Imperien und lässt sich natürlich mit dem Sowjetimperium überhaupt nicht vergleichen. Wir sind sogar froh, wenn wir etwas finden, was wir wieder subsidiär nach unten zurückgeben können. Die klassischen Imperien häuften hingegen ständig mehr Macht in der Zentrale an.

In einem zweiten Schritt haben Sie ein wenig Sicherheit und Stabilität zusammengefasst. Da gibt es sicher einen Zusammenhang; es geht aber einfach darum, alles schrittweise anzugehen. Wir können nicht garantieren, dass Länder wie die Ukraine oder Weißrussland sofort denselben Status, dieselben Chancen bzw. dieselbe Entwicklung haben wie die Europäische Union. Wir können aber Hilfe anbieten. Ich habe z. B. mit der bedeutenden ukrainischen Politikerin Julia Timoschenko ein langes Gespräch geführt. Sie hatte eine Liste dabei, die Fragen enthielt nach dem Modus der Berufung von Richtern in Deutschland, nach dem Wahlrecht für das Parlament und vieles andere; da konnte ich ihr natürlich vieles direkt beantworten.

Solche Maßnahmen dienen der Stabilisierung. Selbstverständlich hat Europa in diesem Bereich sehr große Aufgaben zu bewältigen. Ich möchte nicht, dass diese Inseln der Stabilität immer Inseln bleiben, sondern die große Vision wäre, die ganze Welt in eine einzige Stabilitätszone zu verwandeln. Wenn wir dies erreichen wollen, geht es aber nur schrittweise. Wir können nicht eine globale Revolution veranstalten. Hierzu hat Europa weder die Chancen noch die Fähigkeit. Wir können jedoch sehr wohl in einem ersten Schritt versuchen, dafür zu sorgen, dass sich in unserer Nachbarschaft mehr Stabilität, wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt entwickeln. Irgendwann wächst dann alles zusammen und es entsteht hoffentlich eine Welt in Frieden. Ob sie wirklich

entsteht, steht allerdings in den Sternen und übersteigt sicherlich auch die europäischen Potenziale.

Ján Figel’:

Integration und Zusammenwachsen bedeuten nicht, dass neue Länder absorbiert oder geschluckt werden wie beispielsweise die Slowakei oder zukünftige Mitglieder der Europäischen Union. Es geht nicht um eine Assimilierung der kleineren Länder, sondern gemeint ist die Mitwirkung gemäß der Richtlinien und Regelungen, die man ausgehandelt hat. Der Präsident der Kommission ist keine Person, die von den zwei größten Ländern untereinander nominiert worden wäre. Es geht nicht darum, dass jemand dominiert, sondern es geht um einen gemeinschaftlichen Ansatz, gemeinschaftlich gefundene Lösungen, also darum, die bestmögliche Lösung gemeinsam zu finden. Die Europäische Union entwickelt sich Schritt für Schritt, sie ist in der Tat attraktiv und hat eine Anziehungskraft, die vielleicht eher von außen erkennbar ist als von innen, denn wir, die in ihr leben, sehen immer nur den oft grauen Alltag. Was sich seit dem Zweiten Weltkrieg getan und gewandelt hat, ist enorm – man kann es bestimmt nicht mit dem Sowjetimperium vergleichen. Es ist einfach menschlich, dass man nur schrittweise etwas erreichen kann. Unser Ansatz beim Erkennen eines Problems liegt eben nicht darin, nur nach dem Verantwortlichen zu suchen und ihn zu suspendieren nach dem Motto „weg mit ihm“. Im Gegenteil: Wir versuchen, in gemeinsamem Diskurs eine für alle angemessene Lösung zu finden.

Pater Franjo Dusaj:

Ich bin ein Franziskaner aus Montenegro und habe eigentlich nur eine Bitte an Herrn Figel’ und Herrn Dr. Friedrich. Arbeiten Sie weiter in der Richtung, die Sie heute vor uns vorgestellt haben, und unterstützen Sie auch die Politiker, die genauso denken, damit in allen europäischen Ländern drei Linien gestärkt werden. Erstens geht es mir um die *Schulen*, besonders um die kirchlichen Schulen, denn es ist entscheidend, dass den Kindern und der Jugend Europas frühzeitig die christlichen Werte vermittelt werden. Zweitens sollen die *Werte der Familie* gestärkt werden. Drittens sollten Veranstaltungen mit Politikern zu europäischen Themen auch ein wenig mit dem *Glauben* zu tun haben, denn Europa braucht ein Glaubensfundament.

Ján Figel’:

Da gehe ich ganz mit Ihnen konform und kann nur zustimmen, dass wir eine große Verantwortung haben. Tausend Jahre sind ins Land gegangen, viele Teilungen hat es in Europa gegeben – jetzt, durch die Bemühungen in der Europäischen Union, sind wir so nahe aneinandergerückt wie noch nie in der europäischen Geschichte. Ich bin übrigens der erste Kommissar der Europäischen Kommission, der in seinem Titel auch offiziell den Begriff „Jugend“ führt. Jugend, Bürger, demographische Entwicklung – das sind Fragen, mit denen wir uns ganz wesentlich auseinandersetzen müssen. Die Jugend ist ein Geschenk, auf die Jugend müssen wir setzen, denn ihr gehört die Zukunft Europas.

Dr. Ingo Friedrich MdEP:

Natürlich ist die Europäische Union auch für eine menschenwürdige Entwicklung in unseren Nachbarregionen mit zuständig. Ich befürworte jede Reise in die Ukraine oder in die anderen Nachbarländer und unterstütze die dortigen Diskussionen, um – soweit es uns möglich ist – dort in der geeigneten Form zu helfen. Aber wir müssen immer bedenken: Auch Europa ist Menschenwerk. Europa kann auch Fehler machen, Europa kann – hoffentlich nicht, aber es ist theoretisch möglich – auch scheitern. Dies alles ist also äußerst empfindlich. Das Pflänzchen Europa sieht von außen viel stärker aus, als es innerlich ist; dennoch muss Europa mit begrenzten Kräften dazu beitragen, dass sich in der Ukraine und in anderen Nachbarländern eine positive Entwicklung vollzieht. Dazu gehört natürlich ganz besonders der Balkan. Wir haben Verantwortung für den Kosovo, für Montenegro, für Serbien und für alle sich schwierig entwickelnden Regionen und müssen dafür sorgen, dass sich dort politisch stabile Verhältnisse entwickeln mit dem Ziel, soziales und wirtschaftliches Wachstum zu sichern.

Dr. Skaidrite Gūtmane:

Vielen Dank für diese wichtigen Worte! Ich bin die Rektorin der Lettischen Christlichen Akademie in Jurmala und möchte mich auch bei den Veranstaltern des Kongresses bedanken, Ihre Beiträge hier erleben zu dürfen. Dann hätte ich noch eine kurze Frage an Herrn Figel’.

Da ich seit fünfzehn Jahren Rektorin bin, kann ich sagen, dass das System der klassischen europäischen Bildung zerfallen ist und wir diesen klassischen Ansatz und die damit verbundenen Werte für die Erziehung verloren haben. Der Bologna-Prozess scheint in unserem Land nicht so zu funktionieren, wie es ursprünglich geplant war. Dies ist ein Anlass zur Sorge, nicht nur für mich persönlich, sondern auch für Rektoren anderer Akademien. Was können wir tun, um sicherzustellen, dass die klassischen europäischen Bildungswerte wieder stärker vermittelt werden?

Ján Figel’:

Wir alle wissen wohl, wie wichtig das Motto „Bildung verbindet“ ist. Wir müssen uns deshalb, angefangen bei der Vorschule bis hin zum Leitbild des lebenslangen Lernens, verstärkt diesem Thema widmen. Das hat nicht nur mit Technologie, Mathematik und Wissenschaft zu tun; es ist natürlich wichtig zu wissen, wie man ein Telefon, einen Computer usw. bedient, aber darum geht es nicht. Es geht um Kommunikation, um menschliche Beziehungen und ums Zusammenwirken. Werte sind immer wichtig. Wenn wir dies unterschätzen, müssen wir einen hohen Preis zahlen, in den Familien, in den Gemeinschaften, in der Politik – überall. Deshalb würde ich Sie bitten, auch ein Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Der Bologna-Prozess wird meines Erachtens zu sehr isoliert gesehen. Man sollte auch den „Braindrain“ – das Abwandern der Intelligenz – stärker beachten. Teilweise haben wir sicher auch die Modernisierung der Universitäten aus dem Auge verloren. Bologna ist die älteste Universität Europas, aber nicht mehr die beste, und wir können einfach nicht mehr die heute an den Universitäten gültigen Parameter vergleichen mit dem, wie es früher war. Sie sollten sich durch Reden, in denen Arbeitsplätze und engere Anbindung an die Wirtschaft und solche Dinge angemahnt werden, nicht einschüchtern lassen.

Wir müssen auf zwei Beinen stehen und können nicht in den Schulen junge, gut qualifizierte Leute ausbilden, die dann nachher keinen Arbeitsplatz finden – dennoch müssen die Werte nach wie vor vermittelt werden. Wir können keine Ingenieure aus den Universitäten hervorbringen, die keine moralischen Wertvorstellungen mehr haben. Das ist auf Anhieb einleuchtend, und ich glaube, dass ich hier niemanden von meinen Ansichten überzeugen muss. Morgen werde ich in Belgrad sein, in

zwei Wochen in Tirana – da wird es vielleicht schwieriger. Ich möchte aber noch einmal zur Wertegemeinschaft zurückkehren. Für mich ist die Zusammenarbeit im Bildungsbereich das Entscheidende! Das gilt für die Nachbarländer, das gilt für neue Mitgliedsstaaten, das gilt für die alten EU-Mitgliedsstaaten, in Deutschland und überall, denn das ist der wesentliche Faktor für die soziale Kohäsion und für das friedliche Zusammenleben. Es geht nicht nur um die so genannten „hard sciences“, sondern es geht um Geschichte, Kultur und um die Geisteswissenschaften insgesamt. Dies war meine Auftaktbotschaft und es ist zugleich meine Botschaft zum Abschluss. Wir müssen weiter auf die Erasmus Mundus-Programme¹⁰ setzen und dafür sorgen, dass es so wichtig wird wie das amerikanische Fulbright-Programm¹¹. All das muss mit noch mehr Leben erfüllt werden, dann sind wir auf dem richtigen Weg.

Dr. Wilhelm Höynck:

Erlauben Sie mir, mit einem Zitat zu enden und damit zu dem Ausgangspunkt unserer Diskussion zurückzukehren: „Eine gottlose Gesellschaft ist eine wertlose Gesellschaft.“ Dies ist nicht das Zitat eines Kirchenführers, sondern das hat gestern im Deutschlandfunk Gregor Gysi, bekennender Atheist und Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, gesagt.

Meine Damen und Herren, welche Herausforderung für uns Christen! Ich denke, dieser Herausforderung müssen wir uns auch morgen stellen, wenn es dann in die Einzelheiten gehen wird. Nochmals herzlichen Dank!

10 „Erasmus Mundus“ ist der Name des im Dezember 2003 verabschiedeten Kooperations- und Mobilitätsprogramms der Europäischen Union im Bereich der Hochschulbildung. Es fördert europäische Masterstudiengänge und versucht, den Bekanntheitsgrad und die Attraktivität der europäischen Hochschulbildung in Drittländern zu verbessern. Darüber hinaus stellt es EU-finanzierte Stipendien für Bürger aus Drittländern bereit, die an diesen Masterstudiengängen teilnehmen, sowie Stipendien für EU-Bürger, die an Partnerhochschulen in der ganzen Welt studieren.

11 Kommissar Figel' spielt auf die nach dem amerikanischen Senator James William Fulbright benannte Fulbright-Initiative an, die dieser im Jahre 1946 ins Leben gerufen hatte. Seither vergibt die Fulbright-Kommission Stipendien für Studien-, Forschungs- oder Lehraufenthalte außerhalb der USA an US-Amerikaner und an Nichtamerikaner in den USA. Deutschland ist seit 1952 in diese Initiative einbezogen.

Einführung in den zweiten Kongresstag

Der gestrige Auftakt des Kongresses hat in eindrucksvoller Weise den Rahmen abgesteckt, wo und wie sich im heutigen Europa Politik und gesellschaftliches Engagement aus christlichem Impuls entfalten kann. Am Beispiel der politischen Biographie zweier Personen, die in Europa Verantwortung tragen, wurde deutlich, wie sehr dieses Engagement auch von denen erwartet wird, die sich nicht oder nicht explizit zum christlichen Glauben bekennen. Christen können nämlich in die öffentliche Verantwortung etwas Besonderes einbringen – die Hoffnung. Glaube und Erfahrung lehren sie, dass die Welt nicht heillos ist, sondern dass Gott sie in seinen guten Händen hält. Das wollen sie in Wort und Tat weitergeben. Auf diesen Dienst hoffen viele andere.

Dienst – *diakonia* – der Christen und der Kirche an allen Menschen ist in ursprünglichster Weise der Dienst an den Armen. Er gehört seit den Anfängen zu den Grundformen christlichen Lebens und er ist von Jesus Christus selbst aufgetragen. Im notleidenden Nächsten begegnen Christen ihrem Herrn selbst.

Die tiefgreifenden Umbrüche in Mittel- und Osteuropa haben zahllose Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Die Durststrecke hin zu einem besseren Leben ist für sie lang. Viele können diese ohne fremde Hilfe nicht bewältigen. Ja, es besteht immer noch – oder wieder von Neuem – eine spezifische osteuropäische Armutsproblematik. Die Illusion, dass die sich entwickelnde Marktwirtschaft diese rasch beheben könnte, ist längst dahin. Die christlichen Kirchen, denen in der Vergangenheit oft jede karitative Tätigkeit untersagt war, brauchten ihre Zeit, um nachhaltig wirkende Antworten auf diese Problematik zu geben.



*Pausen-Exkurs:
Kardinal Wetter im
Gespräch mit
EU-Kommissar Ján Figel'*

Davon spricht das Hauptreferat des heutigen Vormittags von Herrn Professor Dr. Stjepan Baloban aus Zagreb. Diese Analyse soll dann illustriert werden durch praxisnahe Berichte aus drei verschiedenen Ländern. Die Arbeitskreise heute Nachmittag werden vielfältige Gelegenheiten bieten, die Kongressthematik an einzelnen Beispielen zu diskutieren.

Leider kann Frau Dr. Andrea Gawrich die Moderation nicht, wie im Programm angekündigt, übernehmen, da sie erkrankt ist. Wir danken Herrn Professor Dr. Thomas Bremer, dass er sich bereit erklärt hat, an ihre Stelle zu treten. Er wird Sie durch den heutigen Vormittag führen. Mein Dank gilt auch Dr. Johannes Oeldemann, der als „Anwalt des Publikums“ mitwirken wird.

Christliche Antworten auf die Armutproblematik¹

Einführende Bemerkungen

Die Einstellung der Christenheit gegenüber Bedürftigen und Armen ist so alt wie das Christentum selbst. Lukas bemerkt in der Apostelgeschichte: „Und alle, die gläubig geworden waren, bildeten eine Gemeinschaft und hatten alles gemeinsam. Sie verkauften Hab und Gut und gaben davon allen, jedem so viel, wie er nötig hatte“ (Apg 2,44 f.). Papst Benedikt XVI. hebt in seiner ersten programmatischen Enzyklika „Deus Caritas est“ hervor, eigentlich bestehe Gemeinschaft (*koinonia*) „eben darin, dass die Gläubigen alles gemeinsam haben und dass es den Unterschied zwischen arm und reich unter ihnen nicht mehr gibt (vgl. auch Apg 4,32-37). Diese radikale Form der materiellen Gemeinschaft ließ sich freilich beim Größerwerden der Kirche nicht aufrechterhalten. Der Kern, um den es ging, blieb aber bestehen.“² Dieser „wesentliche Kern“, der darin besteht, dass innerhalb der Gemeinschaft der Gläubigen jedem die für ein menschenwürdiges Leben nötigen Güter garantiert sein müssen, wurde im Laufe der Geschichte der Christenheit zum Prüfstein für die Glaubhaftigkeit von Leben und Tun der christlichen Gemeinschaften.



1 Professor Bremer stellte den Referenten eingangs kurz vor. Professor Dr. Stjepan Baloban stammt aus Zagreb in Kroatien, ist Priester des Erzbistums Zagreb und Professor an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Zagreb, an der er den Lehrstuhl für Katholische Soziallehre innehat. Er war beteiligt an der Gründung des „Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche“ (1996), hat an zahlreichen Forschungsprojekten mitgearbeitet und auch viele Veröffentlichungen zum vorliegenden Thema publiziert.

2 Deus Caritas est, 20.

Wenn dieses soziale Bewusstsein schwächer wurde oder gar schwand, entfernten sich die christlichen Gemeinschaften von den Idealen des Evangeliums. *Von daher gehören also Evangelium und soziales Bewusstsein der Christen im konkreten Leben zusammen.*

Zurückblickend sehen wir, dass der „wesentliche Kern“ des sozialen Bewusstseins der Christenheit in dieser oder jener Form bis in unsere heutige Zeit erhalten blieb. Und so fragen wir uns auch heute zu Recht: *Was sind die christlichen Antworten auf die Armutsproblematik in unserer heutigen Zeit, zu Beginn des dritten Jahrtausends?*

Im Hinblick auf das Komplexe, Anspruchsvolle und Weitgreifende der Thematik „Christliche Antworten auf die Armutsproblematik“ sowie auf die nachfolgenden Koreferate und die Arbeitskreise habe ich mich zu einer relativ knappen Darstellung meiner Auslegungen entschlossen. Dem Thema näherte ich mich als Theologe, genauer gesagt: als Sozialethiker aus Kroatien, einem Transformationsland Mitteleuropas. Ich bin mir dabei bewusst, dass es sich um ein anspruchsvolles interdisziplinäres Thema handelt, und werde für jede Bemerkung oder Ergänzung seitens der Fachleute für das eine oder andere Gebiet dankbar sein.

In ganz besonderer Weise möchte ich dieses Referat auch als ein Zeichen des Dankes an die Solidaritätsaktion Renovabis verstanden wissen, die jahrelang die finanzielle Hauptlast des „Zentrums zur Förderung der Soziallehre der Kirche“ der kroatischen Bischofskonferenz getragen hat. Dieses Institut, das erste und bislang auch einzige seiner Art in Kroatien, wurde 1996 eingerichtet; ich selbst war an der Gründung beteiligt und auch sein erster Leiter.

Wie schon aus dem Titel hervorgeht, haben meine Auslegungen zwei Schwerpunkte: zum einen die christlichen Antworten, d.h. das Praktizieren der sozialen Dimension des Glaubens, und zum anderen die Armut, wobei der Umfang der Problematik eine weitgehende Reduzierung auf die Lage in Europa nahelegt. Beides hat in Europa seine eigene Geschichte und Entwicklung. Zu bedenken ist, dass heute bei beidem,

sowohl bei der Sozialdimension des christlichen Glaubens als auch bei der Armutsproblematik, nicht nur von Land zu Land, sondern auch innerhalb der einzelnen Länder Europas Unterschiede bestehen. Unser besonderes Augenmerk hat den Unterschieden zwischen den „alten“ und den „jungen“ demokratischen Ländern, den Transformationsländern, zu gelten. Und die Größe dieser Unterschiede, vor allem aber die Suche nach gemeinsamen Lösungen im Kampf gegen die Armut im vereinten Europa, verlangt eine Beleuchtung des Themas von allen Seiten.

Christen sind in der Welt an der sozialen Dimension des Glaubens zu erkennen

Woran kann man in der heutigen Gesellschaft einen Christen erkennen? Sollte sich ein Christ in irgendeiner Hinsicht von anderen Mitmenschen unterscheiden? Diese Fragen sind mit der stets aktuellen Frage verknüpft, welche Rolle und welche Position der Christ in der Gesellschaft überhaupt hat, im öffentlichen Leben, in Medien, Politik, Wirtschaft usw.

Diese und ähnliche Fragen nach dem Verhältnis zwischen *Christ* und *Welt* stehen für christliche Gemeinschaften und Kirchen seit eh und je im Mittelpunkt des Interesses. Bezeichnenderweise befand es Papst Benedikt XVI. zu Beginn seines Pontifikats in seiner ersten programmatischen Enzyklika „*Deus caritas est*“ für wichtig, auf die Thematik der Liebe und Liebestätigkeit einzugehen. Ihm zufolge sind Gottes- und Nächstenliebe untrennbar (Nr. 18). Ja mehr noch: „Beide gehören so zusammen, dass die Behauptung der Gottesliebe zur Lüge wird, wenn der Mensch sich dem Nächsten verschließt oder gar ihn hasst“ (Nr. 16).

Seit den Anfängen des Christentums wohnt die soziale Dimension des christlichen Glaubens im *Diakonendienst* in der Urgemeinde, in den gesammelten *Almosen* für die Bedürftigen und Armen bis hin zu den gesellschaftlichen Umbrüchen des 19. Jahrhunderts. Die Antwort von Christen und Kirche auf die gesellschaftlichen Missstände, auf Armut und Unrecht im 19. Jahrhundert war die erste Sozialenzyklika

von Papst Leo XIII. „Rerum novarum“ (1891) und die Gründung der Caritas in einigen Ländern, zuerst in Deutschland. Dort gründeten die Protestanten 1848 den „Central-Ausschuss für innere Mission“ und die Katholiken 1897 den „Caritasverband für das katholische Deutschland“ mit Sitz in Freiburg im Breisgau, 1991 umbenannt in „Deutscher Caritasverband“.³

Dabei ist festzuhalten:

- *Auf der einen Seite* bot die katholische Soziallehre seit Beginn des 20. Jahrhunderts einen gewissen Rahmen, innerhalb dessen die Katholiken ihren Platz und ihre Rolle im gesellschaftlichen Leben finden konnten. Diese Diskussion über den „Christen in der Gesellschaft“ wurde nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962–1965) noch intensiver geführt. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung gewissermaßen mit dem 2004 in Rom erschienenen „Kompendium der Soziallehre der Kirche“.⁴
- *Auf der anderen Seite* wurde die organisierte Caritas und die karitative Tätigkeit im 20. Jahrhundert zu einer bevorzugten Anlaufstelle für Menschen in Not. Während sich die Christen in Westeuropa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts über kirchliche Verbände, Organisationen und Einrichtungen ihren *legitimen Platz* im öffentlichen Leben suchen konnten, war dies ihren Glaubensbrüdern und -schwestern in Mittel- und Osteuropa, den damaligen kommunistischen Ländern, *verwehrt*. Genauer gesagt, es war ihnen sogar verboten, über den Platz und die Rolle der Christen im öffentlichen Leben auch nur zu reden, geschweige denn in dieser Richtung zu handeln. Kirchen und christliche Gemeinschaften waren gezwungen, all ihre Aktivitäten auf den *innerkirchlichen* bzw. – für die Gläubigen – auf *den privaten Bereich* zu beschränken. Auf diese Weise bildete sich in der Gesellschaft ebenso wie in der Kirche mit der Zeit die Einstellung heraus, dass man vor allem innerhalb der Familie und im Privatleben ein guter Christ sein muss, in der Gesellschaft und im öffentlichen

3 Vgl. Đuro Zalar: Caritas – put Crkve (Caritas – der Weg der Kirche). Zagreb 2006, S. 56 f.

4 Vgl. Päpstlicher Rat „Gerechtigkeit und Frieden“: Kompendium der Soziallehre der Kirche. Kroatische Ausgabe. Zagreb 2005.

Leben dagegen sich irgendwie „zurechtzufinden“ und zu „überleben“ hatte, und die Menschen führten gezwungenermaßen ein *Doppel-leben*: ein vom Glauben gekennzeichnetes privates und ein unter keinen Umständen mit dem Glauben verbundenes öffentliches Leben.

In dieser Zeit formierte sich in Schule und Familie allmählich der „Homo duplex“; die zweifache Persönlichkeit, und damit verbunden waren auch zweifache moralische Verhaltensregeln – die einen für den privaten Bereich und die anderen für Arbeit und Öffentlichkeit. Nach der Wende (1989/90) änderte sich der äußere gesellschaftliche Rahmen, doch die Mentalität der Menschen, ihre Einstellung zu Lebensweise und Verhalten, blieb dieselbe. Dass diese sich nur schwer ändern lässt, belegen unter anderem auch mehrere empirische Untersuchungen, die erbrachten, dass diese „Doppelleben-Mentalität“ in den Transformationsländern noch immer gegenwärtig ist.⁵

Von daher haben die Christen in den heutigen Reformländern also *keine Erfahrung* darin, als Christen und Gläubige am öffentlichen Leben aktiv teilzuhaben. Ihnen fehlt es an Erfahrung, wie man beispielsweise gleichzeitig als Christ Journalist, als Christ Politiker, als Christ Professor ist oder man als Soziologie- oder Wirtschaftspräsident an der Fakultät für Politikwissenschaften arbeitet. Die Relikte dieser alten Mentalität aus kommunistischen Tagen behindern die Christen im öffentlichen Leben und im Dienst wie ein Klotz am Bein. Und je mehr Zeit seit der Wende vergangen ist, desto schwerer haben sie es, denn sie leben ihr Doppelleben bewusst oder unbewusst weiter und in ihrem Glauben bzw. in ihrer Glaubensgemeinschaft finden sie keine rechte Hilfe, wie diese „Dichotomie“ in ihrem Leben zu überwinden ist.

Völlig anders war die Lage der Christen im demokratischen Westen, in dem Teil Europas, der nicht unter kommunistischer Herrschaft stand. Dort konnten die Christen nämlich in aller Freiheit ihren rechtmäßigen

5 Das geht hervor aus der Europäischen Wertestudie (EVS 1999); vgl. dazu am Beispiel Kroatiens Stjepan Baloban/ Gordan Črpić: *Morality in a transitional Croatia*. In: Josip Baloban (Hrsg.): *In search of identity. A Comparative Study of Values: Croatia and Europe*. Zagreb 2005, S. 233–255.

Platz im öffentlichen Leben einnehmen. Allerdings scheint sich ihre Lage bzw. Stellung im öffentlichen Leben dort in letzter Zeit, insbesondere im Zuge der Globalisierung, *zum Negativen zu wenden*. Genauer gesagt, werden die Christen durch verschiedene Faktoren der Globalisierung, in erster Linie durch den ungehinderten Kapitalfluss und den uneingeschränkten Einfluss der Medien, mehr und mehr an den Rand der Gesellschaft gedrückt, sodass in diesen Ländern die Frage nach der Rolle und dem Platz der Christen im öffentlichen Leben, nach der Rolle von Glauben bzw. Religion in Politik, Wirtschaft oder Medien wieder aktuell wird. Beide Situationen, die in den ehemals kommunistischen Ländern und die in den alten demokratischen Ländern des Westens, machen deutlich, dass der rechte und legitime Platz der Christen, aber auch der Kirche bzw. der christlichen Gemeinschaften in der Gesellschaft erneut gesucht werden muss.

Unter den veränderten Umständen des europäischen Vereinigungsprozesses halte ich persönlich *das Leben der sozialen Dimension des christlichen Glaubens* für die beste Art und Weise, als Christ seinen Teil der Verantwortung für das Geschehen in der Gesellschaft zu übernehmen, sowohl in Ländern mit kommunistischer als auch in Ländern mit demokratischer Vergangenheit. Mit anderen Worten: Über die soziale Dimension des christlichen Glaubens können auf zahlreiche Fragen des heutigen Menschen, darunter auch *die Armutproblematik*, „christliche Antworten“ gegeben werden. Das Grundproblem besteht darin, was die soziale Dimension des Glaubens dem Christen heute tatsächlich bedeutet bzw. inwieweit ihm die katholische Soziallehre überhaupt bekannt ist.

Notwendigkeit zu einem ernsthaften Umgang mit dem Phänomen „Armut in Europa“

Die gegenwärtige Armutproblematik muss unter unterschiedlichen Aspekten erörtert werden: unter wirtschaftlichen, juristischen und psychologischen. Für Christen jedoch gilt in erster Linie ein *theologischer Ansatz*, und den finden sie in der katholischen Soziallehre. Das heißt, christliche Antworten auf die heutige Armutproblematik erfordern

einen *interdisziplinären Ansatz*, und zwar sowohl in öffentlichen Diskussionen, wie beispielsweise auf diesem Kongress, als auch in der Welt der Alltagschristen. Jedes Vereinfachen oder Verschieben der Verantwortung – etwa darauf, dass auf christlicher und kirchlicher Seite ausschließlich die Caritas für die Verringerung der Armut „zuständig“ ist –, schwächt die Christen und die christlichen Gemeinschaften in ihrem Kampf gegen die Armut auf der Ebene der Gesellschaft und im öffentlichen Leben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden mehrere Modelle des Sozialstaates, wobei man grob vom deutschen (Sozialstaat), vom angelsächsischen (Welfare State), vom französischen oder schwedischen Modell sprechen kann, während die kommunistischen Länder einen spezifischen Aspekt des sozialen Staats entwickelten. Jedes Modell sorgte für die Armen und Benachteiligten. Und dann ereignete sich Ende des 20. Jahrhunderts plötzlich und unerwartet etwas, was kaum einer für möglich gehalten hätte: Überall in Europa *geriet der Sozialstaat in die Krise*, eine Tatsache, die, wie es aussieht, in der europäischen Öffentlichkeit, im Westen wie im Osten, noch keineswegs in *vollem Umfang wahrgenommen wird*.

Die Krise des Sozialstaats, d. h. des Systems, führt zu einer Verschlimmerung der sozialen Lage und lässt in den einzelnen Gesellschaften bzw. Staaten *neue Formen der Armut entstehen*. In der Literatur, insbesondere der sozialpolitischen, wird viel über Auswege aus dieser Krise diskutiert. Für Gösta Esping-Andersen, einen der führenden Wohlfahrtsstaatstheoretiker Europas, befindet sich Europa an einem Scheideweg, vergleichbar mit dem der Entstehungszeit des Sozialstaats.⁶ Ferner bemerkt er, eine auf Wissen und Information basierende Wirtschaft führe zu neuen Aufspaltungen und Polarisierungen. Eines der Hauptprobleme besteht für ihn darin, Wege zu finden, sich um die Verlierer dieses Prozesses zu kümmern.⁷

6 Vgl. Gösta Esping-Andersen: Kakva socijalna država za XXI. stoljeće. Konvergencije i divergencije europskih država (Welcher Sozialstaat für das 21. Jahrhundert? Konvergenz und Divergenz von europäischen Staaten). In: Revija za socijalnu politiku 8 (2001), Nr. 3–4, S. 310.

7 Ebd.

Können es sich die europäischen Staaten überhaupt leisten, dass bei ihnen dieselben Zustände entstehen wie in Amerika, wo weite Teile der Bevölkerung (50 Millionen) ohne Sozial-, Kranken- und Altersversicherung leben und wo im Grunde genommen dasselbe Schicksal vom Großvater an den Vater und an den Enkel weitergegeben wird? Die neue Situation in Europa, mit krankenden Sozialstaaten, stellt auch Christen vor neue Herausforderungen, vor allem weil die Zahl der „Verlierer“ noch zunehmen kann und wird. Das Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“⁸ befasst sich mit der Krise des Sozialstaats und spricht auf der Grundlage der Armutsuntersuchung des Deutschen Caritasverbandes von einem Anwachsen der Armut in Deutschland, ablesbar an der zunehmenden „Sozialhilfebedürftigkeit“⁹ und „verdeckten Armut.“¹⁰ Dasselbe Dokument ruft zu einem Grundkonsens über die Gesellschaft der Zukunft auf.

In diesem Zusammenhang stellen sich für die Christen in Europa zwei wichtige Fragen:

- Wie kommt man an umfassende und vollständige Informationen über das Ausmaß der Armut in einem Land?
- Wie können Christen zur Bildung eines Grundkonsenses über die künftige Gesellschaft beitragen, die Arme in ausreichendem Maße schützt?

Heute werden auf unterschiedliche Art und Weise empirische Untersuchungen zur Armut in den einzelnen Ländern durchgeführt. In den EU-Ländern mit langer demokratischer Tradition bestehen verschiedene private oder staatliche Institute, die solche Dienstleistungen für einen bestimmten Auftraggeber übernehmen. In *Deutsch-*

8 Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. (Gemeinsame Texte 9). Hannover, Bonn 1997.

9 „Der Trend hat sich in den letzten Jahren von der Altersarmut zur Kinderarmut verlagert“ (ebd., Nr. 69, S. 31).

10 Auf vier Sozialhilfebezieher kommen „noch einmal drei verdeckt arme Menschen“ (ebd.).

land, wo es mehrere Meinungsforschungsinstitute gibt, führt bemerkenswerterweise auch die Caritas als unabhängige Einrichtung Untersuchungen zur Armut durch. Soweit mir bekannt ist, werden die Ergebnisse dieser Caritas-Armutsuntersuchungen von der deutschen Öffentlichkeit mit Spannung erwartet und voller Respekt aufgenommen. Und warum? Die Antwort liegt vielleicht gerade darin, dass es sich um eine kirchliche Einrichtung handelt, der die Menschen trauen und glauben, dass ihr daran gelegen ist, den tatsächlichen Zustand in einem Land aufzudecken.

In den *ehemals kommunistischen und heutigen Transformationsländern* sind alle Erhebungen zur Armut neueren Datums, denn da es im Kommunismus keine Armut geben durfte, gab es selbstverständlich auch keine entsprechenden Untersuchungen. Soweit ich weiß, werden die Armutsuntersuchungen dort von der *Weltbank* für eigene Zwecke und im eigenen Interesse durchgeführt. Hervorzuheben ist, dass die Untersuchungsergebnisse nicht nur Einfluss auf die öffentliche Meinung haben, sondern auch auf Politik, Wirtschaft und generell auf die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung in einem Land. Stets stellt sich jedoch die berechnete Frage, ob die gewonnenen Ergebnisse ein tatsächliches Bild von der Armut in einem Land zeichnen.

Für das *nachhaltige soziale Handeln* der Christen in einer Gesellschaft wäre es meiner Meinung nach angebracht, dass die christlichen Gemeinschaften, die Kirche bzw. Kirchen wie in Deutschland eigene Armutsuntersuchungen durchführen. Angespornt durch das deutsche Beispiel und mit finanzieller Unterstützung durch die deutsche und die französische Caritas haben wir in Kroatien innerhalb des Projekts „Armutbeobachtung in Kroatien“ (2002–2005) eine solche Umfrage durchgeführt. Zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung gelang es den beiden kirchlichen Einrichtungen „Zentrum zur Förderung der katholischen Soziallehre“ und „Kroatische Caritas“; eine Gruppe von Sachverständigen zusammenzubringen, darunter allseits bekannte Wissenschaftler, die sich auch sonst in der Gesellschaft mit der Thematik befassten, sodass die Umfrage selbst und auch die gewonnenen Ergebnisse in der kroatischen Öffentlichkeit auf ein positives Echo stießen. Außerdem wurde in

diesem Projekt klar, dass man an die Armutsproblematik interdisziplinär herangehen muss. Das ganze Projekt schloss mit einer äußerst erfolgreichen internationalen Konferenz unter dem Titel „Armut und Solidarität: Kroatien im erweiterten Europa“ ab („Siromaštvo i solidarnost: Hrvatska u proširenoj Europi, Zagreb, 14.–15. Oktober 2005“).¹¹

Diese Untersuchung zur Armut in Kroatien unterschied sich von denen der Weltbank¹² dadurch, dass neben rein sozialwirtschaftlichen Daten zur üblichen Messung von Armut (absolut, relativ, subjektiv)¹³ auch andere Meinungen erhoben wurden. So wurde nach Solidarität und Subsidiarität in der kroatischen Gesellschaft gefragt, nach der Einstellung gegenüber dem Gemeinwohl, nach der Bereitschaft zu ehrenamtlicher Tätigkeit und nach dem Vertrauen in Institutionen. Das Konzept dieses Teils der Umfrage basierte auf den *Prinzipien der katholischen Soziallehre*, was im Vergleich zu anderen Armutsuntersuchungen gewissermaßen *ein Novum* darstellte. Ausgehend von den Grundlinien der katholischen Soziallehre wurde eine Antwort auf die Frage erhoben: Was muss getan werden, damit sich die Lage in der Gesellschaft zum Besseren wendet? Die erzielten Ergebnisse, etwa zum Sparen oder zu Solidarität und Subsidiarität, waren aufschlussreich und wertvoll für die Analyse des gesellschaftlichen Lebens in Kroatien.

An dieser Stelle möchte ich nur zwei Beispiele anführen, die auch für andere Länder von Nutzen sein können. Es geht um die Frage, wieviel Geld die kroatischen Bürger sparen und ob sie mehr ausgeben, als ihnen zur Verfügung steht.

11 Vgl. Knjiga Sažetaka, Summaries: Siromaštvo i solidarnost: Hrvatska u proširenoj Europi. Poverty and solidarity. Croatia in an Enlarged Europe, Zagreb, 14. und 15. Oktober 2005.

12 1998 führte die Weltbank die erste nationale Armutsuntersuchung in Kroatien durch und legte im Jahre 2000 die Ergebnisse vor, vgl. World Bank: Croatia Economic Vulnerability and Welfare Study, Report No. 22079- HR, 2000. World Bank: Poverty Reduction and Economic Management Unit. Europe and Central Asia Region.

13 *Absolute Armut* ist definiert als Armut am Existenzminimum, unter dem eine Familie oder ein Einzelner nicht überleben kann. Die Definition von *relativer Armut* orientiert sich am durchschnittlichen Lebensstandard einer Gesellschaft, definiert sich z. B. als gewisser Prozentsatz des Durchschnittseinkommens. *Subjektive Armut* bezieht sich darauf, wie die Menschen selbst ihren Wohlstand einschätzen, d. h. in welchem Maße sie sich selbst als arm empfinden.

Welche der folgenden Behauptungen in Bezug auf das Sparen beschreibt Ihre eigene Situation (und die Ihrer Familie) am treffendsten?

– Wir sparen überhaupt nicht	48,7 %
– Wir sparen ein wenig	32,7 %
– Wir sparen recht viel	9,9 %
– Weiß ich nicht, kann ich nicht einschätzen	8,3 %
– Ohne Antwort	0,4 %

Wie die Zahlen zeigen, spart rund jeder Zehnte „recht viel“, etwa jeder Dritte „ein wenig“ und beinahe die Hälfte „überhaupt nicht“:

Leben die Bürger Kroatiens über ihre Verhältnisse?

– Mit Sicherheit nicht	9,5 %
– Im Großen und Ganzen nicht	18,1 %
– Weiß ich nicht	18,7 %
– Im Großen und Ganzen ja	33,2 %
– Mit Sicherheit ja	20,3 %
– Ohne Antwort	0,2 %

Aus diesen Zahlen geht hervor, dass über die Hälfte der Bevölkerung meint, die Kroaten lebten über ihre Verhältnisse, während dies nur von knapp einem Zehntel entschieden verneint wird.

Die Menschen legen also nichts auf die hohe Kante, sondern geben ihr ganzes Geld aus, ja mehr als das. Über seine Verhältnisse leben heißt: auf Kredit leben. Und da stoßen wir auf ein bedenkliches Phänomen: Die meisten Menschen sparen nicht, sondern geben mehr aus, als ihnen zur Verfügung steht. Wie ist das möglich? Möglich wurde dies deshalb, weil in den Transformationsländern der Konsum angekurbelt wurde bzw. wird, insbesondere über die großen Handelsketten und, vereint mit ihnen, über die Medien. Deren Motive sind rein finanzieller Art: Gewinn ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl. Die Banken, die in Kroatien durchweg in ausländischen Händen sind, bieten nahezu unbegrenzt Verbraucherkredite an, und die Menschen gehen – unter dem Eindruck allgegenwärtiger Reklame – darauf ein. Die Menschen verschulden sich mehr und mehr und geraten so allmählich in die „Schul-

denfalle“; in die Gefahr einer hoffnungslosen Überschuldung und letztlich in Armut. Früher einmal haben die Eltern für ihre Kinder gespart, und heute? Wer ist sich dessen bewusst, dass Eltern, wenn auch unbewusst, Schulden auf Kosten ihrer Kinder machen, sodass die heutige Generation auf Kosten der nächsten lebt? Hier droht die Gefahr der Langzeitarmut, die die Kluft in der Gesellschaft mit der Zeit sicher noch größer macht und vielleicht Unruhen oder sogar Revolutionen nach sich ziehen kann.

Welche Rolle hat der Christ in dieser Situation? Laut katholischer Soziallehre muss man sich für die Würde des Menschen einsetzen, in diesem konkreten Fall: die Menschen vor der Gefahr der Langzeitarmut warnen.

Christliche Antworten: Der Bereich der Solidarität und Subsidiarität

Hervorzuheben sind hier zwei jüngere Dokumente der katholischen Kirche, die kompetent und richtungsweisend über das Verhältnis von Christ und Kirche gegenüber Bedürftigen bzw. Armen sprechen. Das sind das „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ (2004)¹⁴ und die erste Enzyklika von Papst Benedikt XVI. „Deus Caritas est“ (2005). Gemäß dem „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ hat die katholische Soziallehre die Aufgabe, Unrecht und Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft anzuprangern. Das Kompendium ermahnt zu aktivem Einsatz für die Armen und fordert den Kampf gegen die Armut auf internationaler Ebene, und zwar auf der Grundlage von vier Prinzipien der katholischen Soziallehre:

- vorrangige Option für die Armen,
- universelle Bestimmung der Güter,
- Solidarität und
- Subsidiarität.¹⁵

¹⁴ Vgl. Kompendium der Soziallehre (wie Anm. 4, oben S. 108).

¹⁵ Ebd., Nr. 449, S. 319 f.

Den zweiten Teil der Enzyklika „Deus caritas est“ widmet Benedikt XVI. der karitativen Tätigkeit bzw., wie es dort heißt, „der Liebestätigkeit oder dem Liebestun der Kirche“. Von Bedeutung sind in unserem Zusammenhang die Passagen, die sich mit Gerechtigkeit und Liebe auseinandersetzen (vgl. Nr. 26–29) bzw. mit der Frage, auf welche Weise Christ und Kirche als Gemeinschaft der Gläubigen in der Gesellschaft präsent sein sollen. Benedikt XVI. unterscheidet zwischen dem Einsatz für eine gerechte Staats- und Gesellschaftsordnung bzw. für gerechte Strukturen und dem Organisieren der karitativen Tätigkeit bzw., wie er es sagt, dem gemeinschaftlichen geordneten Tun der Liebe. Die „gerechte Ordnung der Gesellschaft und des Staates ist zentraler Auftrag der Politik“ (Nr. 28a) und „die Kirche kann nicht und darf nicht den politischen Kampf an sich reißen, um die möglichst gerechte Gesellschaft zu verwirklichen ... Aber sie kann und darf im Ringen um Gerechtigkeit auch nicht abseits bleiben“ (Nr. 28a). Durch die Reinigung der Vernunft und durch ethische Bildung, heißt es weiter, leiste die Kirche ihren Beitrag im Ringen um Gerechtigkeit. Und das wiederum sei die Aufgabe der Soziallehre der Kirche, die „zu einer grundlegenden Wegweisung geworden (ist), die weit über die Kirche hinaus Orientierungen bietet“ (Nr. 27). Beim Aufbau einer gerechten Ordnung von Staat und Gesellschaft habe die Kirche einen *mittelbaren Auftrag* (vgl. Nr. 29) – die *unmittelbare Aufgabe*, für eine gerechte Ordnung in der Gesellschaft zu sorgen, komme dagegen eigens den *gläubigen Laien* zu (vgl. Nr. 29). Im Hinblick auf unser Thema lässt sich der Schluss ziehen, dass Christen als Staatsbürger dazu berufen sind, innerhalb der Institutionen der Gesellschaft gegen Armut anzugehen, d. h. als Politiker, Geschäftsleute, Journalisten, Künstler, Intellektuelle und vor allem als Mitglieder von Verbänden der Zivilgesellschaft.

Der unmittelbare Auftrag der Kirche als Institution ist die gemeinschaftliche geordnete Tätigkeit der Liebe, das Organisieren der karitativen Tätigkeit. Von daher stellen die karitativen Einrichtungen der Kirche „ihr *opus proprium* dar, eine ihr ureigenste Aufgabe, in der sie nicht mitwirkend zur Seite steht, sondern als unmittelbar verantwortliches Subjekt selbst handelt und das tut, was ihrem Wesen entspricht“ (Nr. 29). Im weiteren Text geht der Papst sehr detailliert auf das spezifische Profil der karitativen Einrichtungen der Kirche ein.

Auf Entwicklung und Organisation der Caritas möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen, sondern vielmehr betonen, dass in ihrer Tätigkeit sowohl bei einigen regionalen als auch bei der Caritas Internationalis in jüngster Zeit die Tendenz zu erkennen ist, ihr Wirken auszuweiten, und zwar im Bereich von Solidarität und Subsidiarität. Zu erwähnen ist da vor allem der Begriff der *Anwaltschaft*, der seit den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts in den Diskussionen über die Art der Tätigkeit der Deutschen Caritas bzw. des Deutschen Caritasverbandes aktuell ist.¹⁶ Über das Organisationsprofil hinaus „versteht sich der Deutsche Caritasverband nach den Aussagen seines Leitbildes als ‚Anwalt und Partner Benachteiligter‘“.¹⁷ Gemeint ist damit der Einsatz für Menschen, die am Rande der Gesellschaft stehen, die öffentlich keine Stimme haben und sich selbst nicht helfen können.

Bevor der Begriff der Anwaltschaft in die Satzung der Deutschen Caritas aufgenommen wurde (1997), war er auf verschiedene Art und Weise, insbesondere aber im Zusammenhang mit der Solidarität auf den unteren Ebenen diskutiert worden. Doch „Anwaltschaft“ als Begriff für karitatives Wirken ist viel älter. So schreibt der Gründer der Deutschen Caritas, Prälat Lorenz Wertmann (1858–1921), bereits im Jahre 1901: „Was ist Caritas? Caritas ist ein Kampf gegen die materielle und sittliche Not sowohl beim Einzelnen wie in der Gesellschaft ... Caritas ist Erziehung. Der Arme soll zu einem geordneten Leben, zum Selbstvertrauen, zur Selbständigkeit erzogen werden.“¹⁸

Bezeichnenderweise hat die Caritas Internationalis den Begriff in ihren Strategieplan aufgenommen (1999). „Anwaltschaft“ wird dort definiert als Bemühung, dass ihre Stimme in der öffentlichen Diskussion vernommen wird mit dem Ziel, auf die Haltung derer, die Strate-

16 Vgl. Christian Beck: *Anwaltschaft. Begriff und ethischer Auftrag am Beispiel der Caritas-Schuldnerberatung*. Freiburg 2003.

17 Vgl. ebd., S. 17, Anm. 14; Leitbild des Deutschen Caritasverbandes: ebd., I 20–23.

18 Ebd., S. 20, Anm. 40; Karl Borgmann (Hrsg.): *Lorenz Wertmann – Reden und Schriften*. Freiburg 1958, S. 13.

gien entwerfen, Einfluss zu nehmen. Zu erreichen sei das über öffentliche Kampagnen, Lobbyismus bei den einzelnen Regierungen, Einrichtungen usw. sowie durch Vorträge bei internationalen Institutionen und Konferenzen.¹⁹

Effektiv kann Anwaltschaft nur dann sein, wenn sie auf dem Weg der Subsidiarität auf nationaler, regionaler und lokaler Caritas-Ebene ausgeübt wird. Laut Caritas Internationalis setzt Anwaltschaft Solidarität mit jenen voraus, die Hilfe brauchen im Sinne von Zu- bzw. Hinhören, Befähigen und Vertreten. Ebenfalls von vitaler Bedeutung sei, dass man alles daransetzt, die Armen auf ihrer Suche nach Gerechtigkeit als aktive Mitarbeiter und nicht nur als passive Empfänger zu vertreten.²⁰

Zurück zu unserer Frage, auf welche Weise die Christen in Europa einen Beitrag zur Formierung eines Grundkonsenses über die Gesellschaft von morgen leisten können, die in hinreichendem Maße die Armen schützt. Das „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ zeigt eine Perspektive auf. Im Kampf gegen die Armut, heißt es dort, seien zwei Prinzipien von besonderer Bedeutung: das Prinzip der *Solidarität*, das zu konkretem Handeln anhält, und das Prinzip der *Subsidiarität*, das den Unternehmergeist und die dringend erforderliche Eigeninitiative armer Menschen und Völker weckt.²¹ Im Kampf gegen die Armut werden von daher die christlichen Antworten in besonderer Weise über Solidarität und Subsidiarität verwirklicht. Und so stellt sich die berechtigte Frage, wie es in den „alten“ Demokratien und den Transformationsländern Europas mit Solidarität und Subsidiarität bestellt ist.

Antworten darauf lassen die zuvor erwähnten Untersuchungen ansatzweise erkennen. In den Ländern mit kommunistischer Vergangenheit ist die *gesellschaftliche Solidarität* weitaus schwächer als die

19 Vgl. Vice John Batarello: Solidarnost iz Caritasove perspektive. Teološko utemeljenje solidarnosti u hrvatskom društvu (Solidarität aus karitativer Perspektive. Theologische Begründung der Solidarität in der kroatischen Gesellschaft). In: Bogoslovska smotra 54 (2004), Nr. 2, S. 550.

20 Ebd., S. 551., Anm. 44, The Strategic Plan of Caritas Internationalis, S. 30.

21 Vgl. Kompendium der Soziallehre (wie Anm. 4, oben S. 108).

persönliche. Erschwerend hinzu kommt der niedrige *Grad des gegenseitigen Vertrauens der Bürger*, denn die große Mehrheit hat nur wenig Vertrauen in ihre Mitmenschen.²²

Die folgenden Abbildungen zeigen dies anschaulich:²³

Abbildung 1: Solidarität im privaten Bereich

	Ostdeutschland	Kroatien	Litauen	Polen	Rumänien	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ukraine	Ungarn
ausgesprochen unsolidarisch	2,3	1,7	1,8	2,6	5,5	2,3	3,9	1,8	10,4	5,5
ziemlich unsolidarisch	15,2	14,3	15,3	15,8	22,3	12,3	14,0	17,3	30,1	21,5
ziemlich solidarisch	45,2	45,6	55,0	41,3	34,1	36,9	39,4	46,9	39,5	39,1
ausgesprochen solidarisch	37,3	38,4	27,9	40,3	38,0	48,6	42,6	34,0	20,0	33,8

Abbildung 2: Solidarität im gesellschaftlichen Bereich

	Ostdeutschland	Kroatien	Litauen	Polen	Rumänien	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ukraine	Ungarn
ausgesprochen unsolidarisch	6,0	11,1	16,4	18,8	20,8	8,4	8,8	20,7	25,5	13,7
ziemlich unsolidarisch	23,9	32,0	41,9	33,9	30,8	25,8	24,5	37,7	42,3	48,5
ziemlich solidarisch	40,1	35,8	33,1	30,7	26,1	37,1	31,2	29,2	24,0	24,6
ausgesprochen solidarisch	30,0	21,1	8,6	16,6	22,3	28,7	35,4	12,4	8,1	13,2

22 Das geht den Autoren zufolge aus der zwischen November 1997 und März 1998 durchgeführten Untersuchung „Aufbruch“ hervor; vgl. auch Pero Aračić/Gordan Črpić/Krunoslav Nikodem: Postkomunistički horizonti. Obrisi sustava vrijednosti i religijskih orijentacija u deset postkomunističkih zemalja (Postkommunistische Horizonte. Umrisse von Wertesystem und religiöser Orientierung in zehn postkommunistischen Ländern). Đakovo 2003.

23 Ebd., S. 102.

Ein Vergleich der Angaben zur Solidarität im privaten und im gesellschaftlichen Bereich zeigt, dass sich in den Transformationsländern im Schnitt gut ein Drittel der Bürger (36 Prozent) im privaten Bereich für „ausgesprochen solidarisch“ hält, beinahe doppelt so viele wie im gesellschaftlichen Bereich: lediglich knapp ein Fünftel (19,6 Prozent).

Abbildung 3: Können Sie allgemein sagen, dass ...

	Ostdeutschland	Kroatien	Litauen	Polen	Rumänien	Slowakei	Slowenien	Tschechien	Ukraine	Ungarn
... man den meisten Menschen trauen kann?	22,6	16,8	14,3	14,8	32,9	18,2	16,8	19,6	23,3	23,2
... bei anderen Menschen Vorsicht geboten ist?	66,8	78,9	81,3	79,4	56,6	76,4	77,4	73,0	67,9	74,9
weiß nicht	10,4	4,3	4,0	5,6	9,3	4,6	-	7,4	8,8	1,6
ohne Angaben	0,2	-	0,4	0,3	1,1	0,8	5,8	-	-	0,3

In allen Transformationsländern ist ohne Ausnahme die große Mehrheit der Bürger der Meinung, im Umgang mit den Mitmenschen sei Vorsicht geboten, während im Schnitt nur ein Fünftel meint, den meisten Mitmenschen trauen zu können. Tätige Solidarität in einer Gesellschaft ist aber wesentlich verknüpft mit dem *Grad des Vertrauens* unter ihren Mitgliedern. Vertrauen ist außerdem auch einer der wesentlichsten Faktoren einer echten, tragfähigen Demokratie. Totalitäre Systeme, und so auch die ehemals kommunistischen, lassen leider zahlreiche „Altlasten“ zurück, wie beispielsweise im Bereich der gesellschaftlichen Solidarität (Unsolidarität) und des gegenseitigen Vertrauens (Misstrauens).

Ein noch größeres Problem ist in diesen Ländern die Auffassung und Umsetzung von *Subsidiarität*. Dazu einige Beispiele aus Kroatien: In der Untersuchung „Beobachtung der Armut in Kroatien“²⁴ wurde die

24 Diese Angaben basieren auf Stjepan Baloban: Ostvarenje solidarnosti po supsidijarnosti (Verwirklichung der Solidarität durch Subsidiarität). In: Bogoslovska smotra 75 (2005), Nr. 4, S. 1030–1032.

Frage gestellt: Was glauben Sie, welche Probleme vom Staat, von der Kommune, von den Bürgern selbst oder von Bürgerverbänden gelöst werden sollten?

Die folgende Abbildung gibt die Antworten wieder:

Abbildung 4: Was glauben Sie, welche der angeführten Probleme sollten vom Staat, von der Kommune, von den Bürgern selbst, einzeln oder in Verbänden organisiert bzw. gelöst werden?

	Staatliche Behörden	Regionale Behörden	Kommunale Behörden	Bürgervereinigungen	jeder für sich selbst	weiß nicht
Schulorganisation	70,8	12,5	10,0	0,9	0,7	4,1
Unterstützung von Familien mit Kindern	50,0	18,3	20,5	4,6	1,3	4,1
Sozialhilfe	66,6	13,6	12,8	2,0	0,2	3,4
Gesundheitsschutz	83,6	7,4	4,3	0,4	0,9	2,2
Wohnungsvergabe	48,9	18,0	17,4	1,7	8,5	3,9
Arbeitslosigkeit	68,7	13,4	11,1	0,7	2,1	2,5
Gewalt in der Familie	51,6	9,6	19,6	7,7	5,0	5,3
Korruption und Verbrechen	82,9	5,9	5,6	1,1	0,7	2,9
Altenfürsorge	35,6	15,4	22,9	16,5	4,2	3,4
Unterstützung von Alleinerziehern	44,1	13,4	24,0	10,2	1,9	4,2
Unterstützung von Armen	48,9	13,5	20,2	10,0	0,9	3,1
Kindergärten und -krippen	37,9	17,5	29,0	5,3	2,5	6,6
Organisation der Freizeit von Kindern	15,8	7,5	24,9	15,3	26,6	8,7
Unterstützung von Bedürftigen und Behinderten	52,5	13,3	16,8	10,3	0,8	4,9
Geburtshilfe	69,8	5,0	2,6	0,8	14,9	5,8
Drogenmissbrauch	65,2	6,2	11,8	6,3	3,9	4,1
Probleme in Ihrer Nachbarschaft	11,7	4,1	33,8	18,7	22,2	8,2

Wie die Antworten zeigen, erwarten die Bürger Kroatiens die Lösung nahezu sämtlicher Probleme von der überregionalen, zentralen Regierung, weit abgeschlagen auf dem zweiten Platz stehen die regionalen Behörden, gefolgt von den kommunalen. Die Tabelle lässt sich *zweiteln*: auf der einen Seite die Behörden, „der Staat“, und auf der anderen Seite die bürgerlichen Zusammenschlüsse bzw. die Bürger selbst. Von den einen erwarten die Bürger die Lösung beinahe aller Probleme und von den anderen verschwindend wenig.

Dieses Ergebnis wirft zahlreiche Fragen auf, für die Experten ebenso wie für die Medien: Wieso sehen die Bürger nicht, dass auch sie Einfluss auf die Lösung verschiedener Probleme *haben können und müssen*? Durch wen und wie sollen die angehäuften Probleme gelöst werden? Warum wird die Lösung beinahe sämtlicher Probleme vom Staat erwartet? Und warum von Bürgervereinigungen bzw. von den Organisationen der Zivilgesellschaft nur in einigen Bereichen etwas mehr – und was? Worum geht es hier? – um nur einige zu nennen.

In einer Zeit, in der in allen Ländern Europas der Sozialstaat krankt, ist es zwingend notwendig, über Subsidiarität und Solidarität in der Gesellschaft die erforderlichen Mechanismen zum Schutze der Armen zu schaffen. Dazu mahnt auch die Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der deutschen Bischöfe in ihrem Dokument „Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik“, das Subsidiarität und Solidarität als Leitbilder für die Reform des deutschen Sozialstaates aufstellt.²⁵

Statt eines Schlusswortes

Auch im vereinten Europa ist die Konfrontation der Christen mit der Armutproblematik unterschiedlich. In einigen Ländern ist das besser

²⁵ Vgl. Die deutschen Bischöfe – Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen: Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik. (Veröffentlichungen, Nr. 28). Bonn 2003, S. 19–21.

organisiert, etwa in Deutschland und Österreich, in anderen Ländern dagegen, beispielsweise in den Transformationsländern, fehlen den Christen die für ein organisiertes Handeln erforderlichen Erfahrungen und Strukturen.

Ein Allheilmittel oder generelles Rezept für die Lösung der Armutsproblematik in der Welt besitzen die Christen nicht. Doch sie haben die Pflicht und tun gut daran, in der heutigen Zeit und in unserer europäischen Gesellschaft die „soziale Dimension des Glaubens“ zu leben. Dies tun sie laut Benedikt XVI. auf zweierlei Art und Weise: erstens innerhalb der Kirche und der Gemeinschaft der Gläubigen durch tätige Liebe bzw. durch Liebeswerke – was mehr ist als materielle Hilfe –, wobei insbesondere hier und heute eine Herausforderung in den unterschiedlichen Formen der Anwaltschaft besteht; und zweitens als gläubige Staatsbürger in der Gesellschaft durch ihren Einsatz für Gerechtigkeit in Politik, Medien, Wirtschaft, Kultur usw. Genau da bietet die katholische Soziallehre Inspiration und Hilfestellung. Von daher ist es von essenzieller Bedeutung, diese soziale Botschaft der Kirche kennen zu lernen und im öffentlichen Leben glaubhaft zu vertreten.

Zu den Grundprinzipien der katholischen Soziallehre – u. a. Würde der menschlichen Person, Solidarität, Subsidiarität, vorrangige Option für die Armen – gibt es keine Alternative. Durch die Christen können sie zum Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns werden, nicht zuletzt bei der Lösung der Armutsproblematik.

Zwar rückt Europa mehr und mehr zusammen, doch religiös, kulturell und sozial driftet es immer weiter auseinander. Durch den Globalisierungsprozess werden Kapital und Gewinn, die keine Grenzen kennen und daher in einzelnen Ländern und Erdteilen sichtbare und auch versteckte Armut schaffen, weitgehend in den Vordergrund gestellt.

Der Sozialstaat in Europa, jahrzehntelang für seine Bürger *der* Garant für Sicherheit, schwächelt derzeit. Und auch die Debatten über die Krise des Sozialstaats bzw. über Auswege aus dieser Krise scheinen im Moment stiller zu werden und auf der Stelle zu treten.

Gerade deshalb ist es dringend erforderlich, dass die Christen organisiert ihre Stimme erheben und für eine gerechte europäische Gesellschaft eintreten, die sich durch Subsidiarität und Solidarität weiterentwickeln kann. Für eine bessere Zukunft ist das Soziale neu zu überdenken. Denn es geht, wie die deutschen Bischöfe schreiben, „nicht nur um einzelne Maßnahmen und kurzfristige Anpassungsreformen. Was jetzt ansteht, sind ein Wandel der Mentalitäten und eine gemeinsame Neubesinnung auf Grundlagen, Werte und Ziele des Zusammenlebens in einer Zeit des Wandels und der Krise und das heißt immer auch: der Gefahren und der Chancen.“²⁶

26 Ebd., S. 28.



Vollgeschriebene Notizblöcke resultierten aus den interessanten Vorträgen und Diskussionen während des 11. Internationalen Kongresses Renovabis

Kurzreferate zur Situation in Russland, Bosnien-Herzegowina und Tschechien

Einleitung von Prof. Dr. Thomas Bremer

In Anschluss an das grundlegende Referat von Professor Baloban wollen wir nun die Situation in drei ganz unterschiedlichen Ländern beleuchten. Vorgestellt werden Russland, Bosnien-Herzegowina und die Tschechische Republik. Aus Russland spricht zu uns Frau Dr. Natalya Vinogradova, korrekt eigentlich: Schwester Nikolaja, die von ihrer Ausbildung her Archäologin ist, aber seit 2004 im Johannes-Kloster in Moskau als Nonne lebt und sich in einer Gemeinde mit starker karitativer Tätigkeit engagiert. Es folgt ihr Dr. Ante Komadina, der aus Mostar in der Herzegowina kommt, also im Süden von Bosnien-Herzegowina. Er ist dort Direktor der Caritas des Bistums Mostar und gleichzeitig Professor für Moraltheologie und Religionsgeschichte am Theologischen Institut in Mostar. Den dritten Kurzvortrag wird Frau Michaela Čermaková halten. Sie kommt aus České Budějovice in der Tschechischen Republik und ist dort seit 1993 Direktorin der diözesanen Caritas.

Dr. Natalya Vinogradova, Moskau

In meinem Kurzreferat möchte ich einen Überblick über den gegenwärtigen Zustand der sozialen Dienste der russischen orthodoxen Kirche geben. Seit der Wiedergeburt des kirchlichen Lebens im neuen Russland hat sich die Kirche im Namen aller ihrer Mitglieder, der Priester und der Laien, aktiv für die Sache der Caritas eingesetzt. Alle vor 1917 existierenden Formen sozialer Dienste waren in der Sowjetunion erloschen, sodass die Kirche ganz von vorne beginnen musste. Grundlage dafür sind die Prinzipien der Soziallehre der russischen orthodoxen Kirche,²⁷ die im Jahr 2000 von der Synode bestätigt worden sind.

27 Dieses weitreichende Dokument wurde im August 2000 von der Moskauer Bischofssynode verabschiedet. Eine Textausgabe in deutscher Übersetzung sowie Erläuterungen bieten Josef Thesing/Rudolf Uertz (Hrsg.): Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen

Die Kirche verwirklicht ihren Dienst an der Gesellschaft auf der Grundlage von Abkommen, Verträgen und weiteren gesetzlichen Bestimmungen. Zur Zeit bestehen zwischen der russischen orthodoxen Kirche und der Mehrheit der Bundesministerien und Ämter zweiseitige langfristige Abkommen.



So existiert zum Beispiel ein Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem Ministerium für Gesundheitswesen und Soziale Entwicklung, das im April 2005 unterzeichnet wurde. Seither gibt es in vielen Krankenhäusern orthodoxe Gottesdienste und auch eigene Kirchen, was ich weiter unten noch erläutern werde. Die dort wirkenden Geistlichen helfen den Ärzten dabei, nicht nur den Körper, sondern auch die Seele der Kranken zu behandeln.

2004 wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem Innenministerium unterschrieben. Er hält die Absicht der Kirche und des Innenministeriums fest, gemeinsam die Probleme zu lösen, die in den nächsten Jahren aktuell werden; vor allem gilt es, den Anstieg des Terrorismus zu verhindern. Eine sehr wichtige Rolle spielt auch die Fürsorge gegenüber den Mitarbeitern, die diese komplizierten Dienste ausüben. Besonders wichtig ist hier das Abkommen über die Zusammenarbeit zwischen der Kirche und dem föderalen Dienst des Strafvollzugs, aufgrund dessen die Kirche die Sorge für die Gefangenen und seit kurzem auch ihre soziale Begleitung organisiert.

Im Anschluss an diese Abkommen sind ähnliche Verträge auf regionaler Ebene zwischen den Diözesen und den lokalen Verwaltungen sowie unmittelbar zwischen den Pfarreien und den einzelnen Trägern sozialer Arbeit geschlossen worden. So wurde zum Beispiel im Oktober 2006 ein Schlüsselabkommen mit dem Amt für Gesundheitswesen der Stadt Moskau unterschrieben. Laut diesem Dokument können Freiwillige in städtischen Krankenhäusern invaliden Senioren, Alkohol- und

Kirche. Sankt Augustin 2001. Zur Bewertung der Sozialdoktrin vgl. außerdem den Sammelband von Rudolf Uertz/Lars-Peter Schmidt (Hrsg.): Beginn einer neuen Ära? Die Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche im interkulturellen Dialog. Moskau 2004.

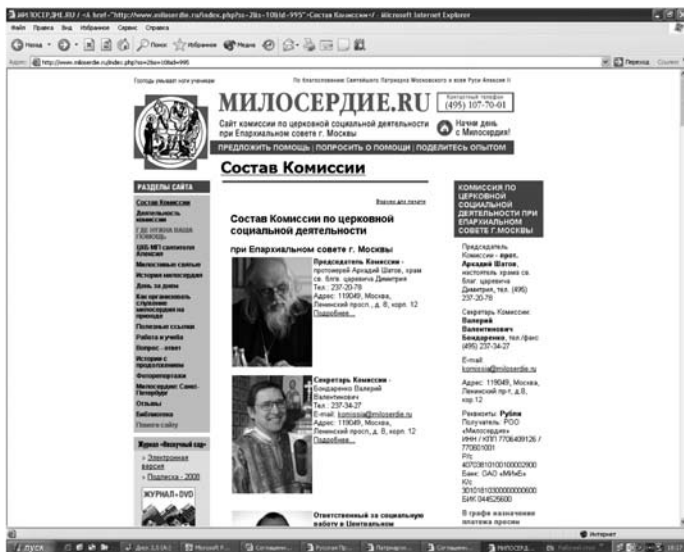
Drogenabhängigen und Straßenkindern in schwierigen Situationen helfen. Das Dokument sieht die Entwicklung eines Netzes von Krankenhäusern, Schwangerenberatungsstellen, Apotheken und anderen medizinischen Einrichtungen vor. Außerdem ist in den städtischen medizinischen Bildungseinrichtungen der Unterricht auf dem Gebiet der biomedizinischen Ethik und Therapie erlaubt.

Die kirchlichen Organe der sozialen Dienste sind hierarchisch geordnet. Es gibt Abteilungen der kirchlichen Wohltätigkeit und der sozialen Dienste des Moskauer Patriarchats, Bistumsabteilungen und -kommissionen, städtische und Gemeindesozialämter und andere gesellschaftliche Organisationen mit kirchlicher Beteiligung. Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden in den jährlichen Berichten der Pfarreien, Bistumskommissionen und Synodalabteilungen registriert. Die Abteilung der kirchlichen Wohltätigkeit und der sozialen Dienste des Moskauer Patriarchats wurde 1991 gebildet. Unter den Programmen und Projekten, die von dieser Abteilung zur Zeit registriert werden, sind beispielsweise medizinische und Kinderprogramme, Flüchtlingshilfe und Hilfe für Opfer von Naturkatastrophen zu nennen. Für die Verwirklichung dieser Projekte stützt sich die Abteilung auf die Hilfe ausländischer kirchlicher Organisationen wie etwa Renovabis, „Kirche in Not“ und den Lutherischen Weltbund.

Bei der Verteilung der humanitären Hilfe hält sich die Abteilung an das Prinzip der Überkonfessionalität. Sichtbare Frucht dieser Arbeit ist die aktive Entwicklung des sozialen Dienstes der Kirche nicht nur in der Hauptstadt, sondern auch in den Regionen Russlands. In den meisten Diözesen wirkt die Gemeinschaft der Barmherzigen Schwestern, die den Mitarbeitern der Krankenhäuser beim Reinigen der Räume und bei der Betreuung der Patienten helfen. Außerdem entstehen Obdachlosenhäuser, Rehabilitationszentren, Kapellen und Gebetsräume. Schon jetzt zählt man im Land Dutzende Rehabilitationszentren, etwa bei Klöstern in Moskau, in der russischen Provinz und auch außerhalb Russlands.

Eine große Rolle spielt in Moskau die „Kommission für kirchliche soziale Tätigkeit beim Moskauer Bistumsrat“. Sie existiert seit 1998,

ihr ständiger Vorsitzender ist Erzpriester Arkadij Schatov, der auch die Website „miloserdie.ru“ betreut. Ihre Hauptaufgabe sieht die Kommission in der Mithilfe bei der Organisation und Entwicklung der sozialen Dienste der Pfarreien von Moskau. Die Datenbank der sozialen Dienste auf der Website enthält Informationen über alle sozialen Objekte innerhalb und außerhalb Moskaus, die von der Moskauer Kirche betreut werden. Nach eigenen Angaben betreut sie fast 600 soziale Institutionen verschiedenster Art in- und außerhalb Moskaus; dennoch warten bis jetzt noch über 300 soziale Objekte in Moskau auf eine Betreuung und Hilfe durch die freiwilligen Helfer. Bei den von der Kirche betreuten Menschen handelt es sich um Waisen, Kinder von Straffälligen, Arme, Invalide, Kranke, Alkoholiker, Drogenabhängige und Häftlinge.



Startseite
„www.miloserdie.ru“

Die Arbeit der Kommission umfasst folgende Bereiche:

- An erster Stelle stehen die *Obdachlosen*. Von Anfang an wurde die Versorgung der Obdachlosen mit warmen Speisen täglich organisiert. Heute übernehmen drei bis vier Moskauer Kirchen diese Betreuung.

Eines der erfolgreichsten Projekte bildet die Organisation des Hilfsdienstes für Obdachlose, der „Bus der Barmherzigkeit“. Im Winter 2006, als die Fröste minus 30 Grad und weniger erreichten, haben die Mitarbeiter dieses Dienstes 1.800 Menschen vor dem Tod auf der Straße gerettet. In der Arbeitszeit des Busses zählte man etwa 4.000 Bitten um ärztliche Betreuung.

- Für *Waisen- und Straßenkinder* gibt es in Moskau ca. 40 Kinderheime, von denen drei Viertel von Geistlichen verschiedener Kirchen betreut werden. Für zukünftige Stiefeltern und Erzieher werden Kurse organisiert, aber es gibt noch kein Zentrum für Stiefeltern, wo die Familien ihre Erfahrungen austauschen und Beratung bekommen könnten. Neben den Kinderheimen existieren Krippen für die Kleinsten unter vier Jahren, in der Hauptstadt über zwanzig. Diese werden heute fast alle von der Kirche betreut. Außerdem existieren schon seit mehr als fünfzehn Jahren orthodoxe Kinderheime.
- Schließlich die Arbeit der Kommission mit den *Kranken, Invaliden* und *Alten*: Zu den wichtigsten Projekten der Kirche zählt die Gründung der orthodoxen Gemeinde der Gehör- und Sehbehinderten in der Tichvinskaja-Kirche im Simonov-Kloster in Moskau. Die Übersetzung der Chrysostomos-Liturgie in die Gebärdensprache ermöglichte sofort Gruppen von Invaliden, am gemeinsamen Gottesdienst teilzunehmen. Die Pfarreien, die Taube betreuen und Gottesdienste in der Gebärdensprache durchführen, mehren sich inzwischen in ganz Russland.



*Gestenreicher orthodoxer Gottesdienst
in Gebärdensprache vermittelt*

Momentan gibt es in Moskauer Krankenhäusern 34 Kirchen und zwölf Kapellen. Bei den Kirchen sind u. a. fünfzehn Gruppen der Caritas und neun Schwesternschaften geschaffen worden. Die Stadt verfügt über ein einziges kirchliches Krankenhaus, nämlich die Klinik Sankt Alexej. In den Moskauer Internaten für geistig behinderte Kinder leben insgesamt etwa 2.000 Kinder. Es bestehen derzeit zwei Internate, wo solche Kinder durch ein einzigartiges Programm gefördert werden können. Seit ihrer Umsetzung hat sich das Befinden der Kinder positiv verändert, ihre Diagnosen werden günstiger.

Eine weitere Richtung der Kommission betrifft die Sorge für die Senioren. Fast die Hälfte der Moskauer Zentren dieser Art wird ebenfalls kirchlich betreut. Außerdem gibt es auch einige kirchliche Altersheime. Allerdings fehlen noch viele, um die Menschen ausreichend zu versorgen. Im Jahre 1900 gab es in Moskau bei einer Million Einwohner 220 Altersheime und im Jahre 2005 bei einer Bevölkerung von elf Millionen nur 20 Einrichtungen dieser Art. Ein Kennzeichen für die Notwendigkeit der Erweiterung ist die große Anzahl der Anrufe, die beim Informationstelefon der Caritas eingehen. Mit Ungeduld erwarten wir die Eröffnung des Altersheims im Dorf Ostrov in der Nähe von Moskau, dessen Bau zum größten Teil von Renovabis finanziert wurde.

Erwähnen möchte ich auch noch die auf Drogenabhängige und Alkoholiker gerichtete Arbeit der Kommission. Am Danilov-Kloster besteht ein Zentrum zur medizinischen Betreuung der Betroffenen. In einigen Moskauer Pfarreien gibt es außerdem Selbsthilfegruppen. Weiterhin existieren in Moskau und Umgebung fünf orthodoxe Rehabilitationszentren.

Schließlich sollte noch die Gefangenenbetreuung seitens der Kommission genannt werden. Die Fürsorge für die Gefangenen verwirklichen die Gefängnismissionen auf der Ebene der Pfarreien und Bistumsabteilungen. Viele Pfarreien vermitteln Gesprächspartner für eine Korrespondenz mit den Gefangenen und unterstützen sie mit Kleidung, Büchern, Medikamenten und Lebensmitteln. Seit mehreren Jahren wird am Freitag vor dem Fest Maria Schutz und Fürbitte (14. Oktober)

in Moskau der „Tag der Caritas und des Mitleidens für alle Gefangenen“ durchgeführt. In den Kirchen der Stadt sammelt man Spenden, die Priester besuchen alle Moskauer Gefängnisse, zelebrieren dort Messen und übergeben den Gefangenen kleine Geschenke. Die Moskauer Kommission begann als eine der ersten die Arbeit mit den entlassenen Gefangenen. Sie begleiten minderjährige Mädchen aus der Strafkolonie Novyi Ascol nach Hause und nehmen Kontakt mit den Verwandten und dem Sozialamt am Wohnort auf.



*Gespräche mit
Gefängnisinsassen*

Ein wichtiger Teil der Tätigkeit der Kommission ist die Bereitstellung von Informationen für die soziale Arbeit in den Pfarreien. Ihnen hilft man mit methodischen Anleitungen. Zusätzlich gibt es auf der Website der Zeitschrift „Neskučnii Sad“ und im Radio Informationen darüber, wie man die notwendigen Dienste in den Pfarreien organisieren kann. Es existiert sogar ein 24-stündiger Telefonseelsorgedienst.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die modernen Bedingungen der gesellschaftlichen Entwicklung der russischen orthodoxen Kirche viele Möglichkeiten und breite Perspektiven für die Umsetzung neuer Formen aktiver diakonischer Arbeit auf der Ebene der Diözesen, der Klöster, der Pfarreien, der Bruder- und der Schwesternschaften eröffnen.



Dr. Ante Komadina, Mostar

Obwohl zwölf Jahre vergangen sind, seit 1995 der schreckliche Krieg in Bosnien-Herzegowina beendet wurde, ist die jetzige Situation noch immer stark von den Spuren des Krieges und der typischen Nachkriegszeit geprägt. Unklare und noch nicht definierte politische Strategien und Ziele sowohl der nationalen als auch der internationalen Politik haben eher negative Auswirkungen auf

die jetzige wirtschaftliche, kulturelle und soziale Situation des Landes. Einige statistische Daten beschreiben sehr deutlich die soziale Situation der Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina. Die Zahl der Arbeitslosen hat mit ca. 43 Prozent im Mai dieses Jahres die Zahl der Beschäftigten fast erreicht. Das Monatseinkommen beträgt im Mittel 338 Euro, die Durchschnittsrente 142 Euro. Eine vierköpfige Familie gibt im Schnitt monatlich 253 Euro für Grundnahrungsmittel aus. In einem Land, das der dreijährige Krieg verwüstete und in dem die Kriegswunden noch immer nicht verheilt sind, spielt die karitative Arbeit bis heute eine bedeutungsvolle Rolle. Sie half während des Krieges und auch in der Nachkriegszeit bei der Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft, vor allem bei der Gestaltung gerechter sozialer Verhältnisse.

In Bosnien-Herzegowina gibt es drei Diözesancaritas-Organisationen, und zwar in Sarajevo, Banja Luka und Mostar, wobei die Caritas der Bischofskonferenz von Bosnien-Herzegowina als zentrale administrative Institution die gemeinsamen Projekte der Diözesan-Caritasstellen koordiniert. Obwohl jede der drei Stellen in verschiedenen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Situationen wirkt, sind die Voraussetzungen für die erfolgreiche karitative Arbeit im Wesentlichen sehr ähnlich. Deswegen möchte ich mich in meinem Vortrag auf die Caritas der Diözesen Mostar-Duvno und Trebinje-Mrkan beschränken.

Die Diözesancaritas Mostar ist die pastorale Einrichtung der zwei Diözesen, die sich in der Region Herzegowina befinden. Die Caritas Mostar wurde vom damaligen Bischof von Mostar, Monsignore Pavao Žanić per Dekret vom 17. August 1982 gegründet. In diesem Jahr feiern wir also das silberne Jubiläum ihres Bestehens. Das bisherige Wirken der Caritas Mostar könnte man in drei Phasen aufteilen: die Tätigkeit während des kommunistischen Regimes, das Wirken der Caritas im Krieg und die Caritas Mostar von der Nachkriegszeit bis heute.

Die Caritas Mostar im Zeitraum des Kommunismus

Wegen der eingeschränkten Möglichkeiten der Kirche in der kommunistischen Zeit waren die Aktivitäten der Diözesancaritas Mostar auf Sammelaktionen für unsere Missionare bzw. für Gläubige in den Missionsländern Afrikas gerichtet. Zu dieser Zeit wurden auch einzelne Pfarreien in der ehemaligen Diözese Skopje-Prizren bzw. die Gemeinden im Kosovo mit Kleiderpaketen unterstützt. Selbstverständlich haben wir die Kleidung auch an Bedürftige in der Herzegowina verteilt. Die Caritas Mostar hat ebenfalls nach eigenen Möglichkeiten in Fällen extremer Not und Armut einzelne Familien durch die Verteilung von Lebensmittelpaketen unterstützt. Ihr gelang es, in einigen Fällen mit den Ehrenamtlichen und Menschen, die ein Herz für den Nachbarn in Not hatten, die Dächer oder ganze Häuser zu reparieren. Außer bescheidenen Spenden der Gläubigen hat die Caritas Mostar in dieser Zeit keine anderen finanziellen Quellen gehabt.

Das Wirken der Caritas während des Krieges in Bosnien-Herzegowina

Im Oktober 1991 begann der Krieg in Bosnien-Herzegowina durch einen Angriff auf das Dorf Ravno in der Diözese Trebinje. Der Krieg in Mostar begann am 3. April 1992. Während des Krieges konzentrierte sich die Tätigkeit der Diözesancaritas darauf, Lebensmittel, Hygieneartikel, Kleidung und Medikamente zu beschaffen, humanitäre Transporte in die Herzegowina zu bringen und diese Hilfe gerecht an die Bedürftigen zu verteilen. Trotz zahlreicher Schwierigkeiten und Gefahren war die Versorgung von Mostar erfolgreich und befriedigend. Der Krieg tobte weiter und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diözesanca-

ritas organisierten – dank der großen Unterstützung der National- und Diözesancaritas aus dem Ausland wie auch anderer humanitärer Organisationen – zahlreiche Hilfslieferungen, damit man den vom Krieg betroffenen Menschen wirksam helfen konnte.

Das Leid der Menschen, besonders der Vertriebenen, wurde dennoch immer größer. Die Caritas unterstützte besonders die Flüchtlinge in den Flüchtlingslagern, Waisen- und Schulkinder, sorgte für die Alten und Kranken, Ohnmächtigen und Vernachlässigten. Sie unterstützte auch die Krankenhäuser und Kliniken durch zahlreiche Lieferungen von Medikamenten, Verbandsmaterial und medizinische Ausstattung. Von existenzieller Bedeutung war der Wiederaufbau von kriegszerstörten Wohnhäusern, Schulen und Kindergärten. Im Frühjahr 1994 begannen die Sozialprojekte Caritas-Apotheke, Familienberatungsstelle, häusliche Alten- und Krankenpflege und „Essen auf Rädern“.

Das neue Antlitz der Caritas

In den darauffolgenden Jahren konnte die Caritas Mostar dank der finanziellen Hilfe ausländischer Partner eigene soziale Einrichtungen gründen. Als der Krieg mit dem Dayton-Abkommen 1995 beendet wurde, begann die Caritas Mostar, die eigenen Fundamente im organisatorischen und strukturellen Sinne neu zu legen und durch eine neue Gestalt der karitativen Tätigkeit ein neues Antlitz der Caritas zu formen. Die Idee zum Aufbau eines Kindergartens wurde im Dezember 1996 verwirklicht, als der Caritas-Kindergarten „Heiliger Josef“ in Betrieb genommen werden konnte. Die ersten Erfahrungen in der Arbeit mit behinderten Menschen wurden mit der Entstehung der Behinderten-Tagesheimstätte „Nazareth“ institutionalisiert, zunächst in angemieteten Räumen und im April 1999 in eigenen Gebäuden. Parallel dazu entstand „Miriam“, eine Übergangswohnung für Frauen und Kinder in Not und vor allem für Opfer familiärer Gewalt. Im Juni 1996 fand die Grundsteinlegung einer weiteren Behinderteneinrichtung statt. Das Rehabilitationszentrum „Heilige Familie“ für Kinder und Erwachsene hat zwei Abteilungen, die rehabilitativ-educative Abteilung und die stationäre Abteilung. Im gleichen Zentrum hat man vor einem Jahr die Keramik- und Holzwerkstatt „Emmanuel“ für die Behinderten eröffnet. „Victoria“ heißt das Caritasheim für begabte Studen-

tinnen, die aus relativ armen Familien stammen oder in weit von Mostar entfernten Dörfern und Ortschaften wohnen. „Veronica“ bezeichnet das Projekt, mit dem die Caritas Mostar seit zwölf Jahren die häusliche Alten- und Krankenpflege durchführt. Unsere mobilen Krankenschwestern und Pflegerinnen kümmern sich regelmäßig um ca. 150 bedürftige Menschen, die alleinstehend sind oder deren Angehörige weit weg von ihnen wohnen. Weiterhin sind Caritas-, Advents- und Fastenzeitaktionen, der „Caritas-Sonntag“ und die Aktivitäten der Ehrenamtlichen besonders unter den Jugendlichen wichtig.

Seit mehr als zehn Jahren betreibt die Caritas Mostar eine Familienberatungsstelle, in der qualifizierte Personen verschiedener Profile arbeiten, wie zum Beispiel Priester, Ordensschwestern, Psychologen, Sozialassistentinnen und Laientheologen. Durch die neueste Ausbildungsstufe, die von Renovabis finanziert wird, werden die Diözesancaritas-Einrichtungen in Bosnien-Herzegowina ein kompetentes Team von zwölf ausgebildeten Beratern bekommen. 2007 werden wir noch einen weiteren wichtigen Schritt machen: Im Oktober wird das Begegnungs- und Bildungshaus „Emmaus“ eingeweiht werden.

Fast nichts von all jenem, was die Caritas in den vergangenen 25 Jahren machte und schaffte, wäre ohne unsere Partner und Freunde aus dem Ausland möglich gewesen. In den letzten Jahren haben wir uns sehr um die Öffentlichkeitsarbeit bemüht und auch Erfolg damit gehabt, weil es uns gelungen ist, eine größere Zahl von Caritas-Freunden und Landsleuten um uns zu scharen, die die Caritasarbeit unterstützt. Unser größtes Problem ist die Tatsache, dass die Verantwortlichen in der staatlichen Verwaltung die Wichtigkeit des Engagements der Caritas im sozialen Bereich immer noch nicht erkannt haben. Das ist auch der Grund dafür, warum die Caritas trotz ihrer Leistungen, die alle mit größter Anerkennung bewerten, noch nicht in die staatlichen Haushaltspläne integriert wird.

Gesellschaft gestalten, Glauben entfalten

Die Diözesancaritas Mostar steht in ihrer 25jährigen Tätigkeit überzeugend und konkret für das ständige Bestreben der Kirche, Menschen in

Not, Armen, Kranken, Behinderten und Alten zu helfen und entsprechende Lebensverhältnisse zu schaffen, in denen jeder Mensch menschenwürdig leben kann, angeregt durch die Grundsätze von Gerechtigkeit und Liebe. Die Caritas ist das Antlitz der Kirche, das der Welt am meisten ausgesetzt ist – denn die Welt erkennt am schnellsten und kritisiert am schärfsten die Makel auf dem Antlitz der Kirche und die krasen Widersprüche zwischen gepredigtem und gelebtem Glauben. Letztlich werden wir auch vor Gott mit leeren oder vollen Händen stehen: „Wahrlich, ich sage Euch, was immer Ihr einem dieser meiner geringsten Brüder getan habt, das habt Ihr mir getan.“ Die Caritas ist also die ausgestreckte Hand der Kirche, die an die entferntesten, verborgensten und vernachlässigsten Ränder der Gesellschaft reicht. Auf diese Weise partizipiert die Kirche durch die soziale Tätigkeit der Caritas an der Gestaltung der Gesellschaft in Bosnien und Herzegowina. Gleichzeitig gibt die Kirche durch karitatives Engagement das stärkste Zeugnis ihrer Glaubwürdigkeit. Damit verleiht die Caritas der Kirche aus der Gemeinschaft der Gläubigen heraus die Inspiration und Motivation, den eigenen Glauben noch tiefer zu erleben und zu entfalten.



**Michaela Čermaková,
České Budějovice**

Seit der Wende im Jahre 1989, als unser Land den Weg zur Freiheit angetreten hat, sind fast achtzehn Jahre vergangen. Die fünfzigjährige Ära davor war von Unfreiheit, Verfolgung und oft von Tod gezeichnet, aber auch von großer Sehnsucht nach Menschenrechten und religiöser und geistiger Freiheit. Heutzutage sehen einige Menschen den Sinn ihres Lebens in Vermögen,

Reichtum und einer hohen gesellschaftlichen Stellung. Allen stehen jetzt alle Möglichkeiten offen, sie brauchen auch keine Denunziation mehr zu fürchten. Ich habe in diesem Frühjahr während einer Reise nach Weißrussland aber auch eine andere wichtige Erfahrung gemacht.

Mir wurde bewusst, dass wir durch die Menge von Konsumgütern und Einflüssen, die uns umgeben, unsere innere Freiheit eingebüßt haben. Eigentlich braucht man zum Leben nicht viel an Materiellem – viel wichtiger sind eigentlich Glaube, Liebe und Dienst am Nächsten. Ebenso wichtig ist für unsere Gesellschaft die strenge Bewahrung der ethischen Grundsätze, die uns die Kirche im Anschluss an die Lehre Christi vorlegt.

Dazu passt auch folgende Beobachtung: In letzter Zeit kommen immer mehr Menschen zur Caritas, die als freiwillige Helfer oder Spender ihren Mitmenschen nützlich sein möchten. Sie haben längst erkannt, dass nicht alle Probleme mit Geld gelöst werden können. So hat sich auch die Position der Caritas verändert. Zur Zeit ist ihre Arbeit in Tschechien unverzichtbar, und dank unserer Klienten, Mitarbeiter und Freiwilligen genießt sie in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen. Allerdings ist die gegenwärtige politische Konstellation nicht ganz günstig, d. h. für manche Projekte fehlen öffentliche Mittel. Wichtig ist gerade deshalb, dass wir uns nicht nur über Projekte definieren, sondern unsere geistige Basis erweitern und untrennbarer Bestandteil der Kirche bleiben. Deshalb möchte ich noch einige Bemerkungen über die Geschichte und Entwicklung der Caritas machen.

Anhand der letzten Zählung der Gläubigen können wir das Engagement unserer Einwohner einschätzen. Nach der Wende hat sich die Hälfte der Bevölkerung Tschechiens zu einer Religion bekannt, etwa 5 Millionen Menschen. Aktuell bekennen sich aber nur 2,7 Millionen zur römisch-katholischen Kirche, 0,6 Millionen zu anderen Konfessionen; konfessionslos sind 6 Millionen Einwohner. Zu den Hauptpatronen der Caritas gehört Vinzenz von Paul. Die Hauptpatroninnen der tschechischen Caritas sind St. Ursula, St. Agnes, St. Ludmila, St. Hedwig und St. Elisabeth; Agnes wurde gerade fünf Tage vor der Wende heilig gesprochen. Der Anfang des böhmischen Staates liegt in der zweiten Hälfte des 9. Jahrhunderts. Seit dem Jahre 1620 wurde das bis dahin überwiegend protestantische Land unter den Habsburgern gewaltsam rekatholisiert. Im Jahre 1918 entstand die Tschechoslowakei als Staat; zur gleichen Zeit wurde in Prag auch der Verband der katholischen

Caritas gegründet. In diesem Verband waren wohlthätige Einrichtungen der Kirchenorganisationen vereinigt – Waisenhäuser, Anstalten für körperlich und geistig Behinderte, Armenhäuser, Suppenküchen und vieles mehr. Während des Zweiten Weltkrieges war die Caritas in Tschechien unterdrückt. 1948 kam das kommunistische Regime an die Macht und beschränkte die Tätigkeit der Caritas auf den Verkauf von Devotionalien und Büchern. Mit dem Fall des Kommunismus im Jahr 1989 konnte die Tätigkeit der Caritas erneuert werden. Ihre Arbeit gestaltete sich nach den Bedürfnissen der schnellen Entwicklung der Gesellschaft und im Rahmen der neuen Gesetze, wobei sie von den Erfahrungen der Caritas vor 1945 ausging und sich außerdem an den Erfahrungen der europäischen Caritas, besonders der deutschen und der österreichischen, orientierte. Deren Hilfe war unschätzbar wertvoll für uns!

Die Caritas in der Tschechischen Republik wird gebildet aus den acht Verbänden auf Ebene der beiden Erzdiözesen und sechs Diözesen. Insgesamt gibt es 350 Caritasdienststellen. Die Diözesancaritas in České Budějovice, in der ich arbeite, umschließt 38 Pfarrbereichs- und Stadtc Caritasstellen. Wir betreuen 70 Projekte, verfügen über ein Budget von 2 Millionen Euro, haben 300 Angestellte und betreuen insgesamt 5.000 Menschen.

Die tschechische Caritas hilft Menschen in Not ungeachtet ihrer Hautfarbe, Religion und politischen Orientierung. Dazu nenne ich die wesentlichen Bereiche:

- Der Schwerpunkt der karitativen Arbeit liegt in den Projekten der häuslichen Seelsorge für alte und kranke Menschen. Die Senioren werden in Tageszentren betreut, Altersheime gewährleisten ein Altern in

*Häusliche Altenpflege
in Tschechien*



Würde, Hospize ein würdiges Sterben. Der Staat setzt eine finanzielle Beteiligung seitens der Klienten, die bisher diese Dienstleistungen fast umsonst erhalten haben, voraus.

- Für Obdachlose und Personen in Krisensituationen wurden Altenheime, Herbergen und Tagesstationen geschaffen, die es nach der Wende noch nicht gab. In unserer Diözese entstand das erste Heim dieser Art im Jahr 1997 mit 24 Betten in Veselíčko; ermöglicht wurde es durch eine anonyme tschechische Spende.
- Für Kinder, die im Alter von 18 Jahren das Kinderheim verlassen, haben wir so genannte „Heime auf halbem Weg“ errichtet.
- Außerdem bestehen Jugendkrisen- und Kontaktzentren, die sich auch um Drogenabhängige kümmern, für die besondere Präventionsprogramme eingeführt worden sind.
- Ein wichtiger und oft beanspruchter Dienst ist die allgemeine Beratung für Familien, Flüchtlinge, Ausländer, Frauen und Mädchen.
- Neu entstanden sind Interventionsstellen. Sie helfen den Opfern häuslicher Gewalt.
- Weiter werden auch Programme für Opfer des Menschenhandels und der Prostitution durchgeführt. Auf diesem Gebiet kooperieren wir mit der Caritas und sonstigen Organisationen in ganz Europa. Rasch entwickelt sich die Tätigkeit der freiwilligen Mitarbeiter; in meiner Diözese sind es ca. 300.
- Ein neuer Projektbereich umfasst multikulturelle Zentren. Dadurch soll die oft fremdenfeindliche Gesellschaft lernen, mit Menschen aus aller Welt zusammenzuleben, vielfach mit Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion.
- Ein weiterer wichtiger Bereich unserer Tätigkeit ist die Katastrophenhilfe. Die Tschechische Republik wurde 1997 in Mähren und 2002 in Böhmen von Hochwasser heimgesucht. Der Staat hat nur in beschränktem Maße Hilfe geleistet. Viele Menschen hatten keine Versicherung abgeschlossen. Geholfen werden konnte dank der Unterstützung aus dem Ausland, vor allem aus Deutschland und mit Hilfe von Renovabis. Dafür möchte ich meinen großen Dank aussprechen.

Die tschechische Caritas ist Teil der weltweiten Caritas und fügt sich in deren Hilfsarbeit mit jährlich 3 Millionen Euro ein. Beispiele langfristi-

ger Projekte sind Kinderheime und -zentren für 600 Kinder in Tschetschenien, HIV-Prävention, Hilfe für Straßenkinder und Werkstätten für Behinderte. Wir engagieren uns auch in Sri Lanka, Indonesien, in der Mongolei, im Sudan, in Senegal und Uganda. Bereits seit acht Jahren unterstützt die Caritas České Budějovice Kinderprogramme in Bulgarien und Weißrussland. Sehr beliebt ist in der Tschechischen Republik das Patenschaftsprogramm, das in elf armen Ländern der Welt läuft. Unsere Diözese unterstützt dieses Programm in Weißrussland und Simbabwe.



„Tschechische Sternsinger“:
Drei-Königs-Sammlung

Viele Tschechen sind gegenüber der Hilfe für Katastrophenopfer offen und zum Einsatz bereit. Der Ertrag der Caritas-Sammlung für die Tsunami-Opfer in Südostasien erreichte innerhalb kürzester Zeit 2,1 Millionen Euro. Zu den Fundraising-Aktivitäten gehört alljährlich die Drei-Königs-Sammlung – die letzte brachte 2 Millionen Euro ein. Die Sammlung begann im Jahre 2001, das Programm läuft jetzt in allen Diözesen.

Die tschechische Caritas ist die größte staatliche Organisation, die soziale Dienstleistungen gewährt. Sie finanziert sich aus Zuwendungen der Krankenkassen, Ministerien, Kreise und Gemeinden, weiter aus eigenen und kirchlichen Sammlungen und seit dem Jahre 2004 aus Eigenmitteln (Fondsmitteln). Wesentlich ist für uns aber nach wie vor das *menschliche Potenzial*. Bei der Gründung der Caritas haben wir in einer engen katholischen Gemeinschaft gearbeitet. Wir waren nach der Wende die ersten Christen in der Gesellschaft, die dem Nächsten in Not Hilfe geleistet haben. In der Gegenwart besteht unsere Belegschaft zu 80 Prozent aus Mitarbeitern, die getauft sind und zur Kirchengemeinschaft gehören, sich aber bisher noch nicht im Kirchenleben engagierten. Die Caritas hat sie dennoch angeregt zu dienen. Sie sind fachlich gebil-

det, positiv eingestellt, Menschen der „neuen Generation“ und durch das Vergangene nicht belastet. Für die Gemeinschaft der Kirche und der Caritas sind sie eine große Hoffnung, denn durch ihren Dienst begegnen sie Gott. Viele unserer nichtchristlichen Mitarbeiter aus der Zeit der Hochwasserkatastrophen haben sich taufen lassen und engagieren sich in der Pfarrarbeit. Auch unsere Klienten selbst fühlen in schwerer Lebenslage die Anwesenheit des Guten, was sie nie vergessen werden.

Ich glaube, die Caritas stellt als kleiner Bestandteil der Kirche eine Art der Evangelisierung dar. Sie ist ein Weg zum Glauben, allerdings ein unsichtbarer. Gott können wir nur mit Liebe und Hingabe erreichen, nicht aber durch intellektuelles Ringen. Gott ist der Ozean der seelischen Stille.

Diskussion zu den Vorträgen von Prof. Dr. Stjepan Baloban, Dr. Natalya Vinogradova, Dr. Ante Komadina und Michaela Čermaková

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Wir haben jetzt ein sehr gutes Bild und eine theoretische Grundlage bekommen, die durch diese drei Beispiele zusätzlich untermauert wird. Ich habe gesehen, dass es schon viele Fragen gibt, deswegen gehen wir gleich in die Diskussion. Wir haben etwa eine halbe Stunde Zeit und ich bitte den Anwalt des Publikums, die Fragen zu stellen und zu adressieren.

Dr. Johannes Oeldemann:

Ich möchte mit den Fragen beginnen, die an Professor Baloban gerichtet sind, und anschließend versuchen, in einer zweiten Runde die Fragen an die Vortragenden nach der Pause gebündelt zu stellen. Die Fragen an Sie, Herr Professor Baloban, beziehen sich zum einen auf die von Ihnen skizzierte Mentalität eines Doppellebens. Wie sehen Sie in diesem Zusammenhang das Verhältnis zwischen dieser Mentalität und dem Phänomen der versteckten Armut auf der einen Seite und der institutionalisierten Hilfe auf der anderen Seite, sozusagen als Antwort auf diese versteckte Armut?

Eine ganze Reihe von Wortmeldungen betrifft die Frage des Vertrauens der Menschen in die Behörden. Man erwartet alles vom Staat. Ist diese Tatsache ein Erbe des Kommunismus oder welche anderen Gründe gibt es dafür? Andere Wortmeldungen unterstreichen, dass es ein fehlendes Vertrauen in die Institutionen gibt. Sie haben gesagt, die gesellschaftliche Solidarität ist schwächer als die persönliche Solidarität. Wie erklären Sie sich dann, dass diese Bürgervereinigungen und andere Projekte, in denen die persönliche Solidarität zum Ausdruck kommen könnte, dennoch so ein schwaches Echo finden?

Eine weitere Frage hängt mit dem europäischen Integrationsprozess zusammen und den Folgen, die dieser Prozess für die ärmeren Bevölkerungsschichten in den Beitrittsländern, wie beispielsweise zuletzt in Rumänien und Bulgarien, haben wird. Es wird behauptet, Waren aus diesen Ländern seien auf dem europäischen Markt nicht konkurrenzfähig. Was könne man tun, um da hineinzukommen? Das Problem sei, dass beispielsweise im Blick auf Rumänien, das jetzt Mitglied der Europäischen Union geworden ist, aus Brüssel oft zu hören sei, dass es jetzt keine Hilfe mehr gäbe, weil Rumänien nun gleichberechtigtes Mitglied der EU sei. Aber Rumänien sei ja nun nicht in der Nacht vom 31. Dezember auf den 1. Januar auf einmal ein reiches Land geworden. Und wie können wir, insbesondere auch die Kirchen, damit umgehen?

Der letzte Punkt: Eine Frage, die sich auf die ökologischen Folgen des Konsums bezieht. Sie haben referiert, dass die Menschen zum Konsum animiert werden und dieser ungehemmte Konsum zur Armut durch entsprechende Verschuldung führt. Ungehemmter Konsum führt aber auch zu ökologischen Problemen. Wenn jetzt der Staat oder die EU rigidere Regeln einführen, um diese ökologischen Probleme zu begrenzen, führt das andererseits wieder zu erhöhten Kosten für die Menschen. Und deshalb die Frage an Sie: Sind die Christen nicht auch gefordert, die ökologischen Folgen in ihre sozialetische Reflexion einzubeziehen?

Prof. Dr. Stjepan Balaban:

Die Vielfalt der Fragen ist ein wenig verwirrend. Dennoch möchte ich versuchen, sie möglichst umfassend zu beantworten.

Zunächst zur „Doppelleben-Mentalität“: Diese „Doppel-Personalität“ und die ehemalige – ich nenne es so – kommunistische Mentalität kommen aus der Vergangenheit. Wir wissen, wie das Leben in dem einen oder anderen kommunistischen Land war. Dort wurde das Leben buchstäblich in zwei Bereiche aufgeteilt. Ein Teil war das öffentliche, ein anderer das persönliche und Familienleben. Die Folgen sind geblieben. Wir konstatieren diese Folgen, die sich auch in empirischen Untersuchungen feststellen lassen, in den ehemaligen kommunistischen Ländern, sind aber bei der Überwindung noch keinen Schritt weitergekommen. Es ist nicht genug, nur von „Kommunismus-Nostalgie“ zu sprechen. Eine der Folgen ist, so wie ich es sehe, eine falsche liberale Mentalität. Liberal heißt, dass alles, was von außen kommt, von vornherein für richtig erklärt wird – und da kommt jetzt die *versteckte Armut* hinzu. Ich habe in meinem Vortrag im Hinblick auf die versteckte Armut in den demokratischen Ländern ein Dokument der Deutschen Bischofskonferenz zitiert. In den ehemaligen kommunistischen Ländern reden wir nicht viel von versteckter Armut, sondern von offener Armut. Was tun jetzt die Institutionen? Nicht viel, weil auch die Regierungen dieser Transformationsländer unter Druck sind und sie ziemlich rasch der EU beitreten wollen. Und auf der anderen Seite gibt es jetzt die Zivilgesellschaft mit ihren unzähligen Organisationen – beispielsweise in Kroatien ungefähr 28.000 –, von denen wir aber nicht viel sehen. Darunter sind vielleicht zehn oder fünfzehn von großem Einfluss.

Was heißt das nun? Wir müssen – und da denke ich natürlich besonders an die Christen – mehr über diese Mentalität nachdenken. Für mich persönlich als Intellektueller kommt dann noch die Frage der Freiheit hinzu: Wie kann ich heute in einer Demokratie bezüglich wirtschaftlicher und ähnlicher Einflüsse wirklich „frei“ leben?

Zum Zusammenhang zwischen Konsumhaltung und ökologischen Folgen bzw. der Herausforderung für die Soziallehre möchte ich Folgendes sagen: In Kroatien und auch in anderen Transformationsländern wird ziemlich viel über die Ökologie gesprochen. Es gibt viele Zivilorganisationen, die diesbezüglich aktiv sind. Die Konsummentalität ist etwas, was sehr stark in diesen Ländern vorhanden ist, und in diesem Zusammenhang frage ich mich immer, wie man sich heutzutage gegen

diese Konsumgesellschaft wehren kann, wenn die Werbung so präsent ist und alle Medien voll davon sind. Wie soll man als Christ darauf reagieren? Meiner Meinung nach müsste man auch zu dieser Problemstellung die Themen „Subsidiarität“ und „Solidarität“ einbeziehen und, darauf aufbauend, das Bewusstsein der Menschen zu einem bewussteren Umgang mit der Schöpfung schärfen.

Dr. Johannes Oeldemann:

Damit schneiden Sie eine weitere Frage an, nämlich die der Bildung, über die morgen ausführlicher diskutiert werden wird. Angesichts der knappen Zeit möchte ich die Fragen nun ein wenig bündeln. Es sind im Wesentlichen drei Fragenkomplexe, die sich an alle Referenten der Kurzreferate richten:

- die Frage der ökumenischen Zusammenarbeit, d. h. der Zusammenarbeit mit anderen Kirchen, im Bereich der Sozialarbeit;
- die Frage nach der Rolle der Ordensgemeinschaften;
- die Frage nach dem ehrenamtlichen Engagement.

Ich würde gerne mit Frau Dr. Vinogradova anfangen, denn da gibt es eine ganze Reihe von Fragen im Blick auf die Zusammenarbeit der orthodoxen Kirche mit der katholischen Kirche in Russland beispielsweise bezüglich des Vertrags, den das Moskauer Patriarchat mit den Ministerien im Hinblick auf den Zugang zu Krankenhäusern und Gefängnissen geschlossen hat. Wie wirkt sich dieser auf die anderen Kirchen aus? Haben diese dann somit keinen Zugang, weil sie keine Vertragspartner sind? Es wird auch gefragt, wie hoch die finanziellen Transferleistungen für die Sozialdienste der orthodoxen Kirche von staatlicher Seite aus sind. Sie haben erwähnt, dass ausländische kirchliche Institutionen die Sozialarbeit unterstützen. Gibt es eine institutionalisierte Form der Zusammenarbeit von orthodoxer Caritas und katholischer Caritas und leistet auch der Staat Unterstützung für die orthodoxe Kirche? Und wenn ja, wie sieht es mit der Unterstützung seitens des Staates für andere Kirchen und Religionsgemeinschaften in Russland aus?

Dr. Natalya Vinogradova:

Es besteht eine enge Verbindung zwischen orthodoxer und katholischer Kirche, jedoch eher auf niedrigerem Niveau. So konnte unsere Bruder-

schaft viele Projekte mit Hilfe von Renovabis realisieren. Dennoch herrscht viel Unkenntnis bei den orthodoxen Christen, weil sie die katholische Kirche nicht genug kennen. Manche sagen, das seien keine Christen, andere sagen aber auch, sie seien sehr gute Christen, weil sie der orthodoxen Kirche helfen. Beispielsweise haben wir mit unserem Kirchenchor viele westliche Länder wie Deutschland und die Schweiz besucht und haben auch in katholischen Klöstern gewohnt. Die Schwestern dort waren sehr freundlich zu uns; auch unsere Chormitglieder haben sehr gute Erfahrungen gemacht und dadurch ein besseres Verständnis von der katholischen Kirche gewonnen. Ich meine, dass dieser Kontakt auf niedrigem Niveau und auf der Ebene des Volkes sehr wichtig ist. Dies weiterzuentwickeln und solche Treffen zu organisieren, ist extrem wichtig.

Auf die Frage des Zugangs katholischer Priester zu Krankenhäusern und Gefängnissen kann ich eigentlich keine Antwort geben, weil es in Bezug auf die Hilfe für Gefangene von der Initiative der Menschen selbst abhängt, ob sie einen katholischen Geistlichen hinzuziehen wollen oder nicht. Man organisiert das beim Verein für Gefangenenhilfe, dann kommen die Priester auch als Seelsorger in die Gefängnisse, können dort zelebrieren und die Menschen, wenn sie es erbitten, auch taufen.²⁸

Noch etwas zu den staatlichen Leistungen: Der Staat unterstützt unsere Kirche sehr umfangreich, z.B. bei Renovierungen von Klöstern und Kirchen, von denen Tausende in der ehemaligen Sowjetunion wiederhergestellt wurden. Für die Sozialarbeit vergibt der Staat jedoch so gut wie keine Gelder; die Unterstützung kommt nach wie vor ganz überwiegend von einzelnen Initiativen. Das ist natürlich sehr schade. Im Moment gibt es viele solcher Hilfsgruppen in Krankenhäusern, für behinderte Kinder usw. Vermutlich wird der Staat in einigen Jahren bereit sein, eigene Mittel zur Verfügung zu stellen.

Dr. Johannes Oeldemann:

Wie sieht es nun in Bosnien-Herzegowina aus? Hilft die Caritas in Mostar nur der katholischen Bevölkerung oder auch den Moslems und

28 Dr. Jörg Basten, für Russland zuständiger Länderreferent von Renovabis, hat bestätigt, dass katholische Geistliche in einzelnen Fällen Zutritt zu Gefängnissen in Russland haben. Eine klare gesetzliche Regelung besteht allerdings nicht.



den Orthodoxen? Welche Rolle spielen die Ordensgemeinschaften? Ein Zuhörer hat den Wunsch geäußert, dass Sie, Herr Dr. Komadina, etwas zur Sozialarbeit der Franziskaner in Bosnien-Herzegowina sagen.

Dr. Ante Komadina:

Die Caritas ist die pastorale Institution der katholischen Kirche. Jede Diözesancaritas ist eine pastorale Institution einer bestimmten Diözese und repräsentiert zugleich, um es etwas biblisch zu formulieren, das Antlitz der Kirche. Was nun die orthodoxe Kirche angeht, hat diese z. B. in unserer Diözese keine entsprechende Organisation. In der Diözese Sarajevo gibt es das allerdings schon, auch in der Diözese Banja Luka gibt es ähnliche Einrichtungen. Aber das steckt erst in den „Kinderschuhen“. Was den Islam angeht, so distanziert sich der Vorsteher der islamischen Religionsgemeinschaft, Reis-ul-Ulema Dr. Mustafa Cerić, von der von Saudi-Arabien finanzierten Organisation „Merhamet“, deren Projekte eher Zwietracht unter einzelnen muslimischen Ortsgemeinden wie auch unter Angehörigen anderer Religionen säen. Im Alltag haben wir auf der Ebene pastoraler Institutionen der Religionsgemeinschaften keinen richtigen Partner. Trotzdem war die katholische Kirche immer offen, und die Caritas der Diözese Mostar – und aller drei Diözesen Bosnien-Herzegowinas – hat die Menschen ohne irgendwelche Diskriminierungen während des Krieges unterstützt. Sie hat in der Vergangenheit geholfen und tut dies auch heute noch.

Was die Ordensgemeinschaften angeht, so arbeiten diese immer gemäß ihrer besonderen Ausrichtung. So gibt es etwa bei uns in Mostar das „Brot des Hl. Antonius“ mit der Zentrale in Sarajevo; das sind Franziskaner. Sie leisten wichtige Arbeit und arbeiten parallel neben der

Caritas. Von den Schwestern kann ich Folgendes sagen: Die Vinzentinerinnen führen in der Herzegowina mehrere Altenheime, die Schwestern vom Orden der „Kleinen Kinder Jesu“ haben in Sarajevo ein Waisenhaus. Es gibt noch weitere Beispiele.

Eingangs wurde auch die Frage nach dem Ehrenamt gestellt. In einem Land mit 43 Prozent Arbeitslosen ist das natürlich sehr schwierig, denn genau diese erwarten von der Caritas und der Kirche Unterstützung. Trotzdem setzen wir auf die Karte der Jugendlichen, denn sie sind die Zukunft der Gesellschaft und auch der Kirche. Wir versuchen, durch die Pfarrcaritas-Einrichtungen unter den Jugendlichen eine Bereitschaft zum Ehrenamt zu wecken.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Die Frage nach dem Ehrenamt wollte ich auch an Frau Čermaková richten. Gerade in einem Land wie der Tschechischen Republik – wo die Christen in der Minderheit sind – ist es ja wichtig, dass man ökumenisch zusammenarbeitet. Gibt es da irgendwelche strukturellen Ansätze für ein gemeinsames Auftreten der Christen in und gegenüber der Gesellschaft?

Michaela Čermaková:

In unserer Republik besteht ein großes Interesse an geistigen Strömungen aller Art, leider auch an Esoterik, „New Age“ und ähnlichem. Die katholische Kirche hat es nicht leicht, sich bei der Vielzahl von Alternativen, die geboten werden, angemessen darzustellen. Immerhin besteht aber die Hoffnung, dass die Menschen, nachdem sie andere Erfahrungen gemacht haben und enttäuscht worden sind, zu ihr zurückkehren. Tradition und Geschichte sind da durchaus von Vorteil, ein nachdrücklicher Schritt zur Wiederbelebung der Kirche wäre aber nützlich und hilfreich. Die Caritas ist in dieser Situation eine Organisation, die Menschen in Not hilft und damit zugleich wieder Interesse an Kirche, Religion und Glaube wecken kann. Zu uns kann jeder Christ kommen, der mithelfen möchte. Bei mir arbeiten z. B. Menschen von der evangelischen Kirche und den hussitischen Brüdern. Ich erwähnte ja, dass sich viele Nichtglaubende, nachdem sie unsere Arbeit schätzen gelernt haben, taufen ließen.

Zu den Ordensgemeinschaften: In meiner Diözese gibt es sehr wenige Ordensleute. In anderen Diözesen weiß ich von Beispielen guter Zusammenarbeit, etwa bei der Arbeit in kirchlichen Kindergärten.

Was die jungen Leute angeht, erinnere ich mich an die Zeit der Wende. Da haben wir selbst als Jugendliche gesagt, dass wir die „neue Generation“ seien. Doch jetzt, nach 17 Jahren, ist das anders geworden. Dennoch kommen viele junge Leute zu uns, die trotz der vielen Möglichkeiten der „offenen“ Gesellschaft bei uns freiwillig arbeiten möchten. So ist es zumindest in meiner Diözese, und wir streben auch danach, mit Studenten an den Hochschulen zusammenzuarbeiten. Ehrenamtliche gibt es aus allen Generationen, selbst bei den Rentnern, und viele arbeiten wirklich hart mit. Sie sind nach EU-Recht versichert, erhalten Weiterbildungen und helfen in ganz unterschiedlichen Bereichen mit, z.B. in der Altenbetreuung, im häuslichen Pflegedienst, im Katastropheneinsatz usw. Diese Freiwilligenarbeit hat sicher Zukunft und ist auch eine Form der Evangelisation.

Dr. Johannes Oeldemann:

Ich habe jetzt noch zwei Fragen, die man eigentlich nur mit einem Referat beantworten kann, doch dazu haben wir keine Zeit mehr. Ich will sie trotzdem kurz stellen. Die Betroffenen, Frau Dr. Vinogradova und Herr Professor Baloban, können vielleicht ganz kurz darauf reagieren.

Frau Dr. Vinogradova, Sie haben sehr viel über die praktische Umsetzung karitativer Arbeit in der orthodoxen Kirche erzählt und es wurde der Wunsch geäußert, ob Sie zu den Prinzipien der Soziallehre der Russischen Orthodoxen Kirche etwas sagen könnten.

Herr Professor Baloban, Sie haben bereits über die Prinzipien referiert. Die Frage aus dem Publikum zielt auf die Brennpunkte der Armut am Beispiel von Kroatien. Wie sieht Armut in diesem Land heute konkret aus?

Dr. Natalya Vinogradova:

Ich habe bereits erwähnt, dass sich der soziale Dienst der Kirche aus den Prinzipien heraus entwickelt, die auf der Grundlage der sozialen Konzeption der russischen orthodoxen Kirche im Jahre 2000 festgelegt worden sind. Dort wurden zahlreiche Beschlüsse über das Verhältnis der Kirche beispielsweise zur Ethik, zur Familie, zur Sexualmoral, aber

auch zur geistlichen Betreuung von Soldaten und Gefangenen und anderen Fragen, die sehr wichtig für unser Land sind, gefasst.²⁹ Unsere Kirche hat nun diese Sozialkonzeption und wird diese weiterentwickeln. Unsere Sozialarbeit hat damit ein festes geistiges Fundament.

Prof. Dr. Stjepan Baloban:

In Kroatien gab es bis jetzt zwei empirische Untersuchungen, eine von der Weltbank und eine, die wir selbst durchgeführt haben. Die Zahlen kann man sich natürlich ansehen – aber was sagen sie schon aus? Natürlich gibt es in Kroatien Armut; diese ist aber wahrscheinlich viel mehr versteckt, als man es sehen kann. Ich denke, dass die kroatische Caritas ziemlich viele Initiativen entwickelt hat. Die Gesellschaft ist auf dem Weg, aber dieser ist noch lang und steinig.

29 Vgl. dazu die Literaturhinweise in Anm. 27, oben S. 126f.



Bischofskonferenz international: Bischof Antons Justs aus Jelgava/Lettland mit Weihbischof Stanislaw Szyrokoradiuk aus Kiew/Ukraine und Kardinal Friedrich Wetter

Einführung in den dritten Kongresstag

Gestern haben wir nach christlichen Antworten auf die Armutproblematik, insbesondere in den Ländern Mittel- und Osteuropas, gesucht. In diesem Zusammenhang möchte ich nach den eindrucksvollen Berichten des Vormittags und den intensiven Diskussionen, die die nachmittäglichen Arbeitskreise brachten, noch einmal auf eine zentrale Aussage aus der Enzyklika „Deus Caritas est“ von Papst Benedikt XVI. verweisen. Dort heißt es: „Der Liebesdienst ist für die Kirche nicht eine Art Wohlfahrtsaktivität, die man auch anderen überlassen könnte, sondern er gehört zu ihrem Wesen, ist unverzichtbarer Wesensausdruck ihrer selbst.“¹

Wir haben uns gestern bemüht, diese Forderung zu verstehen und im Kontext der einzelnen Länder zu diskutieren. Der Schwerpunkt des heutigen Tages liegt auf einem anderen unverzichtbaren Dienst der Christen an den Menschen, nämlich auf *Erziehung* und *Bildung*. Das natürliche Recht zunächst der Eltern, dann des einzelnen erwachsenen Menschen, seine Persönlichkeit und ihre Anlagen in Freiheit zu entfalten, steht heute in einem unübersichtlichen Spannungsfeld, dessen Pole staatliche Regulierung, Erwartungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie Anreize und Verlockungen der Konsumgesellschaft sind. Die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft erwarten wir mit Recht von der Bildungsförderung. Aus dem „Gravissimum educationis momentum“, der entscheidenden Bedeutung der Erziehung, wie es das Zweite Vatikanische Konzil² formuliert hat, ist heute der „Megatrend Bildung“

1 Deus Caritas est, 25a.

2 Erklärung des Zweiten Vatikanischen Konzils über die christliche Erziehung „Gravissimum educationis“ (28.10.1965).



geworden. Aber wo ist hier noch der Ort der christlichen Werte, welche Deutung geben wir diesem Begriff „christliche Werte“ im Kontext von Erziehung und Bildung überhaupt? Welche Orientierung können dabei Christen, insbesondere in Mittel- und Osteuropa, aus ihrer Glaubens- und Welterfahrung heraus geben? Dieser Frage widmet sich zunächst der Vortrag von Herrn Minister Michał Seweryński.

Das Thema wollen wir anschließend auf dem Podium diskutieren. Zum Abschluss freuen wir uns, dass Herr Erzbischof Dr. Henryk Muszyński aus Gnesen in Polen zu uns sprechen wird. Er wird – wie ich sagen darf – über die „Summe“ seiner Erfahrungen als Seelsorger und als Kirchenmann zum Thema „Europa unter christlichem Horizont“ referieren. Unser Kongress hat sich konsequent bemüht, das Thema „Weltdienst der Christen“ in europäischer Perspektive zu sehen und wir erwarten uns von Ihnen, Herr Erzbischof, dazu noch besondere Wegweiser.

Nun bleibt mir nur noch übrig, für die Moderation des heutigen Vormittags an meinen Kollegen in der Geschäftsführung von Renovabis, Herrn Burkhard Haneke, zu übergeben.

Minister Prof. Dr. Michał Seweryński,
Warschau

Christliche Werte im Erziehungsbereich³



Zunächst einmal möchte ich Ihnen ganz herzlich für die Einladung danken. Ich fühle mich geehrt, dass ich heute bei Ihnen sein kann. Gerade in schwierigen Zeiten hat Renovabis insbesondere den Laienrat, für den ich auch sprechen darf, immer unterstützt. Ich freue mich daher, heute auch etwas für Renovabis tun zu können, auch wenn ich nur einige Gedanken äußern möchte.

Meine Bemerkungen gründen sich besonders auf meine Tätigkeit als Hochschullehrer, wobei natürlich auch meine persönliche Haltung als Katholik und Laie miteinfließen wird. An der Universität habe ich wesentliche Erfahrungen als Laie machen können, insbesondere im Bereich der Bildung und Erziehung, die für mein Ministeramt eine wichtige Voraussetzung sind.

Die Notwendigkeit einer auf Werte beruhenden Erziehung

Erziehung und Bildung bedürfen einer sicheren Grundlage, eines Fundamentes, das tief verwurzelt sein muss, wenn es auf Dauer tragen soll.

³ Burkhard Haneke hat Professor Dr. Michał Seweryński kurz vorgestellt: 2005 übernahm er das Ministerium für Wissenschaft und Hochschulwesen der Republik Polen. Seit 1990 hat er den Lehrstuhl für Arbeitsrecht, Sozialpolitik und Europarecht an der Universität Łódź inne. – Im Rahmen der Bildung der neuen polnischen Koalitionsregierung im November 2007 wurde Barbara Kudrycka Ministerin; Professor Seweryński ist seither wieder als Hochschullehrer an der Universität Łódź tätig. – Das Referat wurde in englischer Sprache gehalten (Titel „Christian Values in Education“); die Übersetzung orientiert sich an der Vortragsform.

Werte wie beispielsweise die Würde des Menschen, die Wahrheit und die Freiheit gehören unabdingbar dazu. Das Bildungswesen muss sich auf ein ethisches Wertesystem stützen, denn dieses System bildet den Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung der Gesellschaft, wenn sie fähig sein soll, sich den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft erfolgreich zu stellen. Solche Herausforderungen sind die demographische Entwicklung, die Umweltverschmutzung, die Veränderungen der Familienstruktur und – das möchte ich besonders betonen – das politische und ideologische Versagen der europäischen Eliten, mit den erwähnten Veränderungen umzugehen. In Zukunft werden wir noch mit ganz anderen Problemen konfrontiert werden, als wir es uns heute vorstellen können.

Um die Rolle von Erziehung und Bildung zu verstehen und die Herausforderungen, denen jede Generation gegenübersteht, richtig einzuschätzen, ist es auch wichtig, die grundlegenden Beziehungen zwischen der Jugend und ihren Lehrern darzustellen. Es geht darum, die Wertewelt zu entdecken, insbesondere das Wahre, Gute und Schöne. Als Papst Johannes Paul II. 1987 Polen besuchte, übergab er den Dozenten und Studenten der Katholischen Universität Lublin folgende Botschaft: „Universität, Alma Mater! ... Diene der Wahrheit! Wenn du der Wahrheit dienst, dann dienst du der Freiheit. Indem du den Menschen und die Nation befreist, dienst du dem Leben.“ Das Dilemma von Wahrheit und Unwahrheit ist entscheidend, um die Beziehung zwischen Schüler und Lehrer zu erfassen. Dabei geht es natürlich auch um die ganzheitliche Entwicklung der Schüler, also mehr als nur um Wissensaneignung. Wesentlich sind folgende Punkte: Weitergabe von Informationen, praktische Verwendung von Informationen und Gestaltung einer moralischen Grundhaltung.

Natürlich ist es so, dass wir als Erzieher den jungen Menschen helfen müssen zu verstehen, welche Realitäten die Welt bietet und wie sie ihre eigene Zukunft bestimmen können. Die Aufgabe des Lehrers besteht deshalb nicht nur darin, das Wissen und die Fähigkeit zur Selbstverwirklichung zu vermitteln, sondern auch darin, die jungen Menschen darauf vorzubereiten, ihren Weg in Eigenverantwortung zu gehen.

Christliche Werte als universales Wertefundament der Erziehung

In der heutigen Welt gibt es viele Ideologien und religiöse Vorstellungen, die ein bestimmtes Wertesystem anbieten. Das Christentum bildet in dieser Hinsicht allerdings eine Ausnahme, denn es ist eigentlich der einzige Ansatz, der Gott in die menschliche Natur mit einbezieht und damit im Ergebnis göttliche und menschliche Werte kombiniert. Somit besteht im Christentum ein Wertesystem, das über ein eigenes „persönliches Wertesymbol“ – die Person Jesu Christi – verfügt. Wenn jemand die Wahrheit über den Menschensohn und Gott, der Mensch geworden ist, akzeptiert, dann kann er die Trennung zwischen dem Menschlichen und Christlichen nicht aufrecht erhalten.⁴

Die christlichen Werte zeigen eine unmittelbare Übereinstimmung mit dem Katalog der allgemeinen menschlichen Werte. Wenn wir uns etwa die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (1948), die Europäische Charta der Menschenrechte (1950) oder das Internationale Abkommen über bürgerliche und politische Rechte (1966) ansehen, insbesondere diejenigen Kapitel, in denen es um Würde, Freiheit, Solidarität, Bürgerrechte, Gerechtigkeit und Gleichheit geht, dann können wir viele Parallelen zu den Dokumenten des Zweiten Vatikanischen Konzils und zu Lehräußerungen von Papst Paul VI. und Papst Johannes Paul II. feststellen. Die diesen gewissermaßen „säkularen“ Dokumenten zugrundeliegenden Werte beruhen auf ähnlichen Fundamenten wie die christliche Anthropologie. In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass die Anthropologie selbstverständlich auf Vernunft und Naturrecht gründet, aber ihre Wurzeln ebenso in der Offenbarung, dem Dekalog, der Bergpredigt, den Seligpreisungen und in den Briefen des Apostels Paulus hat. Gleichzeitig ist es wesentlich zu erkennen, dass die europäische Zivilisation auf „christlichen Werten“ beruht, „und das bedeutet nicht nur religiöse Werte, sondern auch Grundlinien, die aus der humanisti-

⁴ Vgl. W. Cichoń: O wartościach chrześcijańskich w wychowaniu (Über christliche Werte in der Erziehung). Krakau 1998, S. 44–49.

schen Anthropologie erwachsen sind und die Gewissensfreiheit hochhalten“.⁵

Die Kirche strebt danach, den christlichen Werten im gesellschaftlichen Bereich Anerkennung zu verschaffen. Bildung und Erziehung sind besonders wichtige Elemente, da sie aufgrund der unmittelbaren christlichen Prägung dem Menschen wesentliche Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln; schon Papst Pius XI. hat dies in seiner Enzyklika „Über die christliche Erziehung“ („*Divini illius magistri*“, 1929) hervorgehoben – eine auf menschliche Bedürfnisse zugeschnittene Erziehung beruht auf der Offenbarung und kann damit christliche Werte nicht außer Acht lassen. Gleichzeitig erteilte der Papst allen Bemühungen, eine „autonome“ Pädagogik ohne christliches Fundament aufbauen zu wollen, eine Absage; dies sei von vorneherein zum Scheitern verurteilt.

Ebenfalls mit Bildung und Erziehung eng verknüpft ist die wissenschaftliche Forschung. Das christliche Wertefundament bietet auch hier eine starke Basis und ist richtungsweisend für alle Personen, die in der Forschung tätig und damit letztlich auf der Suche nach Wahrheit sind. In diesem Zusammenhang ist natürlich auch die *Person* des Wissenschaftlers von großer Bedeutung: Er muss fest im christlichen Glauben verankert sein und gewisse Beschränkungen bezüglich der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit akzeptieren, wenn beides zum Nachteil des Menschen reichen würde. Ebenso sind die Forscher aufgerufen, zwischen Glaube und Vernunft ein Gleichgewicht herzustellen. Beim diesjährigen Kongress von Gnesen hat der vatikanische Staatssekretär Kardinal Tarcisio Bertone dazu bemerkt: „Die Erkenntnis der Wahrheit kann nicht losgelöst werden vom Glauben. Anders gesagt: Niemand darf und ist gezwungen, den Verstand aufzugeben, um zum Glauben zu gelangen oder umgekehrt – man muss nicht den Glauben aufgeben, um zur Vernunft zu gelangen. Glaube und Wissenschaft, Wissenschaft und Glaube, das sind zwei wichtige Komponenten, die sich nicht gegenseitig stören dürfen und dies auch nicht tun ... Wissenschaftliche Bemühun-

5 S. Kowalczyk: *Założenia chrześcijańskiego personalizmu* (Grundzüge eines christlichen Personalismus). Warschau 1994, S. 26.

gen, die die Verantwortung gegenüber dem Glauben achten, zeichnen sich dadurch aus, dass man der menschlichen Geschichte in allen Teilen ihrer Entwicklung Vertrauen schenkt. Dies bedeutet auch, dass man sich zukunftsorientiert verhält und die Werte hochhält, die nicht verändert werden dürfen. Es bedeutet Gewissheit bezüglich der Begegnung mit Gott und seinen Plänen.“⁶

Wie notwendig es ist, die angedeuteten Beschränkungen der Forschungsfreiheit aufrecht zu erhalten, wurde deutlich im Rahmen einer kürzlichen Entscheidung, die in Großbritannien zugunsten von Experimenten mit menschlichen Embryonen gefällt wurde. Nur die Kirche hatte den Mut, sich dagegen auszusprechen und vor diesen schrecklichen Experimenten zu warnen, ebenso wie vor aktiver Sterbehilfe. Wissenschaftler sollten unbedingt erkennen, wie entscheidend der Vorrang der Ethik vor der Möglichkeit genetischer Manipulation ist – nicht alles, was machbar ist, darf oder muss auch gemacht werden. Diese Erkenntnis muss sich noch stärker als bisher durchsetzen.

Herausforderungen für eine Erziehung auf christlicher Grundlage

Leider ist es heute so, dass eine Bildung auf christlicher Grundlage mit schweren Hürden zu kämpfen hat. Die europäische Kultur und Gesellschaft hat die Werte, die sie geformt haben, vergessen. Oft denkt man auch nicht mehr daran, welche Faktoren die Entstehung von zwei totalitären Regimen bewirkten, die das Leiden von Millionen von Menschen verursacht haben. Der polnische Schriftsteller Zbigniew Herbert bietet folgende Diagnose des gegenwärtigen Zustandes der posttotalitären westlichen Kultur: „Eine der Todsünden der heutigen Kultur besteht in dem Versuch, einer offenen Auseinandersetzung über Grundwerte aus dem Weg zu gehen. Arroganterweise sind die meisten Zeitgenossen davon überzeugt, dass wir alles tun können und weder ethische Werte

⁶ Eröffnungsrede beim 7. Internationalen Europäischen Christlichen Kongress in Gnesen, 15.06.2007.

noch Moral brauchen, weil unsere Stellung in der Welt einzigartig und mit nichts zu vergleichen sei. Deshalb lehnen wir auch die Hilfe der Tradition ab, denken, dass wir allein mit uns auskommen können, und wühlen in den dunklen Winkeln der verlassenen Seele.“⁷ Die Geschichte des 20. Jahrhunderts ist aber Beweis genug, dass es immer dann, wenn wir das christliche Wertefundament – gerade auch im Bereich von Bildung und Erziehung – verlassen haben, zu Katastrophen gekommen ist, sowohl für die Gesellschaft als auch für das Individuum.

Christliche Anthropologie und christliche Grundwerte werden von verschiedenen neuen philosophischen Strömungen (Relativismus, falsch verstandener Pluralismus), Ideologien oder pseudoreligiösen Bewegungen (Scientology, neuer Synkretismus) unterminiert. Dieser Trend führt genauso in die Irre, wie – so hat es Papst Johannes Paul II. formuliert – eine Demokratie, die keine soliden moralischen Werte als Grundlage hat. Allerdings ist die Auseinandersetzung darüber, ob man nun christliche Grundwerte akzeptiert oder nicht, weder eine Folge des Widerstandes von Atheisten gegen das Christentum noch eine Folge interreligiöser Streitigkeiten. Vielmehr ist diese Auseinandersetzung eine Folge des Widerstandes breiter gesellschaftlicher Kreise gegen die auf den unveräußerlichen menschlichen Werten basierende Freiheit und gegen die Bereitschaft, für die Respektierung dieser Werte im täglichen Leben Verantwortung zu übernehmen. In letzter Konsequenz darf Freiheit in christlichem Sinn nicht durch Freiheit ersetzt werden, wie sie heute innerhalb der modernen Strömungen als frei von allen Beschränkungen „von oben“ verstanden wird, d. h. natürlich außer den Freiheiten, die der Mensch aus sich selbst heraus erschafft ohne Rücksicht auf die geoffenbarte Wahrheit und Tradition.

Abschließend möchte ich deshalb nochmals betonen, dass Bildung und Erziehung durch unveräußerliche Grundwerte unterstützt werden müssen. Ist dies nicht der Fall, wird die Erziehung auf bloße Nützlichkeitsaspekte reduziert, ohne Rücksicht auf moralische Aspekte, und

⁷ Zbigniew Herbert: *Labirynt nad morzem* (Das Labyrinth am Meer). Fundacja Zeszytów Literackich, 2000, S. 91.

wendet sich damit letztlich gegen uns selbst und die künftigen Generationen. Kardinal Bertone hat bei seiner bereits erwähnten Ansprache⁸ ein positives Programm für die künftige Entwicklung des Menschen vorgestellt, aus dem ich nun noch einmal zitiere: „Unser Einsatz zum Schutz des Menschen ... geht in erster Linie von der unveräußerlichen Würde des Menschen aus, unabhängig von seiner Entwicklung und trotz seiner Schwäche. Diese Überzeugung muss mit konsequenten Handlungsweisen insbesondere im Bereich der Bildung und Erziehung jüngerer und nachkommender Generationen verbunden sein ... Wenn wir eine wahrhaftige Beziehung zwischen uns und der zukünftigen Menschheit herstellen wollen, so müssen wir uns klar für eine Ethik des Verantwortungsbewusstseins aussprechen, um damit Vorsorge für die zu treffen, die nach uns kommen werden, denn sie werden die Folgen unserer Entscheidungen tragen müssen.“

8 Vgl. Anm. 6 oben auf S. 157.



Christliche Prägungen im Bildungsbereich

Teilnehmer: Prof. Dr. György Fodor, Budapest
Bischof František Lobkowitz, Ostrava
Dr. Claudia Lücking-Michel, Bonn
Minister Prof. Dr. Michał Seweryński, Warschau

Moderation: Burkhard Haneke, Freising

Burkhard Haneke:

Herr Minister Seweryński, ich darf Ihnen sehr herzlich für dieses Grundsatzreferat danken. Sie haben in aller Kürze gezeigt, wie wichtig und bedeutungsvoll christliche Werte sowohl für den Bereich der Wissenschaft und Forschung, für das Bildungs- und Schulsystem, als auch für die persönliche und gesellschaftliche Entwicklung insgesamt in unserer Zeit sind. Ich möchte aber auch noch ergänzen, dass dies nicht nur ein Grundsatzreferat in der gerade skizzierten Weise war, sondern auch ein persönliches Zeugnis eines christlichen Wissenschaftlers und Politikers. Nochmals vielen Dank!

Wir wollen nun in unser Podiumsgespräch mit dem Titel „Christliche Prägungen im Bildungsbereich“ einsteigen. Dr. Albert hat bereits skizziert, dass am ersten Kongresstag Fragen bezüglich der christlichen Prägung an die Politik gerichtet worden sind. Dann ging es am zweiten Tag des Kongresses mit dem Thema der sozialen Frage bzw. der Armutproblematik weiter. Und nun stehen wir bei der Thematik „Bildung, Kultur und Erziehung“, wie ich dies einmal etwas weiter fassen möchte.

Ich darf zurückverweisen auf die Ausführungen von EU-Kommissar Ján Figel, der in seinem Referat deutlich gemacht hat, wie sehr es beim Fortgang der europäischen Integration auf die immateriellen Werte ankommt. Ich denke, zu diesem Thema werden wir in unserem Gespräch

nun einige Überlegungen hören. Erinnern möchte ich auch an zwei der gestrigen Arbeitskreise, die sich ebenfalls mit Bil-



bildungsfragen beschäftigt haben, zum einen mit Aspekten der Hochschulentwicklung, zum anderen mit Fragen der Schule und des Bildungswesens allgemein.⁹ Ich möchte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser beiden Arbeitskreise schon jetzt ermuntern, Dinge, die gestern diskutiert wurden, auch hier in unser Gespräch mit einzubringen.

Wir werden bei diesem Podiumsgespräch wieder mit dem Anwalt des Publikums arbeiten. Ich bin Herrn Professor Thomas Bremer sehr dankbar, dass er sich bereit erklärt hat, dieses wichtige Amt zu übernehmen. Bitte nutzen Sie für Ihre Fragen die Zettel in Ihren Tagungsunterlagen!

Nun darf ich kurz die Mitglieder unserer Runde begrüßen. Ich möchte gerne mit Herrn Bischof František Lobkowicz beginnen. Er ist Bischof der mährischen Diözese Ostrava-Opava und entstammt einer der bekanntesten tschechischen Adelsfamilien. Nach dem Abitur studierte er zunächst an der Karls-Universität in Prag und dann weiter im Priesterseminar in Leitmeritz katholische Theologie. Er trat 1968 in den Prämonstratenser-Orden ein und wurde 1972 in Prag zum Priester geweiht. Nach verschiedenen Tätigkeiten als Kaplan in der Seelsorge wurde er dann 1990 Weihbischof der Erzdiözese Prag und 1996 schließlich der erste Bischof der neu gegründeten Diözese Ostrava-Opava.

Ich würde Sie jetzt gerne um ein kurzes Statement zur Frage der christlichen Prägung im Bildungsbereich in der Tschechischen Republik bitten.

Bischof František Lobkowicz:

Wenn ich etwas über das katholische Schulwesen in der Tschechischen Republik sagen soll, dann muss ich natürlich in das Jahr 1990, eigentlich sogar noch weiter in die Vergangenheit zurückgehen. Das gesamte

⁹ Vgl. dazu unten S. 202–204 und S. 205 f.

Schulwesen unseres Staates ist auf dem Boden der Kirche entstanden, denn sie hat bereits lange vor dem Staat bestanden. Die Kirche war immer Trägerin der Bildung und Gestaltung der Gesellschaft, ganz nach dem Vorbild des Rabbis und Lehrers Jesus. Infolge der beiden Weltkriege und totalitären Regime kam es nach 1945 zur Zerstörung des gesamten katholischen Schulwesens, was vierzig unglückliche Jahre lang dauerte. Vierzig Jahre umfassen etwa eineinhalb Generationen – in dieser Zeit ist das katholische und überhaupt kirchliche Schulwesen aus dem Bewusstsein der Gesellschaft ganz verschwunden. Als dann nach 1989 manche Leute vorschlugen, man solle auch katholische Schulen wiedergründen, haben viele – und ich schließe mich hier zugegebenermaßen nicht aus – gedacht, das sei unmöglich, weil wir hierfür nicht die Kräfte hätten. Aber es ist trotzdem gelungen, und ich bin sehr froh, dass die Initiativen nicht von oben, sondern von unten kamen.

Nun war es notwendig, der tschechischen Gesellschaft zu verdeutlichen, dass die kirchlichen Schulen ganz wesentlich zum Bildungssystem gehören, denn vorher war das Schulwesen bekanntermaßen völlig atheistisch ausgerichtet. So durften etwa nur Personen an einer Schule unterrichten, die der Religion fern standen. Anfang der 1990er Jahre war es daher wirklich schwierig, Lehrer zu finden, die zumindest irgendeine Beziehung zur Kirche hatten. Das hat sich aber nach und nach gebessert. Inzwischen gibt es in Tschechien fähige Direktoren und Lehrer, die der Religion nahe stehen. Natürlich sind nicht alle gläubig, haben aber doch zumindest eine Beziehung zum Glauben aufgebaut. Die kirchliche Schule eröffnet nicht nur den Kindern und ihren Eltern, sondern auch vielen Lehrern einen Weg zum Glauben. Nicht wenige haben sich seither taufen lassen.

Das war also der erste Aspekt, die personelle Besetzung der Schulen. Wie ich bereits sagte, entstand dies von unten, also ein gutes Zeichen. Daneben mussten die kirchlichen Schulen auch auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden; dafür sorgte dann die Novelle des Schulgesetzes von 1990, die die Einrichtung von privaten und kirchlichen Schulen ermöglichte. Das Ganze begann mit drei Schulen im Jahre 1990, die erste, geleitet von Ursulinen-Schwestern, entstand in Prag. Ich kann mich erinnern, dass eine Schwester mit dem Namen Veronika sagte, wir müssten im September anfangen. Und wir *haben* im September mit der Schule begonnen. Da habe ich den starken Glauben der Menschen

gespürt, die dahinterstanden. Natürlich ging es dann immer um die materielle Ausstattung der Schulen, denn wir haben wirklich bei Null angefangen. Die Klassenzimmer waren praktisch leer, aber dank vieler Partner und Kontakte in Deutschland haben wir alte Stühle und Tische bekommen, damit die Kinder überhaupt auf etwas sitzen konnten. Gegenwärtig verfügen wir über insgesamt 120 Schuleinrichtungen, darunter Kindergärten, Gymnasien, mittlere und höhere Fachschulen und zusätzlich viele von den Salesianern gegründete Freizeiteinrichtungen.

Natürlich haben wir uns immer die Frage gestellt, wozu man eigentlich eine kirchliche Schule benötigt und was eine solche denn kirchlich macht. Es war nicht ganz einfach, darauf eine plausible Antwort zu finden. Viele wichtige Hinweise sind im „Avisum educationis“ aus Rom enthalten, auf das das Dokument „Die Katholische Schule an der Schwelle zum dritten Jahrtausend“ von 1997 und das Dokument „Katholische Schule“ von 1977 verweisen. Die Schulen haben dann schnell ein eigenes geistliches Leben entwickelt. Wichtig ist, dass jede Schule einen Priester bzw. Spiritual hat. Dieser ist nicht nur für die Kinder und die Schüler, sondern besonders auch für die Lehrer da. Er wird häufig in Anspruch genommen, und ich bin sehr dankbar, dass wir solche Menschen gefunden haben, die sich neben dem Pfarrdienst auch noch der Schule widmen. Die Zusammenarbeit zwischen dem Direktor und dem Spiritual empfinde ich als sehr wichtig.

Diese Arbeit bildet einen wichtigen Teil unserer Bemühungen, sich an Bildung und Erziehung in Tschechien zu beteiligen. Daneben gibt es auch katholische Jugend- und Turnvereine. Auch sind wir sehr froh, dass wir in der Armee durch die Armeekapläne wirken können und dass wir durch unsere Gefängniskapläne zu den Gefängnissen Zutritt haben. Nicht wenig tut auch der Caritasverband, der durch den Dienst an den Kranken und Schwachen ebenfalls ein Zeichen des gelebten Evangeliums setzt. Um noch ein paar Zahlen hinzuzufügen: Insgesamt befinden sich ungefähr 15.000 Kinder in den katholischen Schulen – das bedeutet 30.000 Eltern, 60.000 Großeltern, und alle haben irgendwie durch die Schule Kontakt zur Kirche. Dies empfinde ich, gerade auch für die Neuevangelisierung unseres Vaterlandes, als sehr wichtig. Manchmal liest man, Tschechien sei das atheistischste Land in Europa, aber ich glaube nicht, dass es wirklich so schlimm ist.

Die Schule hat eine große Aufgabe bei der Erziehung der neuen Generation, denn Schule bedeutet: Man soll nicht nur den Kopf, sondern auch das Herz ausbilden. Dazu gehört auch die Ausbildung eines kritischen Bewusstseins gegenüber den verschiedenen Strömungen, die aus dem Westen auf die Menschen zukommen. Nach dem Totalitarismus gibt es auch bei uns den enormen Einfluss des Internets; kleine Kinder haben Zutritt zur Pornographie, sie wissen alles über Euthanasie oder Drogensucht. Da ist es notwendig, dass die Kirche durch die Schule den anderen Mitgliedern der Familien eine klare Position gegenüber diesen Problemen vermittelt. Die Kinder müssen befähigt werden, mit der Informationsflut umzugehen, daraus das Gute herauszuziehen und das Schlechte zu verwerfen. Auch das ist eine ganz besondere Aufgabe der Schule.

Burkhard Haneke:

Herzlichen Dank, Herr Bischof, für diese grundlegenden Bemerkungen zur Situation der Schule in Ihrer Heimat!

Dann darf ich auf dem Podium fortfahren mit Herrn Professor Dr. György Fodor aus Budapest. Professor Fodor ist griechisch-katholischer Priester. Dies sage ich ganz bewusst, denn es ist nicht gerade häufig, dass ein griechisch-katholischer Priester Präsident einer römisch-katholischen Universität ist. Kurz zu seinem Lebenslauf: Er ist 1958 geboren, hat in Budapest und in Rom studiert und seine Promotion 1991 am Pontifical Biblical Institute in Rom abgelegt. Seit 1994 lehrt er an der katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest Altes Testament, ist seit 1999 Vizepräsident, seit 2003 Präsident derselben Universität. In dieser Funktion ist er auch ein Projektpartner von Renovabis. Er ist in so vielen europäischen und internationalen Vereinigungen und Räten tätig, dass ich sie gar nicht alle aufzählen kann. Herr Professor Fodor, ich darf Sie nun um Ihr kurzes Statement bitten.

Professor Dr. György Fodor:

Meinen Kurzbeitrag möchte ich überschreiben mit dem Titel „Eigentümlichkeiten im christlichen Bildungsbereich: Ungarische Erfahrungen“. Es ist bekannt, dass Bildung und Erziehung schon von Anfang an zur Mission der Kirche gehören, wobei nicht nur die Hochschulbildung,

in der ich tätig bin, sondern auch das Schulwesen – allgemeine Schulen, Mittelschulen usw. – eine besondere Stelle einnimmt. Die ersten Klosterschulen und Universitäten in Europa gehen auf die Initiative der Kirche zurück; im Laufe der Jahrhunderte hat sich jedoch vieles verändert. Die in der Neuzeit immer stärker gewordene Säkularisierung auch des Bildungswesens hat es seit dem 16. Jahrhundert notwendig gemacht, ausgesprochen christliche Bildungseinrichtungen neu zu gründen; ebenso wurde eine klare Standortbestimmung der Aufgabe christlicher Bildungseinrichtungen notwendig, und zwar in allen Bereichen, vom Kindergarten bis zur Universität. Die Welt ist schneller geworden; sowohl die Globalisierung als auch die schnelle Erweiterung der Europäischen Union stellen fast Jahr für Jahr eine neue Herausforderung für die christliche Bildung dar. Wie können katholische Institute in diesem Wettbewerb weiterbestehen, in der vordersten Linie bleiben und dabei auch ihre kirchliche Mission erfolgreich erfüllen? Das ist die große Frage von heute, worauf wir jetzt eine Antwort suchen.

Ich möchte nun nicht die offiziellen Anweisungen und Richtlinien darlegen, da diese bereits weitgehend bekannt sein dürften, sondern eher von meinen persönlichen Erfahrungen berichten. Im Gymnasium war ich Schüler der Benediktiner in Pannonhalma (Ungarn), dann im Priesterseminar der Universität Budapest und in Rom. Nun erteile ich seit mehr als zwanzig Jahren im Priesterseminar und an der katholischen Universität Unterricht. Das ist mein Horizont, von dem ich meine Erfahrungen ableite. Diese Erfahrungen und Vorschläge möchte ich in vier Punkten zusammenfassen:

- Der erste Punkt gilt der *Stimmung* und *internen Atmosphäre* in den Schulen und Universitäten. Innerhalb dieses Punktes ist wichtig, dass die Schuleinrichtungen den Zielen der Bildung angemessen dienen sollen. Vielleicht noch wichtiger ist die Herausbildung der menschlichen Atmosphäre. Darunter verstehe ich, dass vom Pförtner bis zur obersten Leitung spürbar sein muss, dass die Schüler, wenn sie sich an jemanden wenden, menschliche Behandlung und Hilfe erhalten. Dies kann man effektiv nur dann erwarten, wenn die Lehrer und Mitarbeiter der Schule selbst eine brüderliche Gemeinschaft bilden, einander achten und über christliche Solidarität nicht nur sprechen, sondern auch danach handeln. Daraus folgt, dass bei der Einstellung von Leh-

ren und anderen Mitarbeitern außer auf fachliche Kompetenz auch auf Gesichtspunkte wie Kommunikation, Empathie usw. geachtet wird. Mehrere Studenten haben mir bereits gesagt, dass sie sich bei uns beworben haben, weil sie hier als Mensch behandelt werden und von einer freundschaftlichen Atmosphäre umgeben sind. Dies müsste eigentlich für alle christlichen Institute gelten.

- Zwei weitere Gesichtspunkte sind *Bildung* und *Erziehung*. Es ist selbstverständlich und eindeutig, dass eine katholische Schule danach streben muss, in der Bildung hervorragend zu sein. Wir wissen, dass Erziehung ein langer Prozess ist; deshalb muss den Schülern und Studenten unserer Schulen und Universitäten bewusst gemacht werden, dass sie nicht nur für einen guten Abschluss studieren, sondern auch aufeinander achten und helfen müssen. Solidarität und Teamgeist spielen schon in den allgemeinbildenden Schulen eine wichtige Rolle. Wir möchten aber auch erreichen, dass die Schüler und Studenten richtige Freunde finden und später engagierte Mitglieder unserer Kirche werden. Die seelische Entwicklung unserer Studenten wird, wie eben schon Bischof Lobkowitz sagte, auch durch persönliche Vorbilder und die pastoralen Dienste unterstützt. Alle Lehrenden – das dürfen wir nie außer Acht lassen – sind, wenn sie sich an die Schüler und Studenten wenden, gleichzeitig auch Erzieher. Da sogar die Studenten einander erziehen, ist es sehr wichtig, dass sowohl das Beispiel als auch der Umgangsstil von Schülerinnen und Schülern untereinander anziehend und nicht abstoßend wirken.
- Den dritten Punkt bilden die durch die Schule gebotenen *Dienstleistungen*. Es ist wichtig, dass die Bewerber auf der Homepage der Schule erfahren, welche Dienstleistungen auf welchem Niveau die Schule bietet. Vor allem müssten sowohl Schüler als auch Eltern erfahren, dass es sich um eine christliche Schule handelt, wo sie sich mit einem Priester treffen können, wenn sie mit jemandem sprechen oder beichten wollen. Es muss natürlich auch die Möglichkeit bestehen, jeden Tag einer Messe beizuwohnen. Dies ist vorrangig, müsste jedoch ergänzt werden durch niveauvolle Veranstaltungen aller Art, etwa im Sport; ich bin davon überzeugt, dass der Sport neben dem Lernen und dem geistigen Leben die dritt wichtigste Sache für die Heranwachsenden ist. Auch eine gute Mensa darf man nicht unterschätzen. Außerdem sind heutz-

tage Computer mit Internetzugang, die Möglichkeit des Aufladens von Telefonkarten usw. unerlässliche Dienstleistungen.

- Ganz kurz noch ein vierter Punkt: Hierfür müssen wir uns auf die Welt, die eine Schule oder Universität umgibt, konzentrieren. Wir wissen, wie weit der Markt und die finanziellen Verflechtungen unsere Lebenswelt beeinflussen. Nach der Wende wurden hunderte von Schulen an die Kirche zurückgegeben, auch in Ungarn. Diese Schulen genießen einen sehr guten Ruf. Das Hauptproblem der christlichen allgemeinbildenden und Mittelschulen stellt sich heute jedoch im Zusammenhang mit der *staatlichen Finanzierung*. Innerhalb des ungarischen Schulwesens übernimmt die Regierung derzeit ungefähr 70 Prozent der Betriebs- und Besoldungskosten der christlichen Schulen. Der verbleibende Anteil muss von den Trägern bzw. den Investoren der Schulen getragen werden. Im Fall der staatlichen Schulen übernimmt dies die jeweilige kommunale Verwaltung vor Ort – bei den christlichen Schulen muss die Kirche die restlichen 30 Prozent aus ihrem eigenen Budget tragen, wozu sie aber nicht in der Lage ist. Dieser Zustand ist ungerecht, weil ja auch die christlichen Bürger Steuern zahlen und damit den Anteil der Kommunen für die staatlichen Schulen mitfinanzieren. Zwar bewilligt die Landesregierung Jahr für Jahr Ausgleichszahlungen für die christlichen Schulen, die aber nicht ausreichen, um das Defizit zu decken. Deshalb befinden sich die christlichen Schulen ständig in einer finanziell prekären Situation.

Burkhard Haneke:

Herzlichen Dank, Herr Professor Fodor, für Ihre klare Schilderung der Entwicklung und auch der Probleme des ungarischen Schulwesens!

Dann darf ich jetzt zu Ihnen kommen, liebe Frau Dr. Lücking-Michel. In gewisser Hinsicht spreche ich jetzt mit einer früheren Kollegin. Frau Dr. Lücking-Michel ist nämlich viele Jahre Abteilungsleiterin in unserer großen Schwesterorganisation Misereor gewesen. Sie ist 1962 geboren, hat Theologie in Münster, Jerusalem und Tübingen studiert, hat 1991 an der Universität Tübingen in Theologie promoviert und war dann zunächst als Referentin im Cusanuswerk tätig, von wo aus sie zu Misereor kam und dort bis 2004 die Bildungsabteilung leitete. 2004 wurde sie Generalsekretärin im Cusanuswerk. Ich spare mir jetzt zu sagen, was das Cusanuswerk

ist, weil ich denke, dass das Bestandteil der Ausführungen von Frau Dr. Lücking-Michel sein wird. Ich darf Sie um Ihr Statement bitten!

Dr. Claudia Lücking-Michel:

Nach den beiden Schlaglichtern zu Tschechien und Ungarn sollte es nun meine Aufgabe sein, in einem Schlaglicht einen Blick auf die bundesdeutsche Situation zu werfen. Dass man das an dieser Stelle nicht umfassend und gründlich machen kann, leuchtet wohl ein. Daher werde ich mich auf drei verschiedene Aspekte begrenzen. Am Anfang sollen einige allgemeine Anmerkungen stehen.

Anders als in den beiden Ländern, von denen wir bisher gehört haben, wäre meine erste Bemerkung, dass die christliche Prägung im Bildungsbereich bei uns eher unter den Vorzeichen des Verlustes und nach dem Motto „früher war alles besser“ diskutiert wird. Heute verlieren die Kirchen an Einfluss; christliche Werte und Prägungen spielen jetzt keine Rolle mehr und verschwinden und es wird deutlich, dass wir vor diesen großen Veränderungen nicht die Augen verschließen sollten. Unsere Gesellschaft ist in einer Weise säkularisiert und entchristlicht, wie wir es uns vor wenigen Jahrzehnten überhaupt nicht hätten vorstellen können. Mit dem Islam leben wir im eigenen Land in einem direkten Miteinander und oft genug in einer direkten Konkurrenz zu einer anderen Religion, wie wir es historisch in dieser Form noch nie erlebt haben. Deshalb gibt es heute im Bildungsbereich keinen Automatismus und keine Selbstverständlichkeiten für die Besetzung von Inhalten und Strukturen mit christlichen Anliegen und Botschaften. Es gibt keinen Grundkonsens mehr darüber, dass Religionsunterricht erteilt wird, obwohl das im Grundgesetz verpflichtend vorgesehen ist. Auch können Eltern nicht mehr davon ausgehen, dass die Lehrer ihrer Kinder Christen sind, und wenn Inhalte vermittelt werden, mit denen die Kirche nicht einverstanden ist, gibt es jedenfalls keinen Weg mehr, das einfach zu verbieten. Widersprüchen und Chancen müssen wir uns stellen, unsere Gesprächspartner überzeugen und Argumente für und mit unserer Botschaft liefern.

Aber ich sehe auch große Chancen, und bevor das große Jammern einsetzt, ist es mir immer wichtig zu sagen, dass wir für die Herausforderung, mit unserer Botschaft und mit unseren Argumenten zu über-

zeugen, gerade in Deutschland auch noch wichtige Instrumente zur Verfügung haben. Vor allen Dingen aber herrscht ein verfassungsmäßig abgesicherter Konsens, der alles andere als selbstverständlich ist. Unsere Gesellschaft – unser Staat – geht weiterhin von der Überzeugung aus, dass der Staat auf Voraussetzungen angewiesen ist, die er selbst nicht schaffen kann. Er lebt nämlich von der persönlichen Bindung seiner Staatsbürger an Wertesysteme, die er nicht selbst zur Verfügung stellen kann – und nach den Erfahrungen der NS-Zeit sagen wir sehr richtig „... die er gar nicht zur Verfügung stellen sollte“ –, deren Pflege und Erhalt er aber aktiv fördern will. Das tut er ganz bewusst in Anbindung an verschiedene konkurrierende Werthorizonte, deren Austarierung dann im gesellschaftlichen Alltag erfolgt. Im Sinne eines subsidiären pluralen Systems führt das gerade im Bildungsbereich dazu, dass sich die Kirche eigene Institutionen – unter teils großer finanzieller Unterstützung des Staates – leisten und an vielen Stellen ihre inhaltlichen Positionen in diesen Diskurs einbringen kann. Ob bei der Finanzierung von Kindergärten, Privatschulen, Universitäten, im Bereich der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, wo auch immer, und nicht zuletzt – darauf werde ich jetzt gleich kommen – bei einer Einrichtung wie der bischöflichen Studienförderung Cusanuswerk lebt das System von dieser Zusammenarbeit.

Und damit ein zweiter Punkt: Was verbirgt sich hinter „Cusanuswerk“ und „bischöflicher Studienförderung“? Auf die Frage, wie die Kirche denn Gesellschaft mitgestalten und den Bildungsbereich prägen könnte, hat man schon vor 50 Jahren mit der Idee der Begabtenförderung geantwortet. Es war ein Versuch, ganz gezielt nicht nur den katholischen Bildungsnotstand der damaligen Zeit aufzuholen, sondern christliche Eliten zu fördern. Dies war in dieser Form nur möglich durch eine Kooperation zwischen Staat und Kirche: Der Staat stellt den Großteil der notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung und die Kirche als Träger gibt ihren eigenen Anteil hinzu.

Warum macht der *Staat* das? Ich denke, im Hintergrund herrscht zum Glück die Erkenntnis, dass jede Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass in Wissenschaft und Forschung die Besten ihre besten Leistungen einbringen können, die Förderung von Spitzenleistung aber nur dann im Sinne der Allgemeinheit Früchte tragen kann, wenn mehr dazu

kommt als nur fachliche Kompetenz. Spitzenkräfte werden dringend gebraucht. Aber hervorragende Leistungen in Studium und Wissenschaft alleine reichen auf Dauer nicht. Die Verwurzelung in einem bestimmten Wertehorizont, das Selbstverständnis und das Bewusstsein, dass man das, was man tut, vor Gott zu verantworten hat und dass es nicht in erster Linie um die eigene Karriere gehen kann, sondern um Lösungen für wichtige Menschheitsprobleme und Antworten auf die Not der anderen – das muss hinzukommen.

Warum macht die *Kirche* das? Eine schnelle Antwort liegt immer auf der Hand und wird dem Cusanuswerk und uns unterstellt: „Na klar, das ist doch eine christliche katholische Kaderschmiede für Nachwuchskräfte.“ Wahrscheinlich ist diese Gefahr nicht von der Hand zu weisen, aber wenn es dabei bleibt, ja wenn es überhaupt der Hauptzweck wäre, wäre es deutlich zu kurz gedacht. Meines Erachtens war von Anfang an ganz klar, dass die Kirche nicht nur selbst von dieser Einrichtung profitiert, sondern dass sie dies auch als einen wichtigen Dienst verstanden hat, den wir als Christen und als Kirche für unsere Gesellschaft leisten können, wenn wir Nachwuchskräfte in dieser Weise bilden und formen. Denn wir brauchen nicht den Starwissenschaftler, der jenseits seines Schreibtisches überhaupt nicht mehr weiß, wie die Welt tickt und der sich darüber keine Sorgen macht, sondern denjenigen, der sich selbst in eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung und einen größeren Horizont einordnen kann.

Konkret werden zur Zeit rund 1.000 junge Leute im Studium und in der Promotion gefördert. Das Cusanuswerk gehört damit zu einem Kreis von mehreren Begabtenförderungswerken. Insgesamt werden, um das vielleicht nochmals in Relation zu setzen, 0,7 Prozent eines Jahrgangs von Studierenden auf diese Weise gefördert. Die Leute durchlaufen einen ganz strengen Auswahlprozess, in dem natürlich die fachliche Qualität die Grundvoraussetzung bildet, wir aber noch mehr verlangen. Wir wollen nämlich überzeugende Persönlichkeiten und Leute, für die die Frage nach ihrem eigenen Glauben und der Kirchlichkeit eine existenzielle Herausforderung ist. Die Förderung besteht zum einen aus einer sehr großzügigen finanziellen Unterstützung, das monatliche Stipendium, aber wir wollen es dabei nicht belassen, denn das würde natürlich den Sinn des Ganzen nicht ausfüllen. Vielmehr gibt es auch

eine ideelle Förderung, ein vielfältiges Bildungsprogramm, eine enge Begleitung durch Tutoren während des Studiums und ein großes geistliches Angebot. An dieser Stelle kann ich sagen, dass schon seit vielen Jahren die Orientierung am wachsenden Europa und vor allem Osteuropa einen inhaltlichen Schwerpunkt bildet. Viele Auslandsakademien, europäische Kolloquien und Begegnungen mit jungen Studierenden im Osten gehören dazu.

Mit welcher Wirkung? Das soll mein letzter kurzer dritter Teil sein. Natürlich werden wir oft gefragt: „Wo sind denn Ihre Leute? Gibt es denn noch so etwas wie eine christliche Elite? Wir sehen ja gar nichts.“ Wenn man von Elite redet, dann muss man als erstes den Begriff mit Fußnoten versehen, um nicht missverstanden zu werden. Es kann ja nicht darum gehen, eine Elite zu fördern, zu der man durch Geburt, Geld oder sonstige Privilegien kommt. Zur Elite wird man nach meinem Verständnis durch Kompetenz und durch Verantwortungsübernahme. „Verantwortungseliten“ wäre entsprechend die Fußnote, die ich immer gleich auf die Frage mache, welche Eliten denn unsere Gesellschaft braucht. Und die brauchen wir gerade auch aus dem Verständnis heraus, dass es gerade die Laien in unserer Kirche sind, die Salz der Erde sein sollen und die ihre Gesellschaft prägen. Dieser Auftrag ist nicht neu, wurde uns aber mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil nachdrücklich auf unseren Aufgabenblock geschrieben. Heute nennen wir es oft politische Diakonie. Wir brauchen engagierte junge Leute und spätere Fachleute, damit sie Verantwortung in ihren verschiedenen beruflichen Feldern, in Wissenschaft, Forschung oder wo auch immer übernehmen, damit sie sich aktiv im politischen Diskurs beteiligen, sich zur Wahl stellen, um Ämter ringen und Verantwortung tragen. In diesem Zusammenhang ist das Cusanuswerk ein Beispiel, aber die Erfahrung bundesdeutscher Wirklichkeit zeigt, dass es zum Glück auch noch viele andere Felder gibt, auf denen Bildung noch so weit gepflegt wird, dass sie Wirkung entfalten und man tatsächlich sagen kann, dass „Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“ Wirklichkeit wird.

Burkhard Haneke:

Während Ihres Vortrags ist mir klar geworden, dass ich bei der Vorstellung noch zwei wichtige Dinge vergessen hatte. Zum einen: Sie sprachen

ja davon, dass man heute nicht mehr sicher sein kann, ob die Lehrerinnen und Lehrer unserer Kinder noch Christen sind. Frau Dr. Lücking-Michel ist Mutter von drei Kindern und weiß also um die Problematik christlicher Prägung im Bildungsbereich auch aus dieser Perspektive. Außerdem möchte ich noch ergänzen, dass sie seit vielen Jahren ehrenamtlich im deutschen Laienkatholizismus als Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken tätig ist und sich bis heute auch intensiv im Katholischen Deutschen Frauenbund engagiert.

Herr Professor Bremer, haben wir Fragen des Publikums?

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Wir haben so viele Fragen, dass, wie ich das befürchte, gar nicht alle beantwortet werden können. Einige Fragen werde ich in einer ersten Runde konkret einzelnen Referenten stellen und danach versuchen, die allgemein an das Podium gestellten Fragen etwas zusammenzufassen und entsprechend zu formulieren.

Zunächst möchte ich mit zwei Fragen an Herrn Minister Seweryński beginnen. Polen ist bekannt als „das“ katholische Land in Osteuropa. Inwieweit ist sich denn Polen selbst dieser Position bewusst und wie sieht es sich innerhalb der Europäischen Union? Die zweite Frage: Die christlichen Werte, wie beispielsweise Toleranz, Religionsfreiheit oder Ablehnung der Todesstrafe, haben sich entfaltet. Wie vermitteln und erhalten wir die Entfaltungsmöglichkeiten unseres christlichen Wertesystems in der Bildung und in der Politik?

Minister Prof. Dr. Michał Seweryński:

Natürlich ist es so, dass wir uns in Polen als Katholiken unserer besonderen Position bewusst sind, die wir sicherlich auch im Rahmen der EU innehaben. Das ist der Grund, warum wir das lange Zeit auch eingefordert haben und dies auch immer noch tun. Diese christlichen Werte fordern wir ja beispielsweise auch für die EU-Verfassung ein, und wenn sich die „*Invocatio Dei*“, die Anrufung Gottes, in der Präambel nicht durchsetzen lässt, dann wollen wir wenigstens dafür sorgen, dass unsere christlichen Wurzeln im Rahmen der EU-Verfassung erwähnt werden. Wir hoffen, dass mit der Zeit viele andere europäische Länder mit christlichen Wurzeln und Bürger, die sich selbst als Christen bezeichnen,

unsere Vorstellungen teilen, damit das christliche Fundament Europas in allen europäischen Dokumenten seinen Niederschlag findet.

Natürlich müssen dem dann auch Taten folgen. Ein Beispiel: Im letzten Jahr hat sich der Europäische Ministerrat mit dem Wettbewerb befasst. Dabei geht es natürlich auch immer um wissenschaftliche Forschung. In diesem Zusammenhang haben wir das Problem diskutiert, ob wir biologische und medizinische Experimente mit menschlichen Stammzellen finanzieren und zulassen sollten. Wir Polen – und ich habe zu jener Zeit ja Polen bereits vertreten – haben dem widersprochen und gesagt, dass die Europäische Union eigentlich kein Geld für diese Art von Experimenten bereitstellen sollte, denn aus ethischen Gründen und unserer Meinung nach ist dies nicht vertretbar; zwar könnten möglicherweise positive Ergebnisse bei dieser Therapie herauskommen, dies ist aber weder sicher noch bewiesen. Viel wichtiger für eine Ablehnung ist aber die Berücksichtigung ethischer Aspekte! Letztlich standen nur vier andere Länder nach einer Reihe von Zusammenkünften auf der Seite Polens – viele der so genannten katholischen Länder mit nachgewiesener christlicher Tradition haben uns diese Unterstützung nicht gewährt. Also möchte ich sicherstellen und noch einmal betonen, dass wir weiterhin unsere Einstellung bekräftigen und nach wie vor ein katholisches Land sind. Mehr als 90 Prozent der Menschen in der polnischen Bevölkerung sagen offiziell, dass sie Katholiken sind. Ganz ehrlich gesagt, sind wir vielleicht nicht ganz so heilig. Vielleicht *gehen* wir häufiger in die Kirche, als wirklich ihre Lehren zu *beachten*. Als Volk sind wir vielleicht auch ein wenig starrköpfig, was immer wieder Unruhe in Europa verursacht hat. Aber in den genannten Fragen beharren wir ganz entschieden auf unserer Position.

Was die zweite Frage angeht, nämlich die christlichen Werte in der Politik, so ist dies ein Thema und eine offene Frage, und zwar nicht nur für uns Polen, sondern für alle diejenigen, die sich als Christen oder als Menschen, die in den christlichen Werten des Evangeliums verwurzelt sind, bezeichnen. Es gibt viele Fragen, die wir im Hinblick auf diesen Bereich diskutieren müssen. Wir haben leider keine Zeit, sie hier alle anzusprechen, aber ich möchte – aus der Inspiration der vorhergehenden Reden heraus – etwas vorschlagen: Dass wir als moderne europäische Christen nicht nur christliche bzw. katholische Schulen auf unterer

Ebene brauchen, sondern auch katholische Universitäten, um Menschen auszubilden, die das öffentliche Leben in christlichem Sinne mitgestalten.

Wenn ich mir mein Land ansehe, dann denke ich, dass es nach wie vor viel Raum für katholische Universitäten gibt, die nicht nur jenen Laien offen stehen, die vielleicht einfach nur Theologie studieren möchten, sondern ebenso den Laien, die vollumfänglich ausgebildet werden möchten im Sinne der Christenheit und basierend auf dessen Werten.

Nun der letzte Punkt, den ich noch anfügen möchte: Nachdem ich nicht zu viel Zeit für die Beantwortung der Fragen beanspruchen möchte, greife ich nur kurz einen Gedanken auf, der mir schon sehr früh gekommen ist, als ich Universitätsprofessor war. Ich glaube, dass wir als Universitätsprofessoren einen Fehler machen, wenn wir uns selbst darauf beschränken, nur Wissen an die Studenten weiterzugeben. Sowohl Studenten als auch Schüler sind jung – sie sind 20 oder möglicherweise 22 Jahre alt –, ihre Bildung und Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, sie möchten mit uns auch über verschiedene Lebensaspekte sprechen. Wir sollten sie daher nicht nur informieren, sondern auch konkrete Orientierungshilfe vermitteln, anders gesagt: nicht nur Antworten auf Fragen geben, wie etwas funktioniert, sondern auch auf das Warum und Wofür eingehen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Die nächsten Fragen gehen an Herrn Bischof Lobkowicz. Ich werde eine allgemeine Frage mit der Bitte an alle anderen hinzufügen, auch darauf einzugehen. Zunächst an Sie, Herr Bischof, zwei ganz konkrete Fragen. Erstens: Wird in der Tschechischen Republik an staatlichen Schulen Religionsunterricht erteilt? Und zweitens: Ist es Voraussetzung für den Besuch einer katholischen Schule, dass die Schülerinnen und Schüler getauft sind? Dann noch die grundsätzliche Frage: Wir haben gewissermaßen zwei Möglichkeiten. Einmal gibt es das, was ein Fragesteller als „kirchliche Leuchttürme“ bezeichnet hat, also große wichtige Projekte wie katholische Schulen, Universitäten usw., die als kirchliche Institutionen in der Gesellschaft stehen. Die andere Möglichkeit bestünde darin, dass viele, manchmal vielleicht kleinere

„Lichter“, um im Bild zu bleiben, also Christinnen und Christen sich in staatlichen Schulen, Hochschulen, Universitäten und anderen Institutionen engagieren, sprich der Versuch, das sozusagen etwas breiter zu streuen. Wie würden Sie diese beiden Optionen in Beziehung zueinander setzen?

Bischof František Lobkowicz:

Religionsunterricht an staatlichen Schulen ist zwar möglich, die Teilnahme laut Schulgesetz aber begrenzt. In der Unterstufe müssen mindestens sieben Kinder angemeldet sein. Wir haben in allen Diözesen ein Netz von Katecheten ausgebildet, die in der Lage sind, in den Schulen zu unterrichten. Ich kann jetzt nicht die genaue Zahl der an den staatlichen Schulen unterrichteten Kinder nennen, aber es sind schon einige Tausende. In meiner Diözese sind es ungefähr 7000 Kinder.

Ob diejenigen, die sich an einer kirchlichen Schule anmelden, getauft werden? Nein, denn die Schulen sind offen und, wie ich sagte, ist es in der Tat ein Mittel der Evangelisierung, das auch Familien mit ungetauften Kindern die Möglichkeit gibt, mit der Kirche in Kontakt zu kommen. Ich kann mich erinnern, dass ich im Jahre 1991 oder 1992 am Kar Samstag bei den Ursulinen in Prag ungefähr 40 Erwachsene getauft habe, unter anderem Schulkinder und einige Lehrer. Eine Bedingung für den Besuch einer kirchlichen Schule ist es jedenfalls nicht. Natürlich sehen wir es lieber, wenn die Kinder in einer Pfarrgemeinde verwurzelt sind, aber es ist nicht die erste und einzige Bedingung.

Ein großes Licht oder viele kleine Lichter? Ich meine: Beides ist notwendig. Natürlich hat das auch etwas mit der grundsätzlichen politischen Lage zu tun, ob wir in Tschechien eine rein christliche politische Partei haben sollen oder ob christliche Politiker auch stolz darauf sein können, in anderen politischen Parteien aktiv zu sein. Manchmal ist es gut, wenn sich diese auch in anderen Parteien engagieren, um dort Lobbyarbeit für unsere Ziele zu leisten. Beispielsweise war der Weltjugendtag in Köln vor zwei Jahren ein großes Licht für die Welt, aber es bliebe ohne Folgen, wenn die Arbeit in den Pfarreien nicht weitergehen würde, sozusagen als kleine Lichter der Pastoralarbeit. Meine Antwort spricht sich also für ein großes Licht *und* zusätzlich viele kleine aus.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Auch an Sie, Frau Dr. Lücking-Michel, geht die Frage: Leuchttürme oder viele kleine Lichter? Und vielleicht noch eine Frage dazu, die ich so formulieren würde: Sind denn für das Fördern und Verbreiten christlicher Werte die gegenwärtigen Schul- und Erziehungsformen noch hinlänglich oder brauchen wir nicht auch neue Formen, mit deren Hilfe wir dies vermitteln können?

Dr. Claudia Lücking-Michel:

Ich glaube, dass beides gut zusammenpasst. Ich fange mit der Frage nach den Lichtern an und meine Antwort ist auch: beides. Es kann nicht gehen, wenn nicht jeder von uns an seinem Ort und seiner Stelle das Seinige tut und als christliches Licht wirkt. Im Blick auf das Bildungssystem heißt das, dass wir unsere Bildungsorte und -einrichtungen auch entsprechend nutzen und versuchen müssen, unsere Mitarbeiter soweit wie möglich prägend und gestaltend einzusetzen. Das Cusanuswerk ist der typische Versuch, nicht die katholischen Hochbegabten an einer Institution wie beispielsweise einer katholischen Universität hier in Deutschland zusammenzuholen und sie aus dem sonstigen Betrieb herauszunehmen; wir lassen sie stattdessen studieren, wo sie die optimalen fachlichen Voraussetzungen haben, und bieten dann ein Zusatzprogramm an, um sie zu stärken und zu prägen. Mit diesen Qualifikationen gehen sie dann zurück an ihre Fakultät oder Einrichtung, und wir hoffen, dass sie dort dann auch das „Salz“ verkörpern und weiter prägend wirken können. Diese Methode erzielt gewiss einen anderen Effekt, als wenn sie alle an einer Universität zusammensitzen würden.

Wenn wir uns für „Leuchttürme“, das heißt für katholische Privatschulen oder Universitäten entscheiden, dann muss es aber auch wirklich ein „Leuchtturm“ im Sinne von Spitzenklasse sein. Vielen katholischen Privatschulen in der Bundesrepublik kann man dies durchaus attestieren, denn oft ist die jeweilige katholische Schule vor Ort einfach die beste Schule bzw. das beste Schulangebot. Die Leute möchten ihre Kinder dort unterbringen und nehmen in Kauf, dass die jeweilige Bildungseinrichtung katholisch ist; Hauptsache, die Kinder sind an einer Privatschule. Dies betrachte ich als gutes Zeichen. Für Universitäten gilt das gleiche, denn wenn wir uns ein solches Projekt wie eine katholische Uni-

versität vornehmen, dann muss das eine Spitzeneinrichtung sein, wo man die Fächer, die dort angeboten werden, auch wirklich „state of the art“ studieren kann. Alles andere können wir uns nicht erlauben.

Und damit verbinde ich die konkrete Frage bezüglich anderer Formen. Ich glaube, wer patente Ideen hat, der hätte sie schon längst ausgepackt. Ich würde darauf setzen, das, was es gibt, zu nutzen und zu gestalten und natürlich ununterbrochen darüber nachzudenken, wie wir neue Angebote schaffen können. Im Bereich der Jugendarbeit müssen wir uns beispielsweise fragen, wie sich Jugendpastoral und -verbandsarbeit verändern lassen und wo es bessere Schnittmengen zwischen Schule und Verbandsarbeit gibt. Die ganze derzeitige Debatte um Ganztagschulen – das heißt: eine längere Betreuung in staatlicher Verantwortung – wird dazu führen, dass wir hoffentlich viele neue Formen entwickeln, als Kirche immer präsent zu sein und dafür Sorge zu tragen, dass unser Anliegen nicht zu kurz kommt.

Professor Dr. György Fodor:

Ich bin mit Ihnen einverstanden. Wie ich schon erwähnt habe, bin ich in Ungarn für die universitäre und die Hochschulbildung verantwortlich. In dieser Hinsicht bin ich davon überzeugt, dass wir in Zukunft aufgrund der Qualität eher weniger Hochschulen und Universitäten haben sollten, diese aber entsprechend besser oder sogar hervorragend sein müssen.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Wie verhält es sich denn mit der Vernetzung der christlichen katholischen Schulen und Institutionen mit staatlichen Schulen in ökumenischer und gesellschaftlicher Hinsicht? Und auch bezüglich der interreligiösen Einbindung: Wird dies in genügendem Maße bedacht?

Bischof František Lobkowitz:

Wir haben 120 kirchliche Schulen; darunter wurden auch einige von anderen Kirchen gegründet. Bereits vor einigen Jahren haben wir ein Abkommen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen unterzeichnet, in dem wir uns auf eine gewisse Zusammenarbeit eingestimmt haben. Diese Zusammenarbeit bezieht sich insbesondere auf die Legislative, die Schulministerien und das Parlament. In diesem Bereich versuchen

wir immer, einen einheitlichen Weg zu finden. Im Moment sind wir in Tschechien dabei, eine Gesellschaft zu gründen, in der auch die evangelische Kirche vertreten sein soll. Ziel dieser Gesellschaft ist es, mit einer Stimme zu sprechen, wenn es um Unterstützung des Ministeriums oder auch um Lobbyarbeit in Brüssel geht.

Dr. Claudia Lücking-Michel:

Mit Blick auf die bundesdeutsche Wirklichkeit wäre folgende Antwort zu geben: Natürlich gibt es in der Regel hervorragende enge Verbindungen unter den katholischen Einrichtungen, aber auch mit evangelischen Partnern, und zwar nicht nur, weil man somit Ökumene lebendig werden lassen will, sondern auch, weil man vor den gleichen Problemen steht. Wenn etwa die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen das Privatschulfinanzierungsgesetz ändert, dann tun sich alle Beteiligten zusammen und kämpfen für eine bessere Ausstattung mit dem Wissen, nur gemeinsam stark zu sein. Auf diese Weise können sie etwas erreichen, damit sich auch in den konkreten Formen der Zusammenarbeit ihre Situation nicht verschlechtert. Hinsichtlich interreligiöser Fragestellungen möchte ich erwähnen, dass wir vor vielen Aufgaben bei den Überlegungen stehen, wie man guten islamischen Religionsunterricht gestalten könnte; bezüglich Lehrerausbildung, einem Studiengang usw. ist da noch viel zu tun. Aber gerade die kirchlichen „Paralleleinrichtungen“ oder Leute, die darum wissen, wie wichtig eine gute religiöse Fundierung ist, sind oft die besten Anwälte und Gesprächspartner, weil sie sagen: „Für unsere Kinder ist uns ein hervorragender Religionsunterricht wichtig.“ Deswegen machen wir uns auch darüber Gedanken, wie dies auf die Besonderheiten eines muslimischen Religionsunterrichts übertragen werden kann.

Professor Dr. György Fodor:

In Ungarn gibt es eine starke Föderation unter den Schulträgern verschiedener Konfessionen, die in allen wichtigen Fragen gemeinsam gegenüber der Regierung auftritt.

Prof. Dr. Thomas Bremer:

Eine Frage, die den Begriff „Werte“ nochmals in Frage stellt: Ist es denn wirklich gut, richtig und sinnvoll, von „Werten“ zu sprechen? Der Frage-

steller schlägt als Alternative den Gebrauch des Wortes „Tugenden“ vor mit der Anfrage, ob „Werte“ wirklich der Begriff ist, mit dem wir weiterkommen, oder ob wir ihn nicht noch einmal überdenken müssten.

Burkhard Haneke:

Wer fühlt sich berufen, auf diese fast philosophische Frage zu antworten?

Minister Prof. Dr. Michał Seweryński:

Vielleicht nur eine kurze Anmerkung zu diesem Thema. Ich glaube, dass es keinen Widerspruch zwischen Werten und Tugenden gibt, aber es kann keine Tugenden ohne Werte geben. Zunächst sollte man in einem ersten Schritt gewisse Wertvorstellungen verinnerlichen und im täglichen Leben umsetzen. Nur dann, wenn das gelungen ist, kann man auch tugendhaft handeln. Da ich jedoch kein Philosoph bin, ist diese Antwort vielleicht nicht ganz ausreichend.

Bischof František Lobkowicz

Was mich im Hinblick auf unsere Schulen sehr freut: Sie sind jetzt, nach fünfzehn oder sechzehn Jahren, von der Gesellschaft akzeptiert. Auch herrscht in ihnen eine sehr gute Atmosphäre – und das ist nicht selbstverständlich in einer Gesellschaft, deren Stimmung insgesamt doch eher gedrückt ist. In unseren Schulen gibt es kaum Schikanen oder Belästigungen, wie es normalerweise in staatlichen Schulen üblich ist. Darauf lege ich sehr großen Wert und empfinde es als einen wichtigen Beitrag zur moralischen Entwicklung unserer Gesellschaft.

Dr. Claudia Lücking-Michel:

Mit einer Diskussion über Werte und Tugenden schlägt man natürlich ein langes philosophiegeschichtliches Kapitel auf und könnte jetzt ausführliche Begriffsdefinitionen liefern. Mir wäre wichtig, dass wir vom Begriff und von den Inhalten her etwas finden, das gesellschaftlich anschlussfähig ist und mit dem wir auch in die Gesellschaft hineinwirken können. Wir sollten es in jedem Fall – was die Inhalte angeht – nicht bei einem langen Katalog von Einzelfragen belassen, sondern deutlich machen, dass die Grundlage eigentlich die Frohe Botschaft als Ganzes ist, die nicht als erstes auf uns zukommt und sozusagen mit erhobenem

Finger sagt „Das alles musst du machen und einhalten“, sondern „Du bist von Gott so angenommen, wie du bist, und trägst Verantwortung dort, wo du stehst.“ Wenn es uns gelingt, dies an die jungen Leute weiterzugeben, dann haben wir schon viel gewonnen.

Burkhard Haneke:

Frau Dr. Lücking-Michel, das war beinahe schon ein Schlusswort für dieses Podium. Mit Blick auf die Uhr müssen wir leider zum Ende kommen. Es sind vielleicht nicht alle Fragen beantwortet worden, aber ich darf diejenigen, die noch ein Fragebedürfnis haben, auf die Möglichkeit der direkten Ansprache unserer Podiumsteilnehmer in der Mittagspause verweisen.

Bischof František Lobkowicz:

Eine kurze Schlussbemerkung liegt mir noch am Herzen. Ich möchte an dieser Stelle ganz herzlich Renovabis und auch „Kirche in Not“ für ihre Unterstützung danken. Ohne sie wäre es uns kaum möglich, die kirchlichen Schulen so, wie wir es uns vorstellen, auszubauen.

Burkhard Haneke:

Herzlichen Dank, Herr Bischof! Auch ich wollte noch darauf hinweisen, dass der Bereich der Bildung für Renovabis ein außerordentlich wichtiger Projektbereich ist, der im Laufe der letzten Jahre immer mehr an Bedeutung gewonnen hat. Allein im vergangenen Jahr sind über 22 Prozent unserer Projektfördermittel in Projekte geflossen, die etwas mit der Unterstützung des Schulwesens, katholischer Universitäten, Erwachsenenbildungseinrichtungen und der Akademikerarbeit in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu tun haben. Wir merken immer wieder, wie wichtig dieser Bereich für unsere Arbeit ist.

III. Berichte aus den Arbeitskreisen



Im Foyer des Asamtheaters konnten Kongressteilnehmer auch die Installation zum Renovabis-Jahresthema „Einander Halt sein – Familien im Osten Europas“ erleben. Sie nahmen in einem Wohnzimmer Platz und blätterten in Familienalben



Arbeitskreis 1

Aufbau und Struktur der Caritas in Mittel-, Ost- und Südosteuropa

Referenten: Prof. Dr. Stjepan Baloban, Zagreb
Michaela Čermaková, České Budějovice
Dr. Ante Komadina, Mostar

Moderation: Claudia Gawrich, Freising

Seit 1989 hat sich die Caritas in den Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas als Sozialorganisation fest etabliert. Die Diskussion im Verlauf des Arbeitskreises war auf Spannungsfelder und Herausforderungen gerichtet, vor denen die Caritas-Verbände in den Transformationsstaaten stehen.

Ein zentrales Problem stellt für alle Organisationen die dauerhafte Finanzierung ihrer Strukturen und Einrichtungen dar. Dr. Ante Komadina verwies darauf, dass die Caritas in Bosnien-Herzegowina von politischer Seite für ihre Tätigkeit viel Lob erhält. Aufgrund der Dysfunktionalität des Staates und seiner mangelhaften finanziellen Ausstattung ist jedoch auch auf längere Sicht nicht mit Zuschüssen zu rechnen.

Terezia Tünde Löchli, Caritasdirektorin der Diözese Satu Mare (Rumänien) berichtete, dass es in Rumänien inzwischen möglich ist, mit den politischen Gemeinden Verträge zur Übernahme von laufenden Gebäudekosten abzuschließen. Da die Verträge jährlich erneuert werden müssen, birgt dieses Modell jedoch Unsicherheiten für den Fortgang der Projekte. Pfarrer Szasz von der Caritas Alba Julia (Rumänien) betonte, dass es durchaus auch positive Entwicklungen gibt. So ist etwa die Finanzierung der Caritas Alba Julia inzwischen zu achtzig Prozent aus eigenen Mitteln gesichert.

Dariusz Kruczyński, Caritas-Direktor der polnischen Diözese Ełk, betonte, dass neben Freundes- und Förderkreisen vor allem Spenden ein wichtiges Instrument zur Förderung der Solidarität der Gläubigen mit Menschen in Not seien. Jedoch bilden die Spenden in den meisten Fällen – und vor allem in Ländern mit einer katholischen Minderheitenkirche – keinen substantiellen Beitrag zum Budget. Frau Čermaková berichtete, dass die Diözesan-Caritas České Budějovice/Budweis zehn Prozent des Budgets über Kleinspenden decken kann. Jährlich fließen die Mittel aus drei Kollekten sowie der Sternsingeraktion an die Caritas. In Zukunft sollen gezielter Großspender angesprochen und das Erbschaftsmarketing ausgebaut werden. Auch staatliche Stellen fördern Projekte der Caritas Budweis. Diese werden zu hundert Prozent finanziert, müssen jedoch auf Bereiche wie häusliche Gewalt oder Menschenhandel ausgerichtet sein. Die Fonds der Europäischen Union bieten derzeit noch keine wesentliche finanzielle Entlastung für die Caritas-Organisationen, weil die Antragstellung hohe Anforderungen an die Organisationen stellt. Im Falle einer Bewilligung müssen umfangreiche Eigenmittel aufgebracht werden. Für Strukturkosten können nur maximal fünf Prozent der Gesamtkosten veranschlagt werden.

Nicht zuletzt aufgrund der geringen staatlichen Bezuschussung werden die Caritas-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vergleichsweise niedrig entlohnt. Für die Qualifizierung der Caritas-Arbeit ist das durchaus problematisch, da Fachkräfte oft zu besser entlohnenden Arbeitsstellen abwandern oder erst gar nicht gewonnen werden können.

Die Caritas in Tschechien, Rumänien, Kroatien und auch Bosnien-Herzegowina pflegt jeweils enge Kontakte zu staatlichen Stellen. So führen die tschechischen Diözesandirektoren regelmäßige Gespräche mit dem Sozialminister; auch in anderen Ländern bestehen Kontakte in die Ministerien oder Sozialkommissionen. Prof. Dr. Stjepan Baloban betonte die Bedeutung dieser anwaltschaftlichen Arbeit. Im Vordergrund steht dabei das Bemühen, die Caritas-Positionen in die öffentliche Diskussion einzubringen, um politischen Einfluss zu nehmen. Im Strategieplan von Caritas Internationalis, dem weltweiten Dachverband der Caritas-Organisationen, wird Anwaltschaft entsprechend definiert. Die christlichen Antworten auf die Armutproblematik basie-



ren dabei auf den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität, wie sie im „Kompendium der Soziallehre der Kirche“ beschrieben werden.

Mit Blick auf die Beziehung der Caritas zu Pfarreien, Diözesen und Bischöfen zeigte die Diskussion, dass die Caritas sich in einem Spannungsfeld befindet, da sie einerseits christlichen Dienst am Nächsten leistet und sich andererseits als Nichtregierungsorganisation in der Zivilgesellschaft profiliert. Während die Organisationen sich schnell professionalisieren und in sozialpolitischen Fragen exponieren, üben die Bischöfe häufig Zurückhaltung. In Bosnien-Herzegowina ist jeder Bischof gleichzeitig Präsident der diözesanen Caritas, was eine enge Anbindung garantiert. Dennoch muss die Frage gestellt werden, wer letztlich die Stimme der Kirche in sozialen Fragen sein soll. In Tschechien hingegen ist die Caritas nicht als Teil der Kirchengemeinschaft präsent. Sie hat sich schneller entwickelt und ist stärker als andere kirchliche Strukturen, was durchaus zu Konflikten mit den Bischöfen führt. Diese resultieren vor allem auch daraus, dass der Caritas oft mehr finanzielle Mittel und Infrastruktur zur Verfügung stehen als den Diözesanbischöfen oder auch den Pfarrern vor Ort. Die Situation in Rumänien wurde ähnlich beschrieben.

Deutlich wurde, dass es auf allen kirchlichen Ebenen große Wissensdefizite in Bezug auf die soziale Dimension der Kirche gibt. Sinnvoll wäre es, sozialethische und karitative Perspektiven in theologische und soziale Studiengänge einfließen zu lassen, um Priester und kirchliche Mitarbeiter bereits in der Ausbildung für diese Themen zu sensibilisieren.

Claudia Gawrich, Freising

Arbeitskreis 2

Caritatarbeit aus orthodoxem Geist: Das Beispiel Russland

Referenten: Regina Elsner, St. Petersburg
Lada Ismailskaja, St. Petersburg
Dr. Natalya Vinogradova, Moskau

Moderation: Dr. Jörg Basten, Freising

Zu Beginn begrüßte der Moderator des Arbeitskreises die 31 Teilnehmer und entschuldigte zugleich Herrn Valeriy Bondarenko und Frau Natalya Kuznetzova, zwei der drei Podiumsteilnehmer, die entgegen der Ankündigung im Programm aufgrund von Visa-Problemen nicht kommen konnten. An ihrer Stelle bestritten Frau Lada Ismailskaja, Direktorin der Caritasschule für Sozialarbeit im Hartmut-Kania-Haus in St. Petersburg, und Frau Regina Elsner, die das von Renovabis geförderte Projekt „Qualifizierungsmaßnahme im Bereich Suchthilfe der Caritasschule St. Petersburg“ leitet, die Diskussion. Als dritte Teilnehmerin der Podiumsrunde wirkte Frau Dr. Natalya Vinogradova, Ökonomin des Wladimirbruderschaft in Moskau, mit. Die Expertinnen stellten dann ihre Arbeitsbereiche vor.

Frau Elsner berichtete über das Lebensschutzprojekt der Caritas, bei dem es um die Betreuung von vorwiegend alleinerziehenden, oftmals minderjährigen Müttern geht. Die Unterstützung von seiten der Caritas beinhaltet nicht nur finanzielle Hilfe, sondern auch psychologische Betreuung, die vor allem im Erfahrungsaustausch mit anderen jungen Müttern in gleicher Lage besteht. Ein weiteres Projekt mit der Bezeichnung „Qualifizierungsmaßnahme im Bereich Suchthilfe der Caritasschule St. Petersburg“ ist aus der Erkenntnis heraus entstanden, dass die meisten sozialen Probleme in Russland ihre Wurzeln in der Abhängigkeit von Alkohol und Drogen haben und der Staat nahezu keinerlei



Hilfestellung leistet. Auch Selbsthilfegruppen, wie sie in anderen Ländern sehr effektiv eingesetzt würden, sind nicht vorhanden, und so beschränkt sich die Sozialarbeit mit Alkoholikern noch immer auf einwöchige Ausnüchterungskuren in gefängnisähnlichen Einrichtungen. In der Gesellschaft hat sich die Meinung erhalten, Entgiftung sei zugleich Heilung. Demnach hat der Kranke keine Möglichkeit, an kostenlosen Rehabilitierungsmaßnahmen teilzunehmen. Die Prozentzahlen Süchtiger sind alarmierend, der Handlungsbedarf demzufolge enorm. Bei einer Umfrage unter Straßenkindern gaben 98 Prozent von ihnen an, mindestens ein Elternteil sei alkoholabhängig.

Frau Ismailskaja stellte die Caritasschule vor, ein Fortbildungsinstitut mit dem Ziel, im katholischen Bereich Tätige weiterzubilden. Diese Vorgabe bedeutet jedoch nicht, dass nur Katholiken unterrichtet würden. Die Seminarteilnehmer kommen auch aus der orthodoxen Kirche, aus staatlichen und nichtstaatlichen Institutionen. Diese Lehrveranstaltungen finden in ökumenischem Geist statt und tragen sehr zum Abbau von Vorurteilen bei, da die katholischen und orthodoxen Seminarteilnehmer aus ganz Russland anreisen. Die Seminare werden auch in anderen Städten angeboten. Schwerpunkte der Fortbildung sind Behindertenarbeit, Schutz des Lebens und Suchtkrankenbetreuung. Die Fortbildungskurse wurden zu Beginn mit rein ausländischen Dozenten bestritten, inzwischen kann man jedoch auch auf russische Fachkräfte zurückgreifen.

Abschließend stellte Frau Dr. Vinogradova, Ökonomin der Wladimir-Bruderschaft in Moskau, die Aktivitäten ihres Frauenklosters vor (der Name täuscht – der Bruderschaft gehören 17 Schwestern an). Als Bei-

spiele für bereits realisierte – und von Renovabis geförderte – Projekte nannte sie:

- ein orthodoxes Gymnasium mit ca. 150 Schülern (staatl. anerkannter Abschluss; anschließendes Studium möglich),
- eine Lehrwerkstatt für Bau- und Restaurierungsfachleute bei der Wladimir-Bruderschaft (Berufsausbildung für die Absolventen des orthodoxen Gymnasiums sowie Schaffung von Arbeitsplätzen durch Weiterbeschäftigung der Lehrlinge),
- ein Altersheim für 30 alte bzw. berufsunfähige Menschen,
- einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb mit Lager- und Verarbeitungsmöglichkeiten für Obst und Gemüse.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage erörtert, warum – aus katholischer Sicht – der Eindruck vorherrscht, die orthodoxe Kirche sei im karitativen Bereich kaum tätig. Frau Elsner verwies dazu auf das Grundlagendokument der Russischen Orthodoxen Kirche¹ aus dem Jahr 2000, in dem soziale Dienste der orthodoxen Kirche zwar ausdrücklich erwähnt seien, die Kirche sich aber nach dem Zusammenbruch der UdSSR zunächst darauf konzentrierte, ihre eigene Identität wieder- und zum Alltag zurückzufinden. Dies stellt die orthodoxe Kirche vor die Wahl: Orientierung hin zum sicheren Staat – oder Orientierung hin zu den Menschen und ihren Bedürfnissen, sprich Unsicherheit. Der Vertrauensvorschuss der Bevölkerung war groß, doch hat die Kirche sich für die „sichere“ Seite entschieden und bleibt dadurch auch wenig aktiv. Hier ist ganz offensichtlich eine Chance nicht genutzt worden.

Weiterhin darf man – so Frau Elsner – nicht außer Acht lassen, dass es allein aufgrund der seit langem bestehenden karitativen Strukturen der westlichen Kirche andere Voraussetzungen gibt als bei der Kirche im Osten. Daher ist es nicht angebracht, die Problematik auf ein simples „Die Orthodoxen kümmern sich nicht“ zu verkürzen. Es gibt auch kein Konkordat zwischen Staat und Kirche in Russland. Kurz gesagt: Man sollte keine deutschen Maßstäbe ansetzen.

1 Vgl. dazu den Hinweis oben S. 126.

Frau Ismailskaja betonte, dass sie ihre Erfahrungen mit der sozialen Arbeit der katholischen Kirche an Orthodoxe weitergeben möchte. In erster Linie kommt es auf das persönliche Engagement eines jeden (orthodoxen) Geistlichen an. Wichtig ist ihrer Meinung nach hierbei auch der Abbau von Vorurteilen auf beiden Seiten, wozu die Caritaschule als eines der wenigen wirklich ökumenischen Projekte in Russland gut geeignet sei.

Auf die Frage, wie sich die Vorgehensweisen der Kirchen unterscheiden, antwortete Frau Dr. Vinogradova, dass sich die Klöster in Russland vor allem dem Gebet widmeten und erst nachgeordnet, sofern die Kräfte reichten, soziale Projekte in Angriff genommen würden. So sind von vier Klöstern in St. Petersburg zwei karitativ tätig, zwei nicht (Ver einbarkeit zwischen Klosterleben und Arbeitsaufwand).

Frau Ismailskaja betonte den Aspekt der Motivation für karitative Tätigkeit und führte das Beispiel der Arbeit mit Obdachlosen an, bei der Orthodoxe sehr aktiv seien. Da sie aus ihrer Spiritualität heraus motiviert sind, ließen sie sich durch Rückschläge nicht entmutigen, während das Durchhaltevermögen deutlich geringer sei, wenn sich die Motivation für Sozialarbeit allein aus dem (erwarteten) Erfolg speist.

Weitere Fragen galten der Ökumene auf sozialem Gebiet, wobei besonders folgende Bereiche angesprochen wurden:

- Die humanitäre Hilfe sollte paritätisch unter Orthodoxen, Katholiken, Lutheranern usw. verteilt werden. Dies war Anfang der neunziger Jahre besser als heute; als Beispiel hierfür wurde die Seemannsmission in Kaliningrad erwähnt.
- Von großer Bedeutung ist die Ausbildung der Priester. Bei einfachen orthodoxen Geistlichen besteht sie vor allem in der Vorbereitung der Priesterliturgie, d. h. die Soziallehre hat keine Tradition und ist daher kaum bekannt. Hier besteht ein großer Nachholbedarf.

Die Diskussion endete mit dem Appell der Referentinnen an die kirchlichen Hilfswerke, die bestehenden Initiativen auch in Zukunft zu unterstützen, um den eingeschlagenen Weg erfolgreich weiterführen zu können.

Renata Sink, Freising

Arbeitskreis 3

Welchen Einfluss haben katholische Medien auf die Gesellschaft?

Referenten: Pfarrer Martin Holík, Brno
Marek Polaček, Bratislava
Pater Justyn Rusin OFM Cap, Winnica
Pater Leoš Ryška SDB, Prag
Šaulena Ziugzdaite, Vilnius

Moderation: Andrea Sofie Jannusch, Aachen

Der in englischer Sprache durchgeführte Arbeitskreis² beschäftigte sich mit dem Einfluss katholisch geprägter Medien auf die Gesellschaft in ausgewählten Ländern Osteuropas. Beispielhaft stellten die Mitwirkenden die Inhalte ihrer Tätigkeit anhand von Programmformaten und -inhalten, kurzen Filmbeiträgen und lebendigen Berichten dar. Die Veranstaltung bot einen außergewöhnlichen Rahmen für den Erfahrungsaustausch der Medienvertreter aus verschiedenen mittel- und osteuropäischen Ländern und eröffnete allen Anwesenden die Möglichkeit, in der anschließenden Gesprächsrunde religiöse, gesellschaftliche und politische Dimensionen der katholischen Medienlandschaft aufzugreifen und zu vertiefen.

Rasanten Wirtschaftswachstum und die häufig zu schnell verlaufende Anpassung an Werte und Konsumverhalten westlicher Nachbarländer führten in den meisten Ländern Osteuropas zu gesteigertem Materialismus, einseitigem Konsumdenken und sozialer Kälte. Viele katholische Medien sind daher bestrebt, im Rahmen ihrer Pro-

2 Originaltitel: Influencing Societies through Catholic Media?

grammgestaltung der Gesellschaft, vor allem jüngeren Zielgruppen, christliche Werte wie Hilfsbereitschaft, Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit zu vermitteln.

In Bezug auf Kinder und Jugendliche wird versucht, Kreativität und Wissensdrang durch moderne Medien wie das Internet (u. a. Chat oder Foren) zu fördern und anzusprechen. Allerdings streben die katholischen Medien auch danach, gerade dieser Zielgruppe die Gefahren und Unzulänglichkeiten der „virtuellen Welt“ vor Augen zu führen und sie für die Wichtigkeit der sozialen Dimension der „realen Welt“ zu sensibilisieren. Pater Justyn Rusin (CLARA-Studio Winnica, Ukraine) wies auf die Tatsache hin, dass das „alte System Kommunismus“ in den Köpfen gerade der Kinder nicht mehr in ausgeprägtem Maße bzw. überhaupt nicht mehr präsent ist. Diese junge Generation ist somit offen für einen Neuanfang in der postkommunistischen Ära. Häufig finden sich in den Medienunternehmen Mitarbeiter unterschiedlicher Religionszugehörigkeiten, was sich meist positiv auf die Erarbeitung ökumenischer Inhalte auswirkt (z. B. Porträts verschiedener religiös geprägter Orte).

Private katholische Medienunternehmen operieren meist ohne regulatorische Eingriffe von seiten der Regierungen, denn ihre Tätigkeit basiert auf Selbstkontrolle und Vertrauen und ist in diesem Sinne „von Christen für Christen“ konzipiert. Im Folgenden stellten sich Vertreter folgender Medien vor:

- „CLARA-Studio“, ein 1993 in der Ukraine gegründetes öffentlich-rechtliches Multimediastudio, basiert auf der Vorstellung, Menschen verschiedenen Alters, unterschiedlicher Konfessionen und Nationalitäten zusammenzubringen. Projekte unterschiedlicher Art werden in diesem Sinne durch die Zusammenarbeit von Künstlern wie Malern und Musikern und Freiwilligen sowohl aus der Ukraine als auch aus dem Ausland verwirklicht. Das Studio verfolgt das Ziel, basierend auf dem Evangelium Jesu Christi Antworten auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu geben.
- „Bernardinai“ ist, wie Šaulena Ziugzdaite darlegte, ein katholisch geprägtes Nachrichtenportal mit ca. 100.000 Lesern in Litauen, das seine Informationen von Nachrichtenagenturen (z. B. dpa, Radio

Vatikan) erhält. Das Portal finanziert sich durch Werbeeinnahmen bzw. Zuschüsse des Bildungsministeriums, hat jedoch keinen festen Abonnentenstamm.

- „LUX-Communication“, Bratislava (u. a. TV LUX) wurde 2006 gemeinsam von den Bischofskonferenzen der USA und der Slowakei gegründet und richtet sich gleichsam an Gläubige und Nichtgläubige. Redakteur Marek Polaček zeigte sich überzeugt, dass christliches Fernsehen in der Slowakei und in Tschechien eine reelle Chance hat, wenn Vertreter beider Nationen ihre Energien bündeln und zusammenarbeiten
- Das Produktionsstudio „Telepace“ (TV Noe) in Prag – vorgestellt von Pater Leoš Ryška SDB – operiert nicht-kommerziell und sieht sich als Stimme der an den Rand Gedrängten und als Freund der einsamen Menschen. Das Studio versucht, „Glaubensanfängern“ die Gelegenheit zur Erfahrung von lebendigem Christentum in Form von Nachrichten, Filmen, Theaterproduktionen und TV-Diskussionen zu vermitteln. Anständigkeit und Liebenswürdigkeit sind hierbei die Maxime.
- „Radio PROGLAS“ wendet sich, wie Pfarrer Martin Holík ausführte, mit seinem Hörfunkprogramm an alle Altersgruppen, alle Menschen guten Willens und an alle Konfessionen. An den Sendungen beteiligen sich unter anderem zehn christliche Kirchen. Der Rückgriff auf die Bezeichnung „Proglas“³ kann als Versuch des Senders verstanden werden, gerade am Anfang an traditionelle christliche Wurzeln anzuschließen.

In der anschließenden Aussprache, in der die anwesenden Redakteure einzelne Aspekte ihrer Arbeit erläuterten, wurde auch daran erinnert, dass die katholische Medienarbeit häufig mit dem Vorurteil konfrontiert wird, rückwärtsgewandt zu sein. Dennoch erfreut sie sich z. B. in Polen und der Slowakei großen Zuspruchs.

3 „Proglas“ ist die Bezeichnung eines im 9. Jahrhundert gedichteten Vorworts zu einer Evangeliumsübersetzung ins Slawische, deren Autorenschaft dem hl. Kyrill zugeschrieben wird. Die in Mähren wirkenden Brüder Kyrill und Method waren nicht nur die Schöpfer der altslawischen Sprache und Schrift, sondern auch die Väter der altslawischen Liturgie. Somit trugen sie während des frühen Mittelalters wesentlich zur Christianisierung und kulturellen Blüte des alten Mährens bei.



Als Fazit bleibt festzuhalten: Die innerhalb des Arbeitskreises vorgestellten Beispiele belegen anschaulich, dass die Kirche einen berechtigten Platz in der Welt der Massenmedien haben kann und soll, um die Frohe Botschaft in der modernen Gesellschaft zeitgemäß zu verbreiten. Die Medien fungieren hierbei als eine Art Sprachrohr der Kirche zur Gesellschaft. Man versucht, gerade die jüngere Generation durch ansprechende, zum Teil interaktive und ökumenische Formate zu erreichen und positiv anzusprechen. Damit wird zugleich der Grund für eine erfolgreiche Weitergabe des Glaubens gelegt.

Thomas Hartl, Freising

Arbeitskreis 4

Medienlandschaft im Umbruch: Das Beispiel Polen

Referenten: Zbigniew Nosowski, Warschau
Prälat Marek Rumiński, Toruń
Prof. Dr. Jerzy Seremak SJ, Warschau

Moderation: Martin Buschermöhle, Freising

Nur einen Monat vor den Parlamentswahlen in Polen (21. Oktober 2007) erhielten die Teilnehmer des Arbeitskreises einen Einblick in die gegenwärtige Situation der polnischen Gesellschaft und der polnischen Kirche. Ausgehend von der Frage, welche Rolle und Aufgabe katholische Medien in Polen haben, wurden im Arbeitskreis die aktuellen Kontroversen um „Radio Maryja“ diskutiert. Einen zusätzlichen Themenkreis bildete der Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen, der sich unter der von Jarosław Kaczyński geleiteten Regierung gegenüber den zurückliegenden Jahren deutlich verschlechtert hat.⁴

Als Experten nahmen Zbigniew Nosowski, Chefredakteur der Zeitschrift „Więź“, Prälat Marek Rumiński, Dompfarrer an der Kathedrale zu Toruń, sowie Pater Dr. Jerzy Seremak SJ, Theologie-Professor am „Bobolanum“ in Warschau, am Arbeitskreis teil.

Die Aufgabe katholischer Medien und ihre Rolle in der polnischen Gesellschaft

Als einen Dienst am Menschen definierte Herr Nosowski die Aufgabe der Medien, deren Rolle darin bestünde, sich um eine wahrheitsgetreue

4 Nach den Parlamentswahlen wurde eine neue Regierung unter Donald Tusk gebildet, die sich u. a. eine Verbesserung der Beziehungen zu Deutschland zum Ziel gesetzt hat.

Darstellung von Ereignissen zu bemühen und diese einer allgemeinen Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Katholische Medien und Journalisten seien bei der Wahrheitsfindung im besonderen Maße dem Wohl der Kirche verpflichtet, präzisierte Herr Nosowski. Eine „Wahrheit in Liebe“ müsse der Maßstab ihrer journalistischen Ethik sein, womit sich beispielsweise das Postulat nach einer ehrlichen und verantwortungsvollen Kritik anderer Standpunkte verbinde.

Im Gegensatz zu den Jahren des Kommunismus habe die katholische Kirche in Polen nun mithilfe der Medien zahlreiche Möglichkeiten, ihre Anliegen der Gesellschaft zu vermitteln und unter der Bevölkerung neues Interesse für die Botschaft des Evangeliums zu wecken. Professor Seremak betonte, dass es hierbei nicht nur auf die implizit katholischen Medien ankomme, sondern darauf, dass in sämtlichen polnischen Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehanstalten Journalisten arbeiteten, die unterschiedlichste Themenfelder und Ereignisse aus einem christlich-katholischen Kontext heraus betrachten könnten. Auf diesem Feld leiste die vom Jesuitenorden gegründete Fortbildungsstätte ECCC („Europäisches Zentrum für Kommunikation und Kultur“) für Journalisten in Falenica einen wichtigen Beitrag.

Auch wenn gesellschaftliches Engagement und öffentliche Stellungnahmen der Kirche absolut wünschenswert seien, müsse jedoch klar zwischen dem gesellschaftlichen und politischen Bereich getrennt werden. Herr Nosowski veranschaulichte anhand des Vertrauensverlustes, den die katholische Kirche zu Beginn der neunziger Jahre in Polen erfahren musste, wie schnell die Kirche an Ansehen einbüßen kann, wenn kirchliches Engagement für die Gesellschaft mit kirchlichem Engagement für einzelne Parteien verwechselt wird. Während der damaligen Parlamentswahlen gab der polnische Episkopat konkrete Wahlempfehlungen und nannte jene Parteien beim Namen, die von den Würdenträgern der Kirche favorisiert worden waren, woraufhin das Vertrauen in die Kirche deutlich sank.

Kontroversen um „Radio Maryja“

Die schmale Gratwanderung der Rundfunkanstalt „Radio Maryja“ zwischen gesellschaftlichem und politischem Engagement hat dieses

Jahr erneut zu heftigen Kontroversen innerhalb der polnischen Bevölkerung und des Episkopats geführt.

Zunächst nannten Herr Nosowski und Prälat Rumiński Vorzüge und Kritikpunkte von „Radio Maryja“: So hat sich der Radiosender in besonderer Weise der Randgruppen angenommen, die zu den Verlierern der politischen Wende gehörten; er hat Alleinstehenden, Verlassenen und Kranken, aber auch allen anderen Enttäuschten und Kritikern der Transformationsprozesse endlich ein Sprachrohr gegeben und ein weit verzweigtes Netzwerk unter der Hörerschaft geschaffen. Sein breites religiöses Angebot bietet den Hörern die Möglichkeit zu einer aktiven und gemeinschaftlichen Glaubenspraxis im Alltag. Schließlich ermutigt das Radio zum bürgerlichen wie zivilgesellschaftlichen Engagement im Inland und hat eine identitäts- und einheitsstiftende Wirkung für zahlreiche Polen im Ausland.

Besonders für Herrn Nosowski wirkten aber die negativen Seiten des Radios sehr viel schwerwiegender: In Live-Sendungen würde eine Sprache des Hasses toleriert, die eindeutig bestimmte Bevölkerungsteile und Gruppen diskriminiert. Weiterhin hat „Radio Maryja“ sich mit politischen Programmen identifiziert und unverhohlen für einzelne Parteien geworben. Dagegen ist, wie er betonte, die Bereitschaft zum Dialog mit Vertretern anderer Strömungen innerhalb der Kirche mangelhaft. So gibt es auch keinerlei Reaktion auf Kritik seitens kirchlicher Würdenträger. Allgemein betreibt „Radio Maryja“ eine verfehlte Pastoral und vertritt eine exklusivistische Denkweise, die kein pluralistisches Gesellschafts- und Kirchenbild akzeptieren wolle, und die genau definiert, was ein wahrer Katholik sei und welche konkreten politischen Gruppen einen rechtmäßigen Katholizismus vertreten würden. Mit seinen vier bis fünf Millionen Hörern hat sich „Radio Maryja“ zu einer nicht zu unterschätzenden „Glaubensgemeinschaft“ entwickelt, die die Einheit der katholischen Kirche, aber auch der Gesamtgesellschaft in Polen gefährdet.

Daher stellt „Radio Maryja“ – so Herr Nosowski – ein Problem dar, das längst von den kirchlichen Amtsträgern hätte gelöst werden sollen. Doch würden Zuständigkeiten hin und her geschoben werden, weil sich



kein Verantwortlicher finden wolle, der gegenüber dem Radio und seinem Direktor, dem Redemptoristenpater Tadeusz Rydzyk, eine klare Stellungnahme beziehen würde. Der polnische Episkopat zeigte sich bei seiner letzten Vollversammlung im August dieses Jahres uneins, wie mit dem Radio und seinem Direktor weiter verfahren werden sollte. Jedoch forderte beispielsweise der Krakauer Erzbischof Kardinal Dziwisz die Neubesetzung der Sendeleitung von „Radio Maryja“. Seine Ansprache vor der Polnischen Bischofskonferenz, in der der Kardinal an die Verantwortung des Episkopats für die Einheit der Kirche appellierte und die das katholische Wochenblatt „Tygodnik Powszechny“ ohne Wissen des Autors publizierte hatte, wurde auf Wunsch der Teilnehmer in deutscher Übersetzung im Arbeitskreis verteilt.

Auch wenn für die Pastoral in einer Diözese der Ortsbischof verantwortlich ist, könnten jedoch weder der Bischof von Toruń noch das polnische Episkopat handelnde Schritte einleiten, da der Redemptoristenorden Träger des Radios und Eigentümer der damit verbundenen Konzessionen sei, so Prälat Rumiński. Die Zuständigkeit liegt also beim Provinzial der polnischen Redemptoristenprovinz bzw. beim Generaloberen der Redemptoristen, Joseph Tobin. Prälat Rumiński führte die Angst vor einer Spaltung innerhalb der Kirche in Polen auch als das hauptsächliche Argument an, warum weder der polnische Episkopat noch der Redemptoristenorden sich in dieser Frage eindeutig positionieren wollten.

Im Arbeitskreis wurde außerdem darauf verwiesen, dass in der Kontroverse um „Radio Maryja“ nicht allein die Kirche gefragt sei, sondern auch die Organe der Zivilgesellschaft und des Staates, wie etwa Presse- rat oder Justiz.

Der gegenwärtige Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen

Einige Teilnehmer des Arbeitskreises drückten auch ihre Sorge über den Zustand des deutsch-polnischen Verhältnisses aus. An die Referenten wurde die Frage gerichtet, wie sie die aktuellen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland einschätzten.

Herr Nosowski bemerkte hierzu, dass der schlechte Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen nicht allein durch die Kaczyński-Regierung verschuldet ist: Die enge Partnerschaft zwischen dem russischen Präsidenten Putin und Altkanzler Schröder hat in Polen Misstrauen gegenüber Deutschland geschürt. Verunsicherung löst weiterhin die Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen“ sowie das enge Verhältnis zwischen dem „Bund der Vertriebenen“ und der CDU/CSU aus. Grundsätzlich ist aber festzustellen, dass auf beiden Seiten der Oder die deutsch-polnische Frage nicht mehr allererste Priorität habe. Unabhängig von der politischen Ebene werden die Begegnungen zwischen beiden Ländern auf kommunaler, kirchlicher oder privater Basis immer zahlreicher.

Professor Seremak wies abschließend auf die besondere Verantwortung der Medien hin, die die öffentliche Wahrnehmung sowohl der deutsch-polnischen Beziehungen als auch der innerpolnischen Debatten maßgebend beeinflussten.

Anna Meiser, Radolfzell

Arbeitskreis 5

Katholische Jugend im Aufbruch?

Referenten: Marian Čaučík, Bratislava
Ing. Vojtěch Dabrowski, Prag
Pater Tomasz Homa SJ, Kraków
Ferenc Lindeisz, Budapest

Moderation: Joachim Sauer, Freising

Joachim Sauer führte kurz in die vorgesehene Thematik ein und führte durch den Arbeitskreis⁵. Leider musste Sabine Wißdorf (Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz, Düsseldorf) ihre Teilnahme als Komoderatorin wegen Erkrankung absagen.

Die insgesamt fünfzehn Teilnehmer des Arbeitskreises erarbeiteten zunächst eigenverantwortlich einige Grundgedanken zur kirchlichen Jugendarbeit.

Es folgten Statements von Marian Čaučík (eRko, slowakische Vereinigung für katholische Kinder und Jugend), Vojtěch Dabrowski (Junak, tschechischer katholischer Pfadfinderverband), Ferenc Lindeisz (KIFE, ungarische katholische Jugend- und Erwachsenenbildungsvereinigung) und Pater Tomasz Homa SJ (Sprecher des katholischen Netzwerks „Jugend in Europa“).

Die anschließende Diskussion setzte bei der Frage nach dem Dialog zwischen Jugend und Kirche ein. In allen Bereichen sind die Folgen des Säkularisierungsprozesses zu spüren, die eine effektive Jugendarbeit erschweren. Die Slowakei ist das einzige Land, das eine relativ großzügige finanzielle Förderung gewährt.

⁵ Der Arbeitskreis wurde teilweise in englischer Sprache (Übersetzung eines Statements und Teile der Diskussion) durchgeführt.



Außerdem wurden folgende Fragen gestellt:

- Woher kommen die Jugendlichen? Sind es Jugendliche aus dem Mittelstand? Sind darunter Minderheiten?

Herr Lindeisz nannte für Ungarn als besonders problematische Gruppe die Zigeuner, für die es einige gute Modelle gibt, wobei es letzten Endes auf den einzelnen Geistlichen und sein Engagement ankommt. Allerdings wird die Zigeunerpastoral in der Slowakei eher als eine „Sozialpastoral“ verstanden. Außerdem haben die Bischöfe in Hirtenbriefen auf die Situation der Jugend hingewiesen. Generell läuft die Jugendarbeit auf mehreren Schienen: in den Pfarreien, in NGOs (sehr gemischte Gruppen) und über gezielte Jugendprogramme.

Bezüglich Tschechien betonte Herr Dabrowski, dass man die Jugendlichen in den Städten eher erreiche als auf dem Land. Allerdings entscheiden die Kinder noch nicht selbst über ihr Gruppenleben. Diejenigen Jugendlichen, die etwas für sich selbst finden wollen, kommen von allein in die Kirche, dann sind aber oft die Eltern ein Problem.

- Kann man von Visionen sprechen? Welche erfolgreichen Modelle gibt es? Wie kann es weitergehen?

Auch hier – so Herr Dabrowski – können kirchliche Schulen als Brücke genutzt werden. Es wird in Zukunft notwendig sein, die Kontakte zum Ordinariat bzw. zur Bischofskonferenz zu verbessern. Als eine Vision muss es darum gehen, das heutige Leben besser mit der Kirche bzw. dem Glauben zu verbinden. Es muss einen Weg für jeden Einzelnen geben, wie er sich über den Verband oder eine kirchliche Schule verwirklichen kann.

Nach Ansicht von Herrn Lindeisz ist jedoch nicht die Struktur das Problem – benötigt werden vielmehr bessere Jugendleiter bzw. Perso-

nen, die sich professionell mit den Jugendlichen beschäftigen, ohne mit anderen Arbeiten zusätzlich belastet zu sein. In jedem diözesanen Pastoralplan sollte die Jugendarbeit eine eindeutige Priorität erhalten. Herr Čaučík erinnerte zusätzlich daran, dass die Vision durch den Pastoralplan bereits klar formuliert ist mit den Bereichen Familie, Jugend und Sozialarbeit. Nach dem Weltjugendtag in Köln ist Einiges in Bewegung gekommen. Wichtig ist die Reflexion über diese Felder.

Pater Homa beschrieb seine Vision mit dem Begriff „einbeziehende Jugendpastoral“, d. h. die Kirche lehrt *und* lernt. Grundproblem war und ist aber ist die Rolle der Laien in der Kirche. Die Laien werden von der Institution Kirche als Objekte und nicht als Subjekte verstanden.

– Es gab in den Statements eine interessante Unterscheidung zwischen der offiziellen Struktur und dem kirchlichen Leben. Gilt das generell?

Diese Frage wurde von den Teilnehmern des Arbeitskreises lebhaft diskutiert. Der Moderator, Herr Sauer, wies auf die Notwendigkeit der Vorbilder (Ideale statt Idol!) hin. Grundsätzlich gilt: Überall brauchen die Jugendlichen Partizipation und Gestaltungsraum; dies ist eine Herausforderung für alle Länder. Es gibt in dieser Hinsicht viele Ähnlichkeiten zwischen den Ländern in Ost und West. Renovabis bemüht sich, hier mit seinem Programm „Go east“ und weiteren Maßnahmen die Koordinierung voranzutreiben und möglichst viele Jugendliche anzusprechen.

Pater Homa wies auf das europaweite katholische Netzwerk „Jugend in Europa“ hin. Dazu hat sich inzwischen in Brüssel eine Gruppe von Jugendarbeiterinnen und Jugendarbeitern aus mehreren Ländern Europas getroffen und Erfahrungen ausgetauscht. Ziel sollte es sein, wie die Teilnehmer des Arbeitskreises formulierten, ein katholisches Netzwerk zur Jugendpolitik auf EU-Ebene zu gründen und mitzugestalten. Die bisher schon bestehenden Kontakte sollten dazu weiter vernetzt werden. Eine große Chance wird, wie Herr Sauer abschließend ausführte, auch der nächste Weltjugendtag in Sidney bieten.

Dr. Monika Kleck, Freising

Arbeitskreis 6

Aspekte der Hochschulentwicklung

Referenten: Prof. Dr. György Fodor, Budapest
Prof. Dr. Adam Przybecki, Poznań
Prof. Dr. Oleh Turiy, Lwiw

Moderation: Dr. Johannes Oeldemann, Paderborn

Im Mittelpunkt des Arbeitskreises standen Probleme der Hochschulentwicklung in Ungarn, Polen und der Ukraine. Unter der Moderation von Dr. Johannes Oeldemann vom Johann-Adam-Möhler-Institut in Paderborn wirkten der Rektor der Katholischen Péter-Pázmány-Universität in Budapest, Prof. Dr. György Fodor, von der Theologischen Fakultät der Universität Poznań Prof. Dr. Adam Przybecki sowie vom Kirchenhistorischen Institut der Ukrainisch-Katholischen Universität Lwiw Prof. Dr. Oleh Turiy als Experten mit.

Die drei Vertreter der Hochschulen gaben eingangs jeweils ein kurzes Statement über die Situation der Katholischen Hochschulen in ihren Ländern ab. Professor Fodor definierte die Katholische Universität als eine studentenfreundliche Universität, in der die Professoren Ansprechpartner sind und die Studenten als Menschen behandelt werden, auch im Sinne der christlichen Solidarität. Gleichzeitig müsse eine Katholische Universität forschungsfreundlich sein und auf dem Höhepunkt der wissenschaftlichen Entwicklung stehen. Professor Fodor – selbst griechisch-katholischer Priester – gab an, dass in der Katholischen Universität in Budapest mindestens 50 Prozent der Lehrenden katholisch sein müssten. Neben der Lehre versucht man, die Studenten auch im Glauben anzusprechen, und bietet hier neben den üblichen Möglichkeiten an der Universität wie Sport und technischen Angeboten auch Gottesdienste und eine geistliche Betreuung an.



Professor Turiy informierte über die Geschichte der theologischen Ausbildung in der Ukraine. Die Gründung der Ukrainisch-Katholischen Universität – eine Einrichtung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine – dient der Weiterentwicklung der theologischen Ausbildung; gleichzeitig ist sie wichtig für die Ausbildung der Laien, nicht nur im theologischen Bereich, sondern auch in den sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern. Außerdem spielt das spirituelle Leben eine große Rolle.

Nach Professor Przybecki gibt es in Polen zur Zeit zwei katholische Universitäten in Lublin und Warschau, außerdem acht weitere theologische Fakultäten, die an staatliche Universitäten angegliedert sind. Hinzu kommt noch die Päpstliche Akademie in Krakau und die Päpstliche Akademie „Bobolanum“ in Warschau. Weiterhin bestehen 40 Priesterseminare und 60 Ordensseminare für die theologische Ausbildung von Priestern und Ordensleuten. Schließlich erwähnte er gibt noch verschiedene private Hochschulen und Fachhochschulen, die aber keinen Universitätsstatus haben.

In der anschließenden Diskussion wurde die weitere Ausrichtung der Universität (Strukturen, Fakultäten usw.) erläutert. Eine weitere Frage galt dem Berufungsverfahren von Professoren. In Polen ist hierfür ein staatliches Verfahren vorgesehen, wobei die *Missio Canonica* Voraussetzung für die Eröffnung des Berufungsverfahrens ist. In der Ukraine liegt auf Grund des Status der Universität als Privathochschule die Entscheidung in den Händen der Universität. In Ungarn gibt es, ähnlich wie in Polen, ein zweistufiges kirchliches und staatliches Verfahren.

Weiterhin wurden angeschnitten:

- Möglichkeit von Freisemestern für Professoren: Diese ist an allen drei Standorten gegeben.
- Frage der Anschaffung von Literatur bzw. Probleme bei der Beschaffung fremdsprachlicher Literatur;
- Staatliche Anerkennung der Abschlüsse, speziell von Theologinnen in der Ukraine.

Hierzu konnte Professor Turiy die befriedigende Antwort geben, dass die Abschlüsse staatlich anerkannt werden und die Theologinnen an Schulen unterrichten können. Teilweise wählen junge Theologinnen aber auch den Weg der Heirat mit einem Priester, sodass sie in einer Pfarrei tätig werden. Eine weitere große Gruppe der Absolventinnen sind Ordensfrauen.

Der Arbeitskreis vermittelte einen guten Einblick von der Situation katholischer Universitäten in den drei vorgestellten Ländern, zeigte aber auch, dass es neben der Ausbildung im Land wichtig ist, postgraduierte Studien im Ausland durchzuführen. Gerade die Frage der Stipendien für Auslandsstudien wurde von allen drei Professoren als wichtig erachtet; man wies hier auf die große Unterstützung von Renovabis hin, die sich aber in den meisten Fällen nicht auf die Vergabe von Stipendien beschränkt, sondern auch auf die direkte Unterstützung der Hochschulen beim Aufbau der Fakultäten und deren Ausstattung erstreckt.

Markus Leimbach, Freising

Arbeitskreis 7



Schule und Bildungswesen

– Neubeginn unter erschwerten Bedingungen

Referenten: Prälat Józef Horváth, Szombathely
Pater Mijo Hrman OFM, Slavonski Brod
Prof. Dr. Mireia Ryšková, Prag

Moderation: Ulrich Haaf, Augsburg

Im Anschluss an die Vorstellungsrunde erläuterten die Experten die Entwicklung des Schulwesens in ihren Ländern. Den Anfang machte Pater Hrman aus Kroatien, der die Entwicklung in seiner Heimat mit der Situation nach dem Fall der Berliner Mauer verglich. Wichtig ist die Überwindung der psychologischen Folgen des Kommunismus in den Köpfen der Menschen. Es herrscht großer Mangel an qualifizierten und motivierten Lehrern, die auch aus dem Glauben heraus dazu beitragen könnten, die Jugendlichen charakterlich zu formen. Eine große Gefahr stellen Drogen und Alkohol dar; mit Hilfe von Angeboten, die über die der staatlichen Schulen hinausgehen, versuchen die kirchlichen Schulen, die Jugendlichen zu erreichen und in den Unterricht einzubinden. 800 Jahre katholischer Tradition in Kroatien sind seiner Ansicht nach ein Grund zur Hoffnung.

Frau Professor Ryšková beschrieb das säkulare Umfeld des tschechischen Schulbetriebs, das z.B. zur Folge hat, dass für 130 kirchliche Schulen dringend geeignete Lehrkräfte gesucht werden. Bei einem knappen Drittel Christen in Tschechien bzw. 20 Prozent Katholiken, die ihren Glauben vor 1989 teilweise nur im Geheimen praktizieren konnten, ist die Ausgangslage für die Gewinnung aktiver Mitarbeiter sehr schwierig.

Prälat Horváth skizzierte die Wende in Ungarn und besonders die Entwicklung der Erwachsenenbildung. Er beklagt eine „neue Diktatur des Großkapitals“, eine manipulierte Gesellschaft, in der rechtsstaatliche Prinzipien und Verhältnisse viele Wünsche offen lassen. Wichtig ist es, in Zeiten des Wertezwangs Werte der christlichen Soziallehre bzw. der natürlichen Familie zu vermitteln, die Menschen an Gott zu orientieren und mittels Bildung „Ordnung in den Köpfen“ herzustellen. Für private Initiativen bzw. eine sich allmählich konsolidierende Kirche sind dies gewaltige Herausforderungen.

Herr Haaf gab einen Einblick in die Probleme des kirchlichen Schulwesens in Deutschland und wies auf die Schwierigkeit hin, im Glauben gefestigte Lehrkräfte für katholische Schulen zu gewinnen. Er leitete dann zur offenen Diskussion über, in der u. a. folgende Punkte herausgearbeitet bzw. angesprochen wurden:

- Die Schule muss mit dazu beitragen, Vorurteile gegenüber der Kirche abzubauen.
- Religiöses Grundwissen kann nicht vorausgesetzt werden.
- Konfessionell ausgerichtete Schulen werden vielfach nicht staatlich gefördert.
- In Osteuropa wird in der Regel orthodoxer Konfessionsunterricht (Pflichtfach bis zur 10. Klasse) angeboten, jedoch die besondere Situation griechisch-katholischer Christen nicht beachtet.
- Eliten sind notwendig, die sich gegen andere Religionen und Konfessionen behaupten.
- „Ora et Labora“:
- Entfremdung von Kindern, die nur mehr an Wochenenden nach Hause kommen.
- Milieuprobleme: Drogen, Migration, Kopftücher ...
- Durch gute Erziehung werden auch Eltern erzogen; mitunter wollen sich die Kinder vom Unterricht gar nicht mehr lösen!
- Auch für die oft schlecht bezahlten Lehrer muss etwas getan werden: Exerzitien, Fortbildungen, Austauschprogramme.
- Stärkere Einbeziehung der Eltern (Elternsprechtage usw.).

Karl Noswitz, Haar

Arbeitskreis 8

Laien-Engagement auf dem Prüfstand

Referenten: Marián Kolník, Bratislava
Ines Mičule, Riga
Gediminas Žukas, Kaunas

Moderation: Martin Lenz, Freising

Ein wichtiges zweigeteiltes Thema: Wie kann oder soll sich der Laie innerhalb der Gesellschaft und der Kirche engagieren, wie sieht das Ergebnis aus? Moderator Martin Lenz stellte Vertreter von drei Ländern vor, die je eigene Erfahrungen zu diesem Thema einbringen konnten: Für Litauen sprach Gediminas Žukas, Direktor des katholischen Internetservices KIT, für Lettland Frau Inese Mičule aus Riga, stellvertretende Direktorin der Caritas Lettland, sowie für die Slowakei Marián Kolník, Direktor des Centrum Obnovy rodiny (COR), der sein Engagement in der Organisation zur Erneuerung der Familie präsentierte.

Frau Inese Mičule lieferte ein kritisches Bild der Laienarbeit in Lettland. Ungern würde über bestimmte Themen offen geredet. Frauen erfüllten in der Kirche verschiedene Aufgaben als Laien, führten Aufsicht in Kirchen, seien Informationsquelle vor Ort, putzten Kirchengebäude und sorgten für deren Erhalt. Sie arbeiteten bei katholischen Verlagen, in Schulen seien sie als Lehrkräfte im Religionsunterricht tätig. Laien arbeiteten meist ehrenamtlich, in vielen Fällen seien Rentner aktiv, gelegentlich auch Menschen, die eine geringfügige Bezahlung erhielten. Natürlich habe dies auch mit Geldmangel zu tun, auch für Priesterseminare sei zu wenig Geld da. Statistische Erhebungen hierzu fehlten. In der Regel arbeiteten ausgebildete Laien (mit Theologiestudium) in allen anderen Branchen des täglichen Lebens, nur nicht im kirchlichen Dienst. Kritikpunkte seien, dass es für engagierte Laien

keine psychologische Betreuung und kein Feedback für ihren Einsatz gäbe. Es herrsche große Distanz zwischen Priestern und Laien. Es gäbe Angst vor kirchlichen Delegierten, deren Verhalten oftmals als arrogant empfunden werde. Die Kirche als Institution komme nach wie vor *vor* dem Individuum Mensch, dies verärgere viele Menschen.

Herr Gediminas Žukas aus Kaunas erläuterte unterschiedliche Aspekte der katholischen Medien in Litauen. Der größte Teil der Mitarbeiter in diesem Sektor seien Laien, nicht immer würden die gewünschten Ergebnisse erzielt. Dies hinge u. a. mit den Einnahmequellen und der generellen finanziellen Unsicherheit in Litauen zusammen. Zudem gäbe es nur eine kleine Zahl gläubiger Christen, für die Arbeit im Medienbereich darüber hinaus keine Ausbildung. Aus- und Fortbildung hätten deshalb unter allen Aspekten absolute Priorität. Die Printmedien hätten ihren Tiefpunkt etwa im Jahr 2000 erreicht, viele kirchliche Zeitschriften seien damals vom Markt verschwunden. Bei den elektronischen Medien sind das Internet und das Fernsehen zu nennen; letzteres trete marginal in Erscheinung, eine kirchliche Berichterstattung sei eher negativ gefärbt, als Ausnahme seien Berichte zum Leben und Sterben von Johannes Paul II. zu nennen. Lohnend wäre es aber, mehr Aufmerksamkeit auf kirchliche Themen zu lenken. Das Radio diene mit seinen Sendungen der Kultivierung und Verbreitung geistiger Werte, genannt wird speziell „Radio Maria“. Der Rundfunk sei in Litauen bei Menschen mit traditioneller Volksfrömmigkeit, bei Hausfrauen, aber auch bei der Jugend sehr beliebt. Von Seiten der litauischen Bischöfe gäbe es daneben noch ein sogenanntes „Kleines Studio“. Die Bernardiner (Franziskaner) hätten im Internet pro Tag 7000 Besucher, dort fänden sich christlich geprägte Kommentare zu Nachrichten aus Litauen und der Welt.⁶

Marián Kolník, hauptberuflich tätig bei einem internationalen Bauwirtschaftskonzern, hat 2005 das Zentrum zur Erneuerung der christlichen Familie (COR) gegründet. Die Jahre von 1990 bis 2006 charakterisierte er als eine Abfolge „Sozialismus – wilder Kapitalismus – liberaler

6 Vgl. auch die Hinweise oben S. 191 f.

Kapitalismus“ (1994/1998/2006). Konsum gilt bei der Jugend als ein Zeichen des Erfolgs. Das Laien-Engagement in der Slowakei spaltet sich u. a. in folgende Bereiche auf:

- Christliche Gewerkschaften
- Familie („Pro Life“)
- Jugend und Kinder
- Studenten
- Christliche Intelligenz
- Medien und Verlage
- Kultur
- Politik

Organisationsformen sind u. a. Bürgergesellschaft und Non-Profit-Organisationen. Zwischen Kirche und Laien bestehen Kooperationen mit der Bischofskonferenz in Form von Aktivitäten auf der Bischofs-ebene und Aktivitäten auf der Pfarrebene. Allerdings stellten sich folgende Probleme beim Laien-Engagement:

- schwache Vernetzung bzw. Kommunikation,
- gering ausgeprägte strategische Verhaltensweise,
- niedrige Bewertung der Laienarbeit durch die Gesellschaft,
- schwaches Feedback von seiten der Kirche und der Politik.

Als Laie engagiere er sich, da ihn der Beruf nicht ausfülle. Sein Engagement sähe er als Balance zwischen Arbeit und Privatleben und als Schutz vor dem Burn-Out-Syndrom. Er lerne dabei, wie viel Geduld in der Kommunikation mit Einzelnen nötig sei. Mit 30 Jahren hätte er die Firmenleitung mit 300 Mitarbeitern innegehabt, heute kümmere er sich als Gründer von COR um Werte zur Erneuerung der Familie (u. a. durch Ausbildungshilfen, Call-Center, Bibliotheken).

Aus dem Zuhörerkreis wurde auf die besondere Situation in Deutschland verwiesen, wo durch die Zusammenarbeit zwischen den Diözesanräten, dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken und der Bischofskonferenz die Kommunikation(smöglichkeiten) sicher anders verlaufen als in Litauen, Lettland oder der Slowakei. Seit dem 19. Jahrhundert ist bereits ein langer, oft nicht einfacher Entwicklungsweg zurückgelegt worden, wobei natürlich die Brüche des 20. Jahrhunderts, etwa die Entwicklung in der DDR, beachtet werden müssen.

Welche Strukturen sind nun aber zur weiteren Entfaltung des Laien-Engagements nötig? Dazu wurden besonders ein intensiver Austausch zwischen Deutschland und dem Ausland genannt; außerdem sollte eine zunächst ehrenamtliche Jugendarbeit in der Zukunft hauptamtlich betrieben werden. Der Wunsch nach mehr Kooperation auf Diözesanratsebene wurde artikuliert, ebenso wie der Wunsch, dass weniger Misstrauen zwischen Klerusangehörigen und Laien herrschen solle – „Wir brauchen Zeit zum Wachsen“ – dieses Zitat stand klar zum Thema „Suche nach Mitstreitern und Qualifizierung“ im Raum. Inese Mičule stellte die Frage, woran es liegen könnte, dass Frauen mit Auslandsstudium derart wenig Möglichkeiten im Berufsbereich innerhalb der Kirche im Heimatland bekämen. Es gäbe hierzu keine Statistik; Tatsache sei aber, dass vorher gegebene Versprechen nachher nicht eingehalten worden seien. Als Antwort auf diese Anmerkung erläuterte Bischof Antons Justs, der Teilnehmer des Arbeitskreises war, seine Sicht der Entwicklung in Lettland: Aus der Erfahrung von 40 Jahren Okkupation arbeiteten viele Priester allein; selbst der Kardinal habe keine Sekretärin, da in der Sowjetzeit immer die Gefahr der Deportation drohte. Eine gläubige gebildete Bevölkerungsschicht habe es unter den Laien damals nicht gegeben. Umso wichtiger seien jetzt die Intellektuellen und Angehörige aus Hochschule und Schule für Kirche und Staat. Im Ausland ausgebildete Laien kehrten aber oft nur mit ihren dort gewonnenen Vorstellungen zurück. Nötig sei ein Verständnis für die eigene lettische Kultur, nötig seien ferner auch die finanzielle Unterstützung und Hilfestellungen durch eine passende Ausbildung von intellektueller Seite. Angesichts der schwierigen finanziellen Situation sei es daher kaum möglich, diesen Laien adäquate Arbeitsplätze zu vermitteln; selbst die Priester verfügten über kein festes Einkommen.

Herr Kolník betonte, in der Slowakei sei nach wie vor oftmals kirchliches Eigentum wichtiger als der Mensch. Kommunikation müsse aber eine Priorität darstellen. Das von ihm bereits erwähnte Thema Burn-Out wurde auch von deutscher Seite angesprochen; bei vielen zunächst engagierten Laien könne es zur völligen Abwendung von der Kirche führen. Herr Lenz wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass Freiwilligenarbeit für den Einzelnen überhaupt zeitlich erst möglich,

d. h. mit der Berufstätigkeit vereinbar sein müsste, bevor sie stattfinden könne. Erfreulich sei – so Herr Žukas – das Verhältnis zwischen Priestern und Laien in Litauen. Ein Verbandssystem wie in Deutschland existiere zwar nicht, die moralische Unterstützung sei im Gegensatz zur finanziellen aber vorhanden. Vieles sei letztlich von der Persönlichkeit des Bischofs abhängig.



Was die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den osteuropäischen Staaten angeht, wurde aus dem Teilnehmerkreis angemerkt, ein Hauptproblem bestehe darin, dass in Osteuropa aus deutscher Sicht oftmals keine kontinuierlichen Ansprechpartner zu finden sind. Diesem Problem sei u. U. durch Laien besser beizukommen als durch Mitglieder des Klerus. Hierzu müssten also vor Ort eventuell neue Strukturen aufgebaut werden, da bereits bestehende durch „ältere“ Themen ausgelastet seien. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass ein Land wie beispielsweise Polen nicht unbedingt sehr viel Nutzen daraus ziehen würde, wenn es deutsche Strukturen zu 100 Prozent übernehme. Vieles ist im Fluss, letzten Endes müssen Laien und Kleriker noch stärker als bisher aufeinander zugehen.

Barbara Finkenstaedt, Wildsteig

IV. Abschlussstatement – Schlusswort

Erzbischof Dr. Henryk Muszyński,
Gniezno

Europa unter christlichem Horizont

Europa im Rückblick auf
eigene christliche Wurzeln
und in der Perspektive
für die Zukunft¹



Ich möchte an der Stelle anfangen, an der Bischof Lobkowitz geendet hat, und meinen herzlichen Dank im Namen der Kirche von Polen für alle Hilfe, besonders für die Unterstützung des Adalbert-Forums in Gnesen, das jetzt bereits zum sechsten Mal stattgefunden hat, aussprechen. Auch danke ich für die Ehre, am Ende dieses Kongresses sprechen zu dürfen, und hoffe, dass ich Sie nicht enttäuschen werde, obwohl es nicht einfach ist, eine Zusammenfassung eines solch breiten Themas zu geben.

Der 11. Internationale Kongress Renovabis in Freising soll nach der Ansage eine „Bestandaufnahme versuchen, was in den Ländern Mittel- und Osteuropas seit 1990 entstanden ist und wie der Erneuerungs-

¹ Burkhard Haneke hat Erzbischof Muszyński kurz vorgestellt. Seit 1992 ist er Erzbischof von Gniezno/Gnesen, war von 1989 bis 1994 Vorsitzender der Kommission für den christlich-jüdischen Dialog, wurde 1994 in den Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen berufen und war von 1994 bis 2006 Vorsitzender der Kontaktgruppe der deutschen und polnischen Bischofskonferenzen. Seit dem Jahr 2002 gehört Erzbischof Muszyński der Glaubenskongregation an. Große Verdienste hat er sich auch als Mitbegründer des „Adalbert-Forums“ 2002 erworben, zu dessen Kongressen Intellektuelle aus ganz Europa in Gnesen zusammenkommen, um über gesellschaftliche und politische Fragen miteinander zu diskutieren. Renovabis wirkt als „strategischer Partner“ bei diesen Kongressen mit.

prozess in den einzelnen Ländern voranschreitet.“ Eine Zwischenbilanz im Rückblick und ein Blick in die Zukunft bilden eine doppelte Perspektive, aus der unser christliches Engagement zur Überwindung der Herausforderungen und Mitgestaltung der Gesellschaft, in der wir leben, verwurzelt ist. Den Rückblick werde ich kurz fassen, denn was uns eigentlich beschäftigt, ist der Blick nach vorne, unser Engagement und unsere Verantwortung für das neue Europa.

Europa wird dabei nicht statisch, als eine für allemal gegebene und abgeschlossene Realität, sondern vielmehr als eine dynamische, im Werden befindliche Wirklichkeit, und vordergründig nicht als Wirtschafts- und politische Gemeinschaft, sondern vor allem als Geschichts-, Kultur- und Wertegemeinschaft verstanden. Bei einer solchen Auffassung wird ein doppeltes Merkmal Europas sichtbar: Nach sechzehn Jahren gemeinsamer Anstrengungen zur Förderung des Integrationsprozesses von Ost und West wird Europa trotz aller Unterschiede bereits als Einheit verstanden. Wenn man nun Europa als eine bestimmte Lebensform und Lebensweise in ihrer Ganzheit betrachtet, die Ost-, Mittel- und Westeuropa umfasst, wird deutlich, dass diese „in Vielfalt vereinte Wirklichkeit“ auch nach ihren eigenen geistigen Quellen der Einheit forschen muss.

Die christlichen Quellen der europäischen Identität

Fast zwanzig Jahrhunderte hat das Christentum das Bild und das Leben Europas geprägt und die wesentlichen Merkmale der europäischen Identität bestimmt. Diese Merkmale der europäischen Identität sind weitgehend bekannt, dennoch möchte ich sie noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Sie umfassen vor allem die Würde des Menschen, die Unantastbarkeit und Heiligkeit des menschlichen Lebens als *Ebenbild Gottes* (vgl. Gen 1,27), die Ehe als beständigen Bund zwischen Mann und Frau und die Familie als Fundament der Gesellschaft. Wesentlich sind außerdem Freiheit, Gerechtigkeit und Liebe, die einander zugeordnet sind, ferner die begriffliche Trennung zwischen *sacrum* und *profanum*, die wesentlich zur Unterscheidung zwischen weltlichen, bürgerlichen und staatlichen Bereichen auf der einen Seite und kirchlichen,

religiösen und spirituellen Bereichen auf der anderen Seite geführt hat. Das Christentum hat eine eigene Sicht der Welt und des Menschen entwickelt, die, wie es Manfred Spieker formuliert, „heute ein grundlegender Beitrag bleibt – jenseits der Zerrissenheit, der Schwächen, ja sogar der Versäumnisse der Christen selbst“².

Die christliche Dimension der europäischen Kultur wird besonders deutlich sichtbar, wenn man sie im globalen Kontext mit zivilisatorischen Merkmalen anderer Kulturen vergleicht.

Inwieweit ist Europa heute noch christlich?

Nun stellt sich aber die Frage, wie es heute um das Christentum in Europa bestellt ist. Statistisch ist Europa auch heute noch ein christlicher Kontinent. Unter den rund 520 Millionen Menschen in Europa sind ungefähr 225 Millionen Katholiken (43 Prozent), 99 Millionen Orthodoxe (19 Prozent) und 83 Millionen Protestanten (16 Prozent)³, mithin bekennen sich ca. 78 Prozent zum Christentum.

Inhaltlich ist die Frage jedoch keinesfalls einfach oder eindeutig zu beantworten. Der spanische Schriftsteller Salvador de Madariaga schreibt in seinem Buch „Das Porträt Europas“: „Europa ist sowohl sokratisch als auch christlich, voll Verzweiflung einerseits und Glauben andererseits, voll Freiheit und Ordnung, sowie voller Vielfalt.“⁴ Die komplexe Lage ist augenscheinlich und hat sich sehr deutlich im Streit um die christlichen Grundwerte im Projekt der europäischen Grundrechtecharta gezeigt. Die beiden großen Fürsprecher für diese Werte, Papst Johannes Paul II. und Papst Benedikt XVI., haben ganz eindeu-

2 Manfred Spieker: Die Identität Europas: Areopag-Kapitol-Golgotha. In: Henryk Krzyszczko (Hrsg.): Europa christlich gestalten. Hoffnung und Angst der Menschen in Europa als Herausforderung für die Soziallehre der Kirche. Festschrift für Lothar Roos. Katowice 2005, S. 25–42, hier S. 26 f.

3 Ebd., S. 26.

4 Vgl. Aniela Dylus: Anzeichen der Alterung Europas. In: Europa christlich gestalten (wie Anm. 2), S. 74.

tige Aussagen in Bezug auf die europäischen Werte gemacht. Ich zitiere daraus nur einige Äußerungen.

Am 9. November 1982 sagte Papst Johannes Paul II: „Europäische Identität kann man ohne das Christentum nicht verstehen. Hier sind die gemeinsamen Wurzeln, aus denen die europäische Zivilisation des alten Kontinents entstammt und reift, ihre Dynamik, ihr Unternehmungsgeist, ihre konstruktive Expansion, mit anderen Worten: alles, was ihren Ruhm ausmacht.“⁵ Während eines wissenschaftlichen Kongresses über die fundamentalen Werte der europäischen Grundrechtecharta im Jahre 2002 führte er aus: „Europa kann sein christliches Erbe nicht außer acht lassen, denn ein Großteil dessen, was es im juristischen, künstlerischen, literarischen und philosophischen Bereich hervorgebracht hat, wurde von der Botschaft des Evangeliums geprägt ... Europa ist berufen, unterschiedliche kulturelle Traditionen zu verknüpfen, um einen Humanismus ins Leben zu rufen, in dem die Achtung der Rechte, die Solidarität, die Kreativität jedem Menschen die Möglichkeit geben, seine edelsten Bestrebungen zu verwirklichen ... Eine so gestaltete *europäische Neuordnung* muss aber, wenn sie wirklich der Förderung des wahren Gemeinwohls zuträglich sein will, jene Werte anerkennen und schützen, die das kostbarste Erbe des europäischen Humanismus sind, der Europa eine einzigartige Ausstrahlung in der Geschichte der Zivilisation jetzt und in Zukunft sichert. Diese Werte sind der charakteristischste intellektuelle und geistliche Beitrag, der die europäische Identität im Laufe der Jahrhunderte geformt hat, und sie gehören zum eigentlichen Kulturschatz dieses Erdteils.“⁶

Nach dem Scheitern der Versuche, das christliche Erbe und auch den Gottesbezug in die Präambel der Europäischen Verfassung hineinzubringen, hat sich, so habe ich den Eindruck, die Haltung der Päpste verschärft. Für Papst Benedikt XVI. gilt die Ablehnung der christlichen

5 Papst Johannes Paul II.: Ansprache anlässlich des Atto europeistico. Santiago de Compostela, 09.11.1982.

6 Papst Johannes Paul II.: Ansprache an die Teilnehmer der europäischen Studientagung. „Auf dem Weg zu einer europäischen Verfassung?“ Rom, 20.–23.06.2002.

Grundrechte nicht nur als Abfall von Gott, sondern auch von Europa selbst. Aus Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge vom 25. März 1957 fragte der Heilige Vater u. a.: „Wie könnten sie (die europäischen Regierungen) ein so wesentliches Element der europäischen Identität wie das Christentum ausschließen, mit dem sich eine große Mehrheit der Bürger weiterhin identifiziert? Ist es nicht Grund zur Überraschung, dass das heutige Europa einerseits danach strebt, sich als eine Wertegemeinschaft darzustellen, andererseits aber immer wieder zu bestreiten scheint, dass es universale und absolute Werte gibt? Führt diese einzigartige Form der ‚Apostasie‘ von sich selbst, noch bevor sie Apostasie von Gott ist, Europa vielleicht nicht dazu, an der eigenen Identität zu zweifeln?“⁷ Ich glaube, dass dies eine der stärksten Aussagen von Papst Benedikt XVI. ist.

Die alltägliche Erfahrung zeigt, dass fast alle christlichen Grundwerte heute in Frage gestellt oder sogar durch eine Form des laizistischen Fundamentalismus bekämpft werden. Einige Beispiele:

- Die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens wird durch das Recht auf Schwangerschaftsabbruch, Euthanasie und biogenetische Experimente in Frage gestellt und gefährdet.
- Die Würde des Menschen als *Ebenbild Gottes* wird durch Verabsolutierung des Menschen als Mittelpunkt und Maß aller Werte ersetzt.
- Neben die Ehe zwischen Mann und Frau werden gleichberechtigt gleichgeschlechtliche Partnerschaften gestellt und damit die besondere Bedeutung von Ehe und Familie geschmälert.
- Freiheit wird mit Willkür verwechselt.
- Objektive moralische Grundprinzipien werden durch rein subjektive, individuelle, nicht selten selbst erfundene egoistische Maßstäbe ersetzt nach der Devise „Wie dient mir das? Was habe ich davon?“
- An die Stelle des *Sacrum* tritt dessen Verzerrung, die Scheinheiligkeit.

Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bestehen hauptsächlich in einer rein pragmatischen Haltung, in moralischem Indifferentismus,

⁷ Papst Benedikt XVI.: Ansprache an die Teilnehmer des Kongresses der Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Gemeinschaft (ComECE). Rom, 24.03.2007.

überzogenem Individualismus und Subjektivismus. Papst Benedikt XVI. warnt in der oben zitierten Ansprache weiter vor einer Diktatur des Relativismus: „Eine Gemeinschaft, die aufgebaut wird, ohne die echte Würde des Menschen zu achten, insofern sie vergisst, dass jede Person als Abbild Gottes geschaffen ist, gereicht am Ende niemandem zum Wohl. Deshalb scheint es immer unerlässlicher, dass sich Europa vor dieser heute so weit verbreiteten pragmatischen Haltung hüte, die den Kompromiss über die wesentlichen menschlichen Werte systematisch rechtfertigt, als handle es sich um die unvermeidliche Annahme eines vermeintlich kleineren Übels. Ein derartiger, als ausgewogen und realistisch präsentierter Pragmatismus ist im Grunde nicht so, gerade weil er jene Dimension der Werte und Ideale verneint, die der menschlichen Natur innewohnen. Wenn dann einem solchen Pragmatismus laizistische und relativistische Tendenzen und Strömungen eingepflanzt werden, verweigert man am Ende den Christen das Recht, sich als solche in die öffentliche Debatte einzubringen, oder es wird im besten Falle ihr Beitrag mit dem Vorwurf herabgesetzt, sie wollten unberechtigte Privilegien schützen.“⁸

Vom demographischen Standpunkt aus gipfeln alle diese Herausforderungen in dem massiven Geburtenrückgang in Europa. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung nach Europa und dem starken Zuwachs der muslimischen Bevölkerung bedeutet dies, dass die christliche Bevölkerung im alten Europa im Jahre 2050 eine Minderheit bilden kann oder wird.

Blick in die Zukunft

Welche Perspektiven hat das Christentum in Europa in dieser Lage? Erzbischof Józef Życiński von Lublin fragt sogar: Hat das Christentum in einem pluralistischen Europa überhaupt noch eine Zukunft?⁹ Seine

8 Ebd.

9 Vgl. Józef Życiński: *Czy pluralistyczna Europa może być chrześcijańska?* In: *Chrześcijaństwo a jedność Europy* (Christentum und europäische Einheit). Lublin 2006, S.43–59.

Antwort lautet: Ja. Das Christentum hat in der Vergangenheit eine weitgehende Öffnung gegenüber anderen Kulturen, etwa der griechisch-römischen, vollzogen und viele ihrer Elemente assimiliert. Nach Arnold Toynbee besteht die derzeitige Krise jedoch darin, dass die Religion durch Technik, Nationalismus, Militarismus und letztlich durch den fundamentalistischen Laizismus ersetzt worden ist.¹⁰

Eine offene und dynamische christliche Kultur, die nach dem Vorbild des Apostels Paulus die modernen Areopage mit wesentlichen christlichen Werten wie Achtung und Würde eines jeden Menschen, Liebe statt Gewalt, wahre Freiheit, Versöhnung und Solidarität bereichert, kann und wird die pluralistische europäische Zivilisation weiter mitgestalten und kann sogar zur Überwindung der zivilisatorischen Krise wesentlich beitragen.

Treue gegenüber den Wurzeln des Christentums bedeutet kein Zurück zur *Christianitas* des Mittelalters, sondern, wie Papst Johannes Paul II. in Krakau deutlich gemacht hat, „Treue bedeutet einen kreativen Rückblick und Vertiefung des geschichtlichen Erbes, neue Sensibilität gegenüber den Zeichen der Zeit, um den heutigen Herausforderungen gerecht zu werden. Treue bedeutet sogar Sorge um die Entfaltung der einheimischen Kultur. Treue gegenüber den geschichtlichen Wurzeln beinhaltet vor allem die Fähigkeit, ein organisches Bündnis zwischen den ewigen Werten, die sich so viele Male in der Geschichte bewährt haben, und den Herausforderungen der heutigen Welt, zwischen Glaube und Kultur, zwischen dem Evangelium und unserem Leben zu schaffen.“¹¹

Diesen Herausforderungen in der heutigen Welt gerecht zu werden, ist die Hauptaufgabe von uns Christen. Nochmals möchte ich auch aus der Rede Papst Benedikts XVI. vom 24. März dieses Jahres zitieren: „Werdet nicht müde und verliert nicht den Mut! Ihr wisst: Ihr habt die Aufgabe, mit

¹⁰ Ebd., S. 50.

¹¹ Papst Johannes Paul II.: Ansprache in Kraków (Flughafen), 10.06.1997.

der Hilfe Gottes ein neues Europa zu bauen, das realistisch, aber nicht zynisch ist, reich an Idealen und frei von naiven Illusionen, und sich an der ewigen und lebensspendenden Wahrheit des Evangeliums inspiriert.“¹²

Das ist meines Erachtens ein Programm des Papstes für uns alle. Ich bin natürlich kein Prophet, und über die Zukunft von Europa zu sprechen ist sehr schwierig. Da möchte ich mich eher den Vorstellungen des bekannten Schriftstellers und Vatikanekners George Weigel anschließen. In seinem Buch „Der Würfel und die Kathedrale“¹³ schildert er drei verschiedene mögliche Modelle eines künftigen Europas.

Das *erste mögliche Modell* ist ein Europa, wie es viele Politiker im Sinn haben. Es ist das Europa eines *wirtschaftlichen Wohlstandes*, in dem die Grundrechte wie Schutz des menschlichen Lebens, Beachtung der Gesetze, der Freiheit, Solidarität, Brüderlichkeit und Toleranz verfassungsrechtlich gesichert sind. Das Hauptproblem dieses Europas, nämlich die Zuwanderung muslimischer Bevölkerung, wird in diesem Europa auf der Basis der „neutralen Weltanschauung“, also dem Prozess der Säkularisierung, gelöst. Anders gesagt: Auch die Muslime werden sich dem laizistischen, pragmatischen, demokratischen Europa anpassen.

Viele Politiker denken tatsächlich so. Inwieweit ist eine solche Vision realistisch? Wer genug Glauben hat, der glaube!

Ein solches Modell wirft mehr Fragen auf, als es Antworten liefert. So erfordert wirtschaftlicher Aufschwung, wenn er nicht zu Spannungen oder sogar zum Kampf führen soll, zugleich die Aufwertung eines der Wohlstandsgesellschaft entsprechenden Ethos der Arbeit, denn Brüderlichkeit ohne Verankerung in Gott, dem Vater allen Menschen, kann zum revolutionären Aufruf, Solidarität ohne ethische Motive zum leeren Schlagwort, Freiheit ohne Wahrheit zur Willkür und Gerechtigkeit ohne Liebe zum höchsten Unrecht gegen andere werden.

¹² Vgl. oben S. 219, Anm. 7.

¹³ George Weigel: *The Cube and the Cathedral. Europe, America, and Politics without God*. New York 2005.

Vom soziologischen Standpunkt aus bleibt die demographische Zukunft Europas mehr als fraglich und letztlich ungewiss. Wenn das Wachstum der muslimischen Bevölkerung anhalten wird, kann oder wird die muslimische Bevölkerung in Europa im Jahre 2050 sogar die Mehrheit bilden. Die Türkei ist zwar heute deklarativ ein demokratischer Staat, hat aber eine eigene muslimische Kultur und den dieser Kultur entsprechenden Lebensstil beibehalten. Nichts deutet darauf hin, dass der Laizisierungsprozess in Europa im Wesentlichen anders verlaufen wird. Die Frage lautet daher, ob die islamische Kultur überhaupt imstande ist, sich einer pluralistischen Gesellschaft anzupassen und die christlichen Grundwerte zu übernehmen. Die Antwort darauf ist meines Erachtens völlig offen.

Die *zweite mögliche* Option der europäischen Zukunft wird von George Weigel als *Chaos* bezeichnet. Der Ausgangspunkt zu einer solchen Überlegung liegt in der Überzeugung, dass der Prozess der Überalterung Europas einerseits und das dynamische demographische Wachstum der muslimischen Bevölkerung in Europa andererseits irreversibel sind. Zumindest deutet im Moment nichts darauf hin, dass sich diese Entwicklung ändern wird. Die unterschiedlichen sozialen, politischen, kulturellen und auch religiösen Voraussetzungen in den europäischen Staaten werden mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer ziemlich heterogenen Entwicklung des Status der Muslime in den einzelnen Ländern führen, denn es ist wohl kaum zu erwarten, dass ihre „Assimilierung“ – wenn sie denn überhaupt erfolgt – in Großbritannien, Frankreich, Österreich, der Schweiz, Polen, Bulgarien und anderswo gleichartig verlaufen wird. Natürlich ist eine organische und friedliche Anpassung der muslimischen Einwanderer an ihre postchristlichen Nachbarn in Europa denkbar, aber doch weniger wahrscheinlich. Eher ist mit großen Spannungen und Konflikten zu rechnen.

Auch Papst Benedikt XVI. weist auf die entscheidende Rolle der demographischen Entwicklung für die Zukunft Europas hin: „Unter dem demographischen Gesichtspunkt hingegen muss man leider feststellen, dass Europa anscheinend einen Weg eingeschlagen hat, der es zum Abschied von der Geschichte führen könnte. Das könnte nicht nur

das wirtschaftliche Wachstum gefährden, sondern auch enorme Schwierigkeiten für den sozialen Zusammenhalt hervorrufen und vor allem einen gefährlichen Individualismus fördern, der die Folgen für die Zukunft nicht beachtet. Man könnte beinahe denken, dass Europa das Vertrauen in die eigene Zukunft verliert.“¹⁴ Diesen klaren Worten ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Die *dritte Alternative* für die Zukunft Europas heißt einfach „*neues Europa*“. Zwar wird diese Bezeichnung sehr oft gebraucht und auch missbraucht; doch in diesem Falle setzt sie eine gründliche Erneuerung des Menschen und auch eine qualitative Erneuerung der Christen und des Christentums als Vorausbedingung für eine wahre und dauerhafte Erneuerung voraus. Papst Johannes Paul II. und Papst Benedikt XVI. haben sich unermüdlich für ein solches Europa des erneuerten Menschen eingesetzt. „Neuer Mensch“ bedeutet alte Grundwerte, aber in einer neuen und überzeugenden Form zu verwirklichen. „Die neue rechtliche Ordnung, die dem authentischen Gemeinwohl dient“ – so Papst Johannes Paul II. zu den Vertretern des europäischen Kongresses im Jahre 2002 – „muss die Werte anerkennen, verkündigen und verteidigen, die das wertvollste Erbe des europäischen Humanismus darstellen. Dieser Humanismus garantierte in der Vergangenheit und garantiert bis heute Europa einen besonderen Platz in der Geschichte der Zivilisation jetzt und in Zukunft. Diese Werte haben in den vergangenen Jahrhunderten die europäische Identität gestaltet. Dazu gehören die Würde des Menschen, die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, die zentrale Rolle der Familie, die auf der Ehe gegründet ist, die Freiheit des Denkens, des Wortes, der eigenen Überzeugung, das freie Bekenntnis zu einer Religion, der rechtliche Schutz des Einzelnen und der Gruppen, die Zusammenarbeit aller zum Gemeinwohl und eine politische Macht, die als Dienst aufgefasst wird.“¹⁵

Die Tendenz zur Beseitigung der christlichen Werte ist in allen Bereichen des öffentlichen Lebens sichtbar. In seiner Predigt zu Beginn des

14 Vgl. oben S. 219, Anm. 7.

15 Vgl. oben S. 218, Anm. 6.

Konklaves sprach Kardinal Joseph Ratzinger von der „Diktatur des Relativismus“. Dieser Prozess einer falsch verstandenen Säkularisierung, gestützt auf eine so genannte Neutralität im Hinblick auf Werte und einen starken Individualismus sowohl in Ost wie auch in West, berechtigt zu zwei grundsätzlichen, für die Zukunft Europas entscheidenden Überlegungen:

- Kann eine Politik ohne Gott Europa eine friedliche Zukunft sichern? Gibt es eine Moral, die ohne jeglichen Bezug zur Transzendenz verbindliche und effektive Grundsätze zum Aufbau eines Gemeinwohls verschiedener Völker, Kulturen und Religionen absichern kann? Kann eine demokratische Rechtsordnung, soziales, wirtschaftliches und auch politisches Leben ohne ethisches Ordnungsprinzip aufgebaut und realisiert werden? Ohne diese Grundwerte kann sich jeder Mensch eine eigene Wahrheit und eigene Prinzipien zurechtlegen; die Menschen werden dann nicht mehr zueinander finden.
- Es gibt keine Zukunft ohne Hoffnung! Reicht die menschliche, zeitlich begrenzte und auf irdischen Wohlstand ausgerichtete Zukunft aus, um die existenzielle Bedrohung vor der inneren Leere, dem Gefühl der Sinnlosigkeit und dem Nihilismus schützen? In einem pluralistischen Europa gibt es keine einheitliche Antwort auf diese Frage. Europa ist kein Monolith mehr. Letztlich geht alles auf die einzige Frage zurück „Wer bin ich als Mensch?“ Die christliche, auf der Bibel gegründete Anthropologie erkennt die unveräußerliche Würde des Menschen daran, dass er als *Ebenbild bzw. Abbild* (griechisch *eikon*) Gottes geschaffen worden ist. Nach der atheistischen beziehungsweise leicht abgeschwächten laizistischen Anthropologie ist der *Mensch* jedoch der einzige Maßstab und der alleinige wahre Bezugspunkt aller Werte. Die Frage lautet also: Sind wir in einer pluralistischen Gesellschaft für immer auf diese entgegengesetzten oder sogar widersprüchlichen Auffassungen des Menschen angewiesen oder gibt es eine Möglichkeit, die beiden Auffassungen des Menschen inhaltlich zu verbinden? Bronisław Geremek antwortet darauf: „Die erste Formel reflektiert ein Denken über den Menschen mit Bezug auf Gott und mit Gott. Die zweite Formel ist ein Denken ohne Gott, aber nicht gegen Gott. Dennoch drücken beide Formeln gemeinsam die

Würde der menschlichen Person aus.“¹⁶ Unter der Voraussetzung, dass dem menschlichen Leben die höchste irdische Wertschätzung gilt, könnte diese Annahme der Ausgangspunkt zu einer vertieften anthropologischen Forschung werden, denn damit erhält ein wahrhaftiger, d. h. in christlichen Wurzeln verankerter europäischer Humanismus auch einen festen personalistischen Grund, der in eine gemeinsame Haltung zum Gemeinwohl des Einzelnen und der Gesellschaft einmünden könnte.

Ein neuer Mensch als einziges dauerhaftes Fundament eines neuen Europas erfordert eine neue Einstellung und eine neue Evangelisierung. Wir kennen vermutlich alle den Spruch von Papst Johannes Paul II, dass die Menschen in Europa heute oft so lebten, als ob es Gott nicht gäbe. Interessant ist zu wissen, dass Papst Benedikt XVI. diesen Spruch umgedeutet hat. In seinem Buch über Europa hat er einen neuen Vorschlag für Europa gemacht: „Wollen wir so leben, als ob es Gott gäbe – *veluti si Deus daretur*.“¹⁷

Man verliert sehr wenig, man kann ein anständiger Mensch sein, und ich würde es überspitzt ausdrücken: Das Risiko ist klein und die Chance riesengroß. Wenn wir dieses Prinzip respektieren, werden wir anständige, ja gute Menschen sein, den anderen zum Segen sein und außerdem und dazu den Himmel gewinnen.

Ist das nicht ein sinnvoller Vorschlag für Europa? Für uns Christen reicht er zwar nicht aus, aber er wäre eine Brücke zu den Nichtglaubenden. Eine von Vorurteilen, Einschränkungen und Belastungen befreite Einschätzung lässt bereits erfreuliche Anzeichen einer solchen Erneuerung erblicken und erkennen; ich denke etwa an die vielen informellen Gruppen, die wir bereits in fast allen Ländern Europas sehen. Darunter finden sich viele junge Leute, die sich zum Christentum bekennen und es im Leben bezeugen wollen. Sie treffen sich bei Exerzitien, wo sie aus

16 Bronisław Geremek: Czy demokracja może być totalitarna? (Kann eine Demokratie totalitär sein?). In: Scenariusz przyszłości. Gliwice 2006, S. 50.

17 Vgl. Joseph Ratzinger: Europa Benedykta, Warszawa 2005, S. 33 f.

den Quellen des Evangeliums schöpfen, um dieses ins Leben umzusetzen. In meiner Diözese kommen einmal im Jahr zu Pfingsten etwa 100.000 Jugendliche, meistens Studenten, zusammen, um die ganze Nacht zu beten und damit die eigene Vision des Christentums in ihrem Leben zu verwirklichen.

Auch Papst Benedikt XVI. und Papst Johannes Paul II. zeigen, dass eine Hoffnung, die nur auf menschlicher Perspektive beruht, unzureichend ist. Denn es gibt Ängste, wie Papst Benedikt XVI. gesagt hat, die nicht nur das Leben betreffen. Es gibt Ängste vor einer Sinnleere im Leben. Es gibt Ängste, dass das Leben zu einer Wüste ohne Hoffnung wird. Es gibt nicht nur die Wüste der Armut, des Hungers, des Durstes, sondern es gibt auch die Wüste der Verlassenheit, der Einsamkeit, des zerstörten Lebens und der zerstörten Liebe. Es gibt die Wüste des Gottesdunkels, der Entleerung der Seelen, die nicht mehr um die Würde und um den Menschen wissen. Eine Antwort auf diese Leere ist die christliche Hoffnung des Evangeliums.

In dieser Perspektive ist die Verkündigung von Jesus Christus als dem Auferstandenen die Hoffnung der Herrlichkeit, die mitten unter uns bereits besteht und verwirklicht wurde (vgl. Kol 1,27), immer noch die neue Hoffnung der Kirche, der Menschheit, der Welt und damit auch die einzig wahre Hoffnung der Menschen für Europa. Unsere Aufgabe ist es, diese Hoffnung in einer wahrhaftigen und anziehenden Form zu bezeugen. Die Verkündigung von Jesus Christus ist die Quelle der Hoffnung für Europa und die ganze Welt, in diesem Leben und über den Tod hinaus, weil nur in ihm und in keinem anderen das Heil ist.¹⁸

¹⁸ Vgl. Apg, 4,12; Papst Johannes Paul II.: *Ecclesia in Europa*, Nr. 18.

Schlusswort

„Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten. Christen in Mittel- und Osteuropa“, so hatten wir den 11. Internationalen Kongress Renovabis betitelt. Es ist mir natürlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, ein echtes Resümee zu ziehen, lassen Sie mich dennoch rückblickend einige Punkte ansprechen, die mir wichtig erscheinen.

Zunächst ist deutlich geworden, dass es in den Transformationsländern wirklich großes, aus dem christlichen Glauben motiviertes Engagement gibt. Auf vieles, was daraus in den letzten Jahren entstanden ist, seien es die Strukturen der Caritas, der Aufbau von Schulen oder Medieninitiativen, können die Christen in Mittel- und Osteuropa zu recht stolz sein. Es ist aber auch zur Sprache gekommen, dass die Prägungen aus der kommunistischen Vergangenheit sich bis heute auswirken – ich erinnere beispielsweise an die „Doppelleben-Mentalität“ und die hohen Erwartungen an den Staat, von denen Professor Baloban berichtet hat. Ein Wandel solcher Einstellungen wird sicherlich erleichtert durch positive Erfahrungen mit der Teilnahme am öffentlichen Leben. Je nach Stellung der



Kirche in einem Land, nach ihrem rechtlich geregelten Verhältnis zum Staat, ob es sich um eine Minderheiten- oder eine Mehrheitskirche handelt, wie es um ihre finanzielle Situation bestellt ist – all das trägt natürlich dazu bei, dass die tatsächlichen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Einflussnahme sehr unterschiedlich sind.

Dennoch gilt ganz allgemein: Einheit und Kohärenz zwischen Glauben und Leben, zwischen Evangelium und Kultur sind ein sehr wichtiger Aspekt des christlichen Lebens. Mitarbeit am Kommen des Reiches Gottes und damit der Dienst am integralen Heil des Menschen, zu dem eben und gerade die Aufgabe der Gesellschaftsgestaltung gehört, sind jedem Getauften aufgetragen. Im nachsynodalen Apostolischen Schreiben „Ecclesia in Europa“ ruft Papst Johannes Paul II. unter der Überschrift „Dem Menschen in der Gesellschaft dienen“ dazu auf, sich „um den Aufbau einer menschenwürdigen Stadt“ zu bemühen,¹ ja er spricht von der Evangelisierung des gesellschaftlichen Lebens.²

Meines Erachtens man kann vier Aufgabenfelder des Einsatzes der Christen in der Welt nennen,³ in denen mir vieles von dem, was wir in den letzten beiden Tagen gehört und diskutiert haben, zusammengefasst scheint.

Die Vermittlung von Grundwerten

Ein Staat, eine Zivilgesellschaft kann nur Bestand haben, wenn sie einen Kernbestand gemeinsamer Werte anerkennt. Zu den wichtigsten Grundwerten, die die Kirche beständig einzubringen hat, gehört die Würde der menschlichen Person. Indem sie Werte und Tugenden in der Gesellschaft so vermittelt, dass sie als gemeinsame Basis akzeptiert

1 Vgl. Ecclesia in Europa, 97.

2 Vgl. Ecclesia in Europa, 58.

3 Vgl. zum Folgenden Dirk Lenschen: Kirche und Zivilgesellschaft in Polen. In: Manfred Spieker (Hrsg.): Katholische Kirche und Zivilgesellschaft in Osteuropa. Postkommunistische Transformationsprozesse in Polen, Tschechien, der Slowakei und Litauen. Paderborn 2003, S. 367–450, besonders S. 388–394.

werden können, trägt die Kirche zu einem friedlichen Miteinander und einem langfristigen Fortbestand der Zivilgesellschaft bei. Dabei muss ganz klar gesehen werden: Christliche Werte können nur in dem Ausmaß in der Gesellschaft Wirkung und Geltung erlangen, als sie von Christen auch selbst gelebt und mit Engagement und Kompetenz in das öffentliche Leben eingebracht werden.⁴

Die Möglichkeit der Sinnstiftung

In pluralistischen Gesellschaften ist der Einzelne besonders anfällig für Desorientierung, Identitäts- und Sinnkrisen. Der christliche Glaube kann in dieser Situation eine übergreifende Sinnorientierung für das ganze Leben anbieten und so zur Stabilität des Individuums und dadurch letztlich auch des Gemeinwesens beitragen. Dabei muss er sich allerdings auf einem Markt der Sinn- und Wertangebote behaupten.

Die integrierende Funktion

Zur Integration auch zentrifugaler Kräfte, die allein schon aufgrund von Pluralität und Offenheit in einer Zivilgesellschaft auftreten, bedarf es eines Fundamentalkonsenses. Auch wenn es nicht die eigentliche Aufgabe der Kirche ist, zu einer solchen Konsensbildung beizutragen, so bietet sie doch viele Möglichkeiten, solidarisches Miteinander in der Gesellschaft zu fördern. So können beispielsweise die Kirchengemeinden auch als ein Feld der Einübung des gemeinschaftlichen Miteinanders gesehen werden.⁵ Das schließt nicht aus, dass Christen in bestimmten Situationen sich auch als desintegrierende Kräfte erweisen müssen. Schließlich geht der Anspruch des Glaubens oft weit über das

4 Vgl. Alois Glück: Einheit Europas – Der notwendige Beitrag der Christen. In: Burkhard Haneke, Thomas Schumann (Hrsg.): Du, Gott, erneuerst das Antlitz der Erde. Festschrift aus Anlass des Wechsels der Renovabis-Geschäftsführung. Freising 2003, S. 23–35, hier S. 34 f.

5 Vgl. Ecclesia in Europa, 85.

hinaus, was als kleinster gemeinsamer Nenner in einer pluralistischen Gesellschaft mehrheitlich konsensfähig ist. Und hier dürfen wir natürlich keine einfache Anpassungsstrategie verfolgen. Die Kirche kann zwar eine legitimierende Funktion für eine bestehende politische Ordnung haben, unter der Voraussetzung, dass diese von den Postulaten des Glaubens befürwortbar ist, genauso kann es aber auch sein, dass Christen z. B. gegen ein bestimmtes politisches Handeln Widerspruch erheben müssen.

Die kritische Funktion

Das Eintreten für die unverkürzte christliche Botschaft bringt es mit sich, dass die Christen auch eine kritische Funktion in Staat und Gesellschaft ausüben müssen. Dies gilt z. B. bei der Suche nach Lösungen für die sozialetischen Herausforderungen. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes ist es unsere Aufgabe, vor allem den Anliegen jener Gehör zu verschaffen, die im wirtschaftlichen und politischen Kalkül leicht vergessen werden.

Bei der Mitwirkung am Entstehen der Zivilgesellschaft des neuen Europa kommt es in ganz besonderer Weise auf die Laien an; hier verweise ich insbesondere auf die Ausführungen von Frau Dr. Lücking-Michel. Ohne ihr Engagement müssten viele Bereiche ohne das Zeugnis des christlichen Glaubens bleiben. Eine Erneuerung der menschlichen Gesellschaft im christlichen Geist kann nur gelingen, wenn Laien an ihrem jeweiligen Ort vom Glauben Zeugnis geben. Auf diesen Dienst müssen Laien aber auch vorbereitet werden. Gesinnung und gute Absichten reichen nicht aus, um im freien Spiel der Kräfte in der Zivilgesellschaft erfolgreich mitwirken zu können. Es gehören auch Sachkompetenz und vor allem personale Bildung dazu, also die „Leuchttürme“.

Unterschätzt werden darf nicht, dass die zivilgesellschaftliche Kraft der Kirchen offenbar auch mehr und mehr von ihren Handlungen und deren Wahrnehmung und Beurteilung durch die öffentliche Meinung

und die Massenmedien abhängt.⁶ Jeder Christ muss sich dieser seiner Verantwortung bewusst sein, dass sich sein Verhalten auf die Glaubwürdigkeit der Kirche und ihrer Botschaft insgesamt auswirkt.

„Gesellschaft gestalten – Glauben entfalten“: Dieser Kongress-Titel spiegelt das Handlungsfeld wider, in dem sich die Aktion Renovabis seit ihrer Gründung im Jahr 1993 bewegt. Es erfüllt mich mit Freude zu sehen, was in dieser Zeit in den uns aufgetragenen Ländern Mittel- und Osteuropas alles gewachsen ist, und ich habe diesen Kongress als Ermutigung erlebt, auf dem Weg der „Investition in Menschen“, die wir in den Mittelpunkt unseres Engagements gestellt haben, weiterzugehen. Ich wünsche uns allen, dass wir nicht müde werden, uns in der Kraft des Heiligen Geistes um die Erneuerung der Erde, und das heißt auch der gesellschaftlichen Verhältnisse, zu bemühen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen: Nächstes Jahr wird sich der Internationale Kongress Renovabis auch auf dem Hintergrund des sich nähernden 20-jährigen Jubiläums des „Annus mirabilis“, der „Wende“, mit dem Thema „Religion und Nation“ befassen. Ich lade Sie jetzt schon ganz herzlich dazu ein, wieder nach Freising zu kommen. Der Termin ist der 4. bis 6. September 2008; wir mussten ja dieses Mal wegen der Konferenz in Sibiu ausweichen. Wir hoffen, dass uns dann auch wieder die Aula des Domgymnasiums als Veranstaltungsraum zur Verfügung stehen wird.

Gerne berücksichtigen wir Ihre Hinweise bei der Vorbereitung des nächsten Kongresses. In Ihren Tagungsunterlagen finden Sie deshalb einen Fragebogen, ein grünes Blatt, auf dem wir Sie bitten, uns Ihre Eindrücke und Anregungen mitzuteilen. Unsere Bitte um Rückmeldung bezieht sich sowohl auf inhaltliche als auch auf organisatorische Fragen; dankbar wären wir in diesem Jahr besonders auch für Hinweise zur neu eingeführten Zweisprachigkeit des Kongresses. Wenn Sie den Fragebogen nicht gleich hier ausfüllen möchten, schicken Sie ihn bitte per Post an uns.

6 Vgl. Tadeusz Szawiel: Glaube und Kirche in Europa. In: OST-WEST. Europäische Perspektiven 4 (2003), H. 1, S. 18–27, hier S. 27.

Abschließend möchte ich mich nochmals bei allen bedanken, die zum Gelingen unseres 11. Internationalen Kongresses beigetragen haben:

- den Referenten und Teilnehmern in den Podiumsdiskussionen
- den Moderatoren im Plenum und in den Arbeitskreisen
- Herrn Kardinal Wetter für die Eröffnung
- den Zelebranten und Predigern in den Gottesdiensten
- den Journalisten und allen anderen Vertretern der Medien
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadt Freising, die uns bezüglich des Asamsaals geholfen haben
- den Teams des Kardinal-Döpfner-Hauses und des Pallotti-Hauses Freising
- den beiden Dolmetscherinnen, Frau Silvia Heller und Frau Heike Schomburg
- den Vordenkern und Vorbereitern des Kongresses
- allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Renovabis und vor allem Herrn Dr. Dahm, dem zuständigen Referenten.

Ich danke Ihnen allen für Ihr Kommen, Ihr Interesse, Ihr Mitdenken und aktives Mitwirken. Wenn Sie die Referate und Diskussionen, aber auch den persönlichen Austausch als Bereicherung erlebt haben, wenn Sie neue Kontakte knüpfen konnten und die eine oder andere Anregung mit nach Hause nehmen, hat der Kongress sein wesentliches Ziel erreicht. So wünsche ich Ihnen nun eine gute Heimreise und Gottes Segen für Sie persönlich und für Ihre Arbeit.



Vesper im byzantinischen Ritus mit Pfarrer Mircea Basarab, München



*Messfeier der Kongressteilnehmer mit den Zelebranten (von links):
Erzbischof Zef Gashi von Bar/Montenegro, Bischof Szilard Keresztes
von Hajdúdorog/Ungarn, Erzbischof Ivan Devčić von Rijeka/Kroatien,
Bischof Antons Justs von Jelgava/Lettland und Pater Dietger Demuth CSsR*